REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 323 · 15.10.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 59 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. "Wir sind jetzt in einer Logik des Krieges"
2. Sicherheitsgesetze verabschiedet Horch, Guck und Greif im einig Vaterland
3. Frontstaat Türkei: Im Schatten der Golfkrise Krieg gegen die Kurden
4. Israel verschärft die Aufstandsbekämpfung
5. Radikale Linke kontra Reichsgründungswahl
6. Sowjetunion: In 500 Tagen zur Marktwirtschaft
7. Erklärung des Beirates der Linken Liste/PDS Als eine Partei zu den gesamtdeutschen Wahlen - Doku
8. Die UNO im Korea-Krieg
9. Aufmarsch gegen den Irak: Chance oder Gefahr für irakische Kurden?
10. Widerstand im Weltsystem Wer ist das neue "revolutionäre Subjekt"?
11. Einreisesperre für sowjetische Juden - ein bundesdeutsch-israelisches Gemeinschaftsunternehmen
12. "Verhandlungen statt Krieg" IPPNW fordert sofortigen Abzug der Atomwaffen aus dem Golf
13. Ein Jahr nach der Maueröffnung: Antideutsche Demonstration am 3.11. in Berlin + Infos zur Demo
14. Autonome Frauenstruktur in der PDS - "so eine Art Explosivstoff" - Interview mit Frauen der AG Lisa
15. "Es war nun mal die Partei Auftraggeber für das MfS" Interview mit Rainer Börner
16. Wahlgesetz gekippt
17. Demonstration gegen Annexion 5 vor 12 in Berlin am 29.9.90
18. Die Akten der Staatssicherheit: Wer darf und wer will sie lesen?
19. Die Firma expandiert - Berufsverbotewelle im Anrollen
20. Alles redet von Rußland; wo bitte liegt Sibirien?
21. Sowjetunion zwischen Anarchie und Diktatur
22. Inkatha - Terror im Dienste der Apartheid
23. Sri Lanka: Ein Land im Ausnahmezustand
24. Keine Kriminalisierung des Infos Erklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen
25. Bundesanwaltschaft plädiert gegen Luitgard Hornstein
26. Dokumentation: Stammheim - Es reicht!
27. Widerstand = "Legale RAF"? = Anschlagsbeteiligung?
28. Es rappelt in den bundesdeutschen Knästen
29. Dokumentation: Stellungnahme von Insassen der Iso-Station B 1, Anstalt III; betr.: Verweigerung der Essenannahme
30. Dokumentation: Raf zum Hafen Wir wohnen nicht in der Hafenstraße
31. Dokumentation: Alte Ziele Alte Methoden Brief von Eva Haule v. 23.9.1990
32. Der Herr Kronzeuge braucht Nachhilfe
33. Leserbriefe bet. KB-Debatte, Aktion in Trier
34. Treffen ehemaliger Opfer der NS-Militärjustiz Gründung eines Interessensverbandes geplant
35. Doku: ein Jahr und noch keine Wende im PKK-Prozeß
36. Wer andere kolonisiert, kolonisiert sich selbst - Gespräch mit B. Rommelspacher
37. Rassismus als Resultat der Dominanzkultur
38. Kein Konsens gegen den Rassismus
39. Antifabewegung: Neues vom Frankfurter "Leben und Lieben"
40. Marxismus und Nationalismus Aktuelle Notizen zur Kontroverse Luxemburg - Lenin
41. Reichstagswahlen - Ohne uns! Keine Stimme für Deutschland!
42. Kasten: Konferenzvorschlag Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland
43. Stuttgart: 700 gegen Deutschland

44. "Etwas besseres als den Tod finden wir allemal" (Bremer Stadtmusikanten)
45. Befreiungsschlag oder Todesstoß? Hamburger GAL unter Druck
46. Dokumentation der vier Anträge zur KB-Konferenz am 22.9.90
47. Na Servus! - Kommentar zur KB-Lage
48. Der KB verabschiedet sich Abschied vom KB?
49. Rein in die Partei?
50. Das hat euch gerade noch gefehlt - zum Glück? - Die Wandlung der Landesverbände der Linken Liste/PDS zur PDS
51. DA DADADER DAWAR, IST DA DA ER DA - Ein Clonwspaar der DDR-Kulturgeschiche: Steffen Mensching und Hans-Eckardt Wenzel
52. RAVE*O*LUTION! - 10 Jahre SPEX
53. Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD vom 16.12.
54. Die Neuen in der PDS
55. Beschluß des Parteitages der PDS vom 14.10.90 zur Bildung von Landesverbänden der PDS in den westlichen Bundesländern
56. "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"
57. AUFGEBLÄTTERT
58. Kalender
59. Vom PDS-Parteitag

1. "Wir sind jetzt in einer Logik des Krieges"

Rubrik: Golfkrieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/68.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:68

Zwei Monate nach dem Überfall des Irak auf Kuweit stehen nun 430.000 Mann, die Hälfte der irakischen Armee in der eroberten neuen "Provinz", die Saddam Hussein auf keinen Fall wieder herausgeben will. Ihnen stehen bald 200.000 Mann US-Truppen und eine noch größere Zahl verbündeter Truppen aus rund 25 Staaten in Saudi-Arabien, den Anrainerstaaten und im Golf gegenüber, die auf jeden Fall das Hussein-Regime zu Fall bringen wollen.

"Wir sind jetzt in einer Logik des Krieges", erklärte Francois Mitterand. (1) Theo Sommer schrieb in der "Zeit": "Die Amerikaner haben seit dem zweiten Weltkrieg keine so große Streitmacht mehr in so kurzer Zeit über eine so große Entfernung verlegt. (...) Und schließlich drangen durch die dicken Mauern des Pentagon allerlei Erwägungen, die darauf schließen ließen, daß die US-Militärs nicht allein gegen einen neuerlichen Angriff Saddams gewappnet sein wollen, sondern auch zum präventiven Schlag gegen den Irak rüsten (...), dem Irak überhaupt dauerhaft das militärische Rückrat zu brechen. Das hieße, Amerikas Luftüberlegenheit rücksichtslos einsetzen, um die irakischen Panzerarmeen zu zerschlagen und gleichzeitig die Rüstungsindustrie des Landes, seine Forschungslabors, Giftgasfabriken und Nuklearanlagen dem Erdboden gleichmachen. (...) Vor allem aber: Amerika solle nicht mehr viel Zeit verplempern, sondern so bald wie möglich losschlagen." (2)

Bush hat die Entscheidung über Krieg oder Blockade und Drohpolitik mit dem Ziel von Verhandlungen noch nicht getroffen, aber - so heißt es - "das Dilemma ist offensichtlich, und der Erwartungsdruck nimmt zu". Bush weiß selbst nicht, wie es ausgeht: "Ich bin nicht sicher, ob ich zwischen beiden Optionen wählen kann". (2) Beide Seiten, so kommentiert die "Süddeutsche", "die arabische Welt und die amerikanische Großmacht pokern hoch. Verlöre Arabien, würde es um Jahrzehnte zurückgeworfen; zöge Amerika den kürzeren, wäre die Ära, in der eine Weltmacht die Geschicke allein bestimmt, nur ein Zwischenspiel gewesen."

Eine "ausschließlich defensive Mission"

Während heute im Anblick der gewaltig aufgefahrenen Kriegsmaschinerie die Frage im Vordergrund steht, wann, mit welchen Mitteln und um welchen Preis das Saddam Hussein-Regime militärisch hinweggefegt werden soll, hatte Präsident Bush Anfang August die US-Streitkräfte zu einer "ausschließlich defensiven Mission" in den Nahen Osten entsandt, um Saddam Hussein von einem Angriff auf das benachbarte Königreich Saudi- Arabien "abzuschrecken". (...) Bush reagierte nach eigenen Worten ausdrücklich auf eine "Hilfsbitte" der Regierung von Saudi-Arabien.

Verteidigungsminister Cheney war ins Land geeilt und hatte offenkundig sehr beeindruckende Satellitenfotos im Gepäck, die "beweisen" konnten, daß sich der Irak auf einen Überfall einschließlich des Einsatzes chemischer Waffen vorbereitete. Da hatte dann König Fahd keinen Ausweg mehr gewußt und die amerikanische Unterstützung erbeten. (4) Angeblich wollten die USA nur ihrem bedrohten Freund am Golf, einem absolutistischen Königreich, dessen Gegner entweder "im Ausland oder im Gefängnis oder auf dem Friedhof" liegen, wie es der "Tagesanzeiger" beschreibt, gegen den "Super- Bösewicht" aus dem Irak zur Hilfe kommen. (5)

Saddam Hussein hat inzwischen immer wieder verkündet, er woll(t)e Saudi- Arabien gar nicht angreifen. Denn, das vermerken auch westliche Stimmen, wenn er diese Absicht gehabt hätte, "dann hätten seine Truppen am 2. August nicht in Kuweit haltgemacht." (6)

Der Aufmarsch der "Schnellen Eingreiftruppe"

"Wir haben die einst zögernde Faust entschlossen geballt" erklärte US-Präsident Bush (1) und ließ im Zehn-Minuten-Takt ab Anfang August die militärischen und zivilen Transport-Flugzeuge in der Golfregion landen. (7) "Was sie in den ersten drei Wochen seit Beginn der Krise an Feuerkraft und Gerät gleichsam ‚per Express' über den Ozean fliegen ließen, entspricht dem Gewicht von 400.000 PKW." (8) Damit hatte die US-Armee schon Mitte August die "Luftüberlegenheit sichergestellt" und war gerüstet für "einen fernen Wüstenkrieg, in dessen ‚Szenarios' weder der Einsatz von Giftgas noch von Kernwaffen fehlt". (9) Aber selbst der größte militärische Luftfrachter kann "lediglich" drei Panzer transportieren und deshalb war die Armee im August den Fachleuten zufolge noch "zu klein, um einen massiven Angriff gegen den Irak zu führen oder

dessen Truppen aus Kuweit zu vertreiben. Sie sei jedoch stark genug, um einen irakischen Vormarsch auf die größten Ölreserven der Welt zu blockieren und, wenn nötig, gezielte Schläge gegen militärische und wirtschaftliche Schlüsselstellungen im Irak zu führen." Doch 90% des Aufmarsches befanden sich damals noch auf See; ein einziges Versorgungsschiff kann ebensoviel transportieren, wie einige hundert Flüge. (8) Allerdings dauert dieser Aufmarsch per Schiff allein von den USA nach Europa drei Wochen und 45 Tage in den Golf.

Der Anlaß des Aufmarsches ist aktuell so gewählt, daß er auf internationale Unterstützung fiel, der militärische Plan hingegen ist schon uralt zu nennen: "Der Mobilisierungsplan, nach dem Colin Powell seine Streitkräfte hat aufmarschieren lassen, fußt offenbar auf dem Grundkonzept, das die US-Planer mitten im Kalten Krieg für den angenommen Fall eines Konfliktes mit der Sowjetunion um das Nahost- Öl entwickelt haben. Auf die Frage seines Präsidenten, ob er es nicht eine Nummer kleiner habe, soll Powell schlicht geantwortet haben: ‚No Sir'." (11)

Gemeint sind hier die Pläne der "Schnellen Eingreiftruppe" der USA. Bereits in Folge der ersten Ölkrise von 1973 beschäftigten sich die Strategen und Militärs mit der Frage, ob es möglich sei, die Ölfelder militärisch zu besetzen. Man kam zu der Überzeugung, daß dies zwar militärisch möglich sei, aber die Ölproduktion dann ausfiele, man sich also von den Öllieferung aus dem Nahen Osten unabhängig machen müsse. Nach dem Sturz des Schah im Iran und nach der zweiten Ölkrise entschied dann noch Präsident Carter den Aufbau der "Schnellen Eingreiftruppe", die dann Präsident Reagan auf insgesamt 400.000 Mann US-Truppen aufstockte. (12)

Wann schlägt die Truppe los?

Anfangs hieß es, der Truppenaufmarsch sei Mitte September abgeschlossen, dann war von Mitte Oktober die Rede, inzwischen heißt es bisweilen, der Truppenaufmarsch benötige zwei weitere Monate, man brauche mindestens 300.000 US-Soldaten für die Befreiung des Kuweit. (30)

"Der britische ‚Guardian' berichtet, nachdem bis letzte Woche unter Kongreßabgeordneten der 15.10. als möglicher ‚D- Day' für die amerikanischen Streitkräfte gegolten hätte, sei jetzt in Washington klar, daß die Aufrüstung der US-Militärmacht noch mindestens zwei Monate dauern würde. (...) Die ‚Los Angeles Times' berichtet jedoch, eine ‚Kriegslobby' in den USA, Israel, Ägypten und Saudi-Arabien dränge weiterhin auf einen Militärschlag gegen Mitte Oktober." Dann hieß es auch: "US-Militärs haben die Vermutung geäußert, es werde dieses Jahr zu keiner militärischen Konfrontation mit dem Irak mehr kommen." (13)

US-Verteidigungsminister Cheney sprach sogar von einem "langfristigen Einsatz der Truppen seines Landes in Saudi-Arabien. Er wolle nicht ausschließen, daß die Truppenverbände im Januar 1992 noch in Saudi-Arabien seien." (14) Andererseits wird herausgestellt, daß eine so lange Stationierung in Erwartung des Kriegsfalles gar nicht möglich sei.

"Die Vereinigten Staaten haben amerikanischen Militärexperten zufolge maximal sechs Monate Zeit, um eine diplomatische Lösung im Golf zu erreichen. Danach seien sie genötigt, militärisch einzugreifen, analysierte die ‚Washington Post'." (15)

Unter US-Offizieren habe sich die Erkenntnis durchgesetzt: "Die Zeit ist ein größerer Feind der Vereinigten Staaten und des von ihnen beschützten Königreiches." Von einem Zeitraum von sechs Monaten sprach kürzlich ein saudiarabischer Diplomat: "Mehr wird unsere Gesellschaft nicht aushalten. Wenn es bis dahin keinen Krieg gibt, werden wir einen für euch anfangen." "Bis Ende Oktober muß eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden", erklärte ein US-Offizier.

General Powell, der Vorsitzende der US-Stabschefs hatte ein Rotationssystem für die Truppen vorgeschlagen. Doch in Saudi-Arabien stationierte Offiziere meinen, dies sei aus praktischen Gründen kaum möglich. (...) dann werden wir einige Probleme mit der Moral der Truppe bekommen. (16)

Laut "Wall Street Journal" planen die USA sogar "eine Ständige Truppenstationierung in Saudi-Arabien nach dem Ende der gegenwärtigen Golfkrise. (...) Demnach entwickeln Heer und Luftwaffe Pläne, um etwa 10.000 US-Soldaten ständig am Golf zu stationieren. Daneben sollen Waffen und Ausrüstung für 50.000 Soldaten eingelagert werden. Außerdem hoffe die US-Luftwaffe auf Stützpunkte in Oman, den Vereinigten Emiraten und - nach der Befreiung - in Kuweit." Schon vor der Golfkrise habe es die Idee gegeben, für 100 Mio. Dollar

US-Waffen aus europäischen Lagern nach Israel zu bringen, die notfalls auch Israel selbst benutzen könne. Jetzt habe sich dieser Wunsch verstärkt, hieß in der Israelischen Zeitung "Haaretz". (31)

Ein Sprecher des Pentagon bestritt alle diese Pläne, allerdings hatte Außenminister Baker vor dem Kongreß früher bereits mitgeteilt, "man denke über eine Allianz oder neue Sicherheitsstrukturen am Golf für die Zeit nach der Krise nach." (17)

Das Dementi hat damit zu tun, daß sämtliche arabischen Staaten ein solches Militärbündnis und eine solche offene militärische US-Präsenz ablehnen. Saudi Arabien erklärte dazu: "Als zukünftige Sicherheitsstruktur solle es Beistandsverträge im Falle einer Bedrohung geben - unter Ausschluß der ‚physischen Präsenz' ausländischer Truppen" geben. (18)

George Bush will nach seinen internationalen Erfolgen, insbesondere bei den arabischen Herrschern "die Gunst der Situation nutzen, um die Machtverhältnisse zwischen Golf und östlichen Mittelmeer ein für allemal zu verändern und dadurch gleich mehrere nahöstliche Dauerkrisen zu entschärfen. (...) ‚In dieser Krise', sagt Nahost-Experte William Quandt von der Brookings Institution in Washington, ‚haben wir die Chance, die Spielregeln für einige Zeit festzulegen'." (11) Die Verzögerungen des Aufmarsches waren gleichzeitig eine Verzögerung des Kriegsbeginns.

Den Irak in "Müll" verwandeln?

Man ist sich nicht sicher, daß das Wirtschaftsembargo sichere Ergebnisse bringen wird. Saddam Hussein hat behauptet, der Irak könne sogar Jahre überstehen und er hat zur landwirtschaftlichen Produktionsschlacht aufgerufen. Andererseits hat der Irak bisher aus seinen Öleinnahmen 75% der Lebensmittel importiert. Angeblich sind die Weizenvorräte im Oktober verbraucht, Mais und Fleisch werde knapp. (2) Andere Experten berichten von einer reichlichen Ernte, von zahlreichen Schlupflöchern und versichern, daß ein solches Embargo kein kurzzeitiges Ergebnis bringen könne, bzw. niemals erbracht hätte.

Angesichts des Kriegsaufmarsches mit einer weit überlegenen US-Armee verlassen sich dann Militärs auch lieber auf ihr Geschäft: James Adams, der als erster Journalist das Kriegsplanungszentrum des Pentagon besuchte, beschreibt die Stimmung folgendermaßen: "Die Leidenschaft von Kreuzzüglern macht sich in den Lageräumen breit, in denen 200 Männer und Frauen darauf warten, daß Saddam Hussein einen verhängnisvollen Zug macht. (...) Saddam soll ‚gebohnert' werden - getötet, der Irak soll durch Flächenbombardements ‚in Müll' verwandelt werden; ‚der Schutt' soll ‚umherfliegen'." (2)

Diese Kriegsstimmung begrenzt sich keineswegs auf Militärs: ",Wer sagt denn, daß Krieg nichts bringt', dröhnte der Kolumnist William Pfaff in der Los Angeles Times." Ex-Außenminister Henry Kissinger empfahl eine "chirurgische Zerstörung der militärischen Einrichtungen" des Irak. (11)

Doch in der Realität hapert es mit diese "chirurgischen" Schlägen. Die Planspiele, etwa um die Träger chemischer und sonstiger militärischer Zentralen oder Saddam Hussein selbst auszuschalten, haben in aller Regel den Haken, daß diese besonders geschützt sind. So würde die Bombardierung des Irak ein Massenmorden bedeuten, das unsere Phantasie übersteigt.

"100.000 Tote (...) Die Welt hat Angst vor dem Tag X (...) ein blutiges Gemetzel mit modernsten Waffen, Fanatismus und Terror im Orient (...) Am Ende gibt es keinen Sieger, nur Verlierer." So leitet der "Stern" seine Beschreibung eines möglichen Krieges gegen den Irak ein. (19)

Und die "Zeit" fragt: "Würden es die Vereinigten Staaten notfalls auf sich nehmen, Bagdad in Schutt und Asche zu legen, Kommandozentralen und Wohnviertel gleichermaßen zu bombardieren, Soldaten und Zivilisten unterschiedslos zu töten? Obwohl die US-Armee auch Pläne für einen Bodenkrieg ausgearbeitet hat - einer davon sieht gleichzeitig Angriff aus Saudi-Arabien, Jordanien, aus der Türkei und vom Golf her vor -, halten Militärexperten einen Landkrieg für zu verlustreich und weisen der Luftwaffe die Hauptrolle in einem Schlag gegen den Irak zu. Das Pentagon hat nie dementiert, was der ehemalige Luftwaffenchef General Dugan im Gespräch mit Journalisten ‚die Entscheidung im Zentrum von Bagdad' genannt hat. ‚Dieses Bombardement würde nicht am Rand herumnagen', hatte der General präzisiert." (20)

Eine Invasion in Kuweit hielt er für "ausgeschlossen", denn "dazu wäre ein Vorteil von drei zu eins erforderlich. Auch gäbe es in einem solchen Fall das Risiko, daß Kuweit zerstört würde." (21) General Dugan war 24

Stunden nach diesem Interview abgesetzt, aber gerade weil er zu offen gequatscht und sogar von einer Beteiligung Israels geredet hatte.

Anderseits wußte die "Bild"-Zeitung unter dem Motto: "Ist das Ende des Bösen nahe?" schon Anfang September, wie der geheime Angriffsplan der Amerikaner auf Kuweit aussah. Militärische Spezialkommandos retten die Geiseln, die von der Blitzkriegsaktion überraschten Iraker werden aus Kuweit vertrieben, Saddams Image vom unbesiegbaren Feldherrn ist dahin, "seine eigenen Militärs werden ihn stürzen." (22)

Laut "Washington Post" hat "das Pentagon inzwischen Pläne für einen eventuellen ‚Mehrfronten-Angriff' gegen den Irak zu Lande ausgearbeitet. (...) Der Plan schließe Attacken mit Panzern und Infanterie aus Saudi-Arabien, über die jordanische Wüste und aus den Bergen der Türkei ein." (23) Doch so einfach ist der Krieg nur auf dem Papier. Bush "zögert jetzt. (...) In seiner plötzlichen Zurückhaltung wurde Bush durch eine Studie der Vereinigten Stabschefs und des Nationalen Sicherheitsrates bestärkt. Ein Krieg mit dem Irak (...) könnte die US- Streitmacht im ungünstigen Fall 20.000 bis 30.000 Gefallene kosten - ein Preis, den auch die Falken im Weißen Haus ernüchterte." (24)

Die Planer seien sich einig: "Dieser Krieg darf keine neue Schmach sein, kein Leichenfeld für 58.000 Amerikaner wie in Vietnam. Aber dagegen steht die Warnung eines Offiziers in der Wüste, Marines-Oberst Carl Fulford: ‚Die Todesrate auf diesem Schlachtfeld wird an einem einzigen Tag den gesamten Vietnam-Krieg überschatten'." (19)

Ein "Duell in der Wüste" sei für die USA im Ernstfall wenig erfolgversprechend, sagt John Pike, Militärexperte beim Verband Amerikanischer Wissenschaftler. Ähnlich argumentiert Gregory Grant vom Zentrum für Strategische und Internationale Studien mit militärischen Analysen: "zu denken, wir könnten eine Blitzkriegstruppe aufmarschieren lassen, die sich durchschlägt, ist eine grobe Fehleinschätzung. Moderne Kriegsführung sehe so aus, daß schwerstbewaffnete Kampfverbände sich in verheerenden Gefechten gegenüberstehen, wobei enorm viele Soldaten ihr Leben lassen müßten. Und das ist die Stärke der Iraker.

Ein Krieg im Wüstensand könnte somit für die USA in einem Desaster enden und ich befürchte, daß die (US-)Regierung genau diese durchspielt." (25)

Warten auf einen Fehler Saddams

Die Amerikaner hätten Hemmungen, ohne "Provokation" loszuschlagen - sie fürchteten die Verurteilung der Weltöffentlichkeit. (26) "Von Anfang an fürchteten die Amerikaner, daß die internationale Koalition, die Bush aufgebaut hat, in dem Augenblick auseinanderfallen könnte, da sich der Präsident, etwa nach einem erfolglosen Embargo, zu einer kriegerischen Lösung des Golfkonfliktes entschließt. ‚Es ist eine Sache, Partner für einen Wirtschaftsboykott zu finden, aber eine andere, Verbündete für einen Waffengang zu gewinnen', fürchtet ein US- Diplomat" (27) "Soviel ist klar: Wenn wir einen Vorwand haben, einen Casus Belli, dann legen wir los," zitiert der "Spiegel" einen Mitarbeiter des Weißen Hauses (27)

Doch so martialisch Saddam Hussein auch auftritt, den "Gefallen" hat er den USA bisher nicht getan. "Trickreich" balanciere er "am Rande des Abgrunds", (11) allen Beobachtern sei klar, "daß der Irak auf Zeit spielt". (28) Amerikanische Militärexperten waren der Meinung, daß "der waffentechnische Vorsprung des aufmarschierenden internationalen Hilfskorps und die Sorge, von den erdrückend überlegenen Luftstreitkräften der Gegner ihrer wichtigsten Waffen, womöglich gar der Führung beraubt zu werden, geradezu einen irakischen Präventivschlag erzwinge." (27)

Doch schon bald stellte die amerikanische Luftaufklärung fest, daß die irakischen Truppen in Kuweit damit begannen, "sich in defensive Stellungen einzugraben". Man nannte das einem "Überraschungs-Nichtangriff" (29)

Der militärischen Überlegenheit der Truppen am Golf ist Saddam Hussein ganz im Stile seines Images als "Irrer" mit wilden Drohungen entgegengetreten. Ein "Weltbrand" werde Israel und alle Nationen, "die dem Bösen und den Besetzern Zuflucht gewähren", verschlingen. Er werde "das Licht für Dutzende von Jahren löschen", "wir werden die ganze Region, mitsamt den Ölfeldern, in Flammen setzen" und "alle Eindringlinge erwürgen". (27) Tatsächlich hat Saddam Hussein in Kuweit Kurzstreckenraketen in Stellung bringen und die derzeit nicht nutzbaren Ölquellen in Kuweit verminen lassen. Auf der anderen Seite hat Hussein nach allgemeiner Einschätzung alles vermieden, daß es zum Kampf kommt. Allgemein ist zu lesen, daß man

überall, einschließlich in Israel mit Terrorakten und C-Waffen-Angriffen des Irak zu rechnen habe. Andererseits hat Außenminister Asis im US-Fernsehen CBS erklärt, daß der Irak nur im Fall des atomaren Angriffs mit C-Waffen antworten würde. (14)

Nach eigenem Bekunden, haben die USA "dem Aggressor Saddam Hussein mit der Forderung nach ‚bedingungslosem Abzug' aus Kuweit wenig Spielraum für die Suche nach einem gesichtswahrenden Ausweg gelassen," (9) und sich damit auch international durchsetzen können. Hussein hat bisher jedes Einlenken hier abgelehnt, andererseits Ende September sofort auf den Vorschlag Mitterands, daß man nach einer verbindlichen Zusage für den Abzug aus Kuweit Verhandlungen einleiten könne, positiv reagiert. Doch schon wenige Tage später wies Frankreich Iraks Behauptung "entschieden zurück", es unterhalte "besondere Kontakte" mit dem Irak mit dem Ziel, die Golfkrise beizulegen. (33) Der französische Außenminister Dumas schloß ebenso wie die USA Verhandlungen aus, "solange der Irak sich nicht aus Kuweit zurückgezogen und die ausländischen Geiseln freigelassen habe". (34)

So nährt sich der Eindruck, daß man Saddam Hussein beseitigen möchte. Bush habe eine Anordnung unterzeichnet, in der Geheimoperationen zum Sturz des irakischen Präsidenten genehmigt würden. Saudi-Arabien will die CIA- Aktionen im Irak finanzieren, berichtete die "Newsweek" Das wird natürlich offiziell dementiert, denn "seit Mitte der siebziger Jahre ist es der CIA, die früher Mordanschläge - etwa auf Kubas Revolutionär Fidel Castro - ausführte, ausdrücklich verboten, ein gewaltsames Ausschalten ausländischer Staatsmänner in Erwägung zu ziehen." (26) So konnte Bush nur auf einen Sturz durch das irakische Volk hoffen. (35) Trotzdem hält der israelische Mossad es für "viel wahrscheinlicher als ein(en) Umsturz von außen (...) freilich immer noch, daß (...) ein Bagdader Militär "den Job besorgt". (26)

Doch alle diese Szenarios sind nicht sicher und insofern gilt der Rat Henry Kissingers: "Der Präsident hat den Rubikon überschritten. Amerika kann sich eine Niederlage nicht leisten, und nur ein Sieg wäre keine Niederlage. ‚Sollte man zu dem Schluß kommen, daß die Wirtschaftssanktionen zu unsicher und diplomatische Bemühungen erfolglos sind, dann müssen die Vereinigten Staaten die chirurgische und fortschreitende Zerstörung des irakischen Militärarsenals erwägen." (2) Und das ist dann die Logik des Krieges, wie sie für eine imperialistische Weltmacht gelten.

HH

QUELLEN:

1) Spiegel, 27.8.90

2) Zeit, 24.8.90

3) SZ, 2.10.90

4) FAZ, 9.8.90

5) Tagesanzeiger, 7.9.90

6) FAZ, 18.9.90

7) FAZ, 29.9.90

8) Zeit, 31.8.90

9) FAZ, 15.8.90

10) FAZ, 9.8.90

11) Spiegel, 3.9.90

12) s. AK 223, S. 6 ff; AK 238, S. 5 ff und AK 280, S. 17

13) taz, 15.9.90

14) SZ, 20.8.90

15) SZ, 15.9.90

16) Hamburger Abendblatt, 18.9.90

17) FR, 21.9.90

18) FAZ, 25.9.90

19) Stern, 4.10.90

20) Zeit, 28.9.90

21) SZ, 17.9.90

22) Bild, 3.9.90

23) FAZ, SZ, 24.9.90

24) Spiegel, 10.9.90

25) Hamburger Abendblatt, 23.8.90

26) Stern, 23.8.90

27) Spiegel, 1.10.90

28) Zeit, 31.8.90

29) Basler Zeitung, 13.8.90

30) SZ, 4./5.8.90

31) SZ, 25.9.90

32) Hamburger Abendblatt, 21.9.90; Zeit 21. und 28.8.90

33) taz, 2.10.90

34) FAZ, 2.10.90

34) SZ, 4.9.90

35) FAZ, 13.8.90

2. Sicherheitsgesetze verabschiedet Horch, Guck und Greif im einig Vaterland

Neue Sicherheitsgesetze verabschiedet

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:11

Noch vor der Bundestagswahl hat eine große Koalition der Westparteien ein Gesetzespaket endgültig unter Dach und Fach gebracht, das für die BRD-Geheimdienste eine Generalermächtigung zum Schnüffeln bringt. In den seit Jahren laufenden Gesetzgebungsprozeß waren alle möglichen juristischen Spitzfindigkeiten eingegangen. Nicht den geringsten Niederschlag fand darin jedoch die massenhafte Kritik an den Praktiken der DDR-Staatssicherheit, an der umfassenden Bespitzelung und aktenmäßigen Erfassung jeder oppositionellen Regung, an den schmutzigen Praktiken der V-Leute und agents provocateurs. Weit davon entfernt, den demokratischen Impuls der Massendemonstrationen des letzten Herbstes aufzunehmen, ging und geht es den Herrschenden hierzulande ausschließlich darum, die bekannten Methoden und all das, was moderne Computertechnik darüber hinaus möglich macht, für die eigenen Geheimdienste gegen die eigene Bevölkerung möglichst wasserdicht gesetzlich festzuschreiben. Die Gesetze sollen in Kraft getreten sein, bevor sich die DDR-Bürger und -Abgeordneten womöglich darauf besinnen, daß sie damals die vollständige und ersatzlose Auflösung der Stasi gefordert hatten.

Eine öffentliche Diskussion will auch die SPD unter allen Umständen vermeiden - vor allem in den neuen Bundesländern, wo die Einrichtung von Verfassungsschutzämtern bereits begonnen hat. Zu befürchten steht, daß der erste Großeinsatz des dazu aufgestellten bundesdeutschen Expeditionscorps eine radikale Säuberung des Staatsdienstes der ehemaligen DDR-Länder von verbliebenen PDS-Mitgliedern und sonstigen Linken sein wird.

Anno 1983 hat das Bundesverfassungsgericht in bester Absicht - es ging ums Abwiegeln des massenhaften Protestes gegen die Volkszählung - ein Urteil gefällt, in dem ein Grundrecht auf "informationelle Selbstbestimmung" postuliert wurde. Der Bürger habe ein Recht darauf, zu erfahren, wer was wo über ihn gespeichert habe. An sich würde sich darum kein Mensch weiter kümmern, wenn nicht einige von staatlicher Datensammelwut Betroffene von Polizei und Geheimdiensten Auskunft über "ihre" Daten gefordert - und in einigen Fällen vor Verwaltungsgerichten sogar recht bekommen hätten. Aber das BVG hatte ja den Wink hinzugesetzt, Ausnahmen vom Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung seien schon möglich, sie müßten lediglich gesetzlich fixiert sein. Bis zum Vorliegen rechtlicher Regelungen hatte das BVG einen Übergangsbonus eingeräumt, der in der Rechtsprechung inzwischen allerdings als abgelaufen gilt. Nach sechsjährigem Hin und Her zwischen CDU und FDP wurde das entsprechende Gesetzespaket schließlich am 31.5.90 vom Bundestag in dritter Lesung verabschiedet.

Als Kernstück wird eine Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes präsentiert, die staatlichen Stellen gewisse Restriktionen bei der Sammlung, Speicherung und Weitergabe personenbezogener Daten auferlegt. Gleichzeitig wird aber die Einrichtung automatischer Abrufverfahren - und damit die Vernetzung der unterschiedlichen staatlichen Computersysteme - wesentlich erleichtert. Online-Verfahren sind nur noch an die Voraussetzung gebunden, daß diese "für die Aufgaben oder Geschäftszwecke der beteiligten Stellen angemessen" sind. Die Datenübermittlung ist nur noch denselben minimalen Vorbehalten unterworfen wie die Speicherung der Daten innerhalb einer Behörde, sie bedarf nicht mehr wie nach der alten Fassung des Datenschutzgesetzes einer besonderen gesetzlichen Ermächtigung. Für die Rechtmäßigkeit der Übermittlung und Weiterverwendung der Daten trägt allein die anfragende Behörde die Verantwortung. "Die ersuchende und an den Daten interessierte Behörde", kommentiert die Zeitschrift "Bürgerrechte & Polizei (CILIP)", "hat also ihre eigene Berechtigung zu prüfen - ein Unding".

Als großartige Verbesserung wird die Einsetzung des Bundesdatenschutzbeauftragten durch das Parlament abgefeiert. Gleichzeitig aber werden seine Kompetenzen beschnitten. Staatliche Akten - deren Einbeziehung in das Datenschutzgesetz ebenfalls als großer Fortschritt gilt - darf er nur in Einzelfällen auf eine besonders begründete der Betroffenen hin einsehen. Von einigen Bereichen (Abhördaten der Geheimdienste, Steuerdaten, Personalakten und Akten aus Sicherheitsüberprüfungen) ist er künftig vollständig ausgeschlossen.

Datenschutz - nicht für die Geheimdienste

Vor allem anderen geht es bei dem Gesetzespaket um die Befreiung des gesamten Sicherheitsbereichs von einengenden datenschutzrechtlichen Vorschriften, wie sie aus dem BVG-Urteil hergeleitet werden könnten. Entsprechende Ausnahmeregelungen enthält das Bundesdatenschutzgesetz und die Gesetze über die Geheimdienste in großer Zahl. Die Dienste untereinander haben unbeschränkte Möglichkeiten zum Datenaustausch. Auch für die Datenlieferung des VS an die Polizei gibt es so gut wie keine Einschränkung. Das Verbot des Direktabrufs von Daten wird dadurch umgangen, daß eine Tag und Nacht besetzte Verbindungsstelle eingerichtet wurde. Bei einer drohenden "erheblichen Beeinträchtigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung" (die Gesetzesbegründung nennt den "deutschen Herbst" 1977 als Beispiel) ist eine direkte Kopplung von Polizei- und Geheimdienstcomputern ausdrücklich vorgesehen.

Auch ausländischen Stellen dürfen personenbezogene Daten übermittelt werden, wenn diese "erhebliche Sicherheitsinteressen" anmelden. Und schließlich können auch - zum generalklauselartig verwendeten Zweck des Schutzes der FdGO - Daten an private Dritte übermittelt werden. Wenn dem Wohl des Bundes oder der Länder Nachteile entstehen könnten, erfolgt die Datenübermittlung geheim. In der Praxis kann der VS nach reinen Nützlichkeitserwägungen beliebige Daten an beliebige öffentliche oder private Empfänger im In- oder Ausland liefern. Die Kooperation der NATO-Geheimdienste wird damit ebenso abgesichert wie die direkte Unterrichtung von Konzernleitungen.

Vor großer Bedeutung ist die Verpflichtung des gesamten Staatsapparates auf Zuarbeit für den Verfassungsschutz. Alle Bundesbehörden sind verpflichtet, Informationen über "Bestrebungen, ... durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen" die FdGO, die Sicherheit des Staates oder "die Amtsführung der Verfassungsorgane" zu gefährden, von sich aus an den Verfassungsschutz zu melden; Polizei, Staatsanwaltschaften, BGS und Zoll stets auch bei "nicht gewaltorientiertem Extremismus". Der VS kann seinerseits die vorgenannten und - ohne jegliche Beschränkung! - "andere Behörden" zur Übermittlung von Informationen und personenbezogenen Daten auffordern. (§12 BVerfSchG) Auf die freiwillige Denunziationsbereitschaft der dort Beschäftigten ist man also nicht mehr angewiesen, sondern hat ein Heer von gesetzlich zwangsverpflichteten Zuträgern zur Verfügung, das sich vor dem des Stasi nicht zu verstecken braucht. Die Westberliner CILIP kommentiert: "Das mit den vorliegenden Entwürfen verfolgte Ziel, den Staatsschutzbehörden auch und gerade für den präventiven Staatsschutz weit im Vorfeld konkreter Handlungen den rechtlich verbindlichen Zugriff auf nahezu alle Datenbestände öffentlicher und semiöffentlicher Stellen zu ermöglichen, schafft für diese Stellen und ihre Beschäftigten - damit aber auch für die BürgerInnen und ihren Datenschaften in den Verwaltungen - eine qualitativ neue Situation. Der Zugriff wird systematisiert und soll den VfS-Behörden die Möglichkeit eröffnen, alle Behördendateien für strategische Auswertungen (für Rasterfahndung etc.) heranziehen zu können. In dieser systematischen Zugriffsmöglichkeit liegt die qualitative Neuerung." (CILIP 32) Durch die Möglichkeit, Daten von der Polizei und den Staatsanwaltschaften abzufordern (und möglicherweise die Datenerhebung, eine Hausdurchsuchung z.B., auf dem "kleinen Dienstweg" erst anzuregen) wird die Trennung von Polizei und (ausdrücklich nicht mit Zwangsmitteln ausgestatteten) Geheimdiensten ein weiteres Mal ad absurdum geführt.

Wanzen und andere nachrichtendienstliche Mittel

Die bei Operationen der Verfassungsschützer zulässigen "nachrichtendienstlichen Mittel" sind im Verfassungsschutz- gesetz nicht abschließend aufgezählt, das Nähere regelt hier der Bundesinnenminister in geheimgehaltenen Erlassen. Der Einsatz von Spitzeln (V-Leuten) und agents provocateurs gehört ganz selbstverständlich und unumstritten dazu; nach Auffassung eines Standardkommentars zum Geheimdienstrecht fällt aber auch "die geringfügige Beschädigung einer Gefängnismauer mittels Sprengstoff" - gemeint ist das Celler Loch - unter die legalen nachrichtendienstlichen Mittel. (nach CILIP 32) Das Abhören in Wohnungen ist nach dem Gesetzentwurf ausdrücklich erlaubt, wenn eine "gegenwärtige gemeine Gefahr" oder eine Lebensgefahr für einzelne Personen (z.B. auch V-Leute) behauptet wird. Praktisch unterliegt der Einsatz von Wanzen, versteckten Kameras und Richtmikrofonen, V-Leuten und Lockspitzeln keinen Beschränkungen, denn die Einhaltung des Gebotes der Verhältnismäßigkeit kontrolliert allein - der VS selbst.

Ein einziger Hohn ist die Regelung des Auskunftsrechts gegenüber dem Verfassungsschutz. Der oder die Betroffene müssen zuerst mal "einen konkreten Sachverhalt und ein besonderes Interesse" nachweisen - und damit die "Erkenntnisse" des Amtes selbst noch ergänzen. Daß sie wirklich etwas erfahren, ist dagegen nicht

zu erwarten: Die Auskunftserteilung soll unterbleiben, "wenn dadurch der Auftrag des BfV gefährdet würde, Quellen bloßgelegt, die öffentliche Sicherheit gefährdet, das Wohl des Bundes oder eines Landes beeinträchtigt oder wegen überwiegender anderer Interessen die Daten geheimgehalten werden müssen. Außerdem darf keine Auskunft erteilt werden, wenn die Ausforschung des Bundesamtes zu befürchten ist." (Handelsblatt, 15.3.90) Die Ablehnung von Auskunftsersuchen muß gegenüber den Betroffenen nicht begründet werden.

Alles in allem folgen die datenschutzrechtlichen Regelungen für den Sicherheitsapparat dem Grundsatz von Bundesinnenminister Schäuble, daß man sich vor allem vor "übertriebenem legislativem Perfektionismus" hüten müsse. "

Generalklauseln erlauben häufig sachgerechtere Entscheidungen ..." (bei einer BKA-Arbeitstagung "Technik im Dienste der Straftatenbekämpfung" am 7.11.89). "Ein Datenschutz, mit dem Terrorbekämpfer leben können", resümierte die "Welt" (15.3.90) und zitiert höchst zufriedene Stimmen aus BKA und BfV. Die innere Sicherheit bleibe wichtiger als der Datenschutz.

Die gleichzeitig verabschiedeten Gesetze zu Bundesnachrichtendienst (BND) und Militärischem Abschirmdienst (MAD) ähneln weitgehend dem Verfassungsschutzgesetz. Bemerkenswert allenfalls die Aufgabenbestimmung des BND: Sammlung und Auswertung von "Informationen, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die BRD sind". Allgemeiner geht's nicht. Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat der BND dieselben Befugnisse wie der VS: Zugriff auf die gesamten Informationen aller Behörden, Zuarbeitsverpflichtung für Polizei, BGS und Staatsanwaltschaften, Recht zur Streuung der gewonnenen "Erkenntnisse" an jedwede Stelle im In- und Ausland.

... da kann sich die SPD nicht versagen

Da die Mehrheit der SPD-Länder im Bundesrat den Vermittlungsausschuß angerufen hatte, kam es im September nochmals zu Verhandlungen. Durch eine Blockadepolitik hätte die SPD es in der Hand gehabt, ein Durchzocken des Gesetzespakets noch in dieser Legislaturperiode zu verhindern. Aber sie gab sich mit einigen kosmetischen Korrekturen zufrieden - vollmundigen früheren Protesten zum Hohn. Die letztlichen Abstimmungen im Bundestag und Bundesrat waren dann nur noch Formsache. CDU-Innenpolitiker Blens konnte befriedigt feststellen, die Gesetze seien "in den entscheidenden Punkten unverändert" geblieben, lediglich die Kontrollbefugnisse des Datenschutzbeauftragten hätten sich "leicht verstärkt". Mehr Auskunftsrechte für die Opfer der Sicherheitsdienste gebe es dagegen nicht. (FAZ, 13.9.90)

Es hat also wieder die gesamtdeutsche Staatsräson gesiegt - parteiübergreifend und gnadenlos. Forderungen nach Auflösung des Verfassungsschutz, wie sie verschiedentlich auch in der BRD diskutiert wurden, sind vom Tisch gewischt. Die auf der Hand liegende Konsequenz aus den Stasierfahrungen - Keine Geheimdienste mehr im vereinigten Deutschland - ist bereits wieder auf dem Misthaufen der deutschen Einheitsgeschichte gelandet.

anti-rep/KB Hamburg

Quellen:

Neben den Gesetzestexten (BT-Drucksache 11/7235, hieraus auch die nicht weiter ausgewiesenen Zitate) und der Tagespresse stützt sich der Artikel vor allem auf Ausarbeitungen der Zeitschrift "Bürgerrechte & Polizei (CILIP)", insbesondere auf das den Sicherheitsgesetzen gewidmete Heft 32. Bestelladresse: Kirschkern Buchversand, Hohenzollerndamm 199, 1000 Berlin 31.

3. Frontstaat Türkei: Im Schatten der Golfkrise Krieg gegen die Kurden

Rubrik: Golfkrieg; Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/62.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:62

Nachdem es dem irakischen Regime 1988 dank internationaler Unterstützung schließlich gelungen war, die iranischen Truppen zurückzudrängen und die Bedingungen für den Waffenstillstand zu diktieren, nutzte Saddam Hussein die Gunst der Stunde, um "schnell noch" mit den Kurden aufzuräumen: mit massiven Giftgaseinsätzen und Bombardierungen wurden tausende von Kurden niedergemetzelt.

Während Saddams einstige Freunde in Washington, Paris, London und Bonn nun als "Vorkämpfer der Demokratie" den Rest der Welt gegen den "Schlächter von Bagdad" auf Linie bringen, hat nunmehr die Türkei - als Frontstaat der NATO an der Grenze zum Irak - die Gunst der Stunde erkannt, um wiederum im Statten eines (bevorstehenden) Golfkrieges und unterstützt von denselben "Freunden" mit "ihren" Kurden abzurechnen, deren Bewegung in den letzten Jahren zunehmend an Stärke gewonnen hatte, wie der Volksaufstand im Frühjahr des Jahres eindrücklich unterstrich.

Bereits am 6. August hat die Türkei beim Europarat in Straßburg die Aufhebung der Menschenrechte in den kurdischen Provinzen bekannt gegeben. Inszwischen werden jede Woche hunderte von Menschen festgenommen, Oppositionelle auf offener Straße von türkischen Soldaten erschossen. Das Embargo gegen den Irak wird genutzt, um die Menschen in der Region ökonomisch auszuhungern und zur Migration zu zwingen; ergänzt durch Terrorakte der Soldaten, wie z.B. dem Niederbrennen von Häusern, Wäldern und Anbauflächen.

Obwohl der Irak für die türkische Wirtschaft wichtiger Handelspartner und Öllieferant war, hatte sich die Türkei als treuer Verbündeter der USA innerhalb einer Woche dem Embargobeschluß des UN-Sicherheitsrates angeschlossen und die über türkisches Territorium führende irakische Pipeline geschlossen. Wenige Tage später erschien US-Außenminister Baker in der Türkei, um über die Benutzung der US- und NATO-Basen in der Türkei für den Truppenaufmarsch in Saudi- Arabien und über militärische Einsätze zu verhandeln. Auf den US-Stützpunkten herrschte bereits in den ersten Tagen der Krise Hochbetrieb, was in der türkischen Presse ausführlich dokumentiert wurde. Die türkische Regierung hatte insgeheim die Erlaubnis gegeben, zusätzliche US- Kriegsflugzeuge in Incirlik zu stationieren. Staatspräsident Turgut Özal setzte sich über alle in der türkischen Gesellschaft laut werdenden Proteste gegen eine Parteinahme für die USA und damit die mögliche Beteiligung der Türkei an einem bewaffneten Konflikt hinweg. Das Parlament schließlich übertrug der Regierung die Vollmacht, allein über einen Kriegsbeitritt der Türkei zu entscheiden. Während seines Besuchs in den USA Ende September erklärte Özal sogar, daß es von Seiten der Türkei keine Einwände gäbe, sich an militärischen Sanktionen gegen den Irak zu beteiligen, wenn diese von der UNO beschlossen werden.

Die USA und der Westen erkannten die Kooperationsbereitschaft der Türkei an. NATO-Generalsekretär Wörner erklärte gegenüber der türkischen Zeitung Milliyet: "Die Türkei hat angesichts der Krise ohne zu zögern ein vorbildliches Verhalten an den Tag gelegt. Ich muß ihr meine ehrliche Bewunderung aussprechen. (...) Nach Beendigung der Krise wird die Türkei eine wichtige Rolle bei der Wahrung der Stabilität in der Region spielen. Es gibt zwar noch keine konkreten Pläne, aber ich kann soviel sagen, daß eine Neuordnung des Mittleren Ostens ohne die Türkei nicht möglich sein wird".

Die Aufwertung, die die Türkei durch die Golfkrise erfahren hat, nachdem mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ihre Bedeutung eher abgenommen hatte, will sie sich bezahlen lassen. Die türkische Regierung erwartet eine positivere europäische Haltung zum von der Türkei beantragten EG-Beitritt und fordert von den USA mehr Militärhilfe, die bisher immer im Verhältnis 7:10 an Griechenland und die Türkei vergeben worden war. Gleichzeitig wird in Washington und Ankara über den Aufbau eines neuen prowestlichen Bündnissystems nach dem Muster des Bagdad-Paktes der 50er Jahre nachgedacht. Zentrum eines solchen Bündnisses, das die prowestlichen Staaten der Region umfassen und den Status Quo in der Region bewahren soll, wäre sicher die Türkei. Auch in Menschenrechtsfragen erwartet die türkische Regierung Zugeständnisse, wie ihr Vorstoß zur Aufhebung der Grundrechte in den kurdischen Provinzen beim Europarat zeigt (s.u.).

Ob die Türkei allerdings in diesem Rahmen ihre Ansprüche auf bisher irakisches Territorium verwirklichen kann, scheint zweifelhaft.

Türkische Expansionspläne

Seit Beginn der Golfkrise werden in der Türkei wieder öffentlich Ansprüche auf Mossul und Kerkuk angemeldet. Das Gebiet von Mossul und Kerkuk, in dem mehrheitlich Kurden, aber auch eine turkmenische Minderheit leben, ist aufgrund seines Ölreichtums stets von der Türkei begehrt worden. Bei der Aufteilung des Nahen Ostens nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches erhob die Türkei Anspruch auf das Mossul-Gebiet, das Großbritannien seinem Mandatsgebiet Irak einverleiben wollte. Dritte Partei waren die Kurden, die versuchten, die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates in diesem Gebiet durchzusetzen. Der Völkerbund entschied schließlich im Sinne Großbritanniens und sprach das Gebiet dem Irak zu.

Als 1987 während des iranisch-irakischen Krieges die irakische Front zusammenzubrechen drohte und die Gefahr bestand, daß die kurdische Bewegung mit iranischer Unterstützung das Gebiet samt seiner Ölquellen unter ihre Kontrolle bringt, wurden in Ankara mit amerikanischer Unterstützung Szenarien entworfen, das Gebiet von Kerkuk und Mossul zu besetzen. 1983, 1986 und 1987 war das türkische Militär bereits (gedeckt durch ein türkisch-irakisches Abkommen über grenzüberschreitende Verfolgung) im kurdischen Nordirak eingedrungen, um kurdische Stellungen und Dörfer anzugreifen.

Die aktuelle Diskussion über eine Besetzung von Kerkuk und Mossul wird mit angeblichen amerikanischen Plänen gerechtfertigt, den irakischen Kurden als Gegenleistung für ihre Beteiligung an militärischen Aktionen gegen Saddam einen eigenen Staat im Nordirak zuzugestehen. (s. nebenstehender Artikel)

Einen Kurdenstaat oder auch eine Autonomie, die die Kurden im Irak anders als im Fall der heute praktizierten Scheinautonomie wirklich an Macht und Entscheidungen beteiligt, ist für die Türkei aufgrund der Brisanz der Kurdenfrage innerhalb ihrer eigenen Grenzen mit ihren selbstdefinierten "Sicherheitsinteressen" unvereinbar. Ein eigenständiges Kurdistan würde, so die türkischen Befürchtungen, zu einem Sprungbrett und Rückzugsgebiet für die Kurdenbewegung der Türkei. Schon vor Monaten wurde in türkischen Militärkreisen die Möglichkeit diskutiert, die PKK in ihren jenseits der Grenze befindlichen Lagern und Rückzugsgebieten anzugreifen, die sich zum Teil auf der irakischen Seite der Grenze befinden. Insofern besteht ein türkischer Anspruch, das Geschehen im Irak mitzubestimmen. Auch die Ölvorräte des irakischen Nordens stellen einen Anreiz für die von Erdölimporten abhängige Türkei dar. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die USA eine solche kurdische Option wirklich ernsthaft verfolgen. Eine amerikanische Unterstützung für die irakischen Kurden würde zu einer Verschlechterung der amerikanisch-türkischen Beziehungen führen, an der die USA während der jetzigen Krise kein Interesse haben können. Die USA haben die Kurden bisher allenfalls als Destabilisierungsfaktor benutzt. Kurdische Eigenstaatlichkeit oder Eigenständigkeit haben sie, auch zu Zeiten der amerikanischen Unterstützung für die irakische Kurdenbewegung 1974/75, nie befürwortet (1). Die Türkei, der der kurdische Unabhängigkeitskampf innerhalb der eigenen Grenzen zunehmend Schwierigkeiten bereitet, ginge bei einer Besetzung des irakischen Nordens das Risiko ein, daß die Widerstandsbereitschaft der Kurden sich noch verstärken würde und die erfahrene irakische Kurdenbewegung als zusätzlicher Gegner hinzukäme.

Für den Fall eines offenen Kriegsausbruches im Golf ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß die Grenzen im Nahen Osten neu gezogen werden. Für diesen Fall beansprucht die Türkei, wie Turgut Özahl es formuliert, bei Entscheidungen über die Zukunft des Irak mit am Tisch zu sitzen. Diese türkische Forderung war auch Gegenstand der Gespräche zwischen US-Präsident Bush und dem türkischen Staatspräsidenten Ende September in New York.

Truppenaufmarsch in der kurdischen Grenzregion

Für die kurdische Bevölkerung hatte die Beteiligung der Türkei am UN-Embargo unmittelbar negative Folgen. Den Bewohnern der kurdischen Kleinstädte entlang der "Seidenstraße", die mit Restaurationsbetrieben, Werkstätten, Servicestationen und Geldwechsel bisher von dem dichten LKW-Verkehr aus und in den Irak gelebt hatten, droht nun der finanzielle Ruin. Zwar haben die EG, Japan und der kuwaitische Emir der Türkei zugesagt, für die durch das Embargo erlittenen Verluste aufzukommen. Die Bewohner der jahrzehntelang unterentwickelt gehaltenen Region sind sich hingegen sicher, daß dieses Geld bei ihnen niemals ankommen

wird. Die Folge ist eine erneute Auswanderungswelle aus Kurdistan, zu Tausenden verlassen die Menschen ihre Dörfer und Städte.

Gleichzeitig begannen in der Botan-Region, bisher Zentrum der Guerillaaktivitäten der PKK, intensive Kriegsvorbereitungen. Ein Krisenstab aus Vertretern der Regierung und des Oberkommandos der Armee wurde gebildet. 40.000 zusätzliche Truppen wurden zum Teil in zivilen Reisebussen in die Grenzregion befördert. 150 Flugzeuge der türkischen Luftwaffe vom Typ F 100, F 104 und F 4 wurden auf die Militärflughäfen Batman, Erhac und Diyarbakir im kurdischen Gebiet verlegt.

Zweidrittel der öffentlichen Telefonleitungen wurden für das Militär reserviert. Das Krankenhauspersonal in den kurdischen Städten erhielt Urlaubsverbot. Die Grenzregion wurde für Journalisten gesperrt.

In der gesamten Türkei wurden Streiks verboten und unterbrochen, so ein Streik der türkischen Beschäftigten auf dem US-Stützpunkt Incirlik und Streiks in der petrochemischen Industrie.

Im Zuge des Militäraufmarsches an der türkisch-irakischen Grenze wurden die Vorbereitungen für den seit der Verschärfung des Ausnahmezustands im April erwarteten Großangriff auf die kurdische Guerilla und die mit ihr sympathisierende Bevölkerung intensiviert. Das NATO-Manöver "Deterrent Force II", welches von der schnellen Eingreiftruppe der NATO, AMF, unter Beteiligung von Bundeswehrverbänden direkt im kurdischen Grenzgebiet (zum Irak) durchgeführt wurde, begann - obwohl erst für Oktober geplant - bereits am 11. September. Beobachtern zufolge wurde im Rahmen dieses Manövers die Infrastruktur der Region für den bevorstehenden Krieg ausgebaut: So wurden Straßen für den Transport von Kriegsgerät tauglich gemacht, Krankenhäuser in der Region mit modernen medizinischen Einrichtungen ausgestattet. Gerüchten zufolge wurden im Rahmen des Manövers Rüstungsgüter aus Bundeswehrbeständen in die Krisenregion geschafft. Sicher ist, daß die im Zuge der Modernisierung der türkischen Streitkräfte geplante Lieferung von 120 modernisierten Leopard 1-Panzern aus der BRD in den Monaten August bis Oktober 1990 stattgefunden hat.

Die "Bild"-Zeitung berichtete, daß beim Führungsstab der Bundeswehr Pläne entwickelt wurden, bei einer Eskalation in der Golfkrise innerhalb von drei Tagen ein 60 Tornado-Flugzeuge umfassendes Geschwader der Bundeswehr auf einen NATO-Stützpunkt in der Türkei zu schicken. Auf Nachfragen der "taz" dementierte ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums diese Meldung insoweit, daß es "keine aktuelle Planung" der Bundesregierung gäbe, schloß aber nicht aus, daß deutsche Flugzeuge in die Türkei verlegt werden können; bereits in der Vergangenheit hätten deutsche Kampfflugzeuge die Türkei als NATO-Partner angeflogen. (2)

An die türkischen Truppen in der Grenzregion wurden öffentlich Gasmasken verteilt, während in den kurdischen Städten keinerlei Zivilschutzmaßnahmen für den Fall eines irakischen Angriffs getroffen wurden. Dabei ist klar, daß die Städte Cizre und Batman durch strategisch wichtige Einrichtungen wie die Erdölraffinerie und der Militärflughafen in Batman und die Tigrisbrücke in Cizre im Kriegsfall bevorzugte Ziele irakischer Angriffe sein werden. Der Bürgermeister von Cizre wandte sich an die türkische Regierung in Ankara, um Gasmasken für die örtliche Bevölkerung zu bekommen, das wurde jedoch bisher abgelehnt. Die lokale kurdische Bevölkerung befürchtet, daß sich Angriffe in erster Linie gegen sie richten werden. Sie sitzen in der Falle zwischen irakischen und türkischen Militärs.

Die Position der kurdischen Organisationen in der Türkei

Am 15. August veröffentlichte die ERNK, die Frontorganisation der PKK, eine Erklärung, in der sie den imperialistischen Aufmarsch in der Region und den irakischen Überfall auf Kuwait verurteilte. Damit trat sie in der türkischen Presse verbreiteten Gerüchten entgegen, die PKK habe sich im Golfkonflikt auf Seiten Saddam Husseins gestellt. In der Erklärung heißt es:

"(...) Es sind die imperialistischen Staaten selbst, die den Irak durch die Lieferung chemischer Waffen in ein explosives Pulverfaß verwandelt haben. Somit war es unumgänglich, daß der Irak, den die imperialistischen Staaten aufgerüstet und aufgehetzt haben, die Völker des Mittleren Ostens in einen Krieg hineinzieht, auch wenn es sein eigenes Ende bedeutet und er zu einer Plage für die Region wird. (...)

Wenn sich heute die imperialistischen Staaten darauf vorbereiten, den irakischen Diktator zu bestrafen, dann sicherlich nicht, weil sie an die Völker der Region denken. (...)

Die imperialistischen Staaten treffen Vorbereitungen, unter dem Vorwand der Bestrafung Saddams die Region von neuem zu besetzen und einen noch repressiveren Druck über die Völker der Region zu errichten. (...)

Der türkische Staat bereitet sich mit seiner Armee, seinem Parlament und seiner Presse auf den Krieg vor. (...)

Die Interessen der Völker in der Region liegen in der Einnahme einer Haltung gegen die imperialistische Okkupation und den reaktionären Krieg und in der Solidarität der Völker und dem gemeinsamen Widerstand."

An das türkische Volk gerichtet heißt es: "Fallt nicht auf die kolonial-faschistische Propaganda herein. Wendet Euch gegen den Krieg, unterstützt die Stimmen gegen den Krieg, stärkt die Antikriegsbewegung. Unterstützt den Widerstand eurer kurdischen Schwestern und Brüder."

An die kurdische Bevölkerung in der Türkei und im Irak wird appelliert: "Laßt uns alle gemeinsam als Volk gegen die imperialistische Okkupation, die Herrschaft der kolonialistischen Kräfte in unserem Land und den neuen Aufteilungskrieg Widerstand leisten.

Verweigern wir den Militärdienst in den kolonialistischen Armeen, desertieren wir, überzeugen wir unsere Kinder, Ehemänner und Brüder davon, von der kolonialistischen Armee zu desertieren."

TEVGER, ein Bündnis von sieben kurdischen Gruppen in der Türkei, verurteilte die irakische Besetzung Kuwaits. Niemand könne vom kurdischen Volk, so TEVGER, verlangen, Saddam zu unterstützen. TEVGER lehnt den Militäraufmarsch der USA und seiner Verbündeten ab, befürwortet aber das Embargo und die anderen von der UNO gegen den Irak beschlossenen Maßnahmen.

Auch die "Arbeitspartei der Werktätigen", ein Zusammenschluß von Parlamentariern, die aufgrund ihres Eintretens für die kurdische Frage aus der sozialdemokratischen SHP ausgeschlossen worden waren, veröffentlichte einen Aufruf gegen den Krieg. Der Türkische Menschenrechtsverein, die Sozialistische Partei und ein Zusammenschluß von 29 linken Zeitungsprojekten riefen ebenfalls zum Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen auf. Die Vorstände der türkischen Anwaltskammern, Ärztekammern und Berufsverbände der Ingenieure stellten sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Kriegspropaganda und forderten, "daß unsere Menschen, ohne Angst vor einem Krieg haben zu müssen, in Frieden und Gesundheit leben können."

Eine der ersten Aktivitäten dieser sich entwickelnden Antikriegsbewegung war eine Demonstration der Sozialistischen Partei vor der US-Airbase in Incirlik bei Adana.

Eskalation in Kurdistan-Türkei: Der Krieg hat schon begonnen

Für die kurdische Bevölkerung in der Botan-Region, dem Zentrum der PKK-Guerillaaktivitäten und des Volksaufstandes in diesem Frühjahr, hat der Krieg schon begonnen. Mit den Kriegsvorbereitungen gegen den Irak nahmen die Übergriffe der türkischen Armee und der Spezialeinheiten ein bisher nicht gekanntes Ausmaß an.

Zwangsumsiedlungen und Dorfzerstörungen, die bereits seit längerem durchgeführt werden, wurden forciert. Nach Berichten aus der Region wurden seit dem 7. August systematisch Häuser, Waldstücke und von den Bauern bewirtschaftete Pflanzungen und Obst- bzw. Pinienhaine von türkischen "Sicherheitskräften" niedergebrannt. Allein in den Kreisen Eruh und Sirnak wurden 141 Dörfer und Weiler zerstört und geräumt. Tausende von Menschen, die aus ihren Dörfern gejagt wurden, lagern in Nomadenzelten entlang der Kreisstraßen.

Der Türkische Menschenrechtsverein berichtet über Großrazzien, Massenfolterungen und Morde durch die Sicherheitskräfte im Zuge der als "Evakuierung" deklarierten Maßnahmen. Aus vielen Dörfern wird über willkürlich von den Sicherheitskräften ermordete oder zu Tode gefolterte Bauern berichtet. Selbst im Stadtzentrum von Cizre wurden Kurden von Angehörigen der Spezialeinheiten auf offener Straße erschossen. In Nusaybin wurde eine Versammlung der Gewerkschaft der Erdölarbeiter, Petrol-Is, von der Polizei überfallen und einige der Anwesenden gefoltert. In der Erdölstadt Batman wurden Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft Petrol-Is verhaftet.

Amnesty international spricht von täglich eingehenden Meldungen über Massenverhaftungen aus allen Ecken Türkei-Kurdistans. In seiner Erklärung vom 15. September warnte der Menschenrechtsverein vor einer

Beteiligung der Türkei an einem möglichen Krieg in der Region und einer Eskalation des Krieges gegen die Kurden:

"(...) Die sowieso schon spärlichen demokratischen Rechte würden völlig beschnitten werden. In unserer Region könnte die Völkermordpolitik noch ungestörter als bisher vorangetrieben werden. In einem Krieg würde unsere Region als Versuchsfeld für Massenvernichtungsmittel aller Art verwendet werden. Auf diese Weise könnte die nationale (d. h. die kurdische) und die gesellschaftliche Opposition völlig vernichtet werden. Wir rufen daher alle auf, die auf der Seite von Frieden und Freiheit stehen, nein zu diesem Krieg zu sagen. (...)

Wir fordern Hilfe für unsere Landsleute, deren Dörfer zerstört und niedergebrannt worden sind. (...)"

Türkei suspendiert Menschenrechte in Kurdistan

Erst Mitte September wurde bekannt, daß die Türkei bereits am 6. August beim Europarat die Suspendierung der Grundrechte in den kurdischen Provinzen angekündigt hat. Dabei beruft sie sich auf Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention, nach dem in Notstandssituationen die Grundrechte außer Kraft gesetzt werden können. Zuletzt hatte die Türkei bei der Machtergreifung der Militärs am 12. September 1980 die Außerkraftsetzung der Grundrechte entsprechend angekündigt. Die Suspendierung wird mit einer "Bedrohung der Nationalen Sicherheit" begründet:

"(...) Die Gefahr für die Nationale Sicherheit tritt überwiegend in den Provinzen Südostanatoliens (d.h. Kurdistans, Anm. AK) und teilweise auch in benachbarten Provinzen auf.

Aufgrund der Intensität und Vielfalt terroristischer Aktionen und um solchen Aktionen beikommen zu können, muß die Regierung nicht nur die Sicherheitskräfte einsetzen, sondern auch Schritte unternehmen, die geeignet sind, dem Mißbrauch gewerkschaftlicher Rechte und einer schädlichen Desinformationskampagne zu begegnen, die zum Teil aus anderen Provinzen der Türkei und sogar aus dem Ausland geführt wird.

Zu diesem Zweck hat die Regierung der Türkei (...) am 10. Mai 1990 die Verordnungen mit Gesetzeskraft No. 424 und 425 erlassen. Teile dieser Verordnungen können die Beeinträchtigung von Rechten zur Folge haben, die in folgenden Bestimmungen der Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten enthalten sind: Artikel 5, 6, 8, 10, 11 und 13".

Die offizielle und international verkündete Suspendierung der Menschenrechte muß als Ankündigung der türkischen Regierung verstanden werden, die kurdische Unabhängigkeitsbewegung mit allen Mitteln zu zerschlagen. Wie die Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre zeigen, bedeutet das einen offenen Krieg gegen die Zivilbevölkerung, der bis zum Einsatz von Giftgas gehen kann (s. AK 309). Von den europäischen Staaten, die die Unterdrückung und Kurdenpolitik der Türkei zwar manchmal kritisiert, aber in Form großzügiger Militär- und Wirtschaftshilfe stets mitgetragen haben, erwartet die Türkei hierbei volle Rückendeckung - sozusagen als Ausgleich für die türkische Haltung im Golfkonflikt.

Selbst wenn es nicht zum offenen Krieg mit dem Irak kommen sollte, stellen die türkischen Kriegsvorbereitungen und der begonnene Vernichtungsfeldzug in Kurdistan für die kurdische Bewegung in der Türkei, für die Bevölkerung und die PKK, eine ungeheure Gefahr dar. Die Türkei hat durch den Konflikt an Stärke und Unterstützung gewonnen und wird ihre antikurdische Politik, sei es militärisch, sei es durch einen zukünftigen regionalen Sicherheitspakt, in Zukunft noch stärker zur Geltung bringen können.

Es ist eine dringende Aufgabe der Linken hier, die Eskalation des antikurdischen Vernichtungskrieges in der Türkei öffentlich zu machen und etwas gegen das organisierte Schweigen zu unternehmen. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten:

- Städtepartnerschaften mit Gemeinden in Kurdistan (die Stadt Cizre ist dringend an einer solchen Partnerschaft interessiert)

- Hilfsaktionen für die vom Embargo betroffenen Städte und die in Zeltlagern kampierenden Vertriebenen

- Öffentlichkeitsarbeit

Informationsmaterial bei:

medico international

Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt

Hans Rimscha

nach Berichten von Milena Ergin/

medico international

Anmerkungen:

1) vergl. Ferhad Ibrahim, Zur Entwicklung der Kurdenfrage seit dem Ausbruch des irakisch- iranischen Krieges

2) "taz" vom 6.10.90

4. Israel verschärft die Aufstandsbekämpfung

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:52

"Die zweihundert Meter, die auf dem Tempelberg im arabischen Ostjerusalem den Felsendom von der Al-Aksa-Moschee trennen, sind voller Blut (...) Blut ist überall: auf den Stufen der monumentalen Treppen, auf den großen weißen Platten, die den riesigen Platz bedecken, an den antiken Pforten der Moschee. Blutige Hände haben scharlachrote Spuren auf den Mauern hinterlassen." (Korrespondentenbericht aus Ostjerusalem)

Der von Israel annektierte Ostteil Jerusalems ist zwar seit Beginn der Intifada Teil der Aufstandsgebiete wie andere Städte und Dörfer in den besetzten Gebieten. Dennoch waren bisher auf palästinensischer Seite in Ostjerusalem kaum Tote zu beklagen, da Polizei und Militär die Grenze von Verhaftungen, Prügel und Tränengas zum Einsatz von scharfer Munition kaum je überschritten. Wenn auch von der Realität längst widerlegt, sollte die Propaganda von dem "einen Jerusalem" aufrechterhalten bleiben - Tote hätten da gestört. Als im letzten Jahr zur Verhinderung einer palästinensischen Pressekonferenz in Ostjerusalem eine Straße abgesperrt wurde - eine Maßnahme, die in der Westbank und im Gasastreifen so alltäglich geworden ist, das sie kaum beachtet wird -, verursachte das einen kleinen Skandal und Bürgermeister Kollek legte heftigen Protest ein. Das von israelischer Grenzpolizei auf dem Tempelberg begangene Massaker am 8. Oktober hat die Verhältnisse klargestellt: Wie auf der Westbank, wie im Gasastreifen, wie zumindest zeitweise in den palästinensischen Ortschaften im Norden Israels herrscht nun auch in (Ost-)Jerusalem der Bürgerkrieg.

Der unmittelbare Anlaß für den Zusammenstoß zwischen israelischer Grenzpolizei und Palästinensern wird sich wohl kaum noch im Detail rekonstruieren lassen - eindeutig ist nur das Ergebnis: 35 Minuten nachdem das Feuer auf die 3000 Palästinenser eröffnet worden war, die sich im Bereich der Moscheen auf dem Tempelberg aufhielten, waren 22 Palästinenser erschossen worden und mehrere hundert verletzt (die Angaben bewegen sich zwischen 300 und 1000), die Polizeiwache auf dem Tempelberg war abgebrannt. Nach Darstellung des israelischen Militärrundfunks sollen auch Zivilisten Palästinenser erschossen haben. Anlaß dieser Schießerei soll gewesen sein, daß palästinensische Jugendliche vom Tempelberg herab die Tausende von jüdischen Gläubigen an der Westmauer mit Steinen beworfen haben sollen. "Merkwürdigerweise aber", kommentiert der Israel-Korrespondent Peter Philipp, "wird kaum von jüdischen Verletzten gesprochen (es sollen sieben sein), was darauf schließen läßt, daß der Angriff an der Klagemauer bei weitem nicht so schwerwiegend war wie zunächst behauptet. Augenzeugen hatten von 'Tausenden von Steinen' gesprochen - was aber zu einer größeren Zahl von Opfern geführt hätte." In Kenntnis der Örtlichkeiten muß man sich sogar fragen, ob Juden an der Westmauer überhaupt mit Steinen beworfen worden sind. Vorstellbar ist nämlich, daß im Verlauf der Abwehr der schießenden Polizei auf dem Tempelberg zwischen Felsendom und Al-Aksa-Moschee Steine auf den unmittelbar unterhalb dieses Kampfortes gelegenen Platz vor der Westmauer gefallen sind. Auch die wohl den Tatsachen entsprechende Darstellung, Tausende von Juden seien "in Panik" von der Westmauer geflohen, beweist nicht unbedingt, daß Steinwürfe die Ursache dafür waren - jeder vernünftige Mensch, der rund 15 Meter über sich (so hoch ist die Westmauer) eine wilde Schießerei hört, wird sich schleunigst entfernen.

Allerdings ist die Rekonstruktion des unmittelbaren Anlasses auch recht unbedeutend, liegt die Ursache doch auf der Hand. - Nach der Eroberung des arabischen Teils von Jerusalem 1967 war von Israel der freie Zugang zu den religiösen Stätten aller drei Religionen - Islam, Judentum, Christentum - zugesichert worden; den Moslems wurde die Verwaltung ihrer heiligen Stätten auf dem Tempelberg überlassen. Der spätere Ministerpräsident Begin äußerte allerdings schon 1967, damals noch Minister ohne Geschäftsbereich, er hoffe, "der Tempel der Juden möge schnell, in unsere Tagen, auf dem Tempelberg von Jerusalem, wieder aufgebaut werden". Seit 1967 ist der Tempelberg immer wieder das Ziel von Provokationen und Angriffen religiös-nationalistischer Juden gewesen, die sowohl die Entfernung der Moscheen vom Tempelberg fordern wie dort einen "dritten Tempel" errichten wollen (die Westmauer ist nach der Überlieferung Teil des zweiten Tempels, der im Jahre 70 von den Römern zerstört worden war). 1969 wurde von israelischen Nationalisten ein Brandanschlag auf den Felsendom verübt. Der "Jüdische Untergrund" plante die Sprengung des Felsendoms. 1982 erschoß ein Israeli auf dem Tempelberg mit einem Sturmgewehr einen betenden Moslem und verletzte zwölf weitere. Hinzu kommen über die Jahre hinweg zahlreiche Versuche nationalistischer Gruppen bis hin zu rechtsextremen Parlamentariern, in den Bereich der Moscheen einzudringen. Im letzten Jahr hatte eine Gruppe "Getreue des Tempelbergs" ihre Absicht bekanntgemacht, auf dem Tempelberg den

Grundstein für den "dritten Tempel" zu legen. Dieser Auftritt war ihr gerichtlich untersagt worden, und sie mußte ihr Spektakel andererorten abhalten. (Was den Außenstehenden nur kurios anmuten mag, wird - aufgrund der Vorgeschichte zu Recht - von Moslems bitter ernst genommen.) Für den ersten Tag von Sukkot (Laubhüttenfest), den 8.10., hatten nun die "Getreuen" wiederum eine Grundsteinlegung auf dem Tempelberg angekündigt, diesmal mit dem Zusatz, ihre Aktion werde "in Absprache und unter dem Schutz der Sicherheitskräfte" stattfinden. Dies entsprach zwar nicht völlig den Tatsachen, gleichwohl wurde am 8.10. Ostjerusalem zur Westbank hin abgeriegelt, um zu verhindern, daß deren Einwohner an diesem Tag zu den Moscheen gelangen können. Zur Abwehr der angekündigten Provokation hatten sich etwa 3.000 Palästinenser, fast ausnahmslos aus Ostjerusalem, auf dem Tempelberg eingefunden.

Ob nun, wie es von offizieller Seite behauptet wird, palästinensische Jugendliche Juden an der Westmauer mit Steinen beworfen haben; ob, wie es ein arabischer Journalist beobachtet hat, Polizei die vor der Al-Aksa-Moschee Versammelten aufforderte, auseinanderzugehen und dann, als diese sich weigerten, das Feuer eröffnete; ob, wie es von anderer offizieller Seite heißt, sich ein Trupp Grenzschutzpolizisten auf dem Tempelberg (keiner fragt jedoch, was sie dort zu suchen hatten) plötzlich steinewerfenden palästinensischen Jugendlichen gegenübersah, und zur Verteidigung des eigenen Lebens 22 Palästinensern das Leben nehmen mußte - das ist fürchterlich egal. Bedeutend allein ist dies: In der - nicht allein, aber wesentlich - von Israel geschaffenen Situation, in der seit Jahrzehnten ein Volk das andere unterdrückt und den Unterdrückten das Recht auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat verweigert, sind Massaker wie diese eine fast unumgängliche Konsequenz. Der Schlüssel für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts liege in Israel, schrieben wir im AK vor einiger Zeit - Israel aber bevorzugt in seiner überwiegenden Mehrheit das Gewehr.

K., Hamburg

Quellen

Div. Ausg. vom 9.-13.10.90 von: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Hamburger Abendblatt, Hamburger Morgenpost, Neues Deutschland, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger, tageszeitung, Die Zeit

5. Radikale Linke kontra Reichsgründungswahl

Zum Frauentreffen der RL

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:46

Vier Monate lagen zwischen dem Juni-Kongreß der Radikalen Linken und dem Nachbereitungstreffen jenes Kongresses am 6. und 7. Oktober in Köln. Es waren turbulente Monate, die die Kräfteverhältnisse nicht nur in der Welt, sondern auch im Mikrokosmos der bundesdeutschen Linken durcheinandergewirbelt haben: Während Deutschland immer größer wurde, wurde der Kreis der aktiven Deutschland-Gegner immer kleiner. Viele UnterstützerInnen der "Nie wieder Deutschland"-Demonstration vom 12. Mai hatten zwischenzeitlich ihre Aktivitäten auf eine Partei konzentriert, die das "Deutschland einig Vaterland" nicht bekämpft, sondern befördert. Nicht nur die DKP und Teile der Erneuerer, auch VSPler, Autonome, linke Grüne und KBler setzen mittlerweile auf die PDS.

Unvermeidlich mußte jene innerlinke Umgruppierung auch die örtlichen RL-Ansätze beschäftigen und in Mitleidenschaft ziehen. Während etwa in der Kölner Gruppe mit knapper Mehrheit der Vorschlag einer gemeinsamen Veranstaltung mit der LiLi/PDS abgelehnt wurde, um nicht in den Geruch des Wahlhelfers zu kommen, wurde in Bonn die RL-Initiative vom mehrheitlichen PDS-Schwenk ihrer Akteure paralysiert und steht heute vor der Aufgabe eines Neuaufbaus. Wie hätte auch beides zusammengehen sollen? Als Gesamtpartei repräsentiert die PDS einen Politikansatz, der dem der RL widerspricht: Hier die Kraft der Bejahung, dort die Kraft der Negation; hier die Marktorientierung dort der Antikapitalismus; hier das Ja zur bürgerlichen Demokratie, dort die grundsätzliche Parlamentarismuskritik; hier die Zustimmung und dort die Ablehnung von Deutschland. Die Umgruppierung in der Linken erklärt die besondere Bedeutung der von 150 TeilnehmerInnen besuchten Kölner Konferenz: Es ging um die Frage, ob die Radikale Linke dem Sog jener Auflösungsprozesse entgegentritt, oder selbst darin verschwindet, ob sie ihr antinationales Profil bei der Reichsgründungswahl bewahrt oder das Wahlverhalten zur Privatsache erklärt und damit in die Beliebigkeit ausweicht, ob sie den neulinken Run auf den Reichstag ignoriert oder ihm mit einem außer- und antiparlamentarischen Projekt entgegentritt.

Beginnen wir mit den Ergebnissen:

· Mit Zweidrittel-Mehrheit wurde der nebenstehende Aufruf und die Aktion "Keine Stimme für Deutschland! Reichstagswahlen - Ohne uns!" verabschiedet.

· Im Bündnis mit anderen Gruppen und Einzelpersonen wird die Radikale Linke am Wahlwochenende des 1./2. Dezember eine Konferenz mit dem Titel "Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" veranstalten. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Das in Köln vorgelegte und geringfügig ergänzte Konferenzkonzept ist in diesem AK dokumentiert.

· Im Januar 1991 wird auf Beschluß des RL-Frauentreffens (siehe Kasten) zum Thema "Nation - ‚Rasse` - Geschlecht" eine Frauenkonferenz durchgeführt werden.

· Die Berlin-Mobilisierung zum 3. 11. läuft. Es wird aufgerufen, diese Demonstration auch finanziell abzusichern. Der Berliner Vorbereitungsgruppe wurde vorgeschlagen, die Durchführung einer bundesweiten Beratungskonferenz zum Thema Golfkrieg und Bundeswehrbeteiligung für Sonntag, den 4.11., in die Wege zu leiten.

· Nahezu einstimmig wurde ein von Winfried Wolf (VSP) eingebrachtes Konzept über ein publizistisches RL-Organ verabschiedet: mit ca. vierteljährlicher Erscheinungsweise, "provokativ-aggressiv, aber auch wissenschaftlich fundiert, debattierend, auf den linksradikalen Rand orientierend." Ein vorläufiger Redaktionsstab (u.a. G. Fülberth, J. Kunert, H. Möller, D. Piermont, K.-H. Roth, R. Trampert, W. Wolf und eine Vertreterin der RL-Frauen) wurde mit geradezu verdächtiger Eile aus dem Boden gestampft. Nach einer ersten Ausgabe (voraussichtlicher Erscheinungstermin: Dezember 1990) soll eine Arbeitskonferenz über die weitere Zukunft der Zeitung entscheiden.

· Die bisherige Vorbereitungsgruppe des Kongresses wurde als Koordinierungsausschuß der Radikalen Linken bestätigt und erweitert.

Diese Beschlüsse dokumentieren eine RL-Konsolidierung als antinationales und radikal linkes Projekt. Sie beschönigen zugleich den dissonanten Konferenzverlauf, der das Projekt zeitweilig auseinanderzutreiben drohte. Der notwendige Streit um den eigenen Standort in der Umgruppierung der Linken entzündete sich an der Reichstagswahl und dem in AK 322 dokumentierten Vorschlag eines Wahlboykotts.

Mitmachen, verweigern oder ignorieren?

Das eindringlichste Boykott-Plädoyer wurde von Karl-Heinz Roth vorgetragen. In der DDR habe das Zurückweichen vor einer bedingungslosen Annexionspolitik die Politik einer ebenso bedingungslosen Kapitulation hervorgebracht, die sich nun auch auf die Westlinke zu übertragen drohe. Bei der PDS habe sich bereits eine Überanpassung an den Sieger vollzogen. Die vordringliche Aufgabe bestehe darin, sich von diesem Kapitulationsprozeß bewußt auszugrenzen und fernzuhalten. Den letzten Zipfel jener Kapitulation hingegen noch erwischen und irgendetwas im Parlament erreichen zu wollen, sei heute so illusorisch wie nie zuvor. Roth rief dazu auf, wieder da anzusetzen, wo 1965 angefangen worden war. Zwar sei auch die autonome Szene heute einer Implosion ausgesetzt. In diesem Spektrum sei man aber bereit, über einen Neuanfang zu diskutieren. Hingegen sei seine Mitarbeit in der Radikalen Linken beendet, wenn die RL morgen fünf Vertreter im Reichstag haben sollte. Die Anhänger von Grünen oder PDS hätten ihre Option. Ihm und seinesgleichen müsse auch eine Option gelassen werden. Für diese Option werde er allerdings auch in der Radikalen Linken nicht mehr powern, sondern sich andernfalls zurückziehen.

Auch Rainer Trampert war für den Boykott: Erstens seien die Reichstagswahlen ein zentrales Element das 4. Reich zu schmieden und schon deshalb abzulehnen. Zweitens tauge das Wahlangebot nichts. Drittens sei heute nicht die Parlamentsillusion, sondern der Antiparlamentarismus zu fördern. Man müsse verhindern, daß auch die Radikale Linke in den Sog innerlinker Auflösungsprozesse hineingerate. Thomas Ebermann sah in dem Vorschlag der Nicht-Wahl-Kampagne die relevante Bemühung, eine völlige Destruierung der Linken zu verhindern. Es gehe darum, den Erhalt und die Rekonstruktion linker Potentiale in Deutschland zu sichern. Wer erkläre, dies sei ihm als Zielbestimmung zu mickrig, habe mit dem Ansatz der Radikalen Linken wenig am Hut.

Scharf zurückgewiesen wurde der Boykottvorschlag von den anwesenden Frankfurter Radikalökologen. Zwar liegt auf der Hand, daß Jutta Ditfurth als aktive Trägerin einer Boykott-Kampagne kaum in Frage kommt. (Sie kandidiert auf der Landesliste der bayerischen Grünen für den Reichstag.) Dennoch war erstaunlich, mit welcher Begründung und mit welcher Vehemenz sie und Manfred Zieran eine entsprechende Intervention der Radikalen Linken zu verhindern suchten. Der spezifische Begründungszusammenhang der Boykott-Initiative wurde entweder ignoriert oder dementiert: Die Umgruppierung in der Linken wurde nicht als eine neue ideologische Herausforderung, sondern bestenfalls als erweitertes Wahlangebot (M. Zieran: "Ich wähle PDS") zur Kenntnis genommen. Die Besonderheit der kommenden Wahlen wurde mit dem Hinweis, daß die letzte Wahl auch eine besondere gewesen und ein dramatischer Unterschied zu 1987 nicht zu erkennen sei, ignoriert und damit die Durchsetzung des 4. Reichs zur Normalität verniedlicht. Das real vorhandene Revival linker Parlamentsbesoffenheit wurde schließlich mit einer Neuauflage der allseits gescheiterten Einheit von grüner Wahlkandidatur und Sabotage im Grünen gekontert. ("Man kann zur Wahl gehen und danach was anzünden", so das spontaneistische Credo einer anderen Teilnehmerin; was dabei herauskommt oder abfackelt, ist offenkundig zweitrangig.)

Zu den bemerkenswerten Phänomen jener Debatte gehört der Umstand, daß weder die Frankfurter Grünen für die Unterstützung ihrer Kandidatur noch die auf PDS-Listen kandidierende VSP für die Linke Liste/PDS eine Lanze zu brechen suchte. Stattdessen konzentrierte sich auch Winfried Wolf (VSP) auf den Versuch, jede eigenständige und profilierte RL-Intervention zu den Reichstagswahlen zu stoppen: Die RL solle stattdessen an dem Demoprojekt des 3.11. Konturen gewinnen. Über die Boykott-Initiative eine Entscheidung herbeiführen zu wollen, käme hingegen einer Katastrophe gleich. Wolf betonte zugleich die Notwendigkeit, an der linken Integrität der aus dem RL-Spektrum kandidierenden Einzelpersonen keine Zweifel aufkommen zu lassen. Hiermit ging wiederum Thomas Ebermann zu Gericht. Das Beschwören der linken Glaubwürdigkeit von Wahlkandidaten verbaue gerade die notwendige Reflexion über die Frage, in welchem Prozeß sie welche Rolle spielten. Ein Irrtum verberge sich auch hinter dem beliebten Argument, alle sonstigen Aktivitäten seien viel wichtiger als das Wahlverhalten. Wer das Letztere von seiner politischen Position abkopple, sei schon dabei, die eigene Auffassung durch die eigene Praxis zu relativieren.

Abgrenzen oder ausgrenzen?

Die Positionen standen sich also einigermaßen frontal gegenüber und es mangelte, wie schon angedeutet, nicht an stimmungsvollen Versuchen, eine klare Positionsbestimmung zu verhindern. Von Gelassenheit jedenfalls keine Spur. (1) Ein möglicher Boykott-Entscheid, so anfangs Jutta Ditfurth, bedeute eine strategische Abgrenzung, durch die ein RL-interner Konsens aufgekündigt würde. Ihre vollständige Ausgrenzung nach dem 2.12. sei nur der nächste logische Schritt. Sollen die, die kandidieren, die Handlungsfähigkeit der Radikalen Linken dominieren? - lautete die Gegenfrage. Warum sollten den Anhängern der Wahlkandidatur nicht eine Minderheitenposition zugemutet werden dürfen? Das Frankfurter Hilfsargument, urplötzlich ganz viele KBlerInnen im Saal entdeckt haben zu wollen, die früher nicht dabei gewesen seien, geriet jedenfalls vollends zur Blamage.

Dem Verzicht auf jede Entscheidung wurde schließlich demokratisch - per Mehrheitsentscheid - die Absage erteilt. Mit dem Votum einer guten Zweidrittel-Mehrheit für die Unterzeichnung des Aufrufs: "Keine Stimme für Deutschland! Reichstagswahlen - Ohne uns!" hat sich zugleich die Radikale Linke von der Logik der grünen oder linkssozialdemokratischen Wahlbeteiligung abgegrenzt, ohne die Sympathisanten und Teilnehmer jener Option auszugrenzen. Um Letzteres zu unterstreichen, wurde in der Kölner Entschließung ausdrücklich darauf hingewiesen, "daß eine Minderheit die Wahl der Grünen oder der PDS für richtig hält."

Der Richtungsentscheid war eindeutig und in der Sache unversöhnlich: "Reichstagswahlen - Ohne uns!" und "Wählt die Grünen resp. PDS" geht nicht zusammen. Zugleich drückt sich in der gemeinsamen Beschlußfassung über die APO- Konferenz am 2. Dezember und in der ausdrücklichen Hervorhebung der Minderheitenposition das positive Bemühen und die Hoffnung aus, daß es sich bei der in Köln aufgebrochenen Kontroverse vielleicht doch um eine nur taktische und somit wieder zu bereinigende Differenz handelt. Daran ist richtig, daß die Radikale Linke sich nicht in einer Situation befindet, wo Brüche erlaubt sind, ohne daß ihre Notwendigkeit und Unabwendbarkeit bereits eindeutig erwiesen ist. Zugleich kann nur die Zukunft zeigen, wie berechtigt oder unberechtigt diese Hoffnung war. Das maßgebliche Kriterium wird vermutlich weniger die prinzipielle Haltung zum Parlamentarismus als vielmehr das "Nein zu Deutschland" sein:

Wenn, wie in Köln, mit Hinweis auf die ökonomische Durchdringung Lateinamerikas, die viel wichtiger sei, die Reichsgründung relativiert wird, wenn in Frankreich und den USA die eigentlich anzugreifenden Imperialismen ausgemacht werden, wenn differenziert wird zwischen einer antinationalen Position, die man bejahe und einer RL-Perspektive gegen Großdeutschland, die man verneine, um in vermeintlicher Radikalität den Antikapitalismus gegen den Antinationalismus auszuspielen, dann deuten sich darin Differenzen an, die das unterschiedliche Agieren zur Reichsgründungswahl zugleich begründet wie auch überlagert haben dürften.

Radikal links und linksradikal

Zwar ist es notwendig, die formale Verengung des "Nie wieder Deutschland"- Slogans auf die DDR-Annexion zu überwinden und das "Nein zu Deutschland" nach dem 3. Oktober inhaltlich, praktisch- politisch und nicht zuletzt auch kulturell neu zu fundieren. Doch auf folgende Feststellung legen wir schon heute Wert:

Eine Linke, die nicht kompromißlos jede Identifikation mit dem eigenen Imperialismus negiert, die nicht jedes national definierte Wir-Gefühl aus vollem Herzen zu verachten lernt, die nicht ausnahmslos die Opfer, niemals aber die Täter und Mittäter des deutschen Imperialismus zu ihrem Bezugspunkt macht, um hierüber ein antideutsches Selbstbewußtsein und eine antinationale Gegenstimmung und Subkultur zu entwickeln - eine derartige Linke wird ihre Eigenständigkeit verlieren und scheitern. Die verheerende Ausgangssituation der auch vom linken Nationalstolz paralysierten Linken in Japan oder den USA sollte uns auch unabhängig von unserer spezifischen historischen Verantwortung eine Warnung sein. Der bis 1989 verkümmerte Nationalismus einer Bundesrepublik beginnt sich nunmehr ungebrochen zu entfalten. Mit bisherigem Antikapitalismus und bisheriger Antistaatlichkeit werden wir der neuen Herausforderung nicht gerecht werden können. Die einfache revolutionäre Tat, die so schwer zu machen ist, besteht heute in erster Linie darin, "Nein zu Deutschland" zu sagen.

Die in Köln beschlossene Wahlintervention und die Anti-Deutschlandkonferenz bieten hierfür eine Chance, die genutzt oder verspielt werden kann. Die großen und kleineren Gegenaktivitäten zum 3.Oktober haben bewiesen, daß Deutschland nicht Wenigen stinkt. Worauf kommt es an?

Erstens sollte das antinationale Profil der für das Wahlwochenende angesetzten Gegenkonferenz erhalten bleiben. Die endgültige Festlegung über Ort, Charakter und Ablauf der Konferenz wird am 27. Oktober (voraussichtlich in Frankfurt/M.) in offener Beratung erfolgen. Hier wird zugleich über die Möglichkeit einer ergänzenden Demonstration, bzw. über die Zusammenarbeit mit dem Bündnis türkischer, kurdischer, griechischer und spanischer Immigrantenorganisationen entschieden werden, die am 1. Dezember ihren Protest gegen die großdeutsch bedingte Verschlechterung ihrer Situation auf die Straßen tragen wollen. (Nähere Informationen liefern die Rundschreiben der Radikalen Linken, anzufordern über: RL, Postlagernummer PLN 59387, 2000 Hamburg 50.)

Zweitens wird es in den nächsten Wochen nicht nur darauf ankommen, für die Erklärung "Keine Stimme für Deutschland" weitere Unterschriften von Gruppen oder Einzelpersonen zu sammeln: Zugleich sollte es uns darum gehen, Debatten hierüber auszulösen, Veranstaltungen durchzuführen und den Reichsgründungs-Wahlkampf auch mit Aktionen zu begleiten. Wird es die sich antinational und explizit außerparlamentarisch verstehende Linke schaffen, als relevanter und interventionsfähiger gesellschaftlicher Flügel in Erscheinung zu treten?

Drittens eröffnet die Antideutschland-Intervention zur Reichstagswahl für die Radikale Linke neue Bündnisoptionen. Es wird nicht nur darum gehen, die bereits mit der Demonstration zum 3. November begonnene Zusammenarbeit mit DDR-Linken fortzusetzen und auszubauen. Zugleich bietet sich hier eine Chance, daß sich die Kluft zwischen der Radikalen und der radikalen Linken bzw. dem autonomen Lager ein Stückweit verringert. Autonome Gruppen waren von Anfang an an der Initiierung dieses Projekts beteiligt. Ein weiterhin bestehendes Interesse aus jenen Gruppen wurde auch auf der Kölner Konferenz artikuliert.

Daß auch die KB-Minderheit zu den Mitinitiatoren dieser Wahlintervention gehört, ist kein Geheimnis. Wer jedoch glaubt, es ginge dabei um einen innerorganisatorischen Punktgewinn, verkennt die tatsächliche Reichweite unserer Ambition: Die Utopie und Option auf grundsätzliche Systemveränderung als gesellschaftliche Kraft vor dem Aussterben zu bewahren. Auf diesem Feld, das für Kommunisten und sonstige radikale Linke ja nicht gerade unwesentlich ist, erweisen sich die auf die Mitgestaltung des Imperialismus setzenden Kräften innerhalb der innerlinken Umgruppierung als die eigentliche "Kraft der Negation". Die kommunistische Utopie und Option auch heute noch zu wahren, zu entwickeln und auszubauen, ist ein Projekt, das alte und verengte Organisationsansätze überleben wird. Ist daran etwas verkehrt?

max.

Anmerkung:

1) "Eine radikale Linke hätte die systemstabilisierende Funktion des Parlamentarismus immer wieder deutlich zu machen, das Parlament als solches zu bekämpfen und könnte doch jeweils prüfen, ob die Situation es zuläßt oder verlangt, die von diesem System dennoch gebotenen Möglichkeiten sichtbarer politischer Intervention zu nutzen. Welche Formen diese Interventionen annehmen könnten (Aktionen, Wahlboykott, Wahlempfehlung oder Kandidatur) wäre von Fall zu Fall mit einer Gelassenheit zu diskutieren, welche die grundsätzliche Kritik des Parlamentarismus nie aus den Augen verliert", hieß es in den "Grundlagen der Radikalen Linken" vom Oktober 1989. (vgl. AK 311)

Zum Frauentreffen der RL

Das "Kongreßnachbereitungstreffen" der Radikalen Linken hatte am Samstagnachmittag mit einem Frauentreffen begonnen. Hierzu waren 45 Frauen aus verschiedenen Spektren als Gruppenvertreterinnen und Einzelpersonen angereist. Die Schwerpunkte der Debatte waren folgende: Wie und an welchen Themen lassen sich feministische Ansätze und linke Politik entwickeln und verbinden (allgemein wie auch bezogen auf den Pfingstkongreß der RL)? Eine kritische Auseinandersetzung mit der Frauen-Demo am 29.9. und die Frage der Nicht-Beteiligung an der Reichstagswahl am 2.12.1990.

Die Mehrheit der anwesenden Frauen entschied sich dagegen, einen Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Diskussion in die "gemischte" Öffentlichkeit abzugeben - sei es auf dem Arbeitstreffen der RL, sei es generell. Für alle interessierten Frauen wird es eine schriftliche Zusammenfassung des Treffens geben. Wir vereinbarten, ein Arbeitsseminar nur für Frauen im Januar 1991 durchzuführen zu den Themenschwerpunkten: "Rasse - Nation - Geschlecht" unter besonderer Berücksichtigung der Lage der

Frauen im Trikont. Eine jetzt gebildete Vorbereitungsgruppe wird innerhalb der nächsten vier Wochen einen Vorschlag mit Literaturempfehlungen erarbeiten.

Für nähere Informationen und den Austausch von Materialien wendet Euch bitte an die folgende Adresse:

RADIKALE LINKE

Postlagernummer PLN 59387

2000 Hamburg 50

ZF

6. Sowjetunion: In 500 Tagen zur Marktwirtschaft

Die Sowjetunion im Umbruch

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:33

Die politische Führung in der Sowjetunion antwortet auf die tiefe soziale und wirtschaftliche Krise des Landes, die sich laut "Prawda" noch zu einem "Hungerwinter" zuspitzen wird, mit einem radikalen Wirtschaftsprogramm, das nichts weniger vorsieht als die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft binnen 500 Tagen. Nach der Devise: Je tiefer die Krise - desto radikaler die Pläne und umso mehr Vorliebe für das bloße Dekretieren, die Lenin in seinen letzten Schriften bereits geißelte, ist dies ein kühnes Unterfangen, daß selbst die radikalen Transformationen in Polen in den Schatten stellen würde - vorausgesetzt, das Unternehmen gelingt.

Ohne die Zustimmung des Obersten Sowjet, der erst am 15. Oktober endgültig über das radikale Wirtschaftsprogramm, genannt "Schatalin-Plan", befinden wird, macht Gorbatschow von seinen außerordentlichen Vollmachten Gebrauch, die ihm von diesem Gremium bereits am 24.9.90 eingeräumt wurden. Anfang Oktober erfolgte eine Anordnung zur teilweisen Freigabe der Großhandelspreise, dann erließ er ein Dekret zur Teilprivatisierung der Banken, einschließlich der Niederlassungsmöglichkeiten ausländischer Banken als "Anlasser für die Marktwirtschaft". Außerdem wird der Rubel gegenüber den westlichen Währungen um rund 70% abgewertet. Demnächst erhalten alle westlichen Unternehmen Niederlassungsfreiheit; ihr Privateigentum können sie dort zu 100% erwerben, bei freiem Profittransfer, versteht sich. Doch mit bloßen Dekreten lassen sich allenfalls einige staatliche Rahmenbedingungen ändern, die wirtschaftlichen Strukturen bleiben freilich zunächst unangetastet. Und der erhoffte Geld- und Kreditsegen aus den westlichen Staaten bleibt, angesichts der ganz anderen Dimensionen etwa im Vergleich zur DDR, weitgehend aus. Der Schatalin-Plan, der in vieler Hinsicht mit den bekannten Roßkuren eines Dr. Eisenbart zu vergleichen ist und dem Versuch gleichkommt, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, ist nicht unumstritten. Er setzte sich letztlich nur durch eine Umgruppierung der führenden politischen Kräfte in der Sowjetunion durch. Hauptmentor der radikalen Reformen war und ist Boris Jelzin, auf dessen Seite sich Gorbatschow schlug. Dieses Bündnis manövrierte die Ryschkow-Regierung aus, die einen etappenweisen Übergang zur Marktwirtschaft vorschlug. Auf dem jüngsten ZK-Plenum der KPdSU (9.10.90) plädierte Gorbatschow für eine breite Koalition mit allen "progressiven patriotischen Kräften" zur Durchsetzung des Anti-Krisen-Programms, bei dem es sich in Wirklichkeit um ein Krisenverschärfungsprogramm handelt. Eindringlich forderte Gorbatschow das ZK-Plenum auf, "ihre Ressentiments und Ängste vor der Marktwirtschaft abzustreifen".

Einst war Gorbatschow angetreten, die von ihm so benannte "Stagnationsperiode" der Ära Breshnew zu überwinden. Letzterem kann man den Zerfall der sowjetischen Wirtschaft, begünstigt durch die Autonomiebestrebungen der sowjetischen Teilrepubliken, sowie die verheerende Versorgungslage nicht ankreiden. Die Krise ist Resultat der Perestroika, die in jeder Hinsicht ein sehr widersprüchliches Stück- und Flickwerk geblieben ist.

Die Bilanz nach 5 Jahren Perestroika

Wjatscheslaw Daschitjew, einer der Direktoren des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft, umriß die Lage der sowjetischen Wirtschaft wie folgt: "Die Lage ... ist in der Tat katastrophal. Die Löhne sind zu niedrig, ihre Ausrichtung zu egalitär. Es fehlt jeglicher Anreiz zu arbeiten, die materiellen Stimuli greifen nicht. Für unser Geld kann man nichts kaufen, es hat keinen Wert mehr. Die Regale werden immer leerer. Auch das Experiment, mit Hilfe der privaten Kooperationen den Markt freier zu machen und die Konsumgüterversorgung zu verbessern, scheint gescheitert. Statt dessen verschärft sich die Mangelsituation, weil die Kooperativen aufkaufen, was ohnehin knapp und nur hin und wieder zu bekommen ist, und es dann überteuert weiterverkaufen. Zur Zeit konkurrieren sozusagen zwei Mechanismen auf unserem Markt: die veraltete Planwirtschaft und die noch gefesselte, nur unzulänglich befreite Marktwirtschaft in Form der erwähnten Kooperativen. Das führt unweigerlich zu Spekulation, einem wuchernden schwarzen Markt, noch größerem Mangel. Der schwarze Markt verschlingt jährlich etwa 180 Milliarden Rubel unseres Volkseinkommens" (Die Zeit, Nr. 39-1990).

Wie konnte es dazu kommen, daß sich während der Perestroika die ökonomische Krise drastisch verschärfte und - im Zusammenwirken mit den Nationalitätenkonflikten - den Bestand des poli- tischen Systems der Sowjetunion be- droht (1)?

Kennzeichen dieser Krise ist eine allgemeine Knappheit von Waren bei gestiegenen Preisen und Löhnen - eine Schere, die sich in der sowjetischen Statistik vor allem seit dem zweiten Halbjahr 1988 weiter öffnete.

Eine Ursache dieser Diskrepanz, die sich in gravierenden Versorgungsmängeln niederschlägt, ist der sogenannte "Schweinezyklus"; bestimmte knappe Güter wie etwa Seife oder Zucker werden vom Markt geräumt und teilweise gehortet. Die sowjetische Planbürokratie antwortet darauf mit der Anweisung, die Produktion merklich zu erhöhen. Dem erhöhten Angebot steht dann jedoch eine geringere Nachfrage gegenüber, da die Konsumenten ihre gehorteten Vorräte aufzehren. Die Lager sind zunächst voll, also werden die Produktionspläne wieder nach unten korrigiert, was zur erneuten Knappheit führt usw.

Eine weitere Ursache liegt darin, daß sich infolge dieser Knappheit eine gesellschaftlich-parasitäre Schicht, eine sowjetische Mafia, herausgebildet hat. Sie ist vor allem im Bereich der Distribution angesiedelt, also im Handel, und setzt sich in Teilbereiche der Staatsapparate fort. Diese Mafia hält die ohnehin knappen Waren bewußt zurück, um eine noch größere Erhöhung der Preise zu erzielen.

Hinzu kommt ein relativer Warenmangel in einigen Bereichen der Konsumgüter wie etwa bei Schuhen, die zwar vorhanden sind, aber nicht nachgefragt werden, weil es sich um alte Ladenhüter handelt.

Dem geringen Warenangebot stehen vergleichsweise hohe Einkommen gegenüber. Die Spareinlagen kletterten von 157 Mrd. Rubel (1980) auf 314 Mrd. Rubel (1989), wobei rund 200 Mrd. Rubel nachfragewirksam sind.

Die hohen Inflationsraten resultieren zum einen aus der allgemeinen Versorgungsmisere, zum anderen aus der staatlichen Defizitfinanzierung über das Anschalten der Notenpresse. Vor 2 Jahren räumte die sowjetische Regierung erstmals offiziell ein Etatdefizit von 100 Mrd. Rubel für 1988 ein. Zwischen 1986 und 1988 überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 183 Mrd. Rubel.

Die wirtschaftlich katastrophale Lage hängt eng mit den Maßnahmen im Rahmen der Perestroika zusammen. Die ersten beiden Jahre brachten zwar viel Glasnost, jedoch keinerlei Perestroika. Vorherrschend waren wirtschaftspolitische Diskussionen und eine Rückbesinnung auf die "Neue Ökonomische Politik" Lenins Anfang der zwanziger Jahre. Anschließend verblieben die wirtschaftlichen Maßnahmen auf der Ebene der Reformversuche in der Sowjetunion Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre, wie sie etwa vom damaligen Wirtschaftstheoretiker Liberman vorgezeichnet wurden.

An der zentralen staatlichen Planung wurde nicht gerüttelt, dennoch sollten die Betriebe mehr Selbständigkeit erhalten und nach Gewinnprinzipien arbeiten, um eine Effektivierung und höhere Produktivität zu erzielen. Diese Maßnahmen griffen jedoch nicht, da die bestehenden Strukturen unangetastet blieben. So wurden in vielen Betrieben die Ingenieure mit höheren Prämien gelockt. Das erhöhte zwar die Lohnsumme, ohne daß dieser ein höheres und besseres Warenangebot gegenüberstand. Die größere Eigenverantwortlichkeit der Betriebe führte per Saldo zu einer besseren Bilanz, aber die Betriebe waren nach wie vor nicht für den Absatz und Verkauf ihrer Waren verantwortlich. Die staatlichen Abnahmegarantien blieben ja bestehen, so daß die Qualität der Waren sich kaum verbesserte, aber die Löhne stiegen. Da die Betriebe seit 1988 über mehr Eigenmittel verfügen, gehen dem Staat Einnahmen verloren. Das hatte nicht nur ein höheres Etatdefizit zur Folge, sondern schmälerte die investiven Ausgaben des Staates, der im dortigen System fast alle Investitionen tätigt.

Ebenfalls Anfang 1988 wurde in der Sowjetunion, offenbar unter Berufung oder zumindest Anlehnung an Lenins Schrift "Über das Genossenschaftswesen", eine Kampagne zur Bildung von bäuerlichen Produktionsgenossenschaften durchgeführt, die nach einem halben Jahr wieder annulliert werden mußte. Unter den Bedingungen hoher Kaufkraft und dem allgemeinen Warenmangel sackten die Genossenschaften vor allem im Bereich der Zirkulationssphäre (Handel) Extraprofite ein. Da auch die Vorprodukte entweder real knapp waren oder aber bewußt zurückgehalten wurden, mußten die Genossenschaften diese Produkte zu hohen Kosten über den schwarzen Markt beschaffen. Die Endverbraucherpreise waren entsprechend. Nach der Genossenschafts-folgte die Pachtsystem-Kampagne, die jedoch kaum erfolgreicher verlief.

Conert faßte die Dilemmata der sowjetischen Ökonomie während der Perestroika wie folgt zusammen: (1) der Widerspruch zwischen der vorhandenen Kaufkraft und dem allgemeinen Mangel an Konsumgütern läßt sich angesichts der Dominanz der Schwerindustrie zumindest kurzfristig nicht überwinden; (2) die Weltmarktpreise für Öl und andere Rohstoffe waren gesunken und damit auch die Deviseneinnahmen, bei gleichzeitigem Anstieg der externen Verschuldung. Sie belief sich auf 32 Mrd. Dollar, davon flossen rund ein Drittel in den Schuldendienst, so daß für den Import von Konsumgütern wenig Spielraum bestand; (3) die Folgen von Tschernobyl, von Naturkatastrophen (Erdbeben in Armenien) usw. banden erhebliche materielle und finanzielle Ressourcen, ohne daß die Sowjetunion dabei auf Reserven zurückgreifen konnte; (4) faktisch besteht der zentrale Volkswirtschaftsplan nur noch auf dem Papier, seitdem die autonomen Sowjetrepubliken für sich bestimmte Ressourcen reklamieren und das bisherige planerische Netz durchlöchern; (5) die Demokratisierung der staatlichen Entscheidungsmechanismen (Oberster Sowjet und Kongreß der Volksdeputierten) trug zur zusätzlichen Konfusion bei, da die Trennung von staatlicher Exekutive und Legislative durcheinander geriet, viele Entscheidungen widersprüchlich blieben, wieder zurückgenommen wurden usw.; (6) schließlich veränderten sich angesichts der Auflösung des RGW die Austauschbeziehungen mit den osteuropäischen Ländern (Conert 1990).

Mitte letzten Jahres forderten Jelzin, Afanasjew und Popow bereits einen raschen Übergang zur Marktwirtschaft. Auf dem ersten Volkskongreß plädierten sie für hohe Warenimporte aus dem Westen, die mit externen Krediten in Höhe von 30 Mrd. Dollar finanziert werden sollten. Damit wollten sie eine Kaufkraftabschöpfung erreichen und die Staatseinnahmen durch Warenbesteuerung erhöhen. Gleichzeitig forderten sie eine Privatisierung der Betriebe und der Landwirtschaft.

Die damaligen "Konservativen", zu denen auch Gorbatschow zählte, machten sich für eine Währungsreform, die Auflösung der Genossenschaften, der Modernisierung der Landwirtschaft, der Kontrolle des Handels, einer höheren Arbeitsdisziplin und einer höheren Autorität der Pläne stark. Zu weiterreichenden Beschlüssen kam es indes nicht.

Auf einem weiteren Kongreß der Volksdeputierten im Dezember vergangenen Jahres kam es zu einigen Beschlüssen über das Pachtwesen und die vorsichtige, begrenzte Zulassung privater Eigentumsformen. Klar ersichtlich schälten sich bei den Diskussionen im wesentlichen drei Grundströmungen heraus: die "Konservativen" um Ligatschow, die vor einer Einführung kapitalistischer Verhältnisse warnten, die "radikalen" Reformer um Boris Jelzin und die "gemäßigt-radikalen" Reformer um Gorbatschow.

Letztendlich ist die Perestroika an zwei Punkten gescheitert. Zum einen an den realen bestehenden Strukturen, zum anderen vor allem in der ganz allgemeinen zentralen Schwäche, daß es weder theoretisch, noch konzeptionell eine gesellschaftliche Alternative jenseits von Kapitalismus und realsozialistischem System gab und gibt. Das Wiederanknüpfen an die "Neue Ökonomische Politik" brachte die Diskussionen ebenso wenig voran wie die spätere Konzeption einer "regulierten Marktwirtschaft", unter der eine gesellschaftlich und staatlich stark reglementierte Marktwirtschaft verstanden wurde. Diese Suche nach neuen Wegen zur Erneuerung des Sozialismus ist im wesentlichen ergebnislos geblieben.

Die Lage 1990

Die sowjetische Ökonomie ist völlig außer Kontrolle des Staates geraten. Erstmals weisen die offiziellen sowjetischen Statistiken für das erste Halbjahr 1990 Minuszeichen bezüglich des Bruttosozialprodukts und der Industrieproduktion aus. Seit 2 Jahren ist die Ölförderung rückläufig, was sowohl die Deviseneinnahmen schmälert, als auch die Funktionsfähigkeit des Verkehrswesens beeinträchtigt. Die Inflation beträgt offiziell 7-8%, die Löhne stiegen um durchschnittlich 12%, während sich der Mangel an Grundversorgungsgütern noch verstärkte. Hinzu kommt die weitere Desintegration der sowjetischen Ökonomie durch die Nationalitätenkonflikte, die noch eskalieren, wenn einige der Republiken auf ihre volle Souveränität und eigene Währung hinarbeiten.

Erstmals seit 1945 gingen Bruttosozialprodukt um 1%, das Nationaleinkommen um 2% und die Produktivität um 1,5% zurück. Die Produktionsausfälle infolge sozialer Auseinandersetzungen (Streiks) und der Nationalitätenprobleme betrugen im ersten Halbjahr 1990 rund 1 Mrd. Rubel, was eher untertrieben sein dürfte. Hinzu kommen die Lieferrückstände, die mit berücksichtigt werden müssen. Diese lagen im gleichen Zeitraum bei 5,3 Mrd. Rubel.

Das Haushaltsdefizit lag 1989 bei 92 Mrd. Rubel (10% des Bruttosozialprodukts) und sollte in diesem Jahr auf 60 Mrd. Rubel reduziert werden. Dieses Ziel dürfte nicht erreichbar sein, denn die gesunkene Produktion führt zu sinkenden Abgaben an den Staat; bislang werden Einnahmeausfälle in Höhe von 12 Mrd. Rubel prognostiziert.

Nach wie vor werden diese Defizite durch das Drucken neuer Banknoten ausgeglichen, die Geldemission weiter aufgebläht. Dies hat zur Folge, daß der Rubel zunehmend seine Rolle als Zahlungsmittel verliert ("Dollarisierung") und dies wiederum den Schwarzmärkten zugute kommt. Derzeit wird der Dollar zu 20, die D-Mark zu 13 Rubeln auf diesen Märkten gehandelt. Das entspricht ungefähr dem 35-fachen Wert des offiziellen Kurses des Transferrubel ("Der Spiegel" 40-1990).

Die Löhne und Gehälter stiegen 1989 um 64 Mrd. Rubel (12,9%), die Einzelhandelsumsätze um 37 Mrd. Rubel (10,1%), der gesamte Kaufkraftüberhang lag bei 165 Mrd. Rubel. Im ersten Halbjahr 1990 stiegen die Geldeinkommen um 12,9%, die Einzelhandelsumsätze gar um 15,3%. Dabei wurde jedoch eine Inflationsrate von nur 7,5% zugrunde gelegt. Tatsächlich sind die hohen Einzelhandelsumsätze allein inflationsbedingt; auf den Kolchosmärkten beträgt die Preissteigerungsrate im Schnitt rund 18%. Dabei ist der Schwarzmarkt noch gar nicht berücksichtigt worden.

Auch die strukturellen Probleme verschärfen sich. Inflationsbereinigt sank die Industrieproduktion 1989 im letzten Jahr um 2,6%, im ersten Halbjahr 1990 um 0,7%. Dabei sank die Industrieproduktion stärker im Bereich der Investitionsgüter, während die Konsumgüter sogar ein leichtes Plus aufweisen.

Prekär ist die Lage auf dem Energiesektor. Die Ölförderung ging im letzten Jahr um 3, dieses Jahr um 4% zurück. Die Kohleförderung nahm im gleichen Zeitraum um 4 bzw. 6% ab.

Im Konsumgüterbereich kam es zum Teil zu drastischen Rückgängen, etwa bei Zigaretten oder Kartoffeln. Mehl und Nudeln wurden zu reinen Hortungszwecken von den Märkten geräumt.

Im Agrarsektor verzeichnete die Sowjetunion zwar eine Rekordernte, die aber wegen mangelhafter Transport- und Lagerkapazitäten nur zum Teil eingebracht werden konnte. Die offiziellen Zahlen für Obst und Gemüse weisen - mit Ausnahme der Kartoffeln - einen Produktionsrückgang auf.

Die Investitionen, genauer die Brutto-Anlageinvestitionen, sanken von +0,6% (1989) auf -6,9% in diesem Halbjahr. Hinzu kommen gestiegene Verluste infolge nicht in Betrieb genommener Anlagen ("unvollendete Investitionen"). Die Wertverluste beliefen sich 1987 auf 11 Mrd. Rubel, in diesem Jahr auf 31 Mrd. Rubel.

Die bisherigen Maßnahmen 1990

Es ist schon gesagt worden, daß alle Reformmaßnahmen entweder scheiterten oder gar nicht gegriffen haben. So mißlang beispielsweise der Versuch, ein höheres Angebot an Konsumwaren durch administrative Auflagen zu erhöhen.

Im März dieses Jahres wurde ein neues Eigentumsgesetz verabschiedet, wonach privates Eigentum begrenzt zugelassen, die Beschäftigung von Arbeitern aber ausgeschlossen bleibt, und nach wie vor kollektive Eigentumsformen präferiert werden. Im Juni 1990 folgte dann ein Unternehmensgesetz sowie eine Verordnung über die begrenzte Zulassung von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Damit wurden sehr begrenzte private Eigentumsformen legalisiert, ohne daß damit das staatlich-administrative System grundlegend tangiert worden ist.

Von Bedeutung war die Steuerreform. Ab einem Monatseinkommen von 700 Rubel erfolgt eine progressive Einkommensbesteuerung, die von 13% bis auf 60% bei einem Einkommen von 3000 Rubel steigt.

Die Gewinnabführungen der Betriebe an die Republiken wurden auf 23%, an die Union auf 22% festgelegt. Fallen die Gewinne noch wesentlich höher aus, kann die Besteuerung bis zu 90% steigen.

Im einzelnen betragen die Gewinnsteuern bei Banken und Versicherungen 55%, bei Joint Ventures 30%, Konsumgenossenschaften 35% und bei Produktionsgenossenschaften maximal 45%.

Die Gewinnsteuersätze dürften nach den neuesten Plänen zur raschen Einführung der Marktwirtschaft kaum Bestand haben.

Der Schatalin-Plan

Angesichts der sich vertiefenden wirtschaftlichen Krise in der Sowjetunion wurde im Sommer dieses Jahres eine "Expertenkommission" eingerichtet, der neben sowjetischen Ökonomen auch Boris Jelzin, Gorbatschow und Ryschkow angehörten. Schon bald zeigte sich, daß sich zwei verschiedene Konzeptionen gegenüberstanden und kontrovers diskutiert wurden: der Schatalin-Plan zur Einführung der Marktwirtschaft binnen 500 Tagen und die Konzeption von Abalkin, der von Präsident Ryschkow favorisiert wurde.

Die Konzeption Abalkins erhofft sich durch staatlich kontrollierte Preiserhöhungen eine gewisse Stabilisierung der Lage; ein Teil dieser Preiskontrollen soll erst 1992 wegfallen. Einen solchen Versuch hatte es bereits Ende letzten Jahres gegeben, als die Brotpreise angehoben wurden. Diese Maßnahme war jedoch politisch nicht durchsetzbar und mußte wieder annulliert werden. Abalkin plädiert ferner für eine Erleichterung der Privatisierung, allerdings wird am staatlich-administrativen System nicht gerüttelt. Festgehalten wird unbedingt an einer Sowjetunion mit einem einheitlichen Wirtschaftsraum und einer politischen Zentralgewalt.

Mit den kontrollierten Preiserhöhungen sollen zum einen die Betriebe und die Bauern höhere Abnahmepreise erhalten, um so erstens die Produktion zu stimulieren und zweitens dem Schwarzmarkt den Boden zu entziehen. Den Konsumenten soll mit diesen Maßnahmen die Kaufkraft abgeschöpft werden. Das Dilemma: die Inflation steigt, die höheren Abnahmepreise werden mitgenommen, ohne die Produktion real zu erhöhen. Letztlich müssen die Konsumenten, sprich die Arbeiter und Bauern, die Zeche zahlen. Die zurückgenommene Erhöhung der Brotpreise verweist auf die Probleme der politischen Durchsetzbarkeit.

Stanislaw Schatalin und Nikolaj Petrakow, zwei Ökonomen und Mitglieder des Präsidialrates, legten eine Konzeption zur Einführung der Marktwirtschaft in 500 Tagen vor.

In Phase I (1. bis 100. Tag) ist die Gründung eines koordinierenden Wirtschaftskomitees zur Überwachung und Kontrolle der Maßnahmen vorgesehen. Gleichzeitig sollen die meisten Fachministerien aufgelöst werden. Unmittelbar soll mit dem Verkauf und der Privatisierung staatlichen Eigentums begonnen werden, vor allem Wohnungen, landwirtschaftliche Betriebe, Einzelhandelsgeschäfte, Fuhrparks, Unternehmen usw., um den hohen Kaufkraftüberhang von mindestens 165 Mrd. Rubel abzuschöpfen. Die Subventionen für die staatlichen Unternehmen werden abgebaut bzw. gestrichen, der Haushalt durch Kürzungen (Auslandshilfe, Posten für Militär und Sicherheitsdienste) saniert werden. Das Staatseigentum wird den 15 Republiken übergeben, also dezentralisiert, ebenso das Bankensystem. Außerdem sollen alle Preise mit Ausnahme von 150 lebenswichtigen Gütern freigegeben werden.

Noch nicht entschieden ist über die Privatisierung von Grund und Boden; Gorbatschow verlangt ein Referendum über diese Frage, was von Schatalin abgelehnt wird. Ein weiterer Knackpunkt ist die angepeilte Dezentralisierung; Schatalin schwebt eine Art Unions-Wirtschaftsgemeinschaft souveräner Staaten a la EG vor, was bislang von Gorbatschow entschieden abgelehnt wurde.

Ungeachtet dieser Kontroverse sind bereits in der ersten Phase folgende Widersprüche evident: zum einen wird die Freigabe der Preise zu einer Erhöhung der Inflationsraten führen, zu einer wahren Preisexplosion, wenn gleichzeitig staatliche Abnahmegarantien und Subventionen gestrichen werden. Ob sich das innenpolitisch überhaupt durchsetzen läßt, ist fraglich. Hinzu kommt der hohe Warenmangel. Unter "freien" Bedingungen werden - wie übrigens auch das polnische Beispiel zeigt - die knappen Waren erst recht zurückgehalten, um noch höhere Preise zu erzielen. Damit wird die sowjetische Mafia zu den Hauptprofiteuren dieser ersten Phase zählen, während die Empfänger sozialstaatlicher Transfers (Rentner, Studenten) sowie die bereits jetzt unter dem Existenzminimum lebenden 30 Millionen Menschen zu den Verlierern gehören.

Problematisch auch die Privatisierungsvorhaben. Wer kauft sich angesichts einer äußerst destabilen wirtschaftlichen Situation schon eine Wohnung oder gar Aktien, wenn die Renditen alles andere als gesichert anzusehen sind? In einer prekären Lage wird jeder Mensch nach Sicherheiten suchen und sich nicht auf Aktienabenteuer einlassen, zumal es keinerlei Bewertungskriterien oder Aussichten auf Gewinne des betreffenden Betriebes gibt.

Phase II (100. bis 250. Tag) wird der Haushaltssanierung dienen. Drastische Ausgabenkürzungen bei unrentablen Staatsbetrieben, dem aufgeblähten Staatsapparat und dem Militär sollen die Defizite eindämmen und möglichst auf Null zurückführen. Spareinlagen sollen zumindest vorübergehend eingefroren, die Löhne

indexiert werden. An die 1500 staatliche Betriebe sollen in Aktiengesellschaften überführt, 50% aller Kleinbetriebe und Gaststätten privatisiert werden. Mit der Aktienausgabe und der Einrichtung einer Börse soll weitere Kaufkraft abgeschöpft werden.

Nicht bedacht sind in puncto Haushaltssanierung die höheren Ausgaben für die Opfer der marktwirtschaftlichen Transformation, für Rentner, Arbeitslose usw. Ob eine Lohnindexierung durchsetzbar sein wird, ist ebenfalls fraglich, wenn die Preise davongaloppieren. Auf die Problematik der Privatisierung ist bereits oben hingewiesen worden, zumal die Abneigung gegenüber kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Prinzipien in der Bevölkerung nicht gering sein dürfte.

In Phase III (250. bis 400. Tag) wird die Konvertibilität des Rubel hergestellt, sowie 40% aller Staatsbetriebe, 50% des Bauwesens und 60% des Handels privatisiert sein.

In Phase IV (400. bis 500. Tag) blüht der Sowjetunion der Aufschwung. Mitte 1992 befinden sich 30% aller Betriebe, 10% der Baufirmen und des Handels unter staatlicher Kontrolle.

Einmal abgesehen von den vielen Unwägbarkeiten und Ungereimtheiten dieses schönen Plans werden einige grundlegende Faktoren schlicht ignoriert. Zum einen sind Widerstände gegen diesen Plan nicht nur seitens der Bevölkerung zu erwarten, sondern auch aus den Staatsapparaten, die um ihre Positionen fürchten. Zweitens wird nicht nach der Durchsetzbarkeit gefragt. Mit bloßen Dekreten läßt sich die Marktwirtschaft jedenfalls nicht herbeizaubern. Schon jetzt wird der weitgehende Autoritätsverlust staatlicher Organe beklagt, hinzu kommt, daß die Republiken zunehmend auf eigene Rechnung wirtschaften wollen. Damit zusammen hängt, drittens, die Frage der politischen Umsetzbarkeit und des gesellschaftlichen Trägers der Privatisierung. Die zunehmend funktionsunfähigen staatlichen Apparate und Verwaltungen sind dazu per se kaum in der Lage; die neuen sowjetischen Manager, selbst wenn sie in Cambridge einen Schnellkurs in Markt- und Betriebswirtschaft absolviert haben, treffen auf die bestehenden Strukturen. Und von diesen wie von großen Teilen der Bevölkerung sind Widerstände zu erwarten, wenn es ihnen statt besser noch schlechter ergehen sollte.

Völlig ausgeklammert und für den Kapitalismus sehr wesentlich ist die Produktions- und Investitionsseite; was ist, wenn die Träume einer Sowjetunion aus Volksaktionären sich nur zu einem geringen Teil durchsetzt? Selbst wenn die gesamte Kaufkraft in Höhe von knapp 200 Mrd. Rubel in die Wirtschaft fließt und als investives Kapital zur Verfügung steht, wäre das ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ausgeklammert bleibt ebenfalls der gesamte Bereich einer funktionsfähigen Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation, wissenschaftliche Einrichtungen usw.). Unter dem Strich führt der Schatalin-Plan, wenn man ihn einen Augenblick für bare Münze nimmt, zu höheren Inflationsraten, einer wachsenden Arbeitslosigkeit, wenn die unrentablen Betriebe schließen müssen, weil sie keine staatlichen Subventionen mehr erhalten und sozialen Auseinandersetzungen, die zu den bestehenden nationalen Konflikten hinzutreten.

Der unterlegene Präsident Ryschkow liegt mit seinen Warnungen schon richtig. Das Lohnniveau wird um weitere 30% sinken (siehe Polen), über 40 Millionen Sowjetbürger leben dann in Armut. Der Niedergang der Ökonomie äußere sich in immer häufigeren Produktionsausfällen, das gesamte Planungs- und Versorgungssystem sei praktisch zusammengebrochen. Alle bisherigen Dekrete, Gesetze und Resolutionen würden in der Praxis nicht umgesetzt.

Warum sollte dies ausgerechnet Schatalin anders ergehen?

D./Westberlin

Anmerkung:

1) Zwischen den Nationalitätenkonflikten und dem drohenden Zerfall der Sowjetunion und der desolaten wirtschaftlichen Lage besteht eine enge Wechselbeziehung; beide Elemente der Krise schaukeln sich gewissermaßen gegenseitig nach unten.

Literatur, Quellen:

Conert, Hansgeorg: "Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus", Münster (1990)

DIW-Wochenbericht 34-90, Westberlin

7. Erklärung des Beirates der Linken Liste/PDS Als eine Partei zu den gesamtdeutschen Wahlen - Doku

Erklärung des Beirats der Linken Liste/PDS

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:20

Dokumentation

Erklärung des Beirats der Linken Liste/PDS

Als eine Partei zu den gesamtdeutschen Wahlen

Die etablierten Parteien haben ein neues Wahlgesetz auf den Weg gebracht, das sich allenfalls am untersten Rand der Verfassungsmäßigkeit bewegt. Die undemokratische 5-Prozent-Klausel in zwei Zählgebieten ist geblieben, obgleich das Bundesverfassungsgericht anheimgestellt hatte, vor dem Hintergrund der Besonderheit dieser Wahl diese herabzusetzen. Das richtet sich erneut gegen die Bürgerbewegungen in der DDR.

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Wahlgesetz wurde die Möglichkeit der Listenverbindung zwischen Parteien der BRD und der DDR für verfassungswidrig erklärt. Diese Listenverbindung war jedoch der Weg, auf den sich LINKE LISTE/PDS und PDS auf der Grundlage des jetzt ungültigen Wahlvertrages zur ersten gesamtdeutschen Wahl verständigt hatten.

Die LINKE LISTE/PDS wie auch die PDS sehen sich daher nun vor die Frage gestellt, ob sie auf eine Kandidatur verzichtet, ob LINKE LISTE/PDS und PDS jeweils getrennt kandidieren oder aber als eine Partei zu den Wahlen antreten und dadurch auch Stimmen in der BRD für eine linke Opposition im künftigen Parlament gewinnen.

Die LINKE LISTE/PDS wie die PDS haben - zunächst unabhängig voneinander und schließlich im Beirat - beschlossen, ihr gemeinsames Anliegen fortzusetzen und in diesem Sinne deshalb auch gemeinsam zu den gesamtdeutschen Wahlen als eine Partei anzutreten.

Wir haben uns aus folgenden Gründen zu diesem Schritt entschlossen:

1. Wir wollen an den politischen Inhalten des Bündnisses festhalten. Die Zusammenarbeit der letzten Monate hat erwiesen, daß ein Zusammenkommen verschiedener linker Kräfte aus der DDR und der BRD notwendig und für beide Seiten fruchtbar ist. Von Anfang an ging es uns über eine gemeinsame Kandidatur hinaus um einen Neubeginn linker Debatten und Politikentwicklung.

2. Wir halten es zudem für sinnvoll, das Gewicht einer Parlamentsvertretung nicht freiwillig durch eine Kandidatur der PDS, beschränkt auf das Gebiet der ehemaligen DDR, zu verringern. Auf Grund der positiven Resonanz auf das Projekt LINKE LISTE/PDS gehen wir davon aus, daß auch in der ehemaligen BRD viele Menschen für eine starke linke Opposition stimmen werden.

3. Unter den Bedingungen des neuen Wahlgesetzes empfiehlt der Beirat der LINKEN LISTE/PDS nach ausführlicher und kontroverser Diskussion, daß die Landesverbände der LINKEN LISTE/PDS zu Landesverbänden der PDS werden und die PDS diese als eigene Landesverbände anerkennt. Der Beirat ist sich bewußt, daß dieser uns durch das Wahlgesetz aufgezwungene Weg von unseren ursprünglichen Vorstellungen abweicht. Er stellt den notwendigen inhaltlichen Diskussionsprozeß verschiedener linker Strömungen Parteistrukturen voran. Die gerade erst begonnenen Diskussionen berühren auch die Fragen "Bewegung und/oder Partei" wie auch den jetzt enger werdenden Bezug auf die PDS. Beides erscheint als Problem und muß deshalb Gegenstand von Auseinandersetzungen bleiben.

Trotz veränderter Ausgangsbedingungen wollen wir an Grundsätzen, wie sie im Wahlprogramm der LINKEN LISTE/PDS verankert sind, festhalten:

"...Die LINKE LISTE/PDS will eine kritische Stimme in der Gesellschaft und in den Parlamenten sein. Sie ist auch kritisch gegenüber sich selbst. Der Widerspruch und der Zweifel gehören zu unserem Selbstverständnis.

Unsere Diskussionen und Vorstellungen haben Linke unterschiedlicher Herkunft im Westen mit einer Partei, die neue Wege geht, und unabhängigen Linken aus der DDR zusammengebracht."

"...Diese Bereitschaft gehört zu den Bedingungen der Zusammenarbeit, und deshalb haben wir uns für einen behutsamen Annäherungsprozeß entschieden. Dieser Prozeß schließt ein Politikverständnis ein, in dem verschiedene linke Kulturen innerhalb eines größeren politischen Zusammenhanges produktiv werden."

Allein diese gewollte inhaltliche Vielfalt, die in unserer Verbindung angelegt ist, kann auch unter neuen Bedingungen den politischen Willen stabilisieren, Schwierigkeiten zu begegnen, die sich aus dem Schritt, jetzt Landesverbände der PDS zu werden, ergeben. Wir werden unsere Basis weiter in außerparlamentarischen Bewegungen und unserer Pluralität finden. Wir wollen, daß unsere Widersprüche produktiv bleiben; die PDS daraus Impulse für ihre weitere Erneuerung zieht.

Die innerhalb weniger Tage zu treffenden Entscheidungen machen es notwendig, wichtige Punkte der Zusammenarbeit in einer Vereinbarung zwischen der LINKEN LISTE/PDS und der PDS festzuhalten. Der Beirat schlägt der PDS die umgehende Einberufung eines Parteitages vor, auf dem:

- eine Erklärung zum Selbstverständnis der PDS als gesamtdeutscher Linker erarbeitet,

- die Änderung des Namens der PDS in LINKE LISTE/PDS beschlossen;

- eine Vereinbarung über die Bildung von Landesverbänden der LINKEN LISTE/PDS in den westlichen Bundesländern getroffen wird.

8. Die UNO im Korea-Krieg

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Geschichte; Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:47

Der unter UNO-Flagge und US-Oberbefehl geführte Korea-Krieg (1950-53) kann als Vorbild des multinationalen Aufmarsches gegen den Irak gelten. Allerdings gab es damals noch den Schönheitsfehler, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder auf der falschen Seite standen.

Die UNO, offiziell 1945 gegründet, aber im Prinzip schon 1943 vereinbart, war vom Anspruch her der Versuch, die antifaschistische Koalition des Zweiten Weltkriegs zu institutionalisieren. Der Begriff "United Nations", der schon vor 1945 verwendet wurde, war identisch mit der Gemeinschaft der gegen Deutschland, Japan und Italien kriegführenden Staaten. Auf diese sollte die Mitgliedschaft der UNO zunächst begrenzt bleiben. Daß einige Staaten zwar noch kurz vor Schluß Kriegserklärungen abgegeben hatten, aber keinen praktischen Beitrag geleistet hatten, wurde toleriert. Staaten jedoch, die explizit neutral geblieben waren, sollten eigentlich nicht zur UNO zugelassen werden. Erst recht sollten die "Feindstaaten" ausgeschlossen bleiben.

Ihrem Selbstverständnis nach vertraten die "United Nations" automatisch das Prinzip der Moral und des rundum Guten in der internationalen Politik. Folglich waren sie berufen, zu richten und zu strafen. Wenn heute Saddams Feindbild in die Nähe Hitlers gebracht wird, war dieser Mißbrauch der antifaschistischen Voraussetzungen schon bei Gründung der UNO angelegt.

Ihrer Satzung zufolge beruht die UNO auf der "souveränen Gleichberechtigung ihrer Mitglieder". Um aber die Vorherrschaft der siegreichen Großmächte abzusichern, wurde die UNO von Anfang an hierarchisch strukturiert: Der Vollversammlung aller Mitglieder - 51 zur Zeit der Gründung, heute über 150 - wurde lediglich beratende und empfehlende Funktion zugewiesen. Zudem ist sie in allen als "wichtig" deklarierten Fragen nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlußfähig. Dank dieser Klausel konnten die USA zum Beispiel noch jahrelang die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO verhindern, als es für diesen Schritt zwar schon eine einfache, aber eben noch keine Zweidrittel-Mehrheit gab.

Die gesamte Macht, praktische Politik zu veranlassen, liegt in der UNO beim Sicherheitsrat. Der hatte damals 11 Mitglieder; heute sind es 15. Fünf Plätze im Rat haben die Ständigen Mitglieder, die Hauptmächte der antifaschistischen Kriegsallianz: die USA, Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und China. Die übrigen Mitglieder werden reihum aus der Vollversammlung für jeweils zwei Jahre bestimmt. Jedes der fünf Ständigen Mitglieder hat das Recht, Beschlüsse durch seine Gegenstimme (Veto) außer Kraft zu setzen.

Der Sicherheitsrat ist also nur handlungsfähig, wenn sich die fünf Ständigen Mitglieder einig sind - und wenn sie eine Mehrheit zustande bringen. Dazu würden beim heutigen Stand drei Stimmen von den zehn nicht-ständigen Mitgliedern schon ausreichen. Zur Zeit des Korea-Krieges war die Bestimmung, daß von den damals nur 11 Ratsmitgliedern mindestens sieben zustimmen mußten. Die Westmächte mußten zudem auf jeden Fall das Veto-Recht der Sowjetunion mit einem Verfahrenstrick umgehen, um sich den Segen der UNO für ihre Intervention zu verschaffen. Hierbei kam ihnen, wie noch zu schildern sein wird, die UdSSR selbst zu Hilfe.

Korea, von Japan 1910 annektiert, wurde nach der japanischen Kapitulation 1945 in eine nördliche-sowjetische und eine südliche-amerikanische Besatzungszone geteilt. Die Demarkationslinie verlief damals wie heute am 38. Breitengrad. Die Teilung des Landes verfestigte sich durch die Gründung zweier Staaten 1948. Im folgenden Jahr verließen die Besatzungstruppen das Land. Die beiden Koreas standen sich feindlich gegenüber.

Nach einer längeren Phase gegenseitiger Grenzverletzungen und häufiger Gefechte begann der sozialistische Nordstaat in der Nacht zum 25. Juni 1950 eine Großoffensive, die zu schnellen Erfolgen führte. Schon am 29. Juni fiel die südkoreanische Hauptstadt Seoul, und Südkoreas Armee wäre zweifellos in kürzester Zeit völlig überrannt worden.

Der Sicherheitsrat war auf Initiative der USA sofort am 25. Juni mittags zusammengetroffen. Ein amerikanischer Resolutionsantrag wurde angenommen, der u.a. enthielt: 1. Die Behauptung, daß nur das südkoreanische Regime die Qualitäten einer "legitimen" Regierung habe. 2. Die Kennzeichnung Nordkoreas

als Aggressor. 3. Die Forderung nach sofortiger Einstellung der Kämpfe und Rückzug der nordkoreanischen Streitkräfte auf den 38. Breitengrad.

Der Resolution stimmten neun Mitglieder zu, der jugoslawische Vertreter votierte mit Stimmenenthaltung. Und die UdSSR, die ihr Veto hätte einlegen können? Sie fehlte, wie schon seit längerem, bei dieser Sitzung. Mit ihrem Fernbleiben protestierte sie dagegen, daß der China zustehende Sitz als Ständiges Mitglied nicht von der Regierung der Volksrepublik, sondern vom Regime Tschiang Kai-tscheks eingenommen wurde, dessen Machtbereich sich seit 1949 auf die Insel Taiwan beschränkte.

Unter Berufung auf die Sicherheitsrats-Resolution vom 25. Juni, die in Wirklichkeit noch keine praktischen Schlußfolgerungen enthielt, gab US-Präsident Truman am 26. Juni das amerikanische Eingreifen in den Korea-Krieg bekannt: "in Befolgung dieser Resolution" würden die USA "die Anstrengungen des Rates zur Beendigung dieses ernsthaften Friedensbruches aus besten Kräften unterstützen." - Konkret hieß das: die amerikanische Flotte und Luftwaffe übernahmen den bewaffneten Geleitschutz für alle Materiallieferungen an Südkorea.

Am 27. Juni gab Truman den nächsten Eskalationsschritt bekannt: er habe den Luft- und Seestreitkräften der USA Befehl erteilt, den südkoreanischen Regierungstruppen "Schutz und Unterstützung zu gewähren". Gleichzeitig wurde die 7. US-Flotte mobilisiert, mit der Begründung, einen chinesischen Angriff auf Taiwan verhindern zu wollen. Auch die militärische Hilfe für Frankreich, das damals einen Kolonialkrieg in Indochina führte, wurde verstärkt.

Die Schritte der US-Regierung waren zweifelsfrei durch die erste Sicherheitsrats-Resolution überhaupt nicht gedeckt. Erst nach der Bekanntmachung Trumans, am Abend des 27. Juni, trat der Sicherheitsrat zum zweiten Mal zusammen. Der Rat nahm die eskalierenden Maßnahmen der USA "zur Kenntnis" und beschloß dann: da Nordkorea dem Verlangen nach Rückzug nicht nachgekommen war, sei es "dringend erforderlich ..., militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu treffen". Den Mitgliedern der UNO wurde "empfohlen", Südkorea "alle erforderliche Hilfe zu leisten, um die Angreifer zurückzuschlagen und in dieser Region den Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen."

Dies stützte sich auf die Artikel 42 und 43 der UN-Satzung: Sie erlauben dem Sicherheitsrat, bei Versagen anderer Mittel den Einsatz von Streitkräften anzuordnen. Die UN-Mitglieder sind gehalten, diese auf Anforderung zur Verfügung zu stellen und auch sonst jede nötige Unterstützung, einschließlich des Durchmarschrechts durch ihr Gebiet, zu leisten.

Die Resolution vom 27. Juni war die Grundlage der UN-Intervention in Korea. Angenommen wurde sie mit sieben Stimmen, gegen die Stimme Jugoslawiens und bei Enthaltung Ägyptens und Indiens. Die UdSSR, die mit einem Veto die Legitimierung der Intervention durch die UNO hätte verhindern können, fehlte auch diesmal. Ihr Argument: die Resolution sei ungültig. Erstens verlange das UN-Statut die Zustimmung aller Ständigen Mitglieder. Abwesenheit wäre demnach in der Wirkung einem Veto gleichzusetzen. Zweitens: die Volksrepublik China sei an der Wahrnehmung des ihr zustehenden Mandats gehindert worden. Taiwan sei kein legitimes Mitglied des Sicherheitsrats. Insofern sei die Bedingung der Satzung, daß einer Resolution mindestens sieben Ratsmitglieder zustimmen müssen, nicht erfüllt gewesen.

Formal betrachtet spricht einiges für die Logik der sowjetischen Einwände. In der Realität hat sie mit ihrem Bestehen auf "Prinzipien" jedoch der Gegenseite geholfen, die UNO vor ihren Karren zu spannen und als Schirm für eine massive Kriegsführung zu benutzen.

Die britische Regierung gab am 28. Juni ihre Entscheidung bekannt, "die Aktion der USA in Korea dadurch zu unterstützen, daß wir unsere Seestreitkräfte in japanischen Gewässern sofort zur Verfügung der Kommandostellen der USA stellen, um im Sinne des Beschlusses des Sicherheitsrats Südkorea zu helfen."

Damit hatte die Internationalisierung der Intervention begonnen. Am 29. Juni kündigte auch Australien die Unterstellung von Kriegsschiffen unter das US-Kommando an. Neuseeland gab seine "Bereitschaft" bekannt, und die Niederlande verkündeten, einen solchen Schritt "prüfen" zu wollen. Zu den UN-Streitkräften gesellten sich später auch noch Einheiten aus Frankreich, der Türkei und Griechenland sowie einigen anderen Staaten. Die USA stellten aber mit Abstand den Hauptteil der im Namen der UNO kämpfenden Truppen.

Die UNO unterstellt sich dem US-Kommando

Am 7. Juli nahm der Sicherheitsrat in Abwesenheit des sowjetischen Vertreters und bei drei Stimmenthaltungen eine weitere wichtige Resolution an: In Punkt 1 wurde die "schnelle und kraftvolle Unterstützung" verschiedener Staaten für das südkoreanische Regime begrüßt. In Punkt 3 wurde allen beteiligten Mächten empfohlen, ihre Streitkräfte und sonstige Unterstützung einem "gemeinsamen Kommando der Vereinten Nationen" zu unterstellen. In Punkt 4 wurden die USA "gebeten", einen Oberkommandierenden zu ernennen. In Punkt 5 wurde dieses erst noch zu bildende gemeinsame Oberkommando ermächtigt, bei den Kriegshandlungen "nach eigenem Ermessen" die Fahne der UNO neben denen der beteiligten Staaten zu zeigen.

Am folgenden Tag ernannte Truman den Oberkommandierenden der US- Streitkräfte im Fernen Osten, General McArthur, zum Oberkommandierenden aller "UN-Streitkräfte" in Korea und ordnete an, die Fahne der UNO zu verwenden. Damit waren alle Formalitäten abgeschlossen, die aus einer ganz normalen imperialistischen Intervention eine zutiefst moralische Kollektivhandlung der freien Völkergemeinschaft machten.

Bleibt noch nachzutragen: der UN-Sicherheitsrat war nur beschlußfähig gewesen, weil die UdSSR dem "Prinzip" zuliebe schmollend ferngeblieben war. Auf diesen kontraproduktiven Starrsinn der östlichen Weltmacht war auf Dauer kein Verlaß. Die USA begannen daher schon bald nach Beginn des Korea-Kriegs, nach Wegen zur Aushebelung des sowjetischen Veto-Rechts im Sicherheitsrat zu suchen. Nach mehrmonatigen Verhandlungen und Beratungen nahm die Vollversammlung am 1. November 1950 eine von den USA formulierte Resolution an, die das Problem lösen sollte: die Vollversammlung ermächtigte sich selbst, den Mitgliederstaaten im Krisenfall "geeignete Maßnahmen zu empfehlen", einschließlich des Einsatzes von Streitkräften, "wenn der Sicherheitsrat auf Grund mangelnder Einstimmigkeit der Ständigen Mitglieder nicht in der Lage ist, seiner vordringlichen Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nachzukommen."

Praktischer Gebrauch wurde von dieser Klausel vermutlich nie gemacht, zumal sich die anfangs für die Westmächte extrem günstigen Mehrheitsverhältnisse in der Vollversammlung ab etwa 1960 durch den Entkolonisierungsprozeß ins Gegenteil verkehrten. Dennoch markiert die Resolution vom 1. November 1950 den definitiven Abschluß der Phase, in der die UNO zumindest ihrem Anspruch nach noch Fortsetzung der antifaschistischen Kriegskoalition gewesen war. Sie war nun eindeutig als Kampfinstrument gegen die UdSSR gerichtet.

Es hatte am 27. Juni 1950 wohl niemand erwartet, daß der Krieg in Korea drei volle Jahre dauern würde. Erst Ende August konnte der nordkoreanische Vormarsch aufgehalten werden. Anfang September wurde Seoul zurückerobert, am 20. Oktober die nordkoreanische Hauptstadt Pjöngjang besetzt. Im November 1950 rückten US-Streitkräfte bis an die chinesische Grenze vor und drohten, noch weiter zu marschieren. Daraufhin griff die Volksrepublik China am 26. November massiv in den Krieg ein, und die Front bewegte sich wieder sehr rasch südwärts, über den 38. Breitengrad hinaus. Noch zweimal bewegte sich die Front weit hin und her, bis sie im Mai 1951 an der Ausgangslinie, der Grenze zwischen Nord- und Südkorea, stabilisiert wurde und in einen zähen Stellungskrieg überging. Im Juli 1953 wurde ein Waffenstillstand geschlossen.

Es starben in Korea über 27.000 Soldaten unter der UN-Fahne, davon 24.000 Amerikaner. Die nordkoreanischen und chinesischen Verluste wurden nicht offiziell bekanntgegeben. Die Zahl ihrer Toten muß bei mehreren Hunderttausenden gelegen haben.

Kt., Hamburg

9. Aufmarsch gegen den Irak: Chance oder Gefahr für irakische Kurden?

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/63.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:63

Über die aktuelle Situation in den irakischen Kurdengebieten gibt es nur wenige Informationen. In den Wochen vor Beginn der Golfkrise kam es zum ersten Mal seit der Giftgasangriffe im August 1988 wieder zu größeren Gefechten zwischen kurdischen Partisanen und der irakischen Armee. Dabei sollen im Grenzgebiet zum Iran Dutzende von Dörfern bombardiert worden sein.

Nach dem Beginn der Golfkrise wurde berichtet, daß Kurden, die während der von Saddam verkündeten Amnestie aus der Türkei in den Irak zurückgekehrt waren, für die irakische Armee zwangsrekrutiert wurden. Wie ein Sprecher der Kurdistan-Front im ägyptischen Rundfunk mitteilte, sollen sich unter den irakischen Soldaten in Kuwait viele zwangsrekrutierte Kurden befinden. In Mossul und in der Stadt Rania sollen Demonstrationen, die sich nach dem Freitagsgebet mit der Forderung nach Brot gebildet hatten, von den Sicherheitskräften gewaltsam niedergeschlagen worden sein. Die Demokratische Partei Kurdistans spricht von 50 Toten. In den kurdischen Gebieten patrouillierten Sonderstreifen der Baath-Parteimiliz, da Bilder von Saddam beschädigt oder abgerissen worden seien.

Die Kurdistan-Front nutzte die Golfkrise und das daraus erwachsende Interesse an der irakischen Opposition zu einer Informationskampagne und einer Vielzahl von diplomatischen Initiativen. Die arabischen Staaten in der antiirakischen Front, die jahrelang die kurdische Frage völlig ignoriert und den Irak während des Golfkrieges unterstützt hatten, ja sogar die Giftgaseinsätze im Irak gerechtfertigt hatten, begannen sich nun für die kurdische Frage zu interessieren. Auch in den westlichen Staaten, die Saddam jahrelang mit Waffen ausstaffiert und damit auch den Giftgaskrieg gegen die Kurden ermöglicht hatten, war das Interesse an den Kurden plötzlich groß. (1)

Diplomatische Gratwanderungen

In dieser Situation unternahm Jelal Talabani, Vorsitzender der PUK, einen nach Angaben seiner Organisation schon vor Beginn der Krise geplanten Besuch in den USA. In einem Interview nach seiner Rückkehr aus den USA erklärte er: "Ich habe alles bekommen, was ich wollte. Die US-Regierung unterstützt die politischen, demokratischen und Menschenrechte des kurdischen Volkes im Rahmen der bestehenden Staatsgrenzen im Mittleren Osten, aber sie lehnen ein unabhängiges Kurdistan ab."

Er sagte, daß die kurdischen Kräfte im Irak intensive Vorbereitungen träfen und daß alle Guerillagruppen mit Gasmasken und den notwendigen Utensilien für C- Waffen-Angriffe gerüstet seien. "Wenn es zum Krieg kommt, werden wir auch angreifen. Wir planen aber zur Zeit keine Militäraktion in großem Maßstab". (2)

Diese Äußerungen Talabanis erregten großes Aufsehen und Widerspruch. Vertritt doch Talabani den Flügel der kurdischen Nationalbewegung, der die Zusammenarbeit der kurdischen Führung 1974/75 mit den USA und dem Schah vehement kritisiert und sich aufgrund dieser Kritik von der KDP abgespalten hatte.

In der amerikanischen Presse wurden die Ergebnisse des USA-Besuchs hingegen als "enttäuschend für die Kurden" bezeichnet. Auch die Kurdistan-Front (der die PUK angehört) beeilte sich, Gerüchte zu dementieren, nach denen der CIA die Kurden mit Waffen und Ausbildern unterstützen werde.

Die kurdischen Führer wollten den US- Besuch und ihre anderen diplomatischen Vorstöße eher als ein Nachsuchen um politische Unterstützung verstanden wissen. Gegen eine Vereinnahmung durch die USA sprach sich Dr. Mahmud Osman, Sprecher der Kurdistan-Front, aus: "Es wird gesagt, daß die USA und einige andere uns gegen Saddam unterstützen wollen. Wenn solche Beziehungen nicht auf einer politischen Grundlage und öffentlich gestaltet werden, werden die Kurden nur Schaden nehmen. Solche Beziehungen lehnen wir ab. Wir sind nicht bereit, unser Volk für die Interessen der USA, Irans oder einer anderen Macht zu opfern. Wir setzen unseren Kampf auch ohne fremde Hilfe fort. Wer uns unterstützen will, muß unsere essentielle Forderung erfüllen und die legitimen Rechte der Kurden auf politisch verbindliche Weise anerkennen ...". (3)

Vor dem Hintergrund der Situation in Irakisch-Kurdistan ist das Bemühen der Kurdistan-Front um internationale Unterstützung verständlich, da die Beseitigung der irakischen Diktatur und die Beendigung und Rückgängigmachung der Vertreibungspolitik des irakischen Regimes für die Kurden absolute Priorität hat. Die kurdische Front und andere Teile der irakischen Opposition handeln aus dem Bewußtsein, daß das Regime, wenn es diese Krise überlebt, Anerkennung gewinnt und seine Herrschaft noch festigen kann. Wenn der Golfkonflikt allerdings zu einem Krieg eskaliert, ist die kurdische Zivilbevölkerung in den Umsiedlungslagern Vergeltungsaktionen von Seiten des Regimes schutzlos ausgeliefert.

Andererseits besteht auch die theoretische Möglichkeit, daß Saddam Hussein unter dem Druck der Verhältnisse den irakischen Kurdenorganisationen ähnlich weitgehende Zugeständnisse macht wie dem Iran. Setzt man voraus, daß es der irakischen Kurdenbewegung vorrangig darum geht, die fortschreitende Zerstörung und Arabisierung Kurdistans aufzuhalten, so wäre es durchaus denkbar, daß die kurdischen Parteien auf ein umfangreiches Angebot des Regimes eingingen.

Zweiter Schwerpunkt der Politik der Kurdistan-Front sind Bemühungen um ein breites irakisches Oppositionsbündnis, das neben der kurdischen Bewegung die Kommunistische Partei und andere Linke, die schiitische Opposition und den prosyrischen Flügel der Baath-Partei einschließen soll. Das Ziel ist die Bildung einer Exilregierung. Bisher ist es allerdings trotz langwieriger Verhandlungen nicht zur Bildung einer Front geschweige denn Regierung gekommen. Wie die arabische Presse berichtet, soll aber über prinzipielle Fragen Einigkeit bestehen.

Annäherung zwischen Irak und Iran

Um einen Ausgleich mit dem Iran zu erreichen, hat Saddam Hussein alle iranischen Forderungen bezüglich des Grenzverlaufs im Schatt el Arab anerkannt und den Vertrag von Algier, den er selbst zu Beginn des iranisch-irakischen Krieges zerrissen hat, wieder akzeptiert. Mit dem Vertrag von Algier hatte der Irak 1975 in der Grenzfrage Zugeständnisse an den Iran gemacht, damit dieser im Gegenzug seine Unterstützung für die irakische Kurdenbewegung einstellt. Gleichzeitig erhielt der Vertrag einen Passus über gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und die "Unterbindung jeglicher Infiltrationen subversiver Natur", was sich direkt auf die kurdischen Bewegungen bezog. Ist mit der Wiedereinsetzung des Algier-Abkommens dieser antikurdische Pakt neu aufgelegt worden?

Dr. Mahmud Osman, Sprecher der Kurdistan-Front, beurteilt die Einigung zwischen Iran und Irak als für die Kurden "zweifellos negative Entwicklung (...) Zehntausende im Iran lebende Flüchtlinge können deportiert werden." Er betont jedoch: "In strategischer Hinsicht glaube ich nicht, daß diese Einigung den irakischen Kurden sehr schadet. Denn die Kurden haben von Beziehungen zu den Staaten, die Kurdistan unter sich aufgeteilt haben, bisher nie profitiert. Unsere gemeinsamen Aktionen mit dem Iran während des Iranisch-Irakischen Krieges haben uns letztendlich nur geschadet. Die kurdische Bewegung darf sich nicht auf die Staaten, die Kurdistan unter sich aufgeteilt haben, verlassen. Keiner dieser Staaten ist ein Freund der Kurden". (3)

Auf erste negative Folgen der neuen irakisch-iranischen Annäherung deutet eine Erklärung der iranisch-kurdischen Komalah hin. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß Hunderten von iranisch-kurdischen Flüchtlingen, die sich auf irakischer Seite im Grenzgebiet aufhalten, nun die Abschiebung in den Iran droht. Auch wurden von der iranischen Front abgezogene irakische Truppen z. T. in kurdisches Gebiet im Norden des Irak verlegt.

Bislang ist jedoch noch nicht absehbar, daß mit der Annäherung zwischen beiden Staaten tatsächlich alle Widersprüche zwischen ihnen ausgeräumt seien. Möglicherweise bleiben die negativen Auswirkungen für die kurdische Bewegung in beiden Ländern, die bisher versuchten, den Konflikt für sich zu nutzen, begrenzt. In diese Richtung äußerte sich auch Timur Mustafai, Mitglied des ZK der Demokratischen Partei Kurdistans/Iran, gegenüber der türkischen Zeitschrift "Yüzyil".

Hans Rimscha

Anmerkungen:

1) s. "Tagesanzeiger" vom 17.8.1990, "Plötzlich entdeckt die Welt die irakischen Kurden"

2) Meldung der kurdischen Nachrichtenagentur ANK vom 24.8.90

3) "Yüzyil", 26.8.1990

10. Widerstand im Weltsystem Wer ist das neue "revolutionäre Subjekt"?

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/wider.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:wider

Angesichts des Scheiterns des realsozialistischen Versuchs einer Alternative zum Kapitalismus, aber auch der kapitalismusinternen Entwicklung fragen die AutorInnen André Gunder Frank und Marta Fuentes-Frank, ob nicht die bisherige Betrachtungsweise der Entwicklung der kapitalistischen und der sozialistischen Welt überholt ist und durch eine die ganze Welt umfassende ersetzt, verbessert werden müßte. Statt auf das bisherige Konzept, revolutionäre Umwälzung anzustreben, setzen sie auf das Ausprobieren neuer Wege, auf gesellschaftliche Veränderungen mittels sozialer Bewegungen

Ausgehend davon, daß seit dem 16. Jahrhundert die Kapitalakkumulation alle Teile der Welt ihrer Logik unterzogen hat, sprechen die AutorInnen von einem kapitalistischen Weltsystem, in dem sich staatliche Eingriffe als relativ hilflos herausgestellt haben. Untermauert wird diese These mittels der Erfahrungen, die in den westlichen Industriestaaten in der Nachkriegsperiode mit den unterschiedlichen Ausrichtungen staatlicher Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gemacht wurden. Hierbei wird konstatiert, daß alle Modelle der Beeinflussung, Steuerung der Kapitalakkumulation seitens des Staates gescheitert sind, soweit sie den Versuch unternahmen, gegen die Logik des Kapitals zu intervenieren. Seien es Ansätze keynesianischer Politik, Deficit spending oder andere Eingriffe, sie sind alle in ihrer Begrenztheit als nationalstaatlich orientierte Politik gescheitert, wurden von den Erfordernissen der weltweiten Kapitalverwertung geschluckt.

Ausgenommen die staatliche Politik, die den unterschiedlichen Investitions- und Spekulationsentscheidungen die Türklinke hält. Damit erteilen die AutorInnen der Politik eine Absage, die sich zum Ziel gesetzt hat, mittels staatlicher Interventionen Schritte in Richtung einer solidarischen, antikapitalistischen Gesellschaft zu gehen.

Auch die Entwicklung in den Staaten des realen Sozialismus und der Länder, denen es nach dem zweiten Weltkrieg gelang, sich durch antiimperialistische Befreiungskämpfe ein Stück weit vom Weltmarkt zu emanzipieren, zeigt, daß dies nur eine vorübergehende Erscheinung sein konnte. Denn die Gesetze des Weltmarktes erlauben diese Nischen nur so lange, wie sie zur Lösung innerkapitalistischer Krisen etwas Innovatives beitragen bzw. sich die Kosten innerkapitalistischer Krisenlösung in diese Länder und die übrigen Staaten des Trikont externalisieren lassen.

Vor diesem analytischen Hintergrund sehen die AutorInnen auch revolutionäre Konzepte nach dem bisher praktizierten Muster als nicht mehr praktikabel bzw. zum Scheitern verurteilt an. Statt dessen sollten mittels weltweiter sozialer Bewegungen, wie sie beispielsweise in Europa an der AKW-Frage entstanden sind, die inneren Widersprüche kapitalistischer Entwicklung weltweit einer Zuspitzung zugeführt werden. Festgemacht wird dies an der Zunahme dieser sozialen Bewegungen sowohl in den Staaten des zerbröselnden RGW als auch in den Ländern des Trikont. Wie sich dies allerdings als weltweite Bewegung gegen die herrschenden Verhältnisse manifestieren und herausbilden soll, bleibt auch in einem das Buch abschließenden Streitgespräch zwischen den AutorInnen und den HerausgeberInnen, Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy, unklar bzw. widersprüchlich.

Insgesamt versuchen Frank und Fuentes alles, was politisch Gewicht und Bedeutung haben könnte, einer politischen Neubewertung zu unterziehen, mit einer eindeutigen Sympathie für basisdemokratische, an konkreten gesamtgesellschaftlichen Widersprüchen entstehenden Bewegungen. Gegen die bisherigen revolutionären Konzepte wird das Modell weltweiter sozialer Bewegung gesetzt. Gegen die One-world des Kapitals die alternative One-world setzen?

as

André Gunder Frank und Marta Fuentes-Frank: Widerstand im Weltsystem. Kapitalistische Akkumulation - Staatliche Politik - Soziale Bewegung, Verlag Promedia, Wien.

11. Einreisesperre für sowjetische Juden - ein bundesdeutsch-israelisches Gemeinschaftsunternehmen

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:51

Am Runden Tisch in der DDR war der Gedanke entstanden: Aussöhnung mit dem jüdischen Volk und "Wiedergutmachung" sollten nicht nur beschworen, sondern praktiziert werden. Der DDR-Ministerrat beschloß daraufhin am 11. Juni, "in begrenzter Anzahl" Juden aus der Sowjetunion in der DDR aufzunehmen.

Auf Initiative der Ausländerbeauftragten beim DDR-Ministerrat wurde am 18. August in Berlin eine "Kontakt- und Beratungsstelle für ausländische jüdische Bürger" eingerichtet. Im Laufe dieses Jahres kamen bis Ende September etwa 2.000 Juden, ganz vorwiegend aus der UdSSR, aber auch aus anderen osteuropäischen Ländern in die DDR. Sie konnten, wie zugesichert, dort ihren "ständigen Wohnsitz" nehmen und wurden, wie unzureichend auch immer, mit Unterkunft, Eingliederungshilfen und Sprachunterricht versorgt. (Für die BRD wurde im gleichen Zeitraum nur 302 Juden die Einreiseerlaubnis erteilt. 226 von ihnen übernahm Westberlin, Köln 20, Frankfurt 11, Bayern und Baden keinen einzigen.)

Besondere Verantwortung

Kanzler Kohl hatte gerade aus Anlaß von Rosch Haschana (jüdisches Neujahrsfest) per "Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" mitgeteilt, das vereinte Deutschland werde sich "auch seiner besonderen Verantwortung gegenüber den Juden bewußt sein", als bekannt wurde, daß das Bundesinnenministerium gerade - und immer mal wieder - damit befaßt war, dieser besonderen Verantwortung zu entsprechen.

Der DDR-Ministerratsbeschluß über die Aufnahme sowjetischer Juden hatte in den sog. Einigungsvertrag zwischen BRD und DDR aufgenommen werden sollen. Dies wurde von der BRD-Regierung verweigert. Was die DDR, bis zum 3.10. immerhin zumindest de jure ein selbständiger Staat, nicht davon abhielt, dem Beschluß des Ministerrats zu folgen und weiterhin sowjetischen Juden Einreise und Ansiedlung in der DDR zu ermöglichen. Daraufhin hatte das Bundesministerium des Inneren das Innenministerium der DDR brieflich aufgefordert, die DDR-Vertretungen in der UdSSR anzuweisen, keine Anträge mehr von jüdischen Emigranten zur Einreise nach Deutschland (hier gemeint: die zu diesem Zeitpunkt noch bestehende DDR!) entgegen zu nehmen. Alle folgenden Bonner Dementis, Interpretationen und schließlich gewundenen Eingeständnisse zeigten nur das Eine: das Bundesinnenministerium versucht, noch vor dem Anschluß der DDR, eine Einreisesperre für sowjetische Juden in ganz Deutschland durchzusetzen.

Die DDR-Ausländerbeauftragte Almuth Krause forderte auf der Sitzung des DDR-Ministerrats den DDR-Staatssekretär Krause auf, sich erneut dafür einzusetzen, die angestrebte Sonderaufnahmeregelung für sowjetische Juden in einem Nachvertrag mit der Bundesregierung festzuschreiben. Gelinge dies nicht, äußerte sie, gelte mit den Vereinbarungen des Einigungsvertrages auch für sowjetische Juden das Ausländerrecht der BRD.

Ob das DDR-Innenministerium dem Befehl aus Bonn gefolgt ist (die entsprechende Anweisung an die DDR-Vertretungen in der UdSSR bedurfte in jedem Fall der Unterzeichnung durch den DDR-Ministerpräsidenten de Maizière) geht aus den vorliegenden Meldungen nicht eindeutig hervor. Jedenfalls sind seit September eine Anzahl sowjetischer Juden auf Schleichwegen oder mit Hilfe einer für hohe Summen erstandenen Einladung - dieser Ausweg blieb noch - in die DDR gekommen. Was nun nach dem Anschluß der DDR generell mit den sowjetischen Juden geschieht, die in den letzten Monaten in die DDR eingereist waren, und was mit denen geschieht, die nicht rechtzeitig vor dem 3.10. mit den notwendigen DDR-Papieren versehen werden konnten, ist unklar. Nur zu verständlich grassiert unter den jüdischen Immigranten die Furcht, ihre gerade neugewonnene relative Sicherheit wieder zu verlieren und dann als einzig verbleibenden Ausweg nach Israel einwandern zu müssen.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte in seiner Erklärung zu Rosch Haschana auf die besorgniserregende "Lage unserer Schwestern und Brüder in der Sowjetunion" hingewiesen und "praktische Solidarität" für jene Menschen gefordert, "die der Gefahr durch Auswanderung entweichen wollen". Der Protest

des Zentralrats gegen den "Einreisestopp" blieb jedoch - verglichen z.B. mit der Debatte um die Aufführung von Fassbinders "Der Müll, die Stadt und der Tod" - recht verhalten. Das Bundesinnenmisterium, wurde in der "Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung", dem Organ des Zentralrats moniert, habe "geschickt" den Eindruck zu erwecken versucht, als handele es in Abstimmung mit dem Zentralrat. Der Vorsitzende des Zentralrats, Heinz Galinski, habe sich jedoch beim zuständigen Behördenvertreter in Bonn "überhaupt erst kundig machen" können, als Schäuble per Rundfunk-Interview äußerte: "Wir sind darüber", nämlich über eine "Regelung" der Einwanderung sowjetischer Juden, "seit langem mit dem Vorsitzendem des Zentralrats der Juden in Deutschland im Kontakt".

Galinski lehnte in der Folge öffentlich eine "Quotenregelung", wie sie in Bonn gehandelt wurde, ab und forderte, ebenso wie der Generalsekretär des Zentralrats, Micha Guttmann, die freie Einreise für alle sowjetischen Juden, die sich in Deutschland niederlassen wollen.

Vom Zentralrat einberufen traten am 30.9. in einer außerordentlichen Zusammenkunft die Vorsitzenden der deutschen Jüdischen Gemeinden zusammen. Die Versammlung verabschiedete "einstimmig" eine Resolution, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, "die restriktiven Maßnahmen unverzüglich zurückzunehmen und eine menschenwürdige Aufnahme zu gewährleisten."

An der Seriosität dieser Einstimmigkeit sind jedoch Zweifel angebracht. Michael Fürst, Landesvorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Niedersachsen, hat "ein bißchen Verständnis für die Haltung der Bundesregierung": "Wenn hier tatsächlich zigtausend Juden vor dem Zaun stehen, dann kann man sie nicht alle auf einmal hereinlassen." (Ein Satz, der nicht allein den Juden, die einst hinter "dem Zaun" gestanden haben, zu denken geben wird.) Und Ury Popper, empfahl den Sowjet-Juden, "doch erst einmal nach Israel zu gehen". In Deutschland gebe es kein Oberrabbinat, das die jüdische Herkunft der Einwanderer überprüfen könne - bekanntlich gebe es ja "schon für 1000 Rubel" einen jüdischen Paß in der Sowjetunion. Zudem würden die kleinen jüdischen Gemeinden in Deutschland nur dann von den Zuwanderern profitieren, "wenn sie uns eine lebendige jüdische Kultur vermitteln", aber sie "kennen unsere Feste und unsere Traditionen nicht".

Repräsentieren Personen wie Fürst und Popper hier nur jene "allgemein-menschliche" Furcht vor den ärmeren Verwandten, die die eigene Position gefährden könnten, und auch vor dem Fremden, steckt der Zentralrat, wie es in der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" eingestanden wird, in einem tatsächlichen "Dilemma": "Zusammen mit der Regierung in Jerusalem begrüßt und unterstützt er die Einwanderung nach Israel. Gleichzeitig möchte er auch sicher sein, daß sich die jüdische Glaubensgemeinschaft in Deutschland erweitern kann."

In diesem "Dilemma" steckt denn auch die Erklärung dafür, daß sich die Bundesregierung nicht nur einen - am Anlaß gemessen - milden Protest des Zentralrats der Juden in Deutschland zugezogen hat, sondern daß auch jede Kritik aus Israel an diesem "Einreisestopp" ausgeblieben ist. Vielmehr hatte der israelische Botschafter in der BRD im Auswärtigen Amt klargestellt, daß sein Land keinerlei Interesse an einer neuen Diaspora habe. So haben die Regierungen der BRD und Israels in schönstem Einvernehmen gehandelt: Die BRD-Regierung kann ihre ausländerpolitische Position "Die BRD ist kein Einwanderungsland" ungeschmälert durch Sonderregelungen aufrechterhalten; Israel hat (nachdem nun auch die UdSSR der seit langem von Israel geforderten Direktverbringung sowjetischer Juden von Moskau nach Tel Aviv zugestimmt hat) ein weiteres und wohl letztes Loch gestopft, durch das jüdische Emigranten die von ihnen nicht gewollte Einwanderung nach Israel umgehen könnten.

K., Hamburg

Quellen:

Div. Ausg. aus Sept. u. Okt. von: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, tageszeitung

Committee to Open Borders

Das Ziel des am 1.4.90 in Washington und Paris gegründeten "Committee to Open Borders" (Vorsitzender: Maxim Ghilan, Herausgeber der in Paris erscheinenden Zeitschrift "israel & palestine") ist es, den sowjet-jüdischen Immigranten die Grenzen der Länder zu öffnen, in die sie einwandern wollen.

In dem "Memorandum of the Emigration of Soviet Jews", das das Komitee am 23.5.90 veröffentlichte, heißt es u.a.:

In den vergangenen zwölf Jahren seien 90% aller Juden, die die UdSSR verlassen haben, nicht nach Israel, sondern in andere Länder, vornehmlich die USA, emigriert. Seit dem "dreiseitigen Abkommen" zwischen USA, UdSSR und Israel, in dem u.a. vereinbart worden sei, daß die UdSSR die Ausreise sowjetischer Juden fördert, die USA aber die Einreise sowjetischer Juden weitgehend einschränken, sein fast 100% der auswandernden sowjetischen Juden gezwungen, nach Israel einzuwandern. Länder, die ein mögliches Einwanderungsland für sowjetische Juden sind, seien von den USA und von Israel aufgefordert worden, die Emigration nach Israel "nicht zu behindern". Australien und Großbritannien haben dieser Forderung zugestimmt.

Sowjetische Juden, die nach Israel emigrieren wollen, sollen darin unterstützt werden; aber es sei nicht zu rechtfertigen, alle emigrierenden sowjetischen Juden zu zwingen, nach Israel oder in die besetzten Gebiete einzuwandern.

"Laß mein Volk gehen", schließt das Memorandum, "wohin immer es will."

12. "Verhandlungen statt Krieg" IPPNW fordert sofortigen Abzug der Atomwaffen aus dem Golf

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:57

Die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) machten auf ihrem Kongress vom 5. bis 7. Oktober in Bonn darauf aufmerksam, daß sich zu diesem Zeitpunkt bereits zwischen 400 und 460 Atomsprengköpfen auf US-amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Kriegsschiffen und in Saudi Arabien befanden. In einem Appell forderten sie: Den sofortigen Rückzug aller Atomwaffen aus der Golfregion; die verbindliche Erklärung der an dem Konflikt beteiligten Verantwortlichen, keine atomaren, biologischen oder chemischen Waffen einzusetzen und die sofortige Aufnahme von vorbedingungslosen Verhandlungen mit dem Ziel, den Konflikt auf friedliche Weise zu lösen. Auf einer öffentlichen Abendveranstaltung diskutierten am 2. Tag des Kongresses IPPNW-RepräsentantInnen aus der Türkei, Jordanien, Israel, Palästina und Norwegen über das Ausmaß eines drohenden Krieges und Möglichkeiten seiner Verhinderung - wenn er schon nicht verhütet werden konnte. In der Nacht demonstrierten etwa 1.000 TeilnehmerInnen für "Verhandlungen statt Krieg". Im folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die bei der Diskussion vertretenen Positionen.

Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung kritisierte v.a. die USA scharf wegen ihrer eskalierenden "Politik der Ungeduld". Es sei eine "Schande", daß der Westen - im Gegensatz zu Saddam Hussein - zu Verhandlungen nein sage, obwohl doch nur durch sie noch ein fürchterlicher Krieg abgewehrt werden könne, bei dem es zum Einsatz diverser Massenvernichtungswaffen kommen könne. Der Golfkonflikt müsse in seiner historischen Tiefe analysiert werden und dazu gehöre, daß man sich das Unrecht der permanenten Einmischung der Europäer in die Angelegenheiten der Araber, von den Kreuzzügen bis in die Zeit des Imperialismus und der Gegenwart vergegenwärtige. Die arabischen Nationen hätten das Recht, sich zusammenzuschließen. "Natürlich habe ich die gleiche Angst vor einer arabischen Supermacht, wie vor einer europäischen. Aber man kann nicht sagen: Die europäische Einigung ist berechtigt und die arabische nicht."

Die Vorsitzende der türkischen Sektion der PPNW, Prof. Dr. med. Leziz Onaran, machte auf die Bedrohung aufmerksam, die die jetzige Bedrohung für das türkische Volk darstelle. Verantwortlich dafür sei die Politik der Regierung, die die Türkei immer weiter in den Konflikt hineintreibe. Die übergroße Mehrheit des türkischen Volkes lehne dies ab. Die TPPNW plane eine breite Kampagne gegen den Krieg, um die türkische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Solche Anstrengungen müßten aber auf internationaler Ebene unternommen werden, um einen verheerenden Krieg zu verhindern.

Die jetzt schon massive Präsenz von Atomwaffen im Golf weise jedoch, so der Vizepräsident der jordanischen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Mahmoud Huneidi, auf eine "Angriffsoption" hin. Huneidi vertrat die Ansicht, daß der Imperialismus selbst eine große historische Verantwortung für die jetzige Krise trage. Als Großbritannien dem Irak in der Vergangenheit seine Grenzen diktierte, womit diesem der Zugang zum Meer versperrt wurde, sei eine Ungerechtigkeit begangen worden, die ein bis heute anhaltendes Gefühl der Unzufriedenheit im irakischen Volk hinterließ. In der Region gäbe es jetzt die Besetzung Kuwaits durch den Irak, die eines Teils des Libanon durch Syrien und die israelische Besetzung von palästinensischen Gebieten. Diese Probleme müßten durch Verhandlungen nun in ihrem Zusammenhang gelöst werden. Zudem müsse man das Vorgehen Iraks keineswegs gutheißen, um festzustellen, daß der Westen in dieser Region nie auf der Seite der Menschenrechte gestanden habe. Längerfristig gäbe es keine Lösung des Golfkonflikts, die an einem militärischen Rückzug der USA und dem Abzug der Multikonzerne vorbeikomme.

Ernesto Kahan, Vorsitzender der PPNW in Israel, der einen Friedensgruß in hebräischer und arabischer Sprache übermittelte, schilderte zugleich eindringlich die konkreten Zivilschutzmaßnahmen, zu deren Durchführung er und seine Familie sich in den letzten Tagen der sich ständig steigernden Kriegsbedrohung gezwungen sahen. Angesichts eines drohenden Krieges, bei dem es zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen kommen könnte, sprach er dafür, sich nicht länger an historische Rechtfertigungen zu klammern. "Kuwait wurde durch den Irak unter dem Vorwand legitimen Rechts annektiert; sodann wurde auch Saudi Arabien unter dem Vorwand legitimen Rechts besetzt. Aber welche legitimen Rechte sind es, die einen Krieg solchen Ausmaßes rechtfertigen, wie er jetzt möglich erscheint."

Mustafa Mulhem, Mitglied der palästinensischen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, machte auf die Internationalen Dimensionen des Konflikts aufmerksam. Diese ergäben sich ja nicht nur durch die Konzentration von Militär aus der ganzen Welt in der Golfregion, sondern auch durch die gefährlichen Absichten der USA. Den USA ginge es offensichtlich nicht um die Durchsetzung der UN-Beschlüsse gegen den Irak, sondern im ersten Schritt um die Zerschlagung der irakischen Militärmacht und letztendlich die hegemoniale Kontrolle über das Öl. Damit gerieten sie in einen ernsten Konflikt mit den europäischen Mächten. Auch der französische Präsident warne vor einem neuen Weltkrieg. Frankreich setze auf eine diplomatische Lösung des Konflikts und diese französische Haltung werde von den Palästinensern unterstützt.

tho.

13. Ein Jahr nach der Maueröffnung: Antideutsche Demonstration am 3.11. in Berlin + Infos zur Demo

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:54

"Der 9. November wird in die Geschichte eingehen, erklärte der Bürgermeister von Westberlin... Man vergaß, daß der 9. November bereits Geschichte wurde... - mit der Reichskristallnacht. Die Freude über die Gegenwart überlagert die Vergangenheit. Niemand in Berlin oder sonstwo hat die Verbindung gezogen... Was wird alles noch vergessen werden?"

Elie Wiesel

Zweimal in diesem Jahr hat die herrschende Klasse und ihr politischer Arm in Deutschland "Gesicht" gezeigt: als Kohl im März mit der massiven Infragestellung der polnischen Westgrenze gegen außenpolitische Widerstände den deutschen Anspruch auf imperialistische Neuordnung zu erkennen gab. Und als für die schnellstmögliche Übernahme der DDR politisch und ökonomisch auf "alles oder nichts" gesetzt wurde. Hier blitzte die in zwei Weltkriegen "erprobte" großdeutsche Bereitschaft zum Risiko und Abenteurertum auf Kosten anderer Völker auf. Darüber darf das erfolgreiche Agieren der Kohl-Regierung nicht hinwegtäuschen. Die unglaublich schnelle und vermeintlich reibungslose Wiedererlangung der deutschen Souveränität in internationalen Abkommen hatte diese Risikobereitschaft ebenso zur Voraussetzung, wie die Tatsache, daß der DDR-Anschluß- Kurs demokratisch legitimiert war, nichts über die Bereitschaft aussagt, sich auch über das parlamentarische System hinwegzusetzen. Denn: nur weil es gelang, nationalistisch Wahlzustimmung zu erhalten und den parteiübergreifenden nationalen Konsens pro Wiedervereinigung herzustellen, blieb die Probe aufs Exempel, die Ausschaltung des Parlaments bei der Durchsetzung der Vereinigung, aus. Von alldem ist angesichts der vollzogenen Vereinigung nicht die Rede. Die Parlamente haben zugestimmt, international werden das friedliche Deutschland und die DM gelobt.

Das häßliche Deutschland

Seit fast einem Jahr wird gefeiert, was am 3. Oktober vollzogen wurde: die Wiedervereinigung. Was da gefeiert wird, ist das häßliche Deutschland, so häßlich, wie wir es erwartet haben:

* Es ist die imperialistische Großmacht Deutschland, die im Jahre 1990 ökonomisch und politisch den militärisch verlorenen Krieg gewonnen hat und wieder Bedingungen diktiert. Die sich nicht aufdringlich an die Weltspitze drängelt, sondern bitten und drängeln läßt, mehr Verantwortung in internationalen Krisensituationen zu übernehmen:

- Im Golf soll Deutschland seiner "Verantwortung für den Weltfrieden" stärker nachkommen. Dies ist der Auftakt zu mehr militärischem Engagement im Rahmen internationaler Vereinbarungen.

- Im bedrängten Osteuropa präsentiert sich dieses Deutschland als internationaler Hoffnungsträger: "Den Deutschen stellt sich damit die globalpolitische Aufgabe, Osteuropa und vor allem die Sowjetunion marktwirtschaftlich zu erschließen (...) zum eigenen Vorteil wie zum Wohle der übrigen Welt" schreibt nicht etwa irgendein deutscher Ostlandritter, sondern Gorbatschows "Deutschland-Experte" Portugalow. "Von der deutschen Wirtschaft und deutschen Privatinvestitionen erhoffen wir die Errettung aus der drohenden Katastrophe."

* Es ist das ökonomisch brutale Deutschland, das am Beispiel der DDR-Übernahme - also "innerdeutsch" - vorexerziert hat, wie wenig nichtdeutsche Staaten in Osteuropa und erst recht im Trikont Hilfe, wie sehr sie rücksichtslose deutsche Vorteilnahme zu erwarten haben: Zerstörung jeglicher eigenständigen Grundlagen zugunsten des westdeutschen Kapitals ebenso wie der Arbeits- und Lebenszusammenhänge der Menschen.

* Es ist das völkische Deutschland, das einen staatlich geförderten neuen Rassismus zur konstituierenden Grundlage hat:

- Wenn es "deutsch" oder deutsche Staatsbürgerschaft völkisch, nach Abstammung und "deutschem Blut" definiert.

- Wenn es dem Faschismus entlehnte rassistische Mechanismen zur "Lösung" der Einwanderung wiederbelebt: die Unterscheidung zwischen guten (westlichen) und schlechten (östlichen und schwarzen) Immigranten in Form von Kontingentierungen; die in großer Koalition praktizierte Abschaffung des Asylrechts, die an den ehemals von den Nazis verfolgten Roma und Cinti, den "dreckigen Zigeunern" exerziert wird.

- Wenn es als eine der ersten Wiedervereinigungsmaßnahmen das DDR-Recht auf unbegrenzte Aufnahme von jüdischen Einwanderern aus der Sowjetunion, die dort heftigen antisemitischen Verfolgungen ausgesetzt sind, außer Kraft setzt; die Verträge mit in der DDR lebenden Ausländern aufkündigt; die Visumspflicht für Polen einführt.

* Es ist das revisionistische Deutschland, das am DDR-Zusammenbruch seine Geschichte für ein neues Nationalbewußtsein entsorgt, unter Verniedlichung bis Ausschluß der Nazi-Verbrechen. Kohls aktueller Plan, das DDR-"Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus", die Alte Wache Unter den Linden, in ein "gemeinsames würdiges Mahnmal für die Opfer der beiden Weltkriege, der Gewaltherrschaft, des Rassenwahns, des Widerstandes, der Vertreibung, der Spaltung, des Terrorismus" umzuwandeln, steht für die Revision.

- Schon im Historikerstreit war Stalin schlimmer als Hitler, Auschwitz eine "asiatische Tat", die Antwort auf den "Archipel Gulag".

- Stasi gleich Gestapo, Hitler gleich Stalin, Kommunismus gleich Faschismus, beides sollen gleiche Verbrechen sein. Nazi-Opfer, Kriegsopfer, Vertreibung der Ostdeutschen, Opfer jeglichen Terrorismus: Gleichsetzung von Ursachen und Wirkungen, der Krieg als Unglück und nicht als Produkt deutscher Kriegspolitik, Unterschiede zwischen Völkermord, Vernichtung und Unterdrückung werden nivelliert.

- Der Vorschlag des Zentralrats der Juden in Deutschland, in die Präambel des Einigungsvertrags das Bewußtsein über die Kontinuität deutscher Geschichte, die Verbrechen der Nazis und die Achtung der Opfer aufzunehmen, wurde abgelehnt. In der Kohl-Fassung wird nur allgemein aufgrund der Geschichte von der "besonderen Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland" gesprochen.

* Es bleibt das revanchistische Deutschland, das zwar Polens Westgrenze zugesichert hat, den völkerrechtlichen Vertrag darüber aber verzögert. Es wird weiterhin:

- Die Option auf die Abtrennung "Ostdeutschlands" von Polen im Rahmen einer europäischen Lösung (Dregger) aufrechterhalten, dafür bürgen die Vertriebenenverbände, die "als Mittler zwischen den Völkern und Kulturen eine herausragende Rolle" spielen (Kohl).

- "Die siebenhundertjährige Geschichte und Kultur des Ostens ist und bleibt Bestandteil des geschichtlichen Erbes der deutschen Nation" (Kohl), zu diesem Zweck wurde nach der Wiedervereinigung ein neues Bundesinstitut eröffnet.

Vor einem Jahr: Wir sind das/ein Volk

Es war wohl ein Zufall, daß SED-Sprecher Günter Schabowski ausgerechnet am 9. November 1989 abends, einen Tag zu früh und unautorisiert, wie Egon Krenz und Schabowski heute sagen, kurz vor sieben Uhr en passant im Fernsehen die Meldung verliest, der Ministerrat der DDR habe "ab sofort" für Privatreisen ins Ausland unbürokratisch Reisefreiheit beschlossen. Diese Meldung "aus Versehen" (so Schabowski später), west-mediengerecht in Szene gesetzt, hat den run auf die Mauer zur Folge gehabt und unmittelbar die Wiedervereinigung inganggesetzt. "Heute Nacht ist das deutsche Volk das glücklichste Volk der Welt", mit diesem Satz hatte Walter Momper via Fernsehen allen Wohnstuben das neue Nationalgefühl verordnet. Und Hunderttausende Feierdeutsche scheinen ihm recht zu geben: am 9./10. November, am Silvesterabend, eine Stufe härter am 9. Juli 1990, nach "unserem" Gewinn der Fußballweltmeisterschaft und schließlich am 3. Oktober, dem amtlichen "Tag der Freude", seitdem "das deutsche Volk", "das glücklichste Volk der Welt", "ein Volk" ist; seitdem schwarz-rot-gold überall das Normalste ist, die Deutschland-Hymne des Franzosenfressers und Antisemiten Hoffmann von Fallersleben bis zur Unerträglichkeit gespielt, gesungen, gegrölt wird.

Ungestraft beruft man sich in Deutschland nicht auf das Volk. "Reden wir eine Zeitlang nicht mehr vom Volk Reden wir von der Bevölkerung", hatte Bertolt Brecht bei seiner Ankunft aus der Emigration in der DDR 1948 gesagt. Vergessen war's. "Wir sind das Volk", diese meistgerufene Protestparole seit Anfang Oktober, sie

dominierte auch die große Kundgebung der 500.000 auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989. Damals konnte man den Aufschrei gegen die totale Entmündigung der DDR-Bevölkerung, den zigtausendfachen Ruf nach Demokratie als Forderung nach Volksherrschaft statt Staats- und Parteidiktatur werten. Der Demos, das Staatsvolk als politische Kategorie, meldete sich zu Wort. Dieses "Volk" meinten Christa Wolf und andere, als sie am 8. November 1989 den Appell "Für unser Land" verlas. Aber dieses "Volk" war in der Minderheit. In dem Augenblick, als die Fesseln fielen, als Schabowski einen Tag nach Christa Wolf im Fernsehen "versehentlich" Reisefreiheit verkündete, da war es nicht mehr der Demos, sondern "das deutsche Volk", im ethnischen Sinn. Die Volksgemeinschaft beherrschte die Szene. Es dauerte nur vierzehn Tage, dann dominierten "Deutschland einig Vaterland", und "Wir sind ein Volk" die Demo-Parolen. Deutscher Nationalismus war Trumpf, die Demokratiebewegung der Intellektuellen wurde vom Volk weggefegt.

Linke mit der Nation versöhnt

Die Stichwortgeber kamen aus dem Westen. Der Sozialdemokrat Momper war einer, Klaus von Dohnanyi und der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt stießen dazu. Brandt nahm sich zeitig der "nationalen Frage" an: "Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört". Kein politischer Prozeß, sondern ein biologischer des Zusammenwachsens war damit angesprochen, eine politische Notwendigkeit gab es hierfür nicht. Allein die (Wieder-)Entdeckung der Nation, die dem einstigen Regierenden Bürgermeister Westberlins nicht schwerfiel, rechtfertigte dieses Bild. Brandts Ehefrau, die Historikerin und Publizistin Brigitte Seebacher könnte seine Beraterin gewesen sein. Sie hatte nur wenige Tage nach der Maueröffnung in der FAZ (21.11.) das "Elend" der Sozialdemokratie beklagt, die sich wohl nie rechtzeitig aufraffen könne, "Einsicht zu nehmen in die Unwägbarkeiten der Volksseele". Dieses "Elend" bestimme die SPD-Geschichte: der "österreichisch gesonnene" - so Brigitte Seebacher - SPD-Urvater August Bebel habe die Partei durch das "Wechselspiel von Flucht" vor der "nationalen Verantwortung" ("keinen Mann und keinen Groschen" für dieses System) und "Identifikation" (Bekenntnis zur "Vaterlandsverteidigung") in nationaler Unklarheit gelassen: "Die Kriegskredite zu bewilligen, verstand sich, mangels Alternative, von selbst und führte doch zu neuer Verwirrung, weil man sich von Abläufen und Stimmungen überrollt fand und Demokratie und Nation auch jetzt nicht auf den Begriff gebracht wurden. Ludwig Frank, der badische Parteiführer, der beides verkörperte, meldete sich vom Reichstag aus freiwillig an die Front. Er wollte zeigen, daß das Ja zu den Krediten nicht taktisch bedingt gewesen sei, sondern es den Sozialdemokraten 'mit der Pflicht zur Verteidigung der Heimat bitter ernst ist'. Ludwig Frank, der das Zeug, aber nicht die Chance hatte, Bebel nachzufolgen, begründete eine Tradition, die der deutschen Linken fremd blieb und ihr vielleicht gar nicht zuzurechnen ist."

Bleiben wir im Seebacher-Bild, weil es in mehrfacher Hinsicht treffend ist: es beschreibt sowohl eine historisch ähnliche gesellschaftliche Umbruchsituation wie 1914, nicht den Krieg, wohl aber den Durchbruch des deutschen Nationalismus zur Weltmacht. Und es beschreibt das sozialdemokratische und anderer Linker Dilemma: Mitmachen bei der Nation oder Opposition. Aus der mittlerweile geläuterten SPD meldeten sich Momper und Brandt sofort an die Front. Hat es der Sozialdemokratie genutzt? - Der SPD-Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank rückte am 31. August 1914 unter dem Jubel einer großen Menschenmenge aus, die ihn mit Blumen überschüttete und "Wiederkommen! Wiederkommen" rief. Vier Tage später, am 3. September, fiel er durch Kopfschuß in seinem ersten Gefecht in Frankreich, was ihm die Chance auf Bebel-Nachfolge nahm, von Frau Seebacher höflich verschwiegen.

Nicht Deutschland, sondern die Linke ist anders geworden

Nicht den Traum vom Sieg der Ideale von 1789 symbolisiert der national-deutsche Durchbruch der Maueröffnung, wie viele DDR-Bürgerrechtler erhofften, sondern den Sieg der Ideen wenn nicht von 1933, dann eher von 1914. Nur ist der deutsche "Griff zur Weltmacht" 1990 nicht ohne 1933 und die Folgejahre zu denken. Und wieder haben Sozialdemokraten eine wichtige Rolle dabei gespielt. Noch nie hat in Deutschland die im weitesten Sinne Linke die "nationale Frage" den Rechten abspenstig machen können, immer haben die Nationalen sich im imperialistischen Interesse durchgesetzt. Doch hat das linke Einschwenken auf die deutsche Nation immer den Widerstand geschwächt. Kohls nationales Pathos kam zunächst beim demonstrierenden Demos, dem DDR-Staatsvolk nicht an. Erst nachdem die Mauer gefallen war, das "einige, glückliche deutsche Volk" samt seiner Politiker sich in den Armen lag, fielen die CDU-Parolen auf fruchtbareren Boden. Hunderttausendfach ließ die CDU "Wir sind ein Volk"-Aufkleber in schwarz-rot- gold drucken und in der DDR verteilen.

Deutsche, nationale Politik wurde in der Bundesrepublik gemacht und mit dem DDR-Druck von unten kombiniert. Die "Unwägbarkeiten der Volksseele" wurden abgewogen, um den Zweck, Übernahme der DDR und Schaffung des großen Deutschland, in kürzester Frist durchzusetzen. Erfolgreich wurde der nationaler Konsens vom "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" festgeschrieben, der die Oppositionsparteien SPD, Grüne und PDS umfaßt. Insofern ist die Situation 1914 vergleichbar, als der Kaiser auch nur noch "Deutsche" kannte und keine Klassen mehr, und die politische Linke davor kapitulierte. 1989/90 entsprach dem die Kapitulation vor der Wiedervereinigung, die getragen war vom Bemühen, bei der Gestaltung Deutschlands demokratisch-sozialistisch oder ökologisch berücksichtigt zu werden. Grüne gestehen heute öffentlich, daß sie zu diesem Deutschland stehen ("erstmals seit '45 ist die innere Rückkehr nach Deutschland möglich", Bernd Ulrich) und phantasieren "vom Umbau in der Tiefenschicht der Gesellschaft, im gesellschaftlichen Seelenleben" (Antje Vollmer), der sie stolz mache, Deutsche zu sein. Doch nicht dieses Pathos symbolisiert den lange schwelenden, durch Deutschland zum Durchbruch gekommenen Übergang der Grünen zum Mitmachen, sondern die Normalität, mit der beispielsweise die grüne Partei ihren Udo Knapp kritisiert, weil er Deutschland als militärische "Weltpolizei" fordert, zugleich aber, ohne daß es zu Protesten kommt, in Zeitungsanzeigen die imperialistischen Ölinteressen im Golf verteidigt und fordert: "Der hochverschuldete Irak muß durch ein konsequentes und allumfassendes Embargo in die Knie gezwungen werden."

Die Mobilisierung des deutschen Nationalismus, emporgestiegen aus den "Tiefenschichten der Gesellschaft", war notwendig, um über die DDR-Annexion auch deutsche Souveränität wiederherzustellen. Er ist damit keineswegs zufriedengestellt, wie sich linke Kreise gerne einreden. Der staatliche Rassismus gegen Einwanderer hat gesamtdeutsch eine Massenbasis und entwickelt in der DDR seine besondere, aggressive Komponente aufgrund der dortigen sozialen Situation. Ein Substitutions-Rassismus, der die deutsche Minderwertigkeit der DDR-Bürger gegenüber ihren BRD-Brüdern- und - Schwestern durch gesteigerte Ausgrenzung und Nationalismus kompensiert. Die Lage läßt Schlimmeres befürchten. Der intellektuelle Antisemitismus als Reflex auf das "Erwachen der deutschen Nation", wie er von Rudolf Augstein bis Hans Jürgen Syberberg gepflegt wird, findet seine Entsprechung im Nazi-Vandalismus auf jüdischen Friedhöfen. Die staatliche Grenz- und Visapolitik gegenüber Polen schlägt sich in heftigen antipolnischen Ressentiments in den DDR-Grenzgebieten (u.a. Überfall auf polnische Reisebusse am 3.10.) und Berlin nieder. Für nationalistische Kontinuität "garantieren" die äußeren Expansionsziele und die innenpolitische Lage. "Alles, was die Aufmerksamkeit von den engen ökonomischen Kalkulationen ablenkt, wird helfen, Stabilität zu erzeugen." "Die Religion könnte das leisten, aber ebenso die Nation", empfiehlt Harold James in der FAZ. "Wir brauchen nationale Mythen - oder wenigstens stabile nationale Institutionen -, um mit der Tatsache der Veränderung zu Rande zu kommen."

Nie wieder Deutschland! Heute mehr denn je

Wer heute umstandslos zur Tagesordnung übergehen will, hat die gravierende Veränderung der politischen Lage seit dem letzten Jahr nicht begriffen. Nie wieder Deutschland: das bedeutet mehr als nur die Ablehnung des imperialistischen Staates, wie wir auch den BRD-Staat immer schon abgelehnt haben. Nie wieder Deutschland heißt auch, für eine Linke einzutreten, die nicht mitmacht bei und in diesem Deutschland, sondern die bewußt solange auf eine antiimperialistische und antideutsche Protest- und Gegenkultur setzt, bis den Leuten die Nation zum Halse raushängt. Statt Mitgestaltung: Destruktion und Verweigerung. Dafür und daß der 9. November in seiner historischen Bedeutung nicht zum Feiertag verkommt, wollen wir am 3.11.1990 demonstrieren.

hr.

14. Autonome Frauenstruktur in der PDS - "so eine Art Explosivstoff" - Interview mit Frauen der AG Lisa

Rubrik: PDS; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:31

Unsere Gesprächspartnerinnen bei folgendem Interview waren Renate Michalik, Journalistin, Dr. Elke Wendt, Ökonomin und Sonja Kiesbauer, Juristin. Alle drei Frauen sind hauptamtlich im Parteivorstand für die AG Lisa, die "Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen der PDS" tätig.

AK: Wir würden gerne die AG Lisa den AK-LeserInnen vorstellen. Mit welchen Vorstellungen seid ihr angetreten und wie hat sich das bis heute entwickelt? Wie ist das Verhältnis zur PDS?

Renate: Entstanden ist die Idee, eine Frauenarbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei zu gründen, in den Novembertagen des Jahres 1989, noch in der SED. Wir befürchteten, daß die Forderung nach Demokratisierung, nach Erneuerung an den Frauen vorbeigehen würde, wir wieder nicht berücksichtigt werden. Wir wollten mit dieser AG sicherstellen, daß Frauenpolitik nicht mehr von oben entwickelt wird, sondern tatsächlich aus dem Fundament von vielen Basisorganisationen, Gruppen und einzelnen Frauen erwächst. Auf den Aufruf haben sich bis Anfang Januar dieses Jahres ungefähr 200 Frauen gemeldet. Dann haben wir eine erste Zusammenkunft gemacht. Wir haben gesagt, die Ziele sind ja schön, aber man muß sie auch irgendwie fixieren. Und damit sie durchsetzbar sind, müssen sie auch zu Instrumentarien in der Partei werden. Deshalb haben wir ein Frauenaktionsprogramm erarbeitet, das dann auf dem ersten Parteitag der PDS als Grundsatzdokument des Parteitages angenommen wurde.

Wir befürchteten, daß die Forderung nach Demokratie und Erneuerung an den Frauen vorbeigehen würde

Zu diesem Zeitpunkt befanden wir uns schon in der zweiten Etappe, in der wir gesehen haben, daß es tatsächlich darauf ankommt, Bewahrenswertes der DDR zu erhalten und sich dafür einzusetzen, daß nicht alles verloren geht, was wir als Mindestmaß dessen bezeichnen, was Frauen in der DDR an Frauenrechten, ein Mindestmaß an juristisch verankerten, gesetzgeberischen Maßnahmen hatten. Denn diese Dinge haben dazu beigetragen, daß die Frauen in diesem Land in der DDR ein Selbstbewußtsein entwickeln konnten. Sie haben allerdings nicht so sehr begriffen, daß sie dieses Selbstbewußtsein nur in bestimmten Grenzen entwickeln konnten. Ihrer tatsächlichen Emanzipation waren Grenzen gezogen.

In diese zweite Etappe fiel die Gründung der Lisa, also der "Linken sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Frauen der PDS" - und zwar nicht "in der PDS". Darum gab es viele Diskussionen. Hintergrund ist, daß wir offen sein wollten für nicht zur Partei gehörende oder mit ihr sympathisierende Frauen.

Sonja: Das war der eine Punkt. Eigentlich ging es um die Frage, ob wir eine Frauenstruktur in der PDS so wie die ASF in der SPD haben wollen. Die Lisa unterscheidet sich davon in dem einen Punkt, den Renate jetzt genannt hat und zum zweiten in der Frage der Zwangsmitgliedschaft, die es ebenfalls nicht in der Lisa gibt.

Renate: Das heißt, daß nicht jede Frau, die in der PDS ist, automatisch Mitglied der Lisa sein muß. Denn das lehnen auch viele Frauen ab. Sie halten eine Extra-Organisation, eine Frauenstruktur nicht für erforderlich.

Im Mai also wurde die Lisa gegründet, also relativ kurz vor der Währungsunion. Damals haben wir mehr und mehr begriffen, wie uns die in der BRD herrschenden Gesetze übergestülpt werden, den Charakter der Zwangsvereinigung und die damit zusammenhängenden realen Bedrohungen für Frauen: Zurück an den Herd, Arbeitslosigkeit usw. Das war vielen Frauen von uns tatsächlich nicht so bewußt, daß es da an die Grundfeste gehen sollte. Z.B. die Wiedereinführung des § 218: in diesem Land gibt es diesen Paragraphen seit 1972 nicht mehr. Unsere Frauengeneration, die heute Mitte 30 ist, ist mit der Fristenregelung umgegangen, die Frauen haben sich darüber keinen Kopf gemacht. Aber durch die Tabuisierung dieses Themas § 218 haben wir heute auch Probleme zu erklären, warum wir für die ersatzloses Streichung des § 218 sind und die Fristenlösung als eine Übergangslösung ansehen.

Elke: Der Ausbreitungsgrad ist inzwischen so, daß wir in den verschiedenen Ländern mit Vernetzungen angefangen haben und daß sich existierende Gruppen dann auch zusammenfinden, um Landeslisafrauengruppen gründen. Der Stand ist sehr unterschiedlich. Wir haben einen recht guten, aktiven Stand hier bei den Lisafrauen in Berlin. Das ist irgendwie auch normal, weil sich am Anfang die Initiative hier

sehr konzentrierte. Wir haben aber einen ähnlich guten Stand im Land Brandenburg, wir haben sehr gute Ansätze z.B. in Sachsen. Die sächsischen Frauen sind auch sehr schnell mit einem eigenen Frauenaktionsprogramm aufgetreten. Davon konnten dann auch die anderen Landesverbände stark profitieren. Je weiter südlich man kommt, desto größer werden die Probleme. Wir haben in Thüringen zwei ganz ganz stabile und starke Gruppen auf Kreisebene. Aber da ist auch ein großer Raum, in dem Lisa faktisch weder bekannt ist noch Fuß gefaßt hat. Man muß sagen, wir sind noch im Entstehungsprozeß und unsere erste Stoßrichtung ist wirklich, unsere eigenen Geschlechtsgenossinnen von der Notwendigkeit dieser Frauenstruktur zu überzeugen.

Unsere Erfahrungen waren immer, daß eigenständige Frauenstrukturen keinesfalls reibungslos zugestanden werden, sondern daß Frauen diese erkämpfen mußten. Könnt ihr erzählen, wie innerhalb der PDS eure Aktivitäten, die Bildung der AG Lisa und eure Positionen aufgenommen wurden?

Elke: Wichtig ist hierbei erst einmal, daß die Lisa eine Arbeitsweise hat, die sich durchaus unterscheidet von der sonstigen Art und Weise der bisherigen Arbeit der Partei. Wir haben sehr viel Wert gelegt auf die basisdemokratische Entwicklung. Analog zu der Entwicklung hier in Berlin lief das z.B. in Brandenburg genauso. Es gab also an verschiedenen Orten Aufrufe zur Gründung von Frauenstrukturen, ohne daß die Frauen voneinander wußten. Als die Idee der AG Lisa bekannt wurde, überlegten viele bestehende Gruppen, ob sie nun eigentlich 'ne Lisa sind. Und manche stellten fest, jawohl, das ist das gleiche Herangehen, das sind die gleichen Schwerpunkte, jawohl wir sind 'ne Lisa. Es ist wirklich interessant, daß offensichtlich an einem bestimmten Punkt der Entwicklung die Notwendigkeit für diese Entwicklung so stark war, daß sich solche Initiativen an verschiedenen Orten bildeten. Und dieses Neue, dieses Basisdemokratische innerhalb der Partei, ist - ich will mal sagen - nicht von allen mit offenen Armen aufgenommen worden. Du hast schon völlig recht, wenn du sagst, daß sich etwas Neues auch hier nur mehr oder weniger stark im Kampf durchsetzen kann.

Wir müssen unsere eigenen Genossinnen von der Notwendigkeit der Frauenstruktur überzeugen

Der Kampf geht hier aber in zwei Richtungen: Einmal nämlich, was uns Frauen selbst anbelangt. Es kommen sehr oft auch scharfe Widersprüche von Seiten der Frauen, auch sehr viele Fragen, was ja nicht verkehrt ist, aber auch sehr viele Zweifel an der Notwendigkeit und der Richtigkeit einer solchen Frauenstruktur. Es ist durchaus ein kompliziertes Ding, unter den eigenen Geschlechtsgenossinnen mit dieser Idee auf fruchtbaren Boden zu fallen.

Die andere Richtung des Kampfes ist natürlich, sich einen Platz innerhalb dieser Partei zu verschaffen. Mit unserer Frauenarbeitsgemeinschaft verkörpern wir auch das Neue in dieser Partei, ähnlich wie andere Arbeitsgemeinschaften und Interessengruppen. Wir verkörpern also eine Struktur, dieses Basisdemokratische, die vom Charakter her eigentlich mehr der Bewegung zusteht. Und hier ist es natürlich nicht einfach, sich einen entsprechenden Platz in der Partei zu verschaffen. Das fängt an bei ganz normalen statuarischen Festlegungen. Im Moment diskutieren wir ja an einer Neufassung unseres Statuts. Wir haben durchaus Chancen, gemeinsam mit anderen Interessengruppen unsere Rechte auch im neuen Statut verankert zu sehen. Wir konnten auch eine Lisafrau in die Statutenkommission delegieren, die beim letzten Parteitag gebildet wurde und die jetzt den neuen Parteitag vorbereitet.

Das wäre die eine Sache, aber natürlich läßt sich nicht alles nur rechtlich fixieren. Wir müssen viel tun, um in der Partei Fuß zu fassen, mit unseren Forderungen in der Partei auch akzeptiert zu werden. Da gab es in der letzten Zeit eine ganze Menge von Dingen, über die wir uns auch sehr geärgert haben, die die Akzeptanz unserer Arbeit anbelangt. Wir haben einfach die Schlußfolgerung gezogen, daß wir immer wieder und mit unterschiedlichsten Formen, teilweise auch mit einer sehr aggressiven Politik, auftreten müssen, vor allem Inhalte anbieten müssen, um unsere Existenz auch über diesen Weg so nachdrücklich unter Beweis zu stellen, daß man einfach nicht mehr über die Lisa hinweggehen kann.

Sonja: Ich möchte das mit einem persönlichen Eindruck ergänzen. Ich glaube, in der Ursprungsphase ist es leicht gewesen, anerkannt zu werden. Da gab es diese Akzeptanz-Probleme nicht. Da wurden wir vom Parteivorstand, vom Präsidium, na ja, mit Nachsicht betrachtet, da war alles möglich. Ich glaube, als sie anfingen, uns ernst zu nehmen, haben die Probleme angefangen. Sie haben da nämlich gemerkt, daß sich etwas entwickelt, was es in dieser Form noch nicht gab, was vielleicht auch bedenklich sein könnte aus der

Sicht einzelner Männer und auch Frauen in der Partei. Elke hat ja auch gesagt, daß wir da mit Frauen durchaus Probleme haben.

Der zweite Gesichtspunkt in der ganzen Problematik ist natürlich folgender: Wir haben als Lisa einen großen Vorteil gegenüber vielen anderen dadurch, daß wir ja von Anfang an im Unabhängigen Frauenverband und bis heute Mitglied waren. Dadurch haben wir eine sehr gute Zusammenarbeit mit Frauen anderer Organisationen, die die Partei ansonsten mit anderen Parteien so nicht hat und so nicht haben kann. Wir haben keine Schwierigkeit, mit den Frauen von der SPD und vom Neuen Forum unter der Leitung des Unabhängigen Frauenverbandes zusammenzuarbeiten, was für die Partei so einfach ja nicht ist.

Renate: Es gibt einige grundlegende Interessen, die Frauen - egal in welcher Partei sie sind oder welcher Bewegung sie angehören - in diesem Land entwickelt haben, die uns tatsächlich verbinden: Ökonomische Selbständigkeit der Frau, die Möglichkeit der Entscheidung, den Beruf auszuüben, sich deshalb aber nicht gegen ein Kind entscheiden zu müssen, eigenes Arbeitseinkommen, die Möglichkeit zu entscheiden, ob und wann ich ein Kind bekomme. Das sind grundlegende Dinge, die - wie ich meine - uns verbinden, weswegen wir auch leicht miteinander sprechen können, weil wir uns gemeinsam und sehr schnell auf bestimmte Ziele einigen können.

Ich möchte noch einmal auf den von Sonja geäußerten Gedanken zurückkommen. Als wir unsere Arbeitsgemeinschaft gegründet haben, wurden wir durchaus mit großer Zustimmung bedacht. Aber es kam zum Kriseln, Knirschen, auch zur konfrontativen Diskussion genau an dem Punkt, an dem wir deutlich machen konnten, daß hier eine völlig neue Struktur entstanden ist. Wir sind weit mehr als nur eine Arbeitsgemeinschaft, auch im Vergleich zu den anderen Arbeitsgemeinschaften. Denn in den Arbeitsgemeinschaften Junge GenossInnen sind sowohl Frauen als auch Männer, in der kommunistischen Plattform als auch in der Arbeitsgemeinschaft ChristInnen in der PDS sind ja immer Männer und Frauen. Mit unserer autonomen Frauenstruktur sind wir so eine Art Explosivstoff. Denn wir arbeiten ähnlich wie die Kommissionen, die beim Parteivorstand angesiedelt sind und für das Präsidium, den Parteivorstand, und den Parteitag arbeiten. Aber diese Kommissionen arbeiten auf Grundlage der Berufung von Mitgliedern in diese ehrenamtlichen Kommissionen. Wir aber berufen nicht Mitglieder, sondern sie werden tatsächlich von unten nach oben delegiert. So wie sie delegiert waren, so wie sie sich angesprochen fühlten, so wie sie sich einsetzen würden, auch mitunter zu ganz speziellen Fragen, so mußten wir mit ihnen arbeiten. Wir konnte sie uns nicht aussuchen. Dadurch ist die Diskussion aus meiner Sicht natürlich erstens authentischer und zweitens auch viel natürlicher, weil sie an die realen Interessen der Frauen anknüpfen, die aus dem ganzen Land zusammenkommen. Das ist schon ein wesentlicher Unterschied. Und diese Arbeitsweise unterscheidet sich ja grundlegend von der der Kommissionen, in die von oben die Leute hineingeschickt werden.

Da würde ich gerne noch ein Frage anschließen. Es gibt ja die "Kommission für Frauenpolitik, Jugendpolitik und Arbeitskreis Sport". Wie ist denn das Verhältnis der AG Lisa zu dieser Kommission vor dem Hintergrund dessen, was ihr gerade ausgeführt habt. Wird die Politik der AG Lisa transportiert in die Kommission, oder ist das eine Art Zusammenprall von alt und neu?

Es tut weh, weil über Jahrzehnte gewachsene Strukturen eingerissen werden müssen

Renate: Das ist genau unser Knackpunkt. Wir verstehen uns als Lisafrauen, aber sind in diese Struktur "Kommission für Frauenpolitik, Jugendpolitik und Arbeitskreis Sport" gepreßt worden. Ich bin z.B. in erster Linie Lisafrau und so auch als Hauptamtlerin in diesen Parteivorstand gegangen. Ich bin aber gleichzeitig in der Situation, auch noch Sekretär der Kommission Frauenpolitik zu sein, also wenn du so willst, schizophren irgendwo, nämlich total geteilt. Das hemmt und das erschwert die Arbeit für uns. Aber das begreift mann nicht. Deshalb gibt es wirklich Auseinandersetzungen. Den Antrag, den die Gründungsversammlung der Lisa an das Präsidium des Parteivorstands gestellt hat, die Kommission Frauenpolitik abzukoppeln von dieser Dreier-Kommission und dann als zweiten Schritt diese Kommission mit der Lisa zu verschmelzen, wird immer wieder diskutiert, das ist verständlich. Mann und Frau haben hier begriffen, daß es sich um eine grundlegend neue Struktur handelt. Und natürlich birgt das Zündstoff in sich. Wir werden und müssen uns jetzt direkt an den Parteivorstand wenden. Denn der Parteivorstand ist von diesen ganzen Diskussionen bis jetzt noch ausgeschlossen. Und jetzt müssen wir tatsächlich Revolution mit drei R schreiben, auch wenn es weh tut. Denn es tut weh! Aber es tut weh, weil eben über Jahrzehnte hier gewachsene Strukturen eingerissen werden müssen. Und da sind Frauen manchmal diejenigen, die sich als die Anpassungsfähigen, als

Bereit-zur-Unterordnung erwiesen haben und sich jetzt mit Männern solidarisieren, wenn so 'ne Verrückten wie wir solche Forderungen stellen.

Elke: Dazu muß auch noch gesagt werden, daß uns das reale Leben schon wieder um mehrere Schritte voraus ist. In vielen Kreisen und teilweise auch schon in den Ländern, z.B. in Sachsen, ist diese Verschmelzung von Kommission Frauenpolitik und AG Lisa schon erreicht. Die bisherige Position der Kommission nehmen dort die Lisafrauen ein. Die Entscheidung über die Abkoppelung der Kommission und Verschmelzung mit der Lisa ist jetzt hundertprozentig überfällig. Genauso wie wir von Leuten traktiert werden, die das nicht begreifen, die die autonome Frauenstruktur nicht wollen, genauso bekommen wir inzwischen auch Pfeffer von Frauen, die diese neue Struktur schon leben und uns sagen, ihr bleibt ja hinter dem Leben zurück. Aufgabe ist jetzt, in einem inhaltlichen Gespräch mit dem Parteivorstand unsere Beweggründe darzulegen, sie noch einmal teilhaben zu lassen an verschiedenen Grundaussagen unserer Theorie und letztlich aus der hoffentlich tieferen Einsicht in die Zusammenhänge bei ihnen auch die Bereitschaft hervorzurufen, uns in dieser Strukturfrage zu unterstützen.

Durch den Anschluß der DDR an die BRD sind ja für Frauen sehr viele in der DDR verankerten Rechte weggefallen. Was hat sich die AG Lisa vorgenommen, an welchen Punkten will sie in der nächsten Zeit arbeiten? An welchen Punkten kommen - abgesehen vom § 218 - Anforderungen von Frauen an die AG Lisa? Was muß in der nächsten Zeit an politischen Initiativen gestartet werden?

Sonja: Ich glaube, im Moment ist die wichtigste Frage, wie Lisa-Frauen in den Ländern Politikangebote zu machen verstehen, wie sie daran mitwirken, daß die Länderverfassungen, die ja jetzt vorbereitet werden, frauenfreundliche Länderverfassungen werden. Sie müssen dort über die jeweiligen Fraktionen der PDS Antidiskriminierungsgesetze initiieren. In Berlin ist das ganz vorbildlich gelaufen. Ein Gleichstellungsgesetz und auch der Entwurf der Berliner Landesverfassung wurden auf die Initiative der Lisafrauen hin über die PDS-Fraktion mit solchen Werten angereichert, die sicherlich - wenn sie nicht vergessen worden wären - doch nicht in diesem Umfang eingebracht worden wären. Im Moment stehen die ökonomischen Interessen der Frauen sehr weit im Vordergrund durch die hohe Arbeitslosigkeit, den weitgehenden Wegfall der Kinderbetreuung. Der § 218 spielt eigentlich schon abgeschwächter eine Rolle. Dann die ganze Frage der Renten, der Mindestrenten, die ja wirklich ein großes Problem darstellen. Gerade für unsere Rentnerinnen, die ja schon eine sehr niedrige Rente haben und die selbst nach BRD-Maßstäben, wo auch die Frauen die am wenigsten bevorteilten Rentnerinnen sind, noch eine Klasse drunter sind. Das sind sicher die entscheidenden Fragen, an denen wir versuchen müssen, Vorschläge in den Wahlaussagen zu entwickeln wie z.B. Wirtschafts- und Strukturprogramme, um Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen, Quotierung bei der Einstellung und Entlassung fordern. Das ist übrigens eine interessante Geschichte, daß wir im Parteivorstand durchgesetzt haben, daß im Falle von Entlassungen durch den Parteivorstand diese quotiert erfolgen. Das war für uns auch was ganz Neues, gegen den Parteivorstand als Arbeitgeber eine Vorlage einzubringen.

Renate: Das spricht für die Partei, daß sie dieses auch aushält, z.B. solche Meinungsverschiedenheiten.

Sonja: Das ist überhaupt nicht das Problem. Nachdem das Sachproblem erkannt worden ist und wir das eingebracht haben, ist es auch angenommen worden. Es ging offensichtlich um die Frage des Erkennens.

Sie betrifft jetzt nicht allein Frauen, aber Frauen sind vielleicht aktiver in dieser Beziehung, sie sagen mehr und schreiben mehr und kommen auch zu den Foren, die dazu gemacht werden. Diese Rechtsunsicherheit ist natürlich fürchterlich, weil ja keiner weiß, was gilt eigentlich. Und niemand kann ihnen sagen, was gilt. So habe ich manchmal den Eindruck, die PDS ist so ein Helfer in der letzten Not. Wenn sie gar nicht mehr wissen, wo sie hingehen sollen, dann kommen sie in die Kleine Alexanderstr. 28 (Haus des Parteivorstands der PDS) und fragen nach, was muß ich denn machen, wenn ich meine Rente nicht bekomme. Das kann natürlich so nicht auf lange Dauer gehen, aber man muß gerade über Öffentlichkeit, über Zeitungen versuchen, auch zum Ansprechpartner in diesen Fragen für die Bürger zu werden, nicht nur für die eigenen Mitglieder, sondern für die Bürger insgesamt. Und meine Erfahrungen sprechen zumindest dafür, daß man mit solchen Foren, zu solchen Rechtsfragen auch einen ziemlich breiten Kreis von Zuhörern, die nicht zur PDS gehören, und Fragestellungen mit einbeziehen kann, während wir ja sonst doch bei solchen Foren oft zu verzeichnen haben, daß doch fast nur Mitglieder kommen.

Renate: Auch die Fragen, die die Gewerkschaftsarbeit betreffen, sind aus meiner Sicht eine Möglichkeit, in die Breite zu kommen, Forderungen zu artikulieren bezüglich der Frauen.

Elke: Das wird wohl eine Zukunft, in der sehr viele Rechte der Frauen über Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen usw. vereinbart werden müssen. Das bisher von uns verfolgte Schema, daß alles in anderen Rechtsgrundlagen festgeschrieben wird, wird nicht mehr aufrecht zu erhalten sein. Da sind die Gewerkschaften sehr gefordert. Wir bemühen uns da auch, mit den entsprechenden Gewerkschaftsfrauen Kontakte zu knüpfen. Wir hatten vor kurzem auf der wirtschaftspolitischen Konferenz der PDS als Lisa gemeinsam mit Gewerkschaftsfrauen einige gute Ansätze zu verzeichnen. Erstaunlicherweise war ein sehr großes Interesse bei den Teilnehmern, auch bei den Männern, festzustellen. Wir haben gemerkt, daß wir mit einem Koreferat und Podiumsbeiträgen durchaus den Nerv der dort Anwesenden getroffen haben und eine große Diskussionsbereitschaft zu verzeichnen war.

Das andere Gebiet, das noch eine Rolle spielen dürfte, wäre das Engagement von Lisafrauen sicherlich auch gemeinsam mit den Frauen vom unabhängigen Frauenverband in Frauenprojekten. Es ist erfahrungsgemäß wirklich so, daß Frauenarbeit an ganz konkreten Sachen wirklich Spaß macht, also in Frauenzentren, auch bei Frauenhäusern. Es ist da für die Lisafrauen oft nicht ganz einfach mitzumachen, aber letztendlich läuft das doch irgendwie, auch auf Kreisebene. Wir haben in fast allen Berliner Stadtbezirken Frauenzentren, die auch von Lisafrauen mitaufgebaut wurden und betreut werden. Hier wird auch der Sinn ganz konkreter Frauenarbeit verstanden, wo man jeden Tag weiß, was man konkret gemacht hat, weil dann die Frauen auch kommen und ihre Freude bekunden, daß es so etwas gibt. So eine konkrete Arbeit ist ganz wichtig, auch für uns selber als Motivation, um in so einer Situation überhaupt noch weiterzumachen.

Bei uns in der DDR haben die Frauen gewußt, wieviel sie sich zumuten können - und jetzt wissen sie hierzu sehr wenig

Renate: Die Problematik, die Elke angesprochen hat, zeigt aus meiner Sicht auch deutlich den Zusammenhang von theoretischer und praktischer Arbeit. Wir dürfen uns ja nicht die Augen verkleistern. Die Frauenhäuser und das, was wir damit wollen, betreffen im Prinzip nur die Wirkung. Wir bekämpfen ja damit nicht die Ursache. Frauenhäuser sind nötig sind, weil es eine bestimmte Art von Gesellschaftsordnung gibt, gegen die die PDS ja antreten will. Sie will ihren Frieden nicht machen mit dem Kapital und eben auch nicht mit dem Patriarchat. Und die Gewalt gegen Frauen ist ja Ausdruck dieser Art von Gesellschaftsordnung. Und die Notwendigkeit demzufolge, Frauen zu schützen in Frauenhäusern, bekämpft nicht die Ursache, sondern schmälert nur die Wirkung, das Leid, die Bedrängnis, in die Frauen geraten. An dieser Ecke wird die Notwendigkeit der praktischen Arbeit sowie der theoretischen Arbeit deutlich. Und wir haben auch die Erfahrung sammeln können, daß es mit diesen zwei Wegen tatsächlich geht. Es gibt bei uns Frauen, die sich zusammenfinden anhand von konkreten Interessen, an ganz konkreten Projekten. Und dann gibt es Frauen, die zusammenarbeiten wollen, weil sie auf der Grundlage der Theorie, dem Feminismus und allen damit zusammenhängenden Fragen Politikangebote unterbreiten wollen. So verstehen wir uns auch, obwohl es uns auch nicht immer leicht fällt, uns da durchzufinden. Momentan haben Frauen vor allem viele Fragen. Aber die Fragen die sie haben, wie sie ihr Leben künftig gestalten können, mit Kindern oder ohne Kinder, verheiratet oder nicht verheiratet, die sind größer als die Bereitschaft, sich aktiv in die Politik einzubringen. Denn bevor ich mich in die Politik einbringen kann, muß ich erst einmal ein paar grundlegende Lebensfragen für mich geklärt haben, damit ich weiß, was ich kann, wie weit ich kann, wieviel ich kann. Bei uns haben die Frauen gewußt, wieviel sie sich zumuten konnten in der DDR, und jetzt wissen sie hierzu sehr wenig, diese Irritationen um diesen ganzen Paragraphendschungel, wo du nicht mehr weißt, welche Rechte habe ich und welche nicht mehr. Und dann pochen wir aus der DDR-Mentalität heraus womöglich auf Rechte, die wir überhaupt nicht mehr haben. Wir haben diese Rechte nämlich verinnerlicht, wie z.B. auf Kindergartenplätze, Schul- und Betriebsessen.

Sonja: Die Lisafrauen arbeiten ja in sehr unterschiedlichen Gruppen, ob es nun Fragen der Hilfe für Alleinerziehende sind, oder der Arbeitslosen. Es gibt da wirklich die unterschiedlichsten sozialen Projekte, wo Lisafrauen mitarbeiten oder die aus Lisafrauen überhaupt bestehen. In vielen Kreisen ist die Lisa-Arbeit erst einmal eine praktische Arbeit anhand der Probleme, die in den jeweiligen Kreisen bestehen. Das halte ich für eine wichtige Sache. Daß dafür eine theoretische Grundlage erforderlich ist, halte ich für genauso wichtig.

Renate: Über die praktischen Fragen kommt frau zu den theoretischen. Ich möchte noch einmal betonen, daß ich nicht behaupten wollte, in der DDR habe es keine Gewalt gegen Frauen gegeben. Die Ursachen hierfür sind nicht nur im Kapitalismus, in der kapitalistischen Produktionsweise zu suchen, sondern auch in den patriarchalischen Strukturen einer Gesellschaft, die in der DDR eben auch da waren. Die Ausbeutung der Frau und Unterdrückung der Frau ist älter als der Kapitalismus und auch die Gesellschaft, die es in diesem Land gegeben hat, und wurde auch nicht durch die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, das wir ja hier angeblich nicht hatten, abgeschafft. Das wurde tabuisiert wie vieles andere auch.

Diskussionen hierum gab es nicht in der DDR?

Renate: Nein, auch nicht zur Gewalt, wenn, dann nur in den Nischen. Und dann ist es so, daß es immer wieder individualisiert wurde. Dieses Problem Gewalt gegen Frauen wurde individualisiert auf deine nicht stimmende Partnerschaftsbeziehung, wie vieles andere auch individualisiert wurde. Du hattest das Problem. Meine Zweifel, die ich hatte, wurden umfunktioniert in Selbstzweifel und diese Selbstzweifel führten dazu, daß ich diszipliniert wurde oder mich disziplinierte. Das hat funktioniert. Und dann muß frau jetzt auch aufpassen, daß das nicht wieder funktioniert, den Mut zu haben zu sagen, es ist ein gesellschaftliches Problem, auch wenn nur ich es wahrnehme.

Wie haben sich für euch die Diskussionen mit Feministinnen in der BRD gestaltet? Es hat ja zum Teil auch Kritik gegeben, daß die Diskussionen von westlichen Sichtweisen stark dominiert werden? Ein Beispiel ist vielleicht die Auseinandersetzung um die Demo am 29. September, wo es ja einen offenen kritischen Brief an die PDS gegeben hat?

Sonja: Die Auseinandersetzung um die Demo hat, glaube ich , nichts mit unterschiedlichen Herangehensweisen der Frauen aus West und Ost zu tun. Dieses Problem mit der Demo am 29. war folgendes: Das Projekt einer solchen Demo war ja seit Juli bekannt und das Projekt einer Radikalen Linken, auch eine Demo zu machen, ebenfalls. Dann wurden im Juli mehrere Aussprachen mit der Radikalen Linken durchgeführt, um zu erreichen, daß entweder eine Demo gemeinsam gemacht wird oder aber die Radikale Linke ihr Projekt so weit rausschiebt, daß es kein Konkurrenzprojekt mehr zum 29. darstellt, was letztlich ja auch gelungen ist. Sie haben die Demo ja auf den 3. November verschoben. Dann lief die Demo vorbereitung, die ja recht aufwendig war, weil Frauen aus der ehemaligen DDR und BRD dabei waren. Es war für uns auch die erste Erfahrung, daß es nur Frauen sind, die Rednerinnen, Ordnerinnen stellen und es trotzdem auch ein Projekt sein sollte, an dem sich auch Männer beteiligen sollten. Kurz bevor die Demo stattfand, am Montag vorher, wurde offiziell bekannt - bis dahin war das nur inoffiziell -, daß die PDS am 2.10. selbst eine Demo machen will. Mir war es nun überlassen worden, das den Frauen beizubringen. Das habe ich gemacht. Wie zu erwarten war, haben sie das natürlich als ein Konkurrenzprojekt angesehen, weil es ja wirklich genauso angesiedelt war. Wir hatten ja die Demo bewußt nicht nur auf den § 218 fixiert, sondern so breit angelegt, daß sich jeder, der gegen diese Art der Einverleibung der DDR war, angesprochen fühlen konnte. Es ging gegen Rassismus, gegen AusländerInnenfeindlichkeit, natürlich gegen 218 als ein Grundelement der Würde jeder Frau, gegen Militarismus usw. Es war ein ganz breites Spektrum, und das Spektrum am 2. Okt. hätte gar nicht anders sein können. Wir konnten nicht einsehen, daß es überhaupt ein Konkurrenzprojekt geben mußte. Wir waren bis dahin der Auffassung, daß die PDS ihre ganze Kraft einsetzt, den 29. zu unterstützen. Das haben wir ja auch gemacht. Deshalb wurde gemeinsam dieser Brief verfaßt. Und Marlies Denecke hat ihn ja auch als stellvertretende Parteivorsitzende unterschrieben. Aus meiner Sicht war das eine politisch richtige Entscheidung. In der Linken nicht nur der BRD, sondern auch hier in der DDR, bei solchen Gruppen wie Neues Forum, Demokratie Jetzt, die Grüne Partei war eindeutig die Meinung, na, die PDS hält sich sowieso nicht an Absprachen, die machen ohnehin, was sie wollen. Und um dem entgegenzuwirken, wurde der Brief geschrieben. Wenn nun unterstellt worden ist, daß wir uns von Feministinnen der BRD für ihre Zwecke haben einspannen lassen, dann halte ich das einfach für einen Versuch, uns Frauen zu entsolidarisieren. Das hat nicht geklappt. Die Demo war ein Erfolg, letztendlich auch für die Frauen der Lisa.

In drei Wochen trifft sich dieses Frauen-Bündnis erneut zur Auswertung und Beratung. Gleichzeitig soll dort festgelegt werden, wie nächste Schritte erreicht werden. Es ist durchaus so, daß dieses Bündnis weiterarbeiten will. Wir sind auch dazu eingeladen worden.

Wir hätten nicht gedacht, daß es so große Unterschiede gibt

Trotzdem noch einmal zur Frage, welche Unterschiede, Widersprüche ihr in den gemeinsamen Diskussionen mit den Feministinnen der BRD festgestellt habt.

Elke: Zumindest im Kreise der Lisafrauen gibt es momentan eine sehr gute Zusammenarbeit und Diskussion mit Frauen von euch. Es ist ja nicht einfach, weil man doch sehr unterschiedliche Sichtweisen und Erfahrungsweisen einbringt. Ich glaube doch, daß jede Seite das als Bereicherung empfindet. Da treffen zwei Welten aufeinander. Und wir hätten nicht gedacht, daß es so große Unterschiede gibt. Insofern ist das auch für uns eine sehr interessante Zeit. Es eröffnen sich hier wirklich neue Horizonte sowohl in der praktischen Arbeit als auch in der theoretischen Diskussion. Wer vielleicht in der alten DDR immer etwas in Richtung BRD im Hinblick auf Literatur geschielt hatte, der hatte sich ja schon etwas von dem, was wir jetzt ganz massiv erleben, mitbekommen. Und damals hat man dadurch fast eingeprügelt bekommen, daß etwas an unserer Sichtweise, was den Stand der Emanzipation betrifft, nicht stimmen kann. Man hat in der Auseinandersetzung mit Literatur oder etwa der Emma an ganz bestimmten Stellen gemerkt: irgendwie stimmt was nicht, mit dem was wir verkünden, über die Stellung der Frau mit dem erreichten Stand der Emanzipation.

Wir haben dann in den Diskussionen mit euch immer wieder gemerkt, das läßt sich auf einen knallharten Punkt bringen, daß wir es mit dem Widerspruch zu tun haben, der sich folgendermaßen charakterisieren läßt: Einerseits haben Frauen hier ein sehr hohes, ausgeprägtes Selbstbewußtsein. Das ist sicher normal, weil wir viel für den Großteil der Frauen erreicht hatten, hinsichtlich der ökonomischen Unabhängigkeit. Wir hatten Chancen, uns bildungsmäßig analog zu Männern zu entwickeln. Da gab es eigentlich nur noch wenig Unterschiede, was Ausbildung und Berufsbildung anbelangt. Wir haben ja in unserem Land ein sehr hohes Qualifikationsniveau. Wir haben auch erreicht, daß man sein Lebensbild in irgendeiner Weise miteinbringen konnte, z.B. Mutter zu sein. Daraus hat sich für viele Frauen das Bild entwickelt, ja ich habe Chancengleichheit. Es gab dann bestimmte Bruchsituationen. Die entstanden meistens mit der Familiengründung, mit dem ersten Kind, soziologisch nachweisbar, wo für viele Frauen, auch die den höheren Bildungsweg beschritten hatten, ein Bruch entstand, wo sie merkten, daß sie verglichen mit den Männern, mit denen sie losmarschiert waren, an irgendeiner Stelle zurückgeblieben waren. Das war teilweise für viele noch wenig ins Bewußtsein gekommen, aber viele staatliche Maßnahmen zielten darauf ab, den Frauen die Gelegenheit zu geben, Berufstätigkeit und Familie in Einklang bringen zu können. Aber bei genauerem Hinsehen: wieviele Frauen sind denn z.B. zur Professur gekommen, da tat sich dann ein unheimliches Loch auf. Es gab Untersuchungen, die auf diese Problematik hinwiesen, aber in den Schubladen verschwanden. Für den normalen Betrachter schien es doch, daß mit der hohen Erwerbstätigkeit der Frau von über 90 %, mit der hohen Mütterrate von auch über 90 % und dem hohen Qualifikationsniveau eigentlich Emanzipation durchaus ereicht wurde. Frauen fühlten sich geachtet, was sich in einem sehr hohen Selbstbewußtsein ausdrückte.

Die andere Seite des genannten Widerspruchs ist natürlich, daß sich gerade vor dem Hintergrund der genannten Momente, die erst einmal für die Emanzipation sprechen, doch ein unheimlich gering entwickeltes oder teilweise überhaupt nicht vorhandenes Frauenproblembewußtsein vorhanden ist. Selten wurde die Frage gestellt, ich bin bis hierhin gekommen, aber warum kann ich eigentlich nicht weiterkommen? Bei diesen Fragen über die Grenzen der Emanzipation haben uns natürlich die Frauen von euch sehr schnell geholfen, die nämlich im Patriarchat zu suchen sind, an deren Aufdeckung aber scheinbar keine Notwendigkeit bestand. Diesen Widerspruch erlebst du heute in jeder Diskussionsrunde, Selbstbewußtsein - Frauenproblembewußtsein, wo Lisafrauen immer wieder gefragt werden, warum brauchen wir denn eigene Strukturen, wir haben uns entwickelt. Dabei werden auch individuelle Entwicklungen gleich als die gesellschaftliche Norm betrachtet. Wenn du zuhause ne gut funktionierende Oma hast, dann läßt sich natürlich als Werktätige eine ganze Menge lösen, dann kannst du auch ne Leitungsfunktion übernehmen. Diese Biografien vergessen, daß sie sich individuelle Bedingungen geschaffen haben, was aber nicht der gesellschaftlichen Regel entspricht, und was demzufolge dazu führt, daß viele Frauen unter der Doppel- und Dreifachbelastung leiden. Und jetzt natürlich keinerlei Möglichkeit haben, sich weiter zu engagieren. Hier muß an gesellschaftlichen Strukturen gerüttelt werden. Dieser Blick ist vielen Frauen noch versperrt. Das ist für uns, die vielleicht auch durch die Lisa-Entwicklung ein Stück weiter sind, ganz kompliziert, uns immer wieder zurückzuversetzen.

Renate: Ich möchte in einem Punkt widersprechen. Ich bin jetzt zu der Überzeugung gelangt, daß wir von einer Emanzipation der Frauen in der DDR nicht sprechen können. Ich glaube, daß wir Frauen ein Selbstbewußtsein entwickelt haben ob unserer Stärke. Nämlich tatsächlich Berufstätigkeit, Mutterschaft vereinbaren zu können

und aktiv zu sein im gesellschaftlichen Leben. Ich weiß aber nicht, ob das das Maß der Emanzipation ist. Ich habe in Diskussionen mit Westfrauen gemerkt, daß sich oftmals Erfahrungen in Auseinandersetzungen mit Männern decken, aber unsere Positionen, unsere Grundlagen, unsere Lebensweisen völlig andere waren. Unsere Art von Selbstbewußtsein ist anders. Hier hatten wir ein Mindestmaß an gesetzlichen Regelungen, wofür Frauen in der BRD jahrzehntelang gekämpft haben. Sie sind in der Lage, das als Forderung zu artikulieren, sich auseinanderzusetzen, sich in Diskussionen zu behaupten, das ist ihre Art von Selbstbewußtsein. Wir haben eine Art von Selbstbewußtsein, nach Möglichkeiten und Wegen gesucht zu haben. Wo ist wirklich das Maß der Emanzipation, für eine Selbstverwirklichung des Individuums? Hatte ich wirklich eine Chance zu mir zu finden, eingebunden in diese Doppelt- und Dreifachbelastung? Ich wage, dies in Frage zu stellen, bin aber nicht am Ende meiner Überlegungen. Ich stelle auch fest, daß wir aufgrund der Fähigkeit der Westfrauen, sich zu artikulieren, oftmals mit dem Rücken an der Wand stehen, auch die Frage der Erwiderung nicht ganz einfach ist, wir müssen das tatsächlich erst lernen. Wir merken, wie oft aufgrund unserer anderen Erfahrungen andere Wege favorisiert werden. Ich halte die Frauen, die sich hier für unsere Sache engagieren, auch für Feministinnen. Wir müssen nur den Mut aufbringen, auch zu sagen: Wir sind Feministinnen. Und wenn ich von mir sage, ich bin marxistische Feministin, dann meine ich, daß ich die von Marx entwickelte Methode der Betrachtung der Welt nutze, um die Interessen und Werte der Frauen einzubringen. Wir müssen unsere unterschiedlichen Meinungen akzeptieren. Ich gehe so weit, daß ich sage, unsere Kulturkreise sind andere, weil unsere Lebensweisen andere sind.

Wir danken euch für das Gespräch!

15. "Es war nun mal die Partei Auftraggeber für das MfS" Interview mit Rainer Börner

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:18

Mit uns sprachen Jan Bloch, ausgebildeter Schlosser, derzeit Geschäftsführer der AG junge GenossInnen, sowie Katrin Franke, ausgebildete Schreibtechnikerin, derzeit Jurastudentin.

AK: Vielleicht könnt Ihr erst einmal erzählen, wie die "Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen" entstanden ist.

Jan: Die Entstehung der Arbeitsgemeinschaft Junger GenossInnen geht zurück auf den Sonderparteitag im Dezember letzten Jahres, insbesondere auf die Initiative von Rainer Börner. Das war ja ein Parteitag in einer ziemlich komplizierten Zeit - der hat dann auch keine entschiedenen Lösungen erbracht. Deshalb haben sich auf dem Parteitag junge GenossInnen zusammengefunden, damals nannte sich das Initiativgruppe, Leute aus verschiedenen Bezirken, die einen Zusammenhang bilden und weiter entwickeln wollten. In der Auswertung des Parteitags sind nach und nach eine Reihe von Leuten dazugekommen.

Katrin: Es gab Bestrebungen von jungen Mitgliedern der Partei im Dezember, Diskussionsbeiträge zu halten und auch Anträge einzubringen, und die konnten sich auf diesem Parteitag nicht durchsetzen. Das war ja ein ziemlich chaotischer Parteitag, bei dem eine totale Aufregung in der Partei herrschte. Als Ergebnis dessen haben sie sich einfach mal zusammengesetzt, und, sagen wir mal, sich aus einer "jungen Sicht" eine Meinung gebildet zur Situation in der Partei und wie weiter. Das Kind hatte noch gar nicht so einen richtigen Namen, Initiativgruppe, okay. Aus dieser Diskussion ist dann hervorgegangen, daß man versuchen müsse, für junge Mitglieder einen eigenen Zusammenhang zu bilden. Das hängt auch mit der Geschichte der SED zusammen, daß junge Mitglieder de facto nichts zu sagen hatten in der Partei, das sollte in der neuen Partei anders werden. Es gab dann einige Treffen in Berlin, zunächst nur von den Delegierten des Parteitags. Wir wollten dazu kommen, uns eine eigene Struktur zu schaffen, eine eigene Jugendstruktur, weil man nur von dieser Position aus wirklich "junge Politik" auch vertreten kann.

Das hieß z.B. damals, als die ganzen Vorstände ausgewechselt wurden, neue, junge Leute dort reinzubekommen. Dazu bedurfte es eben auch einer Kraft, die es schafft, diese Leute in Position zu bringen. Es erschien dann ein Aufruf im "Neuen Deutschland", daß es jetzt die Initiativgruppe zur Gründung der AG gibt. Es gab unheimlich viel Zulauf, auch von älteren GenossInnen, die sich angesprochen gefühlt haben. Dann fand ein Treffen Anfang Februar statt, wo die Diskussion praktisch landesweit geführt wurde. Und im Ergebnis des Februar ist dann die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen gebildet worden, durch die Leute auf dem Treffen aus der ganzen Republik, die sich dann an die Spitze der Bewegung gestellt haben, in den verschiedenen Bezirken junge Leute um sich geschart haben, und dann diese AG aufgebaut haben.

In die Zeit fällt auch die Auseinandersetzung in der linken Jugendbewegung, aus der sind dann verschiedene Verbände hervorgegangen, man kann also sagen, daß die linke Jugendbewegung im Aufbruch war und versucht hat, nicht nur mit sich Politik machen zu lassen, sondern selber Politik zu gestalten. Das waren im Grund die Anfänge. Auf diesem Treffen ist auch eine Orientierung gegeben worden, wie man arbeiten sollte, über den Weg sind wir in diesen Landeskoordinierungsrat gekommen, der eine eigene Struktur der Arbeitsgemeinschaft darstellt. Wir arbeiten im Grunde seit Februar in dieser Zusammensetzung, in 14 Tagen wird es eine ordentliche Wahl des Landeskoordinierungsrates geben, auch mit den Erfahrungen, was es so für Strukturen gibt. Es gibt ja einen unheimlichen Strukturfrust in der Arbeitsgemeinschaft, also im Grunde wollen die Leute eigentlich überhaupt keine Strukturen, aber erkennen, daß ein Mindestmaß notwendig ist, damit ab und an mal was klappt, Informationen ausgetauscht werden, Aktionen zusammengeführt werden. Wir sind jetzt mitten in den Vorbereitungen dieser Landesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft, die wird am 20./21. Oktober stattfinden.

Jan: Zwei Ergänzungen noch: Ein großer Schub für die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft war anfangs dadurch gegeben, daß im Dezember auf dem Sonderparteitag die Ummeldung aus den Betrieben in die Wohngebiete beschlossen wurde. In den Wohngebieten gab's traditionell Parteiorganisationen der SED, das waren aber Rentner. Die Betriebsparteiorganisationen und die Parteiorganisationen in den Einrichtungen und Institutionen wurden aufgelöst und die Leute strömten in die Wohngebiete. Und wenn sie dort hinfanden,

fanden sie Rentner vor. Die haben sich dort einmal im Monat getroffen, Beitrag gezahlt wie immer und haben die Welt nicht mehr verstanden.

Die jungen Leute haben sich natürlich dort nicht wiedergefunden, da bildete die Initiative junger GenossInnen einen Sammelpunkt. In dieser Zeit war die Arbeitsgemeinschaft wirklich eine Gruppe von Mitgliedern, erst der SED, dann SED/PDS, die versuchten, irgendwo einen Punkt zu finden, an dem man sich treffen kann, die Probleme eigenständig zu verarbeiten. Da hat sich schlagartig diese Arbeitsgemeinschaft ausgedehnt.

Der wesentliche qualitative Wandel in der Zusammensetzung und auch in dem, was in der AG passiert, vollzog sich in der Vorbereitung zu den Volkskammerwahlen, nach dem 1. Parteitag, wo vor allem Aktionen angesagt waren. Und dort kamen dann auf einmal wesentlich jüngere, Schüler, viele Sympathisanten in die Arbeitsgemeinschaft, über Aktionen eben. Das war auch der Zeitpunkt des Zusammenbruchs der FDJ, des Absplitterns einer Reihe von Jugendorganisationen. Die, die sich dort gefunden haben, wollten sich nicht auf Parteien beziehen, und die, die das wollten, fanden sich in unserer Arbeitsgemeinschaft wieder. Und deswegen hat die AG z.T. auch den Charakter, wie so ein Jugendclub, neben aller Politik, die sie machen, auch in den Kreisvorständen, hat sie sehr maßgeblich eine soziale, kulturelle Funktion.

Was waren das denn z.B. für Aktionen?

Jan: Was weiß ich, Plakate kleben, Veranstaltungen machen, Stände machen, und die Leute aus den Basisorganisationen, aus den Wohngebieten waren dafür kaum zu mobilisieren. Die Jungen haben sich darauf gestürzt, das war auch weniger eine inhaltliche Arbeit als mehr eine aktionsbetonte. Das war natürlich eine sehr bewegte Zeit, und wo viel Bewegung ist, finden sich auch viele Leute dazu. Das hat dann bis heute maßgeblich den Charakter der Arbeitsgemeinschaft geprägt und dann auch eine Identitätskrise nach dem Ende des Aktionismus bewirkt.

Jetzt zu Inhalten, zu neuen Formen zu kommen, ist nicht leicht. Das hat zu einer Vielzahl von Auseinandersetzungen, ja zu Reibereien, geführt, weil es natürlich schwer war für Leute, die sich nie selbst organisiert haben. In diesem Lande wurde man ja immer organisiert, angefangen von der Pionierorganisation. Nie hatten wir gelernt, irgendwo eigenständig zu wirken, selbst zu wissen, ich bin in so einer Arbeitsgemeinschaft, was will ich da, und nicht zu erwarten, daß andere einem sagen, was man da machen soll. Oder da irgendwas eigenes einzubringen und so in der Lage zu sein, andere damit zu binden. Das hat hier keiner gelernt.

Anziehungskraft während Modrow-Regierung

Die Jungen Leute, die im Frühjahr zu Euch strömten, müssen aber doch auch inhaltliche Gründe gehabt haben, sich gerade Euch und eben nicht dem Neuen Forum oder den Grünen anzuschließen. Wie kam das?

Katrin: Das muß man im Rahmen dieser Zeit sehen, das war die Zeit der Modrow-Regierung, das war die Zeit, in der die meiste Demokratie herrschte, eine Zeit, in der es eine unheimliche Hoffnung gegeben hat, hier in diesem Lande etwas bewerkstelligen zu können, ohne das, was wir jetzt haben, diese Kolonialisierung. Die PDS war zu dem Zeitpunkt so, daß jeder, der dazugestoßen ist, sofort was machen konnte. Er wurde mit offenen Armen aufgenommen und er konnte draufloswerkeln, ohne Schranken, ohne Probleme, man konnte Leitungen absetzen und neu berufen, das war eine Wahnsinns-Aufbruchstimmung. Zu dieser Zeit hatte die PDS eine ganz starke Anziehungskraft, gerade für junge Leute. Und was die anderen Jugendverbände anbetraf: FDJ kaputt bzw. stark dezimiert, schlechter Ruf zwecks Vergangenheit, große Probleme mit ihren eigenen Geschichten, mit ihrem verunglückten Kongreß in Brandenburg damals. Andere Verbände waren noch nicht so weit, daß sie landesweit organisiert waren, da war die Arbeitsgemeinschaft z.T. der einzige linke Ansprechpartner für bestimmte Kreise.

Was waren die Schwerpunkte Eurer Arbeit?

Jan: Am Anfang gab es einen fast ausschließlichen Bezug auf die Partei und auf ihre Erneuerung. Dann hat sich langsam ein Selbstverständnis entwickelt, daß man sich auch für äußere Probleme engagieren, Bündnisarbeit entwickeln muß usw.

Da lagen eigentlich zwei Sachen relativ nah, das eine war die Mitarbeit, zuerst mit Gaststatus, beim linken Jugendring, wo die ganzen Verbände zusammenhocken. Und die zweite Sache - sicherlich maßgeblich für die

Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft - war, daß die AG damals als einziger Teil der PDS im Sinne von Bündnisarbeit ansprechbar war. Viele Partner, die VL, auch andere wie das Neue Forum, waren nicht bereit, mit der Partei zu reden, nur mit der Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen. Dadurch hatte sie eine außerordentlich wichtige Funktion auch nach außen bekommen.

Katrin: Wir werden in 14 Tagen, so hoffe ich, eine klare Schwerpunktsetzung beschließen, daß es nämlich vor allem um das Wirken nach außen geht, daß wir uns nicht mehr so viel mit uns selber beschäftigen, sondern wirklich unsere Bündnisarbeit entwickeln, da gibt es sehr gute Ansätze zu verstärken: die Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden, auf jugendpolitische Fragen Einfluß nehmen usw.

Im Februar gab's dagegen noch die Diskussion, ob sich die Arbeitsgemeinschaft zu einem eigenständigen Jugendverband umgestalten, oder weiter in der Partei wirken soll. Da ist mehrheitlich so entschieden worden, daß wir als Struktur in der PDS wirken wollen. Und das hängt auch mit dieser Geschichte von SED-FDJ zusammen. Die SED hatte ja in ihrem Parteistatut die Rolle der FDJ festgeschrieben, ganz kurios, das sitzt uns natürlich noch im Nacken. Und dann ging es uns natürlich auch um die Erneuerung, um das Wirken in der Partei.

Wie groß ist eigentlich Eure AG?

Katrin: Das verraten wir nicht.

Ihr könnt es ja so diplomatisch formulieren wir die AG Radikale Linke in der PDS: mehr als drei und weniger als hundert.

Jan: Ein bißchen konkreter können wir darauf schon antworten. Wir gehen davon aus, daß wir in fast allen Kreisen, das sind ca. 220, Arbeitsgemeinschaften haben, in einigen nicht, in einigen gibt's mehrere, die teilen sich dann nochmal nach territorialen oder thematischen Gesichtspunkten. Wenn wir mal eine Zahl angeben sollen: wir gehen von ca. siebeneinhalbtausend Leuten aus. In manchen Kreisen sind bis zu zwei Dritteln gar keine Mitglieder in der PDS sondern nur SympathisantInnen.

Es ist ja erfahrungsgemäß nicht einfach, gerade in so einer Partei, einfach neue Strukturen zu entwickeln neben den alten und irgendwo ja auch gegen die alten. Das geht ja meist nicht ohne Probleme und Auseinandersetzungen ab. Was habt Ihr da für Erfahrungen gemacht?

Katrin: Das ist in der Tat nicht einfach zu lösen. Momentan führen die IGs und AGs ja einen Kampf darum, daß die Strukturen oder Gruppierungen, die es meist auf Kreisebene gibt, anerkannt werden und den Basisorganisationen gleichgestellt werden. Von Gegnern dieser Bestrebungen wurde entgegengehalten, daß die Wohnparteiorganisationen dann ausbluten und nur noch Alte da hocken. Die Interessengemeinschaft Betriebsarbeit führt den Kampf darum, daß die Leute im Betrieb sich wieder organisieren.

Insgesamt geht es aber darum, das zeigen auch Erfahrungen der unserer Arbeitsgemeinschaft, ein völlig neues Parteimodell zu entwickeln. Und dazu muß man viel ausprobieren. Die AGs/IGs sind eben ein Vorschlag, über solche Sachen nachzudenken.

Diskussionspunkt im letzten Jahr war vor allem "Partei und Bewegung", es wäre eine Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft, diesen Gedanken wirklich noch stärker in die Partei reinzubekommen.

Abschied vom Leninschen Parteiverständnis

Könnt Ihr mal dieses Stichwort "Partei und Bewegung" näher erläutern?

Jan: Die Diskussion geht aus von einem neuen Sozialismus-Verständnis, das eher davon geprägt ist, daß man kein abstraktes theoretisches Modell im Kopf hat und versucht, den Leuten das einzureden, sondern eher einen Prozeß im Blick hat, bei dem es darum geht, daß die Leute sensibilisiert und aktiviert werden und Räume eröffnet im Sinne radikaler Demokratisierung, für demokratische Selbstbeteiligung, in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und das in diesem Sinne als Bewegung zu begreifen oder als Prozeß. Wir gehen davon aus, daß die die Zeiten linker Einheitsparteien endgültig vorbei sind, daß so eine Bewegung auch eine Breite haben muß und unterschiedliche Möglichkeiten für Leute bietet, sich zu engagieren, aufgrund ihrer unterschiedlichen Betroffenheit. Es ist natürlich außerordentlich kompliziert, das organisatorisch einheitlich zu fassen. Die einzelnen Bewegungen und gesellschaftlichen Strömungen differenzieren sich ja sehr stark auseinander.

Neulich hat mal jemand gesagt, in der bundesdeutschen Linken gibt es nur Generäle, aber keine Soldaten. Da ist es natürlich nicht einfach, so etwas in einer Partei unter einem Vorsitzenden zu kriegen. Also lieber tausende Vorsitzende als einen.

In so einem Verständnis ist es natürlich gut, eine Partei zu haben, wo viele Organisationsformen möglich sind und wo sich auch Leute in ihr oder bei ihr engagieren können, die nur in einzelnen Punkten übereinstimmen. Die Einheit verkörpert sich dann eben nicht - und das ist dann auch eine Abkehr vom Leninschen Parteiverständnis - in einer straffen Organisationsform, sondern in einer völlig freien und selbstbestimmten Mitarbeit von Leuten. Und je offener und verschiedener das ist, desto interessanter wird es auch für die unterschiedlichsten Menschen, da mitzumachen.

Katrin: Wir sind natürlich noch längst nicht soweit, genaue Vorstellungen zu haben, wie man das inhaltlich und organisatorisch ausgestalten könnte. Bei uns in der Arbeitsgemeinschaft haben wir das z.B. so angepackt, daß Mitglieder und SympathisantInnen inhaltliche und organisatorische Fragen gleichberechtigt mitbestimmen können. Wir machen also keinen Unterschied mehr zwischen Mitglied und Nicht-Mitglied der PDS. Das hat natürlich auch seine Probleme. Da können sich natürlich Mitglieder der PDS fragen, warum sind sie dann noch Mitglied. Insgesamt sind es aber eher positive Erfahrungen, die wir mit diesen Versuchen gemacht haben, das wollen wir vorerst nicht aufgeben. Z.B. haben wir in der Arbeitsgemeinschaft auch keine Vorsitzenden oder Stellvertreter oder solche Ki- sten, und wenn es Vertretungen gibt, dann in Form von Räten, Sprecherräte o.ä.

Jan: Die Spitze hätten wir erreicht, wenn wir eine Parteivorsitzende haben, die nicht Mitglied der Partei ist. Dann können wir sagen, jetzt haben wir es geschafft.

Wo seht Ihr denn einen Unterschied zum grünen Selbstverständnis?

Katrin: Nun, ich will zwar nicht sagen, daß bei der PDS das Parteimodell klar ist, aber die Grünen haben sich ja von Anfang an, so weit ich das weiß, gar nicht richtig als Partei verstanden, sondern sie haben versucht, aus einer Abgrenzung zu Parteien heraus irgendetwas anderes zu entwickeln. Dabei sind sie dann in Konflikt gekommen sowohl mit dem Bewegungs-als auch mit dem Parteigedanken. Die PDS bekennt sich ja von vorneherein dazu, daß sie eine Partei ist. Und nicht nur, weil nur Parteien sich an Wahlen beteiligen können, sondern weil es schon eine bestimmte Überzeugung darüber gibt, daß bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Demokratie, auch der Zivilisation hier, Parteien doch noch eine bestimmte Legitimation haben können und sollen - aber gleichzeitig ein bißchen der Schritt in die Zukunft gemacht wird, diesen Bewegungscharakter trotzdem aufzunehmen.

Schließen sich die AGs und IGs zusammen an solchen Fragen, gibt es da ein gemeinsames Verständnis?

Jan: Ja, denn die Probleme der IGs und AGs sind prinzipiell die gleichen, der Diskussionsstand ist ein wenig unterschiedlich, das hängt u.a. auch mit der Intensität zusammen, mit der in den AGs gearbeitet wird, mit ihrem Entwicklungsstand.

Nun hat sich da allerdings etwas geändert. Am Anfang standen den AGs Tür und Tor offen. Heute müssen wir feststellen, daß der Diskussionsstand von AGs und Partei eigentlich weiter auseinandergegangen ist. In den AGs hat sich wirklich ein neues Parteiverständnis durchgesetzt, die haben sich eigenständig und selbstbewußt zusammengerauft und zusammengefunden und sind für ihre Mitglieder zur politischen Heimat geworden. Die treffen sich da in Permanenz und die Diskussion läuft auch ständig. Das steht im Gegensatz zu den Basisorganisationen, die sich in der Regel immer monatlich treffen. Und weil die Intensität der Diskussion so unterschiedlich ist von AGs und der Partei insgesamt, geht jetzt eine Schere auf, den Eindruck habe ich zumindest.

Katrin: Das ist ist ganz richtig, die Widersprüche werden größer.

Jan: Damit wird es auch problematischer, bestimmte Fragen durchzusetzen. Z.B. die Auseinandersetzung auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz in Berlin war entsetzlich, da wurde tatsächlich gesagt, den Querulanten, die da dauernd Anträge stellen, muß das Maul gestopft werden. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs.

Um was ging es denn da z.B.:?

Jan: Daß die Spitzenkandidatin eine Frau ist. Das war eine unserer Forderungen. Oder daß die Diäten abgeführt werden von den Abgeordneten, das konnten wir auch nicht durchsetzen.

Katrin: Das sind nur einzelne Fragen, die zum Ausdruck bringen, was sich von der Stimmung her uns gegenüber geändert hat. Am Anfang war es auch so, daß man die AGs und IGs als sehr positiv empfunden hat, als Bereicherung, als Zeichen der Erneuerung, was man dann gegenüber anderen darstellen konnte: also wir haben die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen, die Arbeitsgemeinschaft ChristInnen in der PDS und dies und das haben wir usw. Und als dann wirklich eigenständig Politik gemacht wurde und versucht wurde, Entscheidungsprozesse stark zu beeinflussen, bis hin zu Personalentscheidungen, seitdem gibt es auch Widerstand, das muß man wirklich so nennen. Allerdings verhalten wir uns wirklich auch nicht immer geschickt.

Welche inhaltlichen Differenzen stehen denn da im Vordergrund?

Katrin: Viele inhaltliche Fragen werden über Struktur- oder Formfragen ausgetragen, da machen wir auch oft Fehler. Das nervt die Leute natürlich dann, wenn dann tausend Verfahrensanträge abgehandelt werden müssen, und zuwenig erkannt wird, daß sich dahinter inhaltliche Probleme verbergen. Z.B. Thema Atomenergie, wo wir uns ja auf dem Wahlkongreß für eine Position wie den schrittweisen Ausstieg eingesetzt haben. Da gibt es harte Auseinandersetzungen, Teile der Partei sind entsetzt, wie wir solche Positionen vertreten können.

Es gibt so einige Themen, Ökologie, Frauenproblematik u.a., wo wir ziemlich zurück sind, wo die Diskussion in der PDS noch nicht so weit ist, wo es zwar auch Teile in der PDS gibt, die sich intensiv dieser Diskussion stellen, aber bei vielen anderen Mitgliedern auch große Unkenntnis vorherrscht. Die Prioritäten werden da anders gesetzt, z.T. aus der ganzen sozialen Betroffenheit, die in diesem Lande herrscht, da werden andere Themen vorgezogen und das bedeutet aber, daß Themen, die gerade auch im Zusammenhang mit Linken aus dem Westen wichtig wären, daß die nach hinten rutschen. Leider.

Fehlende innerparteiliche Diskussion

Jan: Für ein entscheidendes Problem halte ich, daß eine innerparteiliche Diskussion bisher kaum in Gang gekommen ist, die offene Auseinandersetzung auch zwischen verschiedenen Strömungen. Die einzige organisierte Plattform, die es gibt, ist die kommunistische Plattform. Auf einem Arbeitstreffen, was wir landesweit gemacht haben, ist mal formuliert worden, daß wir als AG erhebliche Probleme mit dem Konservativismus in der Partei haben. Zu fragen wäre dann allerdings, warum hat sich dann noch keine Strömung formiert, und ich würde meinen, das liegt vor allem daran, daß das Präsidium des Parteivorstandes eigentlich eine ganz progressive Linie fährt. Und dagegen braucht sich keine Strömung zu formieren. Wir können eigentlich immer nur versuchen, das durchzusetzen und zu unterstützen. Und so eine Strömung oder Plattform ist ja immer ein Korrektiv. Da wir aber die Gesamtlinie mittragen, hat sich bisher so eine Strömung nicht gefunden. Die letzten Ereignisse, gerade auch die Berliner Landesdelegiertenkonferenz, hat mir aber noch einmal gezeigt, daß die Punkte klarer werden, an denen die Auseinandersetzungen zugespitzt werden müssen.

So haben wir z.B. im Statut die Quotierung verankert, in keinem der fünf Länder gibt es aber eine Frau als Spitzenkandidatin, die Fraktionsvorsitzenden sind fast alle Männer. Das geht eigentlich so nicht. Das zeigt sich auch bei Personalentscheidungen auf unteren Ebenen, das Präsidium nimmt auch ganz bewußt keinen Einfluß mehr darauf, ich weiß nicht, ob das gut ist im gegenwärtigen Entwicklungsstand. Wir haben so erhebliche Probleme mit dem Spitzenkandidaten in Berlin, Peter Zotl, da konnten wir uns halt nicht durchsetzen. Da wurden wir plattgemacht in der Auseinandersetzung, das war schon schwer zu verdauen.

Katrin: Da kauen wir auch immer noch drauf rum, deshalb kommt das Thema heute auch immer wieder. Besonders hart ist für uns, daß die dort gefallene Äußerung, "denen müßte man das Maul mal stopfen", auch unwidersprochen geblieben ist. Das muß man sich mal vorstellen, was mit dieser Partei werden würde, wenn man den Querulanten das Maul stopfen würde, da könnte man die Partei zumachen.

Wir wollen damit nicht sagen, wir sind hier die Oberschlauen, wir haben auch viele Fehler gemacht, aber das ist natürlich keine akzeptable Auseinandersetzungsform.

Jan: Eine interessante Reaktion - was heißt interessante, eigentlich eine befremdliche und erschütternde - ist auch, daß vielen Delegierten auf dem Wahlkongreß der Linken Liste/PDS die Debatten, die dort geführt wurden, zu viel waren, und die dann rausgegangen sind. Wenn's zu lange dauert, dann wird's zu anstrengend. Wir hatten in der Geschäftsordnung auf der Landesdelegiertenkonferenz durchgesetzt, daß eine Aussprache schon stattfinden muß, wenn ein Drittel der Delegierten dies fordern. Zur Diätenfrage war dann nicht einmal ein Drittel bereit, einer Debatte darüber zuzustimmen. Da sprach einer dafür, einer dagegen, zack, war das Ding vom Tisch. Den Leuten ist das zuviel.

Das hängt natürlich stark mit der Mitgliederstruktur zusammen, das sind meist keine Leute, die sich nun besonders in Theoriedebatten die Köpfe einhacken wollen, sondern das sind vor allem Leute, die die sozialen Probleme interessieren, und das ist ja eigentlich auch gut so. Trotzdem, da muß was getan werden, die grundsätzliche, programmatische und theoretische Diskussion muß geführt werden, und zwar dringend. Die kann nicht als Linie vom Präsidium kommen, die muß sich in der Partei in der Diskussion entwickeln.

Katrin: Das Problem existiert natürlich, andererseits gibt es inzwischen massenhafte Forderungen nach einem neuen Programm in der Partei, dazu ist ja auch eine Gruppe beauftragt worden, einen neuen Programmentwurf für die PDS zu erarbeiten, der dann breit diskutiert werden soll. Das ist eine wirklich breit getragene Forderung, daß der nächste ordentliche Parteitag ein neues Programm verabschiedet. Das ist schon ein Indiz dafür, daß die Leute diese inhaltliche Verständigung brauchen, daß es ihnen wichtig ist, daß sie so eine inhaltliche Positionsbestimmung nötig haben, weil es ja ganz klar ist, daß es in dieser kurzen Zeit gar nicht möglich gewesen ist, mal konzentrierter darüber nachzudenken: Was war denn nun mit den letzten 40 Jahren, wie ist das mit unserer Partei gewesen, wo sind wir jetzt, welche Chancen gibt es in Deutschland, linke Politik zu gestalten? Und diese Fragen werden sich ja dann in der Programmdiskussion wiederfinden. Das ist erst mal ein positives Indiz.

Harmoniebedürfnis kontra Querulanten

Was mir in verschiedenen Zusammenhängen mit der PDS aufgefallen ist - gar nicht mal in den AGs, eher in den eher traditionellen Kreisen - daß es große Probleme damit gibt, mit Widersprüchen umzugehen, wirklich einmal kontroverse Standpunkte auszudifferenzieren und am Schluß eines Termins auch einfach stehen zu lassen. Ich habe erlebt, daß sich in einer Diskussion durchaus sehr grundsätzliche Widersprüche entwickeln können, die es wert gewesen wären, sie weiter zu verfolgen und zu entwickeln, dann aber der Versammlungsleiter des Termins in seinem Schlußwort erklärt, man sei sich in den wesentlichen Fragen nun einig geworden. Ich könnte mir denken, daß solch eine Mentalität in der PDS noch stark verwurzelt ist.

Katrin: Ja, es stimmt, es gibt ein ganz großes Harmoniebedürfnis in der PDS. Psychologisch ist das auch total verständlich. Alles bricht zusammen, ringsrum, Arbeitslosigkeit, usw., und der Kapitalismus, so wie man ihn früher im Parteilehrgang gelehrt bekommen hat, reitet hier nun wirklich ein. Und das einzige, wo man sich noch hinretten kann, ist dann die PDS, und da gibt's dann auf einmal solche Querulanten, die die schöne Partei dann kaputtmachen und hier auch noch rummäkeln, womöglich noch an irgendwelchen Führungspersönlichkeiten oder so, und so etwas wird dann auch psychologisch total abgeblockt.

Insgesamt ist natürlich auch aufgrund der Tradition die Konfliktfähigkeit ziemlich unterentwickelt. Es gibt eine richtige Angst davor, daß Konflikte ausbrechen, daß es zu Streit kommt - Streit ist z.B. kein positives Wort bei uns, sondern ist was Negatives, wie Zank. Daß er aber notwendig ist, um überhaupt zu Positionen zu kommen, das ist allgemein überhaupt nicht klar.

Anknüpfend an den Wahlkongreß: Was Ihr von den Reaktionen eines Teils der Delegierten beschrieben habt, hat ja auch eine andere Seite. Es gibt schließlich einen großen Unterschied zwischen der Art und Weise westlinker Debatten - das fängt an beim Stil und z.T. der Härte der Auseinandersetzung und geht bis zur größeren Routine im Umgang mit theoretischen, oft auch abgehobenen Diskussionen - und Euren Formen. Wie seht Ihr dieses Problem, welche negativen, welche positiven Erwartungen verbindet Ihr mit dem Kontakt zu Westlinken?

Jan: Na ja, mit Euch haben wir eigentlich ganz gute Erfahrungen gemacht.

Danke, aber darauf wollten wir jetzt gar nicht hinaus.

Katrin: Das Problem ist, daß wir vielleicht gar nicht die richtigen Gesprächspartner dafür sind, da müßtet Ihr andere Leute fragen. Ich glaube nicht, daß wir dazu eine Mehrheitsmeinung repräsentieren. Aber ich weiß, daß es in der ganzen Partei, auch im Vorstand, große Bedenken gibt, daß der ganze linke Zoff, der ja im Westen hoch kultiviert ist, daß der hier in die PDS mit reinkommt. Das ist für viele Leute, die oft Westlinke auch gar nicht kennen oder eben nur so einen Kongreß mitkriegen, eine typische Befürchtung, die kann man überall finden, so eine Befindlichkeit. Aber ich denke, daß mit diesem Projekt Linke Liste/PDS, in dem Maße wie das gewachsen ist und wie Leute auch mehr Kontakt zu Westlinken haben, sich vielleicht etwas verändert, nicht bei jeder und jedem, aber doch bei vielen der Eindruck wächst, daß z.B. Debattenbeiträge im ND - was für viele das einzige Kommunikationsorgan ist - gut finden und als Bereicherung sehen. Wir haben dazu eine radikale Auffassung zu Westlinken, eine positiv radikale. Aber, wie gesagt, das ist nicht unbedingt repräsentativ.

Jan: Das sehe ich auch so. Aber dennoch ist oftmals, ich muß sagen leider, festzustellen, daß auch westdeutsche Linke sich schwer dabei tun, und manchmal muß ich auch fragen, ob sie es überhaupt ernsthaft wollen, sich in die Situation und die Gefühle, in die Befindlichkeit und die Erfahrungen von DDR-Leuten einzufinden. Die stürzen oft nicht anders rein als andere hier reinstürzen.

Beispiel: Verhältnis zur Polizei, die Demo in der Weitlingstrasse. Die Situation ist hier eine völlig andere. Das Selbstverständnis der Polizei, gegenwärtig noch immer, ist hier ein ganz anderes als bei Euch, sie fühlt sich halt immer noch als ein Teil des Volkes, sie haben alle Demos begleitet, ohne Provokationen, und oftmals war ihnen anzumerken, daß sie das Anliegen auch wirklich mit unterstützen. Es gab keine Probleme zwischen Demonstranten und Polizei, alles ist friedlich und kameradschaftlich gelöst worden. Wer das nicht verstehen will und sich nicht einmal die Mühe macht zu hinterfragen, warum das hier so ist und stattdessen hier mit Vorstellungen hinkommt, daß das alles nur Repressionsinstrumente sind, und daß man deshalb dann gar nicht drüber nachzudenken braucht, ob man Sicherheitspartnerschaften eingeht, das ist für unsere Sache nur schädlich. Das ist sicherlich nicht durchgängig hier, so eine Art des Einfallens, ist aber oft genug festzustellen.

Dann gibt es die - ich möchte es mal so nennen - Theorieüberlastigkeit bundesdeutscher Diskussion. Damit will ich nichts gegen theoretische Debatten sagen, aber ein Beispiel: Wenn im Selbstverständnispapier der PDS Westberlin sich an einer Stelle der Satz findet "Für die Erhaltung von Kindergärten", weil die Kindergärten eine "Einrichtung zur Überwindung des Patriarchats" seien, dann geht das einfach an den Interessen der Menschen vorbei. Es ist zwar richtig, okay, aber den Leuten geht's nicht ums Patriarchat, die Frauen, die betroffen sind, wollen ganz einfach vernünftig arbeiten gehen können. Solche Papiere haben für mich dann oft den Charakter von Sekten-Selbstverständigungspapieren, da fehlt mir manchmal, daß man sich konkret über die Situation verständigt: Wem geht's wie, und was sollte man machen.

Katrin: Ja, für wen will man überhaupt Politik gestalten, für sich selber oder wirklich mit für andere Leute. Jeder ist da so'n bißchen sein Kristall.

Jan: Das ganze ist sicherlich geprägt durch die Isolierung bundesdeutscher linker Politik. Aber es wäre wirklich gut, wenn man sich häufiger darauf bezieht, was die Leute wirklich bewegt, das wäre vielleicht etwas, was wir auch voneinander lernen könnten.

Wir danken Euch für das Gespräch.

16. Wahlgesetz gekippt

Rubrik: Wahlen; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:45

Gerechnet hatte niemand damit, die Überraschung war perfekt. Mit den Klagen gegen den Wahlvertrag - genauer gegen das Zustimmungsgesetz zum Wahlvertrag - haben Linke Liste/PDS, die "Grünen" und (leider auch) die "Republikaner" den etablierten Parteien eine nette Ohrfeige verpaßt. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erklärte einstimmig die gesamtdeutsche 5%-Klausel, aber auch die Listenverbindung für verfassungswidrig. Von einer Sternstunde der Demokratie zu sprechen, wäre allerdings übertrieben, vermieden es die Karlsruher VerfassungshüterInnen doch tunlichst, die undemokratische Klausel gänzlich zu Fall zu bringen. So blieben die gerichtlichen Vorgaben für ein neues Wahlgesetz denkbar vage. Wie zu erwarten, wurde nun ein neues Wahlgesetz verabschiedet, das sich zwar am Urteil orientiert, aber unter dieser Maßgabe als denkbar undemokratischste Variante der kommenden Wahlmodalitäten zu charakterisieren ist.

Ins Visier genommen wurde mit den Klagen die Heilige Kuh des bundesrepublikanischen Parlamentarismus, die 5%-Klausel. Die Linke Liste/PDS hatte in einem Gutachten von Prof. Norman Paech und Prof. Gerhard Stuby für den generellen Fall dieser undemokratischen Hürde argumentiert. In mehreren Entscheidungen des BVerfG war die Zulässigkeit dieser Klausel u.a. mit den Erfahrungen der Weimarer Republik begründet worden. Die ohne Sperrklausel angeblich zersplitterte Parteienlandschaft im Parlament, eine hieraus resultierende Handlungsunfähigkeit des Parlaments und damit verbundene politische Instabilität werden immer wieder angeführt als vermeintliche Ursache für den Zusammenbruch der Republik mit der Folge des aufkommenden Faschismus. Paech und Stuby bezeichnen dies als sog. "Weimarer Syndrom", das wohl eher Ausdruck einer eingebildeten denn realen Angst vor sog. Splitterparteien ist.

Einfallstor bei diesen Klagen konnte aber nur der besondere politische Hintergrund der anstehenden Wahlen sein. Dadurch war es möglich, an den ebenfalls vom BVerfG getroffenen Feststellungen anzuknüpfen, wonach für die Festlegung einer Sperrklausel immer die konkreten Verhältnisse zum Wahlzeitpunkt maßgeblich sein müssen, also nicht für alle Zeiten und politischen Bedingungen eine Klausel in bestimmter Höhe vorgegeben sein kann. Durch den Beitritt der DDR ist die politische Landschaft so gravierend verändert worden, daß schon ein einfaches Rechenexempel die Untauglichkeit des vorgelegten Wahlgesetzes deutlich macht: bei gesamtdeutscher 5%-Klausel mußten Parteien, die nur im Gebiet der DDR kandidieren durch den Zuwachs an Wahlberechtigten im Gebiet der BRD 23,75% der abgegebenen Stimmen erreichen, um die Hürde zu bewältigen, in der BRD mußten sich auf dieses Gebiet beschränkende Parteien durch den Zuwachs an DDR-Wahlberechtigten 6,4% der Stimmen erzielen, um ins hohe Haus einzuziehen. Legt man die Ergebnisse der Volkskammerwahl vom März 1990 zugrunde, dann wäre dieses nur der CDU gelungen, die SPD wäre mit ihrem 22%-Ergebnis ebenfalls gescheitert.

Das machtpolitische Kalkül von SPD und CSU vor allem war ja in den Debatten um das Wahlgesetz deutlich geworden und auch vor dem Verfassungsgericht von deren Interessenvertretern wiederholt worden: Die SPD wollte vor allem die PDS aus dem Parlament raushalten, die DSU wollte Huckepack auf CSU-Rücken einen Einzug ins Parlament erwirken.

Die Listenverbindung nicht konkurrierender Parteien, wie sie das Gesetz zuließ, sollte der DSU zu Parlamentssitzen verhelfen. Tatsächlich war es aber auch die einzige Möglichkeit, die alle anderen kleineren Parteien in Erwägung ziehen mußten, wenn sie sich überhaupt eine Chance ausrechnen wollten.

Was eine solche Zwangsverbindung politisch z.B. für das Neue Forum bedeutete, beschrieb Bärbel Bohley in der mündlichen Verhandlung vor dem Verfassungsgericht: Das Forum stehe vor der Spaltung, es sei wesentlich breiter konstituiert als die Grünen-West, die aber faktisch die einzige für eine Listenverbindung in Betracht kommende Partnerin sei. Und für die Grünen hieß dies, daß die avisierte Vereinigung mit den Grünen-Ost erst am 3.Dezember hätte erfolgen können, um nicht die Listenverbindung mit den Bürgerbewegungen zu gefährden.

Die PDS, der vor allem die SPD keine Partnerin für das Huckepackverfahren zutraute, bekam das Angebot der Linken Liste/PDS, ein für die etablierten Parteien überraschender Faktor, der zudem an Dynamik innerhalb der zersplitterten Linken der BRD gewann.

Die Wiedervereinigung - ein Schiffsunglück

Mit dem Urteil erteilten die rotbeseideten Karlsruher RichterInnen der geplanten Wahlmanipulation eine klare Absage. Offensichtlich beeindruckt von den Stellungnahmen der Parteien und politischen Vereinigungen der DDR ergaben sich schon in der mündlichen Verhandlung deutliche Sympathien gegenüber der klägerischen Argumentation. So verglich einer der Richter die Situation mit einem Schiffsunglück, bei dem es zwei Seeleuten gelingt, ein Rettungsboot zu Wasser zu lassen, denen dann aber die Entscheidung überlassen sei, welche der Schiffbrüchigen sie in das rettende Boot aufnehmen. Und Penner von der SPD holte sich einen schweren Rüffel, als er dafür argumentierte, ein ergebnisorientiertes Wahlrecht zu schaffen, d.h. zu berücksichtigen, daß bei einer Änderung des verabschiedeten Entwurfs die PDS sichere Chancen auf Parlamentssitze habe. Pikanterweise hatte Innenminister Schäuble in Karlsruhe die Begründung für den Wahlvertrag vorzutragen und zu rechtfertigen, der im Prinzip von SPD und CSU durchgesetzt worden war. Denn Schäuble hatte in der Tat zuvor in den Diskussionen um die Wahlmodalitäten eine länderbezogenen Klausel oder aber eine Herabsetzung vorgeschlagen.

Die RichterInnen begründeten den Erfolg der Klagen damit, daß die gravierende Ungleichbehandlung politischer Organisationen der DDR mit der gesamtdeutschen Klausel bestehe.

Nur eine an den ungleichen Voraussetzungen anknüpfende Regelung könne zu einer Chancengleichheit führen. Wenn aber die ungleichen Voraussetzungen in den jeweiligen Gebieten der DDR bzw. BRD bestehe, dann müßte eine Klausel auch bezogen auf diese Gebiete angewendet werden.

Deshalb seien zwei Zählgebiete zu schaffen, das der ehemaligen DDR und das der ehemaligen BRD, auch wenn es sich insgesamt um ein einheitliches Wahlgebiet handele. In seinen Vorschlägen für eine verfassungsgemäße Wahlrechtsregelung erklärte das BVerfG die bloße Herabsetzung einer gesamtdeutsch geltenden Klausel für ungeeignet, womit es nicht falsch liegt. Denn z.B. 3% gesamtdeutsch bedeuten für DDR-Parteien das Erfordernis von 15,1%, für BRD-Parteien 3,75% der abgegebenen Stimmen, um in den Bundestag einziehen zu können.

Aber - so das Bundesverfassungsgericht - auch die Listenverbindung sei verfassungswidrig. Denn auch sie selektiere zwischen Parteien, die einen Partner finden und solchen, die einen solchen nicht finden können, so daß noch einmal eine ungerechte Differenzierung unter den kleinen Parteien stattfinde.

Die Frage des Ob und die Höhe einer Sperrklausel wurde der gesetzgeberischen Gestaltungsfreiheit anheimgestellt. Entgegen der mit der Klage verfolgten Absicht, die Sperrklausel generell zu Fall zu bringen, stellte das Gericht noch einmal ausdrücklich fest, daß eine Sperrklausel auch in Höhe von 5% grundsätzlich zulässig sei, wenn auch nicht zwingend. Die Heilige Kuh ist damit nur partiell vom Eis gebracht worden, indem für diese, und auch nur für diese Wahl getrennte Zählgebiete vorgeschlagen wurden.

Das BVerfG empfahl zudem - welch Seltenheit - ein DDR-Gesetz zur Nachahmung. Denn das Gesetz für die Volkskammerwahlen im März und das Gesetz für die Landtagswahlen in der DDR am 14. Oktober lassen sog. Listenvereinigungen zu, die nun auch am 2.12. für Parteien gelten sollen, deren Tätigkeitsgebiet vor dem 3. Oktober das der DDR war. Begründet wird dies damit, daß gegenüber den Blockparteien neue politische Vereinigungen nicht die Möglichkeit zu einem Parteiaufbau hatten, wie diejenigen, die auf alte Strukturen - sprich die PDS - zurückgreifen können.

Eine Nettigkeit am Rande ist die Kostenregelung im Urteil: die Staatskasse darf ausnahmsweise geschröpft werden, da mit den Klagen grundsätzliche Verfassungsfragen einer Klärung zugeführt wurden.

Neues Wahlgesetz am untersten Rand

Die Reaktionen der etablierten Parteien entbehrten nicht einer gewissen Komik. Alle zufrieden mit dem Urteil? Berechtigt wurde die Frage gestellt, warum dann nicht gleich ein solcher Vertrag geschlossen worden ist. Schäuble verwies darauf, daß er die Vorstellungen des BVerfG schon immer mit seinem damaligen Entwurf verfolgt habe. Gefreut haben sich zurecht vor allem die Bürgerbewegungen der DDR und die PDS. Aber auch Christian Ströbele schien erleichtert, gestalteten sich doch die zwangsweisen Verhandlungen mit den Grünen/Bündnis 90 nicht gerade einfach.

Wahlrecht, hatte Markus Wolf im Dezember 1989 dem "Spiegel" in einem Interview gesagt, Wahlrecht werde von denen, die die Macht dazu haben, nach Maßgabe ihrer Interessen beschlossen. Das gilt auch für das jetzt geltende Wahlgesetz.

Binnen einer Woche war das neue Gesetz gezimmert und durch Bundestag und Bundesrat wie auch Innen- und Rechtsausschuß gejagt worden - gegen die Stimmen von Grünen, PDS und Bündnis 90. Denn es bewegt sich am untersten Rand der Zulässigkeit, indem es erneut 5% als Klausel, allerdings bezogen auf die beiden Zählgebiete vorschreibt. Es genügt dabei, ein einem Zählgebiet die 5% zu überschreiten. Gelingt dies, zählen Stimmen im anderen Zählgebiet mit, auch wenn sie dort die 5%-Hürde nicht überwinden. Listenvereinigungen von DDR- Parteien sind zwar zugelassen, aber nicht zwischen Parteien aus Ost und West. Würden demokratische Prinzipien ernstgenommen, dann hätte das Ergebnis sein müssen: 0% und Listenvereinigungen in jeder Konstellation! So behält Markus Wolf weiterhin recht.

Politisch bereitet das Urteil insbesondere der Linken Liste/PDS und der PDS Probleme. Denn hier hatten sich beide auf die Listenverbindung verständigt, diese organisatorisch vorbereitet und auch in Anbetracht des Diskussionsstands zu schätzen gelernt. Diese Konstruktion ist nun nicht mehr möglich.

A., Hamburg

17. Demonstration gegen Annexion 5 vor 12 in Berlin am 29.9.90

Berlin 5 vor 12

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:08

Rund 20.000 Menschen demonstrierten am 29.9. um 5 Minuten vor 12 Uhr in Berlin unter dem Motto: "Gegen eine Einverleibung der DDR - Für ein selbstbestimmtes Leben." Ziel dieser Aktion war, noch vor der offiziellen "Wiedervereinigung" Widerstand zu demonstrieren gegen den undemokratischen Einigungsprozeß, bei dem der Anschluß von oben durchgezogen wird, gegen die unsozialen Folgen des Anschlusses, die Frauen besonders betreffen, sowie gegen großdeutsche Machtinteressen, die einhergehen mit Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber Minderheiten.

Initiatorinnen dieser Aktion waren die Bundesweite Koordination "Frauen gegen den §218", der Unabhängige Frauenverband der DDR und die Initiative "Frauen Begehren Selbstbestimmung". Unterstützt wurde die Aktion von einem breiten Bündnis von Gruppierungen aus DDR und BRD, von Frauen- und Lesbeninitiativen, Beratungsstellen, den Grünen aus BRD und DDR, der AL-Westberlin, einzelnen Juso-Verbänden, dem Runden Tisch von unten, PDS und Linke Liste, KB, DKP und VSP, Teilen des autonomen Spektrums sowie von Einzelpersonen aus Gewerkschaften, SPD u.a.

Diese erste gemeinsame Großdemonstration der Opposition aus DDR und BRD war nach Einschätzung der Initiatorinnen ein Erfolg, obwohl sie anfangs auf eine weit größere Beteiligung gehofft hatten. Erfreulich war die Zusammenarbeit der Frauen aus DDR und BRD im Vorbereitungskreis trotz völlig unterschiedlicher Erfahrungen im Umgang mit Problemen. Während z.B. die Frauen aus der BRD sich wegen der "West-Bullen" sorgten, wollten die Frauen der DDR völlig selbstverständlich mit ihrer Volkspoli- zei eine "Sicherheitspartnerschaft" eingehen. Auch auf der Demonstration selbst war Toleranz und Geduld im Umgang miteinander nötig. Unverständnis löste bei den DDRlerInnen z.B. der Frauenblock aus, während BRDlerInnen sich über den Empfang auf dem Kundgebungsplatz wunderten, wo sie mit Applaus begrüßt wurden.

Seit den ersten Planungen für die Demonstration im Sommer waren Zug um Zug die Termine für die endgültige Einverleibung der DDR festgesetzt worden. Somit fand die Demonstration erst statt, als Einigungsverträge, Datum des Beitritts und gesamtdeutscher Wahltermin unverrückbar feststanden. Angesichts dieses rasanten Vollzugs der "Wiedervereinigung" kam für viele die Demonstration "zu spät".

Von der Schwierigkeit mit der "Frauenfrage"

Ein weiteres Problem bei der Vorbereitung war z.B. die Abwertung der Aktion zur reinen "Frauenangelegenheit". Zum erstenmal in der Geschichte der DDR und BRD hatte ein reines Frauenbündnis zu einer Demonstration aufgerufen, die nicht nur Frauenthemen zum Inhalt hatte sondern auch "allgemeinpolitische Themen".

Zwar bildeten in dem Aufruf Frauenthemen das Schwergewicht, denn Ausgangspunkt für das Frauenbündnis war die drohende Übernahme des §218 für die DDR gewesen. "Aber wir sind nicht die einzigen, die gegen Annexion und totale Unterwerfung der DDR Widerstand leisten wollen", schrieben die Frauen der §218-Koordination in ihrem Vorschlag für eine gemeinsame Demonstration der DDR- und BRD-Opposition. Auf einem Treffen von §218-Gruppen, Unabhängigem Frauenverband der DDR und der Initiative: Frauen Begehren Selbstbestimmung Ende Juli schlugen sie darum vor, daß das Frauenbündnis einen "Anstoß" für eine Großdemonstration geben sollte, bei der den Frauen dann aber eine besondere Stellung eingeräumt werden sollte. So sollte es einen großen bunten Frauenblock an der Spitze der Demonstration geben und auf der Kundgebung sollten vor allem Frauen zu Wort kommen. Die Vorbereitung und Durchführung der Demonstration sollte aber von Frauen und Männern gemeinsam getragen werden. Auf dem ersten Bündnistreffen setzte sich dann aber ein Konzept von Verena Krieger (Grüne) durch, die eine Demo, allein von Frauen organisiert, vorschlug.

Angesichts der Männerdominanz bei der Vorbereitung politischer Aktionen hatte der Anspruch, eine allgemeinpolitische Demonstration allein von Frauen zu organisieren, einen großen Reiz. Aber dieser

Anspruch stieß auch bei vielen auf Unverständnis. Feministinnen wollten sowieso lieber eine reine "Frauendemo" und linke Männer und Organisationen fühlten sich nicht mehr angesprochen. Andererseits war die Aktion in "Frauenhand" vielleicht tatsächlich z.Zt. die einzige Möglichkeit, die Opposition aus DDR und BRD an einen Tisch zu bekommen.

Das Konzept, der "allein von Frauen organisierten Demonstration" hat in einigen linken Organisationen jedenfalls schon reichlich Staub aufgewirbelt, vor allem in der PDS. Obwohl die PDS immer ihre volle Unterstützung zugesagt hatte, kündigte das PDS-Präsidium vier Tage vor der Demonstration eine eigene Demonstration und Kundgebung in Berlin am 2.10. "Gysi-Superstar" an. (Die Aktion wurde später aus anderen Gründen - befürchteten Auseinandersetzungen mit Rechtsradikalen - wieder zurückgezogen.) Als ein Gespräch beim PDS-Präsidium dann relativ erfolglos blieb, verfaßten die Frauen des Vorbereitungskreises mit den Stimmen der PDS-Frauen Marlies Denecke und Sonja Kiesbauer einen "Offenen Brief" mit der Aufforderung, diesen im "Neuen Deutschland" zu veröffentlichen. Unter Druck geraten, erschien zwei Tage später auf der ersten Seite im "Neuen Deutschland" noch mal ein Aufruf des PDS-Präsidiums für die von dem Frauenbündnis organisierte Demonstration als "die entscheidende politische Aktion" (ND, 27.9.90). Sollen wir nun die PDS-Basis loben oder tadeln, weil sie ihrem Vorstand kaum gefolgt sind? Auch der "Offene Brief" wurde im "Neuen Deutschland" abgedruckt. Die "taz" weigerte sich, den offenen Brief abzudrucken mit der Begründung, daß diese Demo ja sowieso niemand wolle. Überhaupt strickte sie eifrig an der Legende, daß es sich um eine reine "Frauendemo" handle.

"Sozialdemokratisches Projekt"?

Auf hektische Abgrenzung stieß die Demonstration "Gegen die Einverleibung der DDR" bei Teilen der "Radikalen Linken" und GenossInnen der KB-Minderheit. Die Radikale Linke, anfangs noch bei den Bündnisgesprächen z.T. stark vertreten (wie z.B. in Hamburg) verabschiedete sich sang- und klanglos als klar war, daß das Frauenbündnis (zeitlich) keine "Konkurrenzveranstaltung" zu "ihrem Konzept" beabsichtigte. Nur die Radikale Linke-Bielefeld und einzelne Frauen der Radikalen Linken riefen zu der Demonstration am 29.9. mit auf.

Der "Knackpunkt" für die Nichtbeteiligung der Radikalen Linken war die Ablehnung einer breiteren Bündnispolitik, bzw. ihre Forderung eine prinzipielle Gegnerschaft zur "Wiedervereinigung" zur Voraussetzung für gemeinsame Aktionen zu machen. Das Frauenbündnis dagegen hatte ausdrücklich darauf verzichtet, die prinzipielle Gegnerschaft zur "Wiedervereinigung" zum Essential zu machen. Jede Organisation und politische Richtung sollte die Möglichkeit haben, in einem eigenen Aufruf und Redebeitrag auf der Kundgebung ihre politische Einschätzung und ihre Forderungen zu artikulieren. So gab es z.B. auch einen gesonderten Aufruf und Kundgebungsbeiträge der Westberliner autonomen Frauen und des Neuen Forums. Begründet wurde eine Nichtbeteiligung an der von dem Frauenbündnis geplanten Demonstration von einigen Radikalen Linken auch mit dem Horrorbild, daß die Demonstration ein "sozialdemokratisches Projekt" werde (Manon Tuckfeld auf der Versammlung der Radikalen Linken Ende Juli) und man doch nicht hinter Lafontaines Politik herlaufen könne (Dorothé Piermont, ebenda).

Eigentlich ist es schade, daß sich die Radikale Linke in die Demonstration am 29.9. nicht eingebracht hat, denn ein Beitrag, der das Schwergewicht mehr auf den Antifaschismus, Nationalismus und Rassismus gelegt hätte, wäre zu begrüßen gewesen. Andererseits ist es auch schade, wie wenig es gelungen ist, linke SozialdemokratInnen an der Demonstration zu beteiligen. Lediglich die Jusos und auch nur namens einiger Landesverbände beteiligten sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) blieb nach den ersten Bündnisgesprächen weg und die Rednerinnen der Gewerkschaften verabschiedeten sich kurz vor Stattfinden der Aktion. Ulrike Peretzki-Leid, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV, sagte ihre Beteiligung damit ab, daß die Demonstration "gegen die Wiedervereinigung" sei, und Gisela Kessler, Mitglied des Hauptvorstandes der IG-Medien (BRD) verschwand kurz vorher in der Versenkung. Auch eine Einbeziehung des linken Randes der Sozialdemokratie in der DDR war nicht gelungen.

Kritisiert wurde die Aktion gegen die Einverleibung der DDR auch von Frauen aus dem Neuen Forum. In einem "Offenen Brief" begründeten sie, ihre Kritik u.a. damit, daß der Aufruf eine Beteiligung von Menschen, die sich nicht als "Linke" definieren, nicht möglich mache: "... aber solche, die sich anders oder gar nicht politisch einordnen, werden ignoriert bzw. abgeschreckt. Einem großen Teil der Westfrauen scheint es gleichgültig zu

sein, ob sie außerhalb ihrer Zusammenhänge verstanden und ihre Forderungen akzeptiert werden ..." Vorgeworfen wurde den Initiatorinnen auch, daß sie in ihrem Aufruf der PDS angeblich einen "Persilschein" ausgestellt hatten. Die Kritik des Neuen Forums wurde von westdeutscher und DDR-Presse begierig aufgenommen, um gegen die Demonstration zu mobilisieren.

Resümee

Abschließend kann gesagt werden, daß die ersten kleinen Schritte einer aktionsbezogenen Zusammenarbeit zwischen DDR- und BRD-Opposition gelungen sind. Damit aus den kleinen Schritten aber große werden und der Großmacht Deutschland gegen das Schienbein getreten werden kann, muß noch viel getan werden. Eine Zusammenarbeit mit Toleranz muß verstärkt werden, ohne dabei inhaltliche Differenzen unter den Tisch zu kehren und eine Auseinandersetzung zu scheuen. Die Frauen haben gezeigt, daß das geht ...

Sy.

18. Die Akten der Staatssicherheit: Wer darf und wer will sie lesen?

Rubrik: Geheimdienste; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:40

Das Objekt der Begierde so greifbar vor Augen - da gab es schon in den ersten Tagen des Anschlusses kein Halten mehr für die Herren des Morgengrauens. Beamte des BKA drangen in das Zentralarchiv der MfS-Akten in der Berliner Normannenstraße ein. Ob sie fündig wurden oder sich nur mal umsehen wollten, ist nicht bekannt. Im "Zuge von Ermittlungsverfahren" sei diese Aktion gelaufen, ließ das BKA verlauten, um sie anderntags unterstützt von einer völlig ahnungslosen Bundesanwaltschaft gänzlich zu dementieren - hatte man doch nicht nur die Mahnwachen der Bürgerbewegungen vor den Toren des Gebäudes arg düpiert, sondern auch den just inthronisierten Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Verwaltung der Stasi-Archive, Jochen Gauck, zu der peinlichen aber wohl wahrheitsgemäßen Stellungnahme genötigt, er wisse von gar nichts. Worum geht es?

Die fast 200 km Aktenbestände des MfS lassen sich in vier Kategorien einteilen:

1. Die Quellenakten einschließlich der Kader und Personalakten. Darin enthalten sind personenbezogene Daten über offizielle und inoffizielle Mitarbeiter des MfS.

2. Die Personendossiers und personenbezogenen Vorgangsakten, die Daten und Spitzelberichte von Überwachungsopfern enthalten.

3. Die operativen Vorgangsakten, die Material über Ereignisse, Gruppen und Organisationen und in diesem Zusammenhang auch Personendaten enthalten.

4. Die Findhilfmittel, d.h. in der Regel Karteikarten, die den Zugriff auf die einzelnen Hauptakten ermöglichen.

Personendaten, die auf elektronischen Datenträgern gespeichert waren, sind bereits im März d.J. auf Beschluß des Rundes Tisches vernichtet worden. Dabei soll es sich um Daten über ca. 12 Mio. Menschen gehandelt haben.

Zentraler Punkt bei den Auseinandersetzungen um die Akten war stets die Frage der Verfügungsgewalt über die Bestände. Von Seiten der Bundesregierung wurde zu keinem Zeitpunkt ein Zweifel daran gelassen, daß sie selbst die vollständige Verfügung über die Akten beanspruchen würde, und am Erhalt des Bestandes interessiert war, zum "Zwecke der Wiedergutmachung, zur Verfolgung von Straftaten und zur Überprüfung von Kandidaten und Mandatsträgern", so Innenminister Schäuble gegenüber der "Welt" (31.8.). Zu kurzfristigen Irritationen auf westdeutscher Seite war es lediglich im Mai/Juni gekommen als bekannt wurde, daß auch Akten über 2 Mio. BRD-Bürger sowie Abhörprotokolle von Politikertelefonaten im Fundus enthalten sind. Schäuble löste das Problem, indem er seine Geheimdienste anwies, solche Akten(kopien), die sich zum damaligen Zeitpunkt bereits im Besitz eben jener Dienste befanden, zu vernichten. Kein Problem, da er für die Zukunft den Gesamtbestand in Aussicht hatte.

Komplizierter gestaltete sich die Auseinandersetzung in der DDR. Die Bürgerbewegungen und Stasi-Auflösungskomitees wollten die Akten unter die Verfügung von regierungsunabhängigen Gremien gestellt wissen, mit dem Ziel, die Akten Betroffenen zumindest auf dem Wege des Einsichtsrechts zugänglich zu machen, um Rehabilitations- und Rechtsansprüche geltend machen zu können sowie um eine historische Aufarbeitung, die nicht vom tagespolitischen Geschehen bestimmt sein sollte, zu gewährleisten. Dem hat sich die de Maiziére-Regierung vehement widersetzt. Die Verfügungsgewalt wurde Innenminister Diestel übertragen. Die Beteiligung der Komitees daran mag zwar zu einer gegenseitigen Blockade geführt haben, war aber im Sinne einer späteren Übernahme durch die Bundesregierung unbedenklich und vor dem Hintergrund einer sensibilisierten DDR-Öffentlichkeit sicher opportun. Das Einsichtsrecht für Betroffene wurde mit dem "Mord und Totschlag-Argument" weggefegt, daß auch von Seiten der PDS häufig aufgegriffen wurde, der Realität in der EX-DDR aber wohl kaum standhält.

Diestel selber trat öffentlich mit stets wechselnden Positionen auf, von der Zentralisierung der Akten in Berlin zwecks "besserer Auswertungsbedingungen" bis hin zur Vernichtung der Akten äußerte er je nach Bedarf alles

und sicherte sich damit Rückhalt bis in die Reihen der PDS und seiner Ministeriumsmitarbeiter hinein, zumal er in der Frage des Einsichtsrechts immer auf Regierungskurs war.

Der Streit eskalierte im August, als klar war, daß ohne weitere Regelungen, mit dem Anschluß die völlige Übernahme der Akten durch die Bundesregierung vonstatten gehen würde. In der Volkskammer einigte man sich auf einen Kompromiß in Form des "Gesetzes über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/- AfNS", das die dezentrale Lagerung der Akten in den DDR-Ländern, ihre Verwaltung durch parlamentarische (nicht Regierungs-) Beauftragte und einen - im einzelnen noch zu regelnden - Betroffenenzugriff zu Rehabilitierungszwecken, festschrieb, und immerhin jegliche geheimdienstliche Nutzung explizit ausschloß.

Wie brüchig der Kompromiß war, zeigte sich am Verhalten der Unterwerfungsvertragsunterhändler der DDR-Regierung, die auf jedwede Einarbeitung des Gesetzes in den 2. Unterwerfungsvertrag verzichteten, der in allen Punkten das glatte Gegenteil enthielt, nämlich die Überstellung sämtlicher Akten an das Bundesarchiv in Koblenz, dessen Chef gleichzeitig den Regierungsbeauftragten für die Akten machen sollte. Damit wäre natürlich auch der ungehinderte Zugang der westdeutschen Geheidienste gesichert gewesen.

Diesem offenen Affront folgte die Besetzung des Berliner Stasi-Archivs durch Teile der Bürgerbewegungen und tägliche Aktionen vor den dezentralen Archiven im Lande. Zentrale Forderungen waren die Aushändigung der Personendossiers an die Betroffenen, parlamentarische Kontrolle der Restakten, deren historische Aufarbeitung und der Verbleib der Akten in den DDR-Ländern. Hintergrund der Forderung nach Aushändigung der Personendossiers an die Betroffenen war die Überlegung, die Betroffenen selbst entscheiden zu lassen, was mit ihren Akten geschieht, ob sie die Akten für Rehabilitationszwecke verwenden wollten, oder ob sie sie vernichten wollten. Jedenfalls wären sie so dem Zugriff interessierter Dienste entzogen gewesen und Nachteile für die Betroffenen hätten aus ihnen nicht mehr erwachsen können - eine Sichtweise der sich im September, spät aber immerhin, auch Vertreter der PDS anschließen konnten. Die Volkskammer bestätigte ihr Gesetz und drang auf "Nachbesserung" des Unterwerfungsvertrages. Und so geschah es.

Die Akten dürfen in den EX-DDR-Ländern verbleiben, denn "ob die Akten an einem oder an mehreren Orten gelagert werden, ist eine technische Frage, solange sie zentral verwaltet werden" so Schäuble gegenüber dem ZDF - und das werden sie, nämlich von dem eingangs erwähnten Sonderbeauftragten der Bundesregierung Jochen Gauck, Mitglied des Neuen Forums, ehemaliger Vorsitzender des Volkskammer-Ausschusses zur Stasi- Auflösung. Das Vorschlagsrecht für ihn lag bei der Volkskammer. Na, wenn das kein echter Kompromiß ist. Akteneinsicht wird es natürlich nicht geben, so Gauck gegenüber der TAZ (19.9.90), vielleicht ein Auskunftsrecht, aber das wird noch durch eine Benutzerordnung geregelt, und wenn die steht, dann darf auch der Verfassungsschutz anfragen - vielleicht nicht im Sinne von Regelanfragen aber "Formen von Pauschalisierung", so Gauck, "wird es wohl geben". Bis es soweit ist, bleibt die "Nutzung oder Übermittlung von Daten für nachrichtendienstliche Zwecke ausgeschlossen", "bis auf die unumgängliche Mitwirkung bei der Aufklärung und Verfolgung von Straftaten...", versteht sich (Anlage zum Unterwerfungsvertrag) - Festlegungen, mit denen Gauck nicht die geringsten Probleme hat und die Bundesregierung schon gar nicht.

anti-rep/KB Hamburg

19. Die Firma expandiert - Berufsverbotewelle im Anrollen

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:12

Der sich abzeichnende Untergang der DDR ließ beim bundesdeutschen Verfassungsschutz schon früh die Alarmglocken klingeln. Ein großer Teil der Arbeitsbereiche - "orthodoxer Linksextremismus" ebenso wie DDR-Spionageabwehr - würde in absehbarer Zeit zusammenbrechen, und man befürchtete kritische Fragen nach der politischen Legitimation des eigenen Ladens oder zumindest Überlegungen zur Reduzierung der Personalstärke. Deshalb trafen schon am 28.2./1.3.90 VS-Experten zu einer Klausurtagung zusammen, bei der über die weitere Zukunft des Dienstes, Restrukturierung, personelle Umschichtungen etc. diskutiert wurde. Als Konsequenzen wurden eine "maßvolle Personalverstärkung" im Rechtsextremismusbereich, eine "effiziente Personalaufstockung aus dem freiwerdenden Potential anderer Abteilungen" im Bereich Ausländerextremismus sowie möglicherweise die Zusammenlegung der Abteilungen Linksextremismus und Linksterrorismus angepeilt. (Zitate aus dem Protokoll der Tagung)

Gleichzeitig wurden unter dem Titel "Neue Aufgaben für den Verfassungsschutz" Überlegungen formuliert, die eine gewaltige Ausweitung der VS-Befugnisse bringen würden. Die "Organisierte Kriminalität" versuche zunehmend, "durch Korrumpierung von Funktionsträgern in Politik, Verwaltung und Justiz einzudringen". Dem müsse eine planmäßige Bekämpfung bereits im Vorfeld entgegengesetzt werden. Diese Vorfeldarbeit könne "von der Polizei nicht oder nur unzureichend geleistet werden", da diese an den Verdacht auf Straftaten oder Abwehr konkret definierbarer Gefahren gebunden sei. Daher solle die "Vorfeldarbeit im Bereich der organisierten Kriminalität (insbesondere beim Rauschgift) den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zugewiesen werden". Entsprechend wäre die Aufgabenbestimmung des VS umzudefinieren in "Amt für innere Sicherheit".

Nun hat ja aber die Polizei selbst in jahrelanger Kleinarbeit den Begriff der Organisierten Kriminalität zur zentralen Argumentationsgrundlage für eigene geheimdienstliche Befugnisse ausgebaut (Notwendigkeit von V-Leuten und Under Cover Agents, Wanzen und Richtmikrophonen, Rasterfahndung und exzessiven Vorfeldermittlungen), und so dürfte der VS-Vorstoß dort als anmaßende Unverfrorenheit aufgefaßt worden sein. An der immensen Machtfülle eines Geheimdienstes mit quasipolizeilichen Aufgaben, der zudem noch offen ankündigt, sich auf Politik, Verwaltung und Justiz als Beobachtungs(vor)feld konzentrieren zu wollen, scheint derzeit auch sonst niemand gesteigertes Interesse zu haben: Von Bundesinnenminister Schäuble bei der Vorstellung des VS-Berichtes brav vorgetragen und von der FDP öffentlich abgelehnt, ist es um diesen Vorschlag erst einmal wieder still geworden. Ebenfalls zur Debatte gestellt wurde eine Kontrolle "sensitiver Technologieexporte" durch den VS (eine alte Domäne des BND, siehe etwa dessen Mitwirkung an der irakischen B- und C-Waffenaufrüstung) und in jüngster Zeit die Übernahme der Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes (der ja tatsächlich analog zum VS, nur innerhalb der Bundeswehr, arbeitet).

Der für die Geheimdienste zuständige Staatssekretär Stavenhagen hat inzwischen zugesichert, beim Verfassungsschutz werde es jedenfalls "keinen personellen Abbau" geben. (WamS, 26.8.90) Die öffentliche Diskussion um den VS war ohnehin nur höchst zaghaft in Gang gekommen, ein Appell von Humanistischer Union/Bündnis 90 und ein Bundestagsantrag der Grünen zur Abschaffung des VS, hier ein VS-kritischer Artikel in der "Zeit", dort die eine oder andere Stimme aus FDP oder SPD für eine Reduzierung des Umfangs - und damit schlief die Debatte dann schon wieder ein. Die angeführten Vorschläge sind sicher nicht nur als Auffanglinien zu interpretieren, sondern sie verdeutlichen - zusammen betrachtet - weitreichende Ambitionen des Verfassungsschutzes auf ein größeres Stück politischer Macht im Sicherheitsapparat und in der Gesellschaft Gesamtdeutschlands.

Nach einem Bericht des in diesen Dinge nahe der Quelle sitzenden "Spiegel" knallen inzwischen schon wieder die Sektkorken: der VS feiert seinen Einmarsch in der DDR - ohne Skrupel um die "übergroßen Vorbehalte der DDR-Bevölkerung gegen eine nachrichtendienstliche Tätigkeit" (VS-eigene Einschätzung, nach Spiegel 37/90). Bereits Ende Februar hatten sich die Teilnehmer der zitierten Klausurtagung darauf verständigt, angesichts der glänzenden Erfahrungen mit 40 Jahren bundesdeutschem VS "dieses Modell auch in den dann neuen Bundesländern einzuführen" und dort jeweils Landesbehörden für Verfassungsschutz einzurichten. Das

Bundesamt müsse Zentralstelle bleiben und durch zusätzliche Kräfte aus den neuen Bundesländern verstärkt werden.

Die Landesämter, wurde jetzt bekannt, sollen genauso organisiert werden wie im Westen und jeweils rund 150 bis 200 feste Stellen umfassen. Rund die Hälfte der "Aufbaumitarbeiter" sollen nach einem bereits detailliert ausgearbeiteten Personalschlüssel aus dem Westen importiert werden. Die "technische Erstausstattung" (inklusive Anschluß an den NADIS-Computer) ist ebenso unter Dach und Fach wie Aufteilung der DDR-Länder für "Patenschaften" zu VS-Landesämtern in der BRD. (Spiegel 37/90) Über die Tatsache, daß diese Länder bisher weder Regierungen noch Parlamente haben - die den Aufbau von Landesämtern für Verfassungsschutz erst beschließen müßten -, noch irgendwelche Landesgesetze als rechtliche Grundlage (VS-Chef Boeden: "nicht zwingend erforderlich"), wird mit ebensolch naßforscher Dreistigkeit hinweggegangen wie über die Abwehr der Bevölkerung gegen neue Spitzeltruppen.

Ein gewisses Problem stellt noch die Rekrutierung der benötigten Agenten und V-Mann-Führer dar. Während "unter den Mitarbeitern der westdeutschen Verfassungsschutzbehörden ein ausgeprägtes Interesse" bestehe, in der DDR tätig zu werden (Welt, 10.4.90), müsse man bei der Gewinnung von lokalen "Mitarbeitern" leider auf Leute ohne fachliche Qualifikation zurückgreifen nach dem Motto "Learning by Doing". Es sei "aus politischen wie psychologischen Gründen" nämlich nicht zu verantworten, Leute mit (bekannter) Stasi-Vergangenheit zu übernehmen - "abgesehen von Einzelfällen mit nachgewiesenem Widerstandsvorlauf". (So steht das allen Ernstes in dem schon zitierten Protokoll) Nach allem, was man aus der DDR-Bürgerbewegung über das Interesse des VS an "Experten" der Stasi hört, würde es uns nicht wundern, wenn das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit sich in der Summe der Einzelfälle geradezu als Zentrum des Widerstands herausstellen würde ...

Über die sich stellenden Aufgaben ist man sich schon einig. Im Mittelpunkt wird, das hat Stavenhagen schon im Juni angedeutet, die Bespitzelung der PDS stehen. Das Material wird insbesondere bei den bevorstehenden Säuberungen des ehemaligen DDR- Staatsdienstes verwendet werden. Dessen Personalbestand soll von über zwei Millionen auf etwa die Hälfte reduziert werden. Innenminister Schäuble kündigte nach der vollzogenen Einheit "klare personalpolitische Schnitte" gegen Beschäftigte an, die "vorher oben waren und nun schon wieder als Fettaugen auf der Suppe schwimmen". Die Bundesregierung werde dafür sorgen, daß das entsprechende Personal "im Unter- und Mittelbau" (zunächst) bei den Arbeitsverwaltungen und der Treuhand entlassen werde. (Welt, 8.10.90) Eine Überprüfung von Schulleitern und Hochschullehrern hat Bildungsminister Möllemann angekündigt. Zwar sollen erklärtermaßen nicht alle ehemaligen SED-Mitglieder entlassen werden, aber Beamtenbewerber müßten eben "die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten" - die klassische Formel in Berufsverboteverfahren. "Zweifel" an der Verfassungstreue sieht Schäuble "bei Bewerbern, die vor dem 9. November 1989 Funktionen in der SED und ihren Blockparteien sowie in den Massen- und gesellschaftlichen Organisationen innehatten". Bei einer Anhörung müßten diese Bewerber glaubhaft machen, daß sie sich "von dem kommunistischen System abgelöst" hätten. (Handelsblatt, 18.9.90)

Schon die Überleitungsgesetze und Anlagen zum Staatsvertrag wurden unter dem Blickwinkel der beabsichtigten Berufsverbote abgefaßt. Alle künftigen Beamten haben einen Revers zu unterschreiben, daß sie an "Verstößen gegen die Menschlichkeit oder die Rechtsstaatlichkeit" nicht beteiligt gewesen seien und keine Stasitätigkeiten ausgeübt hätten. Außerdem wurde eine obligatorische dreijährige Probezeit für neue Beamte und kurze Kündigungsfristen vereinbart, so daß die praktische Schwelle für Berufsverbote sehr niedrig gehängt ist und durch die Reverse auch nach der Verbeamtung jederzeit eine Entlassung formal einfach zu bewerkstelligen ist. Der schmutzige Part des VS wird dabei sein, einerseits die "geläuterten" Staatsbediensteten von den immer-noch-PDS-Mitgliedern (oder sonstigen Linken) zu scheiden und andererseits mit Hilfe der Stasi-Akten und -Überläufer belastendes Material gegen diejenigen zusammenzustellen, die man rausschmeißen will.

anti-rep/KB Hamburg

20. Alles redet von Rußland; wo bitte liegt Sibirien?

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:06

Geographisch wird diese Frage für die meisten Menschen ohne Probleme zu beantworten sein. Dennoch bleibt sie bestehen, denn in den Medien der westlichen Welt wird über die Situation in Moskau, in Belorußland, dem Baltikum und den südasiatischen Republiken der Union berichtet. Aber die Lage in einem der größten und ökonomisch wichtigsten Teil der Russisch Sozialistischen Föderativen Sowjet Republik (RSFSR) spielt bei diesen Betrachtungen kaum eine Rolle. Dabei stammen rund 80% der Deviseneinnahme der Union der Sozialistischen Sowjet Republiken (UdSSR) aus dem Verkauf sibirischer Rohstoffe. Doch aus Sicht der in dieser Region lebenden und arbeitenden Menschen ist der Rückfluß von Investitionen in dieses Land seit Jahrzehnten mehr als mangelhaft. Sie werfen der Moskauer Zentralregierung vor, Sibirien als Kolonie aber nicht als gleichwertigen Bestandteil der Russischen Föderation behandelt zu haben. Separatistische Stimmen werden laut, unabhängig ob es sich um ArbeiterInnen aus dem Westen der UdSSR, ehemalige Strafgefangene bzw. Verbannte oder Ureinwohner Sibiriens handelt.

Sibirien, das auf den gleichen geographischen Breiten wie Kanada liegt, ist ein reiches Land. Nicht nur, daß es die gesamte UdSSR mit Rohstoffen und Energie versorgt, es deckt auch fast den gesamten Devisenbedarf der Union. Darüberhinaus ist die Landwirtschaft in den südlichen Teilen so produktiv, daß über ein Drittel in die übrige UdSSR ausgeführt wird. Allen voran ist dies ein besonderes Ärgernis für die SibirerInnen, sie fühlen sich als der Keller der UdSSR aus dem sich fast alle bedenkenlos bedienen.

Sei es im Bereich der begehrten Rohstoffe, die in einer für Mensch und Natur extrem rücksichtslosen Art und Weise aus dem Boden geholt werden oder die jahrzehntelange Praxis, Menschen, die gesellschaftlich in Ungnade gefallen waren, nach Sibirien zu verbannen, für alles scheint die Lösung Sibirien zu heißen.

Das Erbe der Vergangenheit

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution war Sibirien unabhängig, Lenin war einer der ersten Gratulanten. Da aber die Region um Omsk eines der Hauptrekrutierungs und -aufmarschgebiete der Weißen unter Koltschak im Bürgerkrieg war, wurde Sibirien von der Roten Armee wieder in den Verbund der Union geholt. Diese Erfahrungen des Bürgerkrieges waren für Stalin immer ein Argument gegen eine größere Eigenständigkeit der Region. Darüberhinaus wurde in den dreißiger Jahren der berüchtigte GULag aufgebaut, dessen meisten Lager und Verbannungsorte östlich des Urals lagen und liegen, ebenfalls ein Grund, jede Eigenständigkeit von vornherein zu vermeiden bzw. den Zugriff der Moskauer Zentralgewalt stets zu gewährleisten.

Zu diesem Zweck wurde unter Stalin Sibirien in vier Großregionen und zwölf Bezirke unterteilt, die allesamt der Moskauer Zentralregierung direkt unterstellt sind. Damit wurde verhindert, daß sich in Sibirien eigene kommunale Strukturen bilden und der Zugriff seitens der Ministerien nicht durch örtliche Instanzen in seiner Effektivität begrenzt werden sollte. Angesichts der Pläne für einen forcierten industriellen Aufbau in den ersten beiden Fünfjahresplänen waren solche Effektivitätsüberlegungen durchaus angebracht. Und so wurde in den dreißiger Jahren damit begonnen, Sibirien in eine moderne Industrieregion zu verwandeln. Metallurgische Werke entstanden in Magnitogorsk in bis dahin in der UdSSR nicht bekannten Dimensionen, im Kuzneker Becken wurden Gruben zur Erz- und Kohlegewinnung in den Boden getrieben, ebenso im nördlichen Vorkuta; desweiteren wurde die Förderung von Erdöl und Erdgas modernisiert und forciert.

Die für den Aufbau und den Betrieb dieser Anlagen notwendigen Menschen als Arbeitskräfte wurden einerseits aus den bestehenden Straflagern und Zuchthäusern rekrutiert, andererseits durch die Versprechungen von einem besseren Einkommen und höheren Lebensstandard sowie durch eine immense Verbesserung der Karrierechancen in diese Gebiete gelockt. Hinzukommt, daß in der Zeit der ersten beiden Fünfjahrespläne noch eine gewisse Aufbruchstimmung innerhalb der sowjetischen Gesellschaft herrschte, die auch mit dazu beitrug, daß Menschen nach Sibirien gingen, um dort für den Aufbau des Sozialismus zu arbeiten. So entstanden Industriedörfer, in deren Mittelpunkt die jeweiligen Betriebe waren und sich die Behausungen der arbeitenden Menschen in ihrer unmittelbaren Nähe befanden. Diesen Charakter haben viele Siedlungen bis heute behalten. Zum Teil durch die nach wie vor anhaltende Zuwanderung von Menschen vorwiegend aus dem Westen der UdSSR, zu einem wesentlich größeren Teil dadurch, daß in Moskau niemand ein Interesse

daran hatte und hat, die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Menschen real den Verhältnissen im Westen des Landes anzupassen.

Die Art und Weise wie in den dreißiger Jahren die Industrialisierung dieser Region begonnen und bis heute fortgesetzt wurde ist eine permanente Belastung für die Natur, von der kontinuierlichen Ausbeutung und Verseuchung der Menschen ganz zu schweigen. Aber niemand ist derzeit dazu in der Lage, diesen Teufelskreis von Gewinnerwirtschaftung und rücksichtsloser Ausbeutung von Mensch und Natur zu durchbrechen. Auch die kühnsten Reformer sind auf Gewinne aus der industriellen Produktion angewiesen, um Geld für den Umbau und die Modernisierung der Gesellschaft zu haben. Und genau in diesem Finanzbedarf der Sowjetunion liegt eine der Schwierigkeiten, mit Sibirien anders als bisher umzugehen. Sei es der Export von Gold, Erzen, Kohle, Erdgas oder -öl, alles führt zu Deviseneinnahme und somit dazu, daß sich die Lage in der UdSSR nicht noch weiter verschlechtert. Unter diesem Blickwinkel wird zwar in Sibirien Raubbau an Mensch und an den natürlichen Ressourcen praktiziert, er scheint aber angesichts der insgesamt katastrophalen Lage in der UdSSR verantwortbar. Doch dies wird von den SibirerInnen längst nicht mehr so gesehen bzw. akzeptiert. Sie fühlen sich als Moskauer Kolonie.

Selbständig - aber wie?

Mit dem Beginn der Perestroika unter Gorbatschow veränderte sich auch die innere Lage Sibiriens. Die Menschen wurden selbstbewußter und begannen, sich von Moskau zu lösen. Die Universität und die übrigen Institute von Nowosibirsk etwa waren die ersten, die öffentlich den Kurs von Gorbatschow unterstützten, ihn zum Teil mit vorbereitet hatten. Dies strahlte auch auf das übrige Land aus. So schlossen sich mehrere Städte und Gemeinden zu einer "Assoziation sibirischer Städte" zusammen, um gemeinsam ihre Interessen gegen Moskau zu formulieren und durchzusetzen. Mittlerweile sind fast alle größeren Städte und Gemeinden Mitglied in dieser Assoziation. Die größere Eigenständigkeit der Gemeinden ist genauso ihr Ziel, wie eine weitergehende Autarkie der Betriebe wie sie ihnen im Gesetz über die wirtschaftliche Rechnungsführung eingeräumt wurde. Denn auch nach dieser Reform sind es nach wie vor die Ministerien in Moskau, die bestimmen, was produziert wird und wohin die Gewinne fließen. Dies soll dahingehend geändert werden, daß ein größerer Teil der betrieblichen Gewinne entweder von den Gemeinden oder den Betrieben selbst reinvestiert wird. Davon wird sich eine Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, der örtlichen Versorgung und den betrieblichen Arbeitsbedingungen versprochen.

Ein weiterer Aspekt ist die Öffnung der Städte und Gemeinde sowohl für in- als auch ausländische BesucherInnen. Denn bislang konnten viele Gebiete in dieser Region nur aufgrund einer Sondergenehmigung bereist werden. Hintergrund ist einerseits, daß der größte Teil der nationalen Goldproduktion in Sibirien stattfindet, daß viele Industriebetriebe im Bereich der Rüstung arbeiten und weite Teile des Landes militärische Sperrgebiete sind. So war es bis vor kurzem nur unter großen Schwierigkeiten möglich, die Insel Sachalin zu besuchen oder Wladiwostok zu betreten. In solchen Gemeinden haben die Militärs natürlich einen starken Einfluß auf die Politik der örtlichen Sowjets. Dies konnte aber bei den letzten Kommunalwahlen durchbrochen werden. Obwohl beispielsweise das Militärkommando von Wladiwostok seinen Kandidaten einen eigenen Wahlhaushalt zur Verfügung gestellt hatte, wurde ein Zivilist zum Vorsitzenden des Sowjet gewählt; und der versucht seitdem u.a., die Stadt BesucherInnen zu öffnen.

Doch damit noch nicht genug. Viele örtliche Sowjets diskutieren zur Zeit, wie sie ihren Teil der sowjetischen Gesellschaft modernisieren können. Viele denken dabei an eine stärkere Zusammenarbeit mit westlichen Firmen, insbesondere aus Japan, Südkorea, der USA aber auch der VR China. Zum einen liegt es daran, daß mit Firmen aus diesen Ländern bereits Joint Venture bestehen, zum anderen aber auch an den historischen Bindungen in der Region. So hat die Insel Sachalin nach wie vor Verbindungen zum japanischen Hokaido, die Regionen Jakutien und Magadan zum amerikanischen Alaska. Mit einer Ausweitung der Zusammenarbeit sollen sowohl der Lebensstandard in den Regionen gehoben als auch die Umweltbelastungen seitens der Industrie mittels modernster Technologie verringert werden. Aber hierzu benötigen die sibirischen Industrieregionen eine größere Unabhängigkeit von der Zentrale in Moskau. So haben sich bereits die ersten Regionen von Sibirien für ökonomisch selbständig erklärt. Die Region Jakutien, das Gebiet Magadan, die Insel Sachalin, die Halbinsel Kamschatka nutzten hierzu das politische Klima nach dem Antritt von Boris Jelzin als russischen Präsidenten.

Aber vielen SibirerInnen gehen diese zaghaften Schritte bereits zu weit. Denn sie sind nach wie vor eng mit den Regionen im Westen der UdSSR verbunden. Sei es durch verwandtschaftlichen Verbindungen oder eine eigene Wohnung. Denn nach wie vor erhalten alle, die sich bereit erklären in Sibirien zu arbeiten nicht nur mehr Lohn und doppelt soviel Urlaub wie die übrigen, sie erhalten auch das Recht, ihre bisherige Wohnung zu behalten. Abgesehen davon, daß dies angesichts der Wohnungsnot in allen europäischen Städten der UdSSR zumindest fragwürdig ist, so garantieren solche Rechte natürlich auch ein soziale Verbundenheit mit dem Herkunftsrayon. Desweiteren sehen sich viele Militärs und Apparatschiks in ihrer bisherigen Bedeutung für die örtliche Politik bedroht. Auch sie haben ein großes Interesse daran, daß sich die Enge der Verbindung zu Moskau nicht löst. Doch im Zuge der Neugestaltung der kommunalen Beziehungen innerhalb der Föderation und der gesamten Union werden solche Kräfte an Bedeutung verlieren. Aber auch die Hoffnung der reformwilligen Kräfte mittels technologischer Modernisierung die Zukunft des Landes zu meistern, kann sich als trügerisch erweisen.

Sibirien als Unionsrepublik?

Für manche ReformerInnen ist dies durchaus eine realistische Vorstellung. So etwa Alexej Manannikow, der die erste sibirische Nachrichtenagentur betreibt. (SibIA: Sibirskoje informazionnoje agentstwo, sibirische Nachrichtenagentur); Manannikow hat mit seinen Informationen und Zeitungen dazu beigetragen, daß sich sowohl die Gedanken von Glasnost und Perestroika in Sibirien verbreitern konnten, als auch, daß so etwas wie sibirisches Selbstbewußtsein stärker in die Öffentlichkeit dringt. So war es im Sommer 1988 seine Agentur, die Berichte über die streikenden Bergarbeiter in Sibirien verbreitete, lange bevor sich TASS dieses Problems annahm.

Doch neben solchen positiven Erscheinungen ist die Lockerung des bisherigen Zugriffs der staatlichen Zentralgewalt für Sibirien nicht nur von Vorteil. Denn die vier Großregionen Sibiriens haben keine eigene kommunale Struktur, die Städte und Gemeinden sind weitgehend auf sich selbst gestellt. Dies kann auch die Assoziation der sibirischen Städte bislang noch nicht auffangen, so daß ein Auseinanderdriften der bisher gegen die Zentrale gerichteten Interessen zu befürchten steht.

Denn durch die fehlenden Strukturen versucht jede kommunale Einheit ihr eigenes Glück, mitunter ohne zu wissen, was in der Nachbarregion geschieht. Zudem können Firmen aus dem Ausland die oft gleichen Interessen der Gemeinden bei der Ansiedlung von Industrieprojekten zu ihren Gunsten gegeneinanderausspielen. Dies wurde bisher durch die Steuerung und Zuständigkeit der Zentrale in Moskau verhindert. Außerdem treten seit dem schrittweisen Wegfall der zentralen Kompetenzen die Unterschiede der sibirischen Regionen offen zu Tage. In der Region Tjumen am Eismeer meldet sich beispielsweise das Volk der Nentzen stärker zu Wort. Sie fordern einen Stopp des aggressiven Abbaus von Rohstoffen in ihrer Region, da sie keinen Raum mehr für ihre traditionelle Form des Lebens und Arbeitens mehr haben. Die Nentzen sind Nomaden, die auch heute noch mit ihrem Vieh von Weide zu Weide ziehen und sich neben der Viehzucht vom Fischfang und der Jagd ernähren. Bislang waren sie aufgrund der Weite der Tundra in ihrer Existenz nicht bedroht, doch seitdem in den siebziger Jahren zahlreiche Städte in diesem Gebiet aus dem Boden gestampft wurden, werden ihre Herden nicht mehr vom Hungertrieb auf andere Weiden geleitet, sondern vom Lärm der modernen Zivilisation vertrieben; oft in Gebiete direkt am Eismeer, die zwar noch ruhig aber auch unfruchtbar sind.

Aber auch auf der Halbinsel Kamtschatka gibt es ähnliche Forderungen der Ureinwohner. Die Evenken, Aleuten und Tschukschen fürchten um den Bestand ihrer ca. 140.000 Rentiere, sollte der Ausbau der Industrie weiter forciert werden. Doch nicht nur die traditionellen Lebens-und Arbeitsgewohnheiten der Ureinwohner der Regionen sind gefährdet, die gesamte ökologische Belastung Sibiriens ist weitaus höher als die der übrigen UdSSR. Die Lebenserwartung der Menschen ist hier kleiner und die Kindersterblichkeit wesentlich höher als im Landesdurchschnitt. Und dies wird sich sicherlich nicht ändern, wenn sich Vorstellungen zu einem weiteren offensiven Ausbau der Industrie durchsetzen.

So propagierte unlängst der Bevollmächtigte des Außenwirtschaftsministeriums der UdSSR für die Region Magadan, Jewgenij Tarassow, diese Region offensiv in eine aufstrebende Wirtschaftszone zu verwandeln. Da diese gesamte Region reich sei an Vorkommen von Gold-, Silber-, Nickel-, Aluminium-, u.a. Metallvorkommen, sowie über Kohle, Erdgas und Erdöl verfüge, müsse doch eine lukrative Zusammenarbeit mit westlichen Firmen möglich sein. Darüber hinaus empfahl Tarassow in einem TASS-Gespräch, das auch die weltweit

größten Rentierbestände von über 650.000 Tieren industriell verwertbar seien sowie die Fischereiindustrie auf westliches Niveau gebracht werden könne. Zudem will Tarassow die Region noch mit einem weiteren Ausbau der Erdöl und -gasförderung beglücken. Da vermutet wird, daß sich das sogenannte Alaska-Schelf bis in diese Region erstreckt, werden reichhaltige Vorkommen dieser begehrten Energieträger erhofft.

Diese Pläne stammen zwar von einem Beamten aus der Moskauer Zentrale, die sibirischen Reformer sind allerdings diesen Ansätzen grundsätzlich nicht abgeneigt, möchten sie aber in eigener Regie und zum eigenen, regionalen Vorteil in die Tat umsetzen. Dies mag bei dem einen oder anderen Projekt auch gelingen, aber die beabsichtigte Beendigung der rabiaten Ausbeutung der Rohstoffe mit seinen negativen Folgen für die Menschen und ihre Umwelt wird damit nicht erreicht. Allerdings bleibt den Menschen in Sibirien kaum etwas anderes übrig, wenn sie sich nicht die Lebensgewohnheiten der Ureinwohner zueigen machen wollen.

Insgesamt ist die Situation in Sibirien, wie in der übrigen UdSSR, durch eine anhaltende Versorgungskrise gekennzeichnet. Angesichts der unübersehbaren Schwierigkeiten die diesjährige Ernte einzubringen, droht insbesondere der Region Sibirien ein Hungerwinter. Dieses Aussichten werden die politische Einsichtsfähigkeit nicht gerade erhöhen. Es ist im Gegenteil davon auszugehen, daß die separatistischen Kräfte an Zulauf gewinnen werden. Dies erachte ich in Anbetracht der fehlenden eigenen kommunalen Strukturen und der, wenn mensch so will, schützenden Hand der Zentrale vor dem ungehinderten Zugriff des westlichen Kapitals auf die für alle Teile der UdSSR lebensnotwendigen Rohstoffe, für eine fatale Entwicklung. Statt dessen wäre eine schrittweise Loslösung vom unmittelbaren Zugriff der Moskauer Ministerien bei gleichzeitigem Aufbau eigener Strukturen wünschenswert. Innerhalb dieses Prozesses wären auch die berechtigten Interessen der Ureinwohner miteinzubringen und auch umzusetzen. Da aber alle politischen Kräfte in Sibirien und der gesamten UdSSR mit Ausnahme erzkonservativer und religiös-fanatischer Kreise auf die Entwicklung in und den vermeintlichen Vorsprung der kapitalistischen Staaten schauen, wird so eine Entwicklung kaum eintreten. Diese Sichtweise ist aufgrund der konkreten Lebensumstände der Menschen verständlich, führt aber in ihrer politischen Praxis zur weiteren Auflösung der UdSSR.

as

21. Sowjetunion zwischen Anarchie und Diktatur

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:32

1. September 1990, sechstes Jahr nach Beginn der Perestrojka: in der UdSSR diskutiert man Putsch-Gerüchte. Die "Literaturnaja Gazeta" macht sich Gedanken, wie die Armeespitze auf Abrüstungsmaßnahmen, Umstellung von Rüstungsbetrieben, auf die große soziale Probleme auslösende Rückkehr zehntausender wohnungs- und arbeitsloser Soldaten aus Osteuropa reagieren wird. Ihre Vermutung: "Der militärisch-industrielle Komplex wird mit allen Computern alle Möglichkeiten durchrechnen und herausfinden, daß die sicherste und billigste Lösung jener Militärputsch ist, mit dem sich Politiker und Journalisten gegenseitig Angst machen und die Bevölkerung in Fieber versetzen."

Die "Moskowskije Nowosti" behauptet unter Berufung auf einen radikal-liberalen Soldatenverband, es gebe bereits einen detaillierten Plan für den Ablauf eines Militärputsches. Die Putschisten wollten ihr Vorgehen damit rechtfertigen, daß die Perestrojka gefährdet sei, daß Gorbatschow das Land in den Ruin getrieben und die Ideen des Sozialismus verraten habe. Ein "Komitee zur nationalen Rettung" solle dann die Macht übernehmen. Der frühere Oberbefehlshaber in Afghanistan, Gromow, der jetzt den Militärbezirk Kiew (Ukraine) leitet, wird von der Zeitschrift als einer der angeblichen Putschplaner namentlich genannt.

Der Abgeordnete Bjeloserzew fordert Auskunft, warum in Moskau vier Luftlande-Divisionen stationiert und zwei weitere Divisionen dem KGB unterstellt worden seien. Die "Komsomolskaja Prawda" schreibt von seltsamen nächtlichen Truppenbewegungen in Rjasan, 150 Kilometer südwestlich von Moskau. Ein Fallschirmjäger-Regiment sei am 9. September alarmiert worden, habe scharfe Munition empfangen und sei Richtung Moskau in Marsch gesetzt worden. Zur gleichen Zeit seien auf dem Flughafen von Rjasan Einheiten einer Luftlande-Division abgesetzt worden. Eine weitere, in Witebsk (Belorußland) stationierte Luftlande-Division, sei ebenfalls Richtung Moskau aufgebrochen. Auch eine Elite-Division der Truppen des Innenministeriums (Bürgerkriegs-Polizei) sei in Kampfbereitschaft versetzt worden.

Kommentar von Verteidigungsminister Jasow: Erstens sei das alles gelogen und frei erfunden. Zweitens stünden gewisse Truppenbewegungen in Zusammenhang mit der Vorbereitung der Paraden zum Jahrestag der Oktoberrevolution, drittens seien die Fallschirmjäger zum Ernteeinsatz gefahren, und viertens habe die in Witebsk stationierte Luftlande-Division wegen der "zugespitzten Lage" die dem KGB unterstellten Grenztruppen verstärken müssen.

2. Anfang Oktober: das Zentralkomitee der KPdSU tagt. Gorbatschow ruft die Partei auf, "sich dem Ansturm der separatistischen Kräfte entgegenzustellen". Den Aktivitäten "extremistischer und nationalistischer Kräfte", die vor nichts zurückschrecken, um "ein Klima des nationalen Hasses und des Terrors" zu schaffen, müsse endlich Einhalt geboten werden. - Die scheinbare Dramatik dieser Worte lockt in der UdSSR längst keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. In dieser ultimativen Sprache läßt sich Gorbatschow nun schon seit vier Jahren vernehmen. "Einhalt gebieten" sagt sich so leicht, aber einen praktischen Vorschlag zu diesem Thema hatte der Erste Mann der zweiten Weltmacht auch diesmal nicht einzubringen, nicht einen einzigen. Das Land gewöhnt sich an scharfe Sprüche, an das folgenlose "entschieden Einhalt gebieten" und "energische Maßnahmen ergreifen", an Fallschirmjäger, die nachts mit scharfer Munition und Tränengas zum Kartoffelbuddeln ausfahren. Und wohl kaum jemand wird erstaunt sein, falls er wirklich eines Tages in der Morgendämmerung vom Scheppern der Panzerketten oder von Kolbenschlägen an der Haustür geweckt wird.

3. In der UdSSR existiert heute ein schroffes Nebeneinander von weitgehender Liberalität, ja Staatsohnmacht und Anarchie, auf der einen und brutalem Terror auf der anderen Seite. Wo das Militär und die Truppen des Innenministeriums mit diktatorischen Vollmachten regieren, gibt es Zustände, die jedem Vergleich mit Serbiens Kosovo und Israels besetzten Gebieten standhalten. Über die Lage in Nagorny Karabach, wo seit Januar Ausnahmezustand herrscht, berichtet die deutschsprachige sowjetische Zeitschrift "Neue Zeit" (24.9.). Einige Beispiele: Jede Art von Veranstaltungen (Theater, Kino, Fußball) ist verboten, von politischen Kundgebungen gar nicht zu reden. - Die Militärverwaltung verhängt empfindliche Geldstrafen von 500 bis 1000 Rubel gegen Bewohner, nur weil sie an die Parlamente der UdSSR und Armeniens Telegramme schickten, in denen sie über die Willkür des Militärs klagten. - Der Leiter des Rundfunks von Karabach wird durch Befehl des Militärkommandanten abgesetzt. Als er sich weigert, den Befehl zu unterschreiben, wird er auf der Stelle

verhaftet und zu 30 Tagen Arrest verurteilt. - In die Redaktion der regionalen Zeitung wird ein Militärzensor gesetzt, ohne dessen Erlaubnis keine Zeile in Druck gehen darf. - Schikanöse und brutale "Hausdurchsuchungen" sind an der Tagesordnung, bei denen wahllos geprügelt und zerstört wird. Oft "verschwinden" dabei Geld, Schmuck oder auch schon mal das Fahrzeug einer Kolchose. Wer protestiert, wird erst mißhandelt und dann in Arrest genommen. - Als im Mai in der Gebietshauptstadt ein Soldat aus dem Hinterhalt erschossen wird, folgt eine blutige Rache-Aktion der Besatzungstruppen: alle Passanten, die gerade greifbar sind, werden zusammengeschlagen, es wird gezielt auf Wohnungsfenster und Autos geschossen. Ein angeschossener Autofahrer liegt eine Stunde in seinem Fahrzeug, während die Soldaten jede Hilfe verhindern. Der Mann stirbt später im Krankenhaus.

Armee-Einheiten und Truppen des Innenministeriums waren im Herbst 1989 schon in 71 Orten der UdSSR zur "Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" stationiert. Ihre Gesamtstärke war damals 16.700 Mann, davon allein ein Drittel in Karabach. Inzwischen ist die Zahl der Einsatzorte und die Truppenstärke zweifellos noch einmal erheblich gewachsen. Aber könnten das die Methoden werden, mit denen sich das ganze riesige Land regieren läßt?

4. Es ist in den letzten vier, fünf Jahren unglaublich viel geschehen. Gorbatschow trat als Erneuerer des Sozialismus an und wird als sein Liquidator in der Geschichte verzeichnet werden. Noch auf dem 27. Parteitag der KPdSU im März 1986 gingen die Partei und ihr Erster Mann davon aus, daß in der Sowjetunion die leidige "Nationalitätenfrage" endgültig und bestens gelöst worden sei. Ein für allemal vorbei seien nationale Unterdrückung und Ungleichheit; durchgesetzt und "fest im Bewußtsein Dutzender Millionen Menschen verankert" habe sich die "unverbrüchliche Völkerfreundschaft"; das Sowjetvolk sei eine "qualitativ neue soziale und internationale Gemeinschaft" geworden. - So steht es in Gorbatschows Rede von damals, so steht es auch im heute noch gültigen Parteiprogramm der KPdSU, das damals beschlossen wurde.

Als 1987 die Praxis aufkommender nationaler Massenproteste die krampfigen Thesen dementierte, reagierte die Staatsgewalt noch in allen Teilen des Landes mit Gummiknüppel und Arrestzelle. Die offiziellen Medien flankierten die Repression. 1988 konnte in den baltischen Sowjetrepubliken erstmals legal demonstriert werden; anderswo wurden Demonstrationen noch bis ins Jahr 1989 hinein konsequent unterdrückt und auseinandergeprügelt. Ein weiteres Beispiel für den radikalen Wandel der Verhältnisse: Die Männer, die heute an der Spitze der armenischen Politik stehen, waren Anfang 1989 noch im Gefängnis, weil sie dem Karabach-Komitee angehörten.

5. Im November 1988 hatte ein Staatsakt Premiere, der damals wenig Beachtung außerhalb der UdSSR fand, aber in den letzten Monaten dutzendfach nachgeahmt wurde: Estland erklärte sich für "souverän". Der Begriff ist irreführend, denn gemeint war damals, wie auch bei den meisten heutigen Erklärungen, nur eine eingeschränkte Selbständigkeit im Rahmen der Sowjetunion. Immerhin erhob Estland damals schon, als erste Sowjetrepublik, den Anspruch, eigene Gesetze und Verfassungsgrundsätze vorrangig gegenüber denen der UdSSR zu behandeln. In der Praxis war jedoch an eine Realisierung des deklarierten Anspruchs überhaupt nicht zu denken.

In der zweiten Jahreshälfte 1989 folgten Litauen und Lettland, Armenien und Aserbeidschan, Georgien sowie die Moldawische Sowjetrepublik dem estnischen Beispiel. Alle erhoben sie auch die Forderung, das Land, die Bodenschätze und die Produktionsanlagen müßten als alleiniges Eigentum ihrer Republik, und nicht des Zentralstaats UdSSR, gelten. Hinzu kamen Gesetze über eigene Staatsbürgerschaft, Wiederherstellung alter Staatssymbole und Nationalfeiertage.

Gorbatschow befahl den Republiken, ihre Souveränitäts-Erklärungen zu widerrufen, da sie verfassungswidrig und ungesetzlich seien. Die Republiken widerriefen nicht, waren andererseits aber auch nicht in der Lage, die auf dem Papier stehende "Souveränität" gegen die Zentralmacht zu realisieren.

Im Frühjahr 1990 erklärten die drei baltischen Republiken ihre volle staatliche Unabhängigkeit: Litauen am 11. März, Estland am 30. März und Lettland am 4. Mai. Das formale Vorgehen der drei Republiken unterscheidet sich im Detail, nicht aber in der Substanz: übereinstimmend gehen sie davon aus, daß sie nun unumkehrbar außerhalb der UdSSR stehen, daß Moskau mit ihnen daher gleichberechtigt von Staat zu Staat zu sprechen habe, und daß sie an Erörterungen über einen neuen Unionsvertrag, also einen mehr föderativen Umbau des Sowjetstaates, keinesfalls teilnehmen werden.

Der Versuch der Zentralmacht, an Litauen ein Exempel zu statuieren und die Republik durch eine Wirtschaftsblockade in die Knie zu zwingen, blieb erfolglos: die Mitte April unterbrochene Belieferung mit Erdöl und -gas wurde Ende Juni/Anfang Juli wiederaufgenommen. Absolut wirksam geworden war die Blockade aufgrund der halbanarchischen Verhältnisse in der UdSSR wohl nie; Litauen hatte wenigstens einen Teil seines Bedarfs über den schwarzen Markt und Tauschbeziehungen mit anderen Republiken decken können. Nach der Erklärung der Russischen Föderation, die Unabhängigkeit Litauens zu respektieren und normale Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik aufzunehmen, war der Boykott faktisch nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen.

Inzwischen ist allerdings ein Zeitraum von drei Monaten ungenützt verstrichen. Anfang Oktober haben sich Vertreter der UdSSR und Litauens erstmals zu einem offiziellen Gespräch getroffen, das allerdings nur einen formalen und vorbereitenden Charakter hatte. In der litauischen Nationalbewegung wächst die Ungeduld. Die Entwicklung gibt scheinbar den "Radikalen" Recht, die von Anfang an argumentierten, daß Gespräche mit Moskau zwecklos seien.

Gorbatschow aber scheint zu meinen, daß die Zeit für ihn arbeitet. Fragt sich, was ihn zu dieser erstaunlichen Annahme motiviert. Bedenkliches teilte die litauische Regierungschefin Tarwidene nach einem Gespräch mit Gorbatschow Ende September mit: der habe eine völlige Unabhängigkeit Litauens als "unannehmbar" bezeichnet. Daraufhin habe sie ihn an frühere Äußerungen erinnert, in denen er ein selbständiges Litauen im Prinzip nicht abgelehnt hatte. Antwort Gorbatschows: die Situation in der Welt habe sich seither "stark verändert". Auch die westlichen Länder hätten kein Interesse an einer Destabilisierung der UdSSR.

6. Die Lage der kleinen Republiken in der UdSSR wäre kaum besser als aussichtslos, wenn nicht die erklärte "Souveränität" der Russischen Föderation (RSFSR) der Zentralmacht einen Schlag versetzt hätte, den sie nicht mehr zu parieren vermag. Mit der Wahl des von Gorbatschow heftig bekämpften Kontrahenten Boris Jelzin zum Präsidenten der RSFSR, Ende Mai, war bereits die Vorentscheidung gefallen. Am 12. Juni erklärte das russische Parlament die "staatliche Souveränität" der RSFSR. Obwohl dieses Gremium politisch stark polarisiert ist zwischen "Konservativen" und "Reformern", wie die mühsame Wahl Jelzins gezeigt hatte, war man sich diesmal einig: 907 Stimmen gegen 13 (und 9 Enthaltungen).

Die so beschlossene Deklaration sieht unter anderem vor, daß die RSFSR "das ausschließliche Recht auf Besitz, Nutzung und Verfügung über den nationalen Reichtum Rußlands" beansprucht. Die RSFSR will selbständig Verträge mit anderen Sowjetrepubliken ebenso wie mit ausländischen Staaten abschließen.

Der russische Sonderweg zieht der Zentralmacht den Boden unter den Füßen weg. Die RSFSR umfaßt drei Viertel des sowjetischen Territoriums, und es lebt dort mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung der UdSSR. Aus der Russischen Föderation stammen 90% des sowjetischen Erdöls, 70% der Erdgasproduktion, 60% des Zements, 84% des Papiers, 58% des Stahls und 62% der Elektrizitätserzeugnisse der UdSSR. Die RSFSR trägt praktisch 100% der sowjetischen Ausfuhr von PKWs, Kupfer und Holz. Beachtliche Anteile am Export hält sie außerdem bei Öl und Aluminium (90%), bei Gas, Elektrizität und Nickel (60-75%).

Handfester Krach ist vorprogrammiert: die RSFSR bestreitet der Zentralmacht das Recht, Gold und Diamanten aus Rußland zu verkaufen - und stellt damit eine wesentliche, vermutlich existentielle Finanzquelle des zentralen Haushalts in Frage. Es fielen sehr harte Worte: der russische Justizminister sprach in Zusammenhang mit jüngsten Großverkäufen von Gold, anderen Edelmetallen und Diamanten durch die UdSSR von einem "mafiahaften Milieu". Eine "unfähige Führung" verschleudere Rußlands Bodenschätze. Anscheinend wollten einige Spitzenpolitiker der Zentralmacht sich damit einen lukrativen Abgang sichern, "nachdem sie alles bis ins äußerste Chaos getrieben haben". - Gorbatschow konterte: die Haltung Rußlands sei ungesetzlich und füge dem ganzen Land großen Schaden zu, da sie es schwerer mache, Güter im Ausland zu kaufen und Kredite zu erhalten.

Hintergrund des Streits: Die sowjetische Zentralregierung hat gerade kürzlich mit dem südafrikanischen Konzern De Beer ein Riesengeschäft im Wert von fünf Milliarden Dollar abgeschlossen, das De Beer für fünf Jahre das Monopol auf die Vermarktung sowjetischer - und das heißt praktisch überwiegend russischer - Diamanten sichert. Außerdem hat die UdSSR in letzter Zeit auffallend viel Gold verkauft: für rund 3,5 Milliarden Dollar allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres, für eine weitere Milliarde allein innerhalb von zwei

Wochen im August. Da muß man nicht einmal übermäßig mißtrauisch sein, um auf beängstigende Gedanken zu kommen.

7. Mit der Souveränitäts-Erklärung der RSFSR beschleunigten sich auch die gleichlaufenden Prozesse in jenen Republiken, die diesen Schritt bis dahin noch nicht getan hatten. Bis Ende August hatten 14 der 15 Sowjetrepubliken ihre "Souveränität" deklariert. Es fehlt nur noch die Kirgisische SSR - vielleicht deshalb, weil dort die Kirgisen weniger als 50% der Bevölkerung ausmachen. Überhaupt haben sich in den zentralasiatischen Republiken der UdSSR die Nationalbewegungen später und schwächer entwickelt als in anderen Teilen des Landes. Vielleicht sind hier die Tendenzen, sich von der UdSSR zu lösen, auch deshalb schwächer, weil diese Republiken von der Umverteilung der Finanzen innerhalb der UdSSR wohl am meisten "profitiert" haben, vor allem auf Kosten der RSFSR, wie jedenfalls die russischen Politiker meinen. Da die RSFSR jedoch schon ihre Absicht erklärt hat, ihre Abführungen an die Zentrale drastisch zu reduzieren - laut Jelzin von 70 auf 20 Milliarden Rubel -, dürfte sich dieser Gesichtspunkt abschwächen.

Einige Besonderheiten der unterschiedlichen Souveränitäts-Erklärungen verdienen Erwähnung. Alle enthalten sie selbstverständlich den Vorrang der Republikgesetze und die alleinige Verfügung über das Produktivvermögen. Zusätzlich beansprucht beispielsweise die Ukraine das Recht, eigene Streitkräfte aufzustellen und einen eigenen Sicherheitsdienst zu bilden, sie will ein neutraler Staat werden, der keinem Militärblock angehört, und sie will künftig Atomwaffen weder produzieren noch auf ihrem Territorium stationieren lassen. Für die bisherige Ausbeutung ukrainischer Rohstoffe wird ein Anteil an den Devisen-, Diamanten- und Goldreserven der Zentralregierung beansprucht.

Die relativ weitgehende ukrainische Souveränitätserklärung wurde vom Demokratischen Block, dem Bündnis der nationalistischen Opposition, formuliert und ins Parlament eingebracht. Dieser Block ist zwar in der Westukraine die führende Kraft, stellt aber im ukrainischen Parlament insgesamt nur die Minderheit. Dennoch wurde diese Deklaration mit 355 gegen nur vier Stimmen verabschiedet.

Eigene Streitkräfte zum Schutz seiner Grenzen will auch Armenien aufstellen. Die armenische Staatsbürgerschaft soll nicht nur für Bewohner der Republik gelten, sondern von allen in der UdSSR oder im Ausland lebenden Armeniern erworben werden können. Armenien strebt ferner an, vollberechtigtes Mitglied der UNO zu werden, später vielleicht auch eigene Botschaften im Ausland zu unterhalten.

Eigene Streitkräfte will, mit dem Argument der "Parität", auch das mit Armenien verfeindete Aserbeidschan aufstellen. Dies soll geschehen, indem ein Teil der aserbeidschanischen Wehrpflichtigen aus anderen Teilen der UdSSR abgezogen und in der Republik selbst unter eigenem Kommando stationiert wird. Die aserbeidschanische Regierung legt Wert auf die Feststellung, daß es wirklich nur um einen Teil der Wehrpflichtigen geht und daß sie im Gegensatz zu den meisten anderen Republiken den Dienst in der sowjetischen Armee grundsätzlich in der bisherigen Form akzeptiert. Überhaupt hebt Aserbeidschan sich vom Trend deutlich ab, indem es die allgemeinen Autonomie- und Souveränitätsbestrebungen als "zu extrem" kritisiert. Die aserbeidschanische KP scheint auch das in der UdSSR vermutlich einmalige Kunststück fertigzubringen, aus den Parlamentswahlen, deren erster Durchgang Anfang Oktober stattfand, als klarer Sieger hervorzugehen. Die KP dieser Republik hat sich allerdings auch besonders bereitwillig und hemmungslos dem heimischen Chauvinismus und Fundamentalismus angepaßt, der bis zu Massakern an armenischen Bewohnern ging.

Von erheblicher militärischer Bedeutung ist die Entscheidung Kasachstans, das dortige Testgelände für Atomwaffen zu schließen und überhaupt Atomwaffen auf seinem Gebiet weder herstellen noch lagern zu lassen.

Daß der Wille nach größerer Unabhän gigkeit teilweise auch mit dem Entstehen neuer Bindungen einhergeht, zeigt, neben der engen Zusammenarbeit der drei baltischen Republiken, auch die Entwicklung in Zentralasien. Hier sind die Sowjetrepubliken Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgisien eine regionale Kooperation eingegangen, die zum Sammelpunkt der islamischen und turksprachigen Teile der UdSSR werden könnte.

8. Der Auflösungsprozeß des multinationalen Zentralstaats UdSSR wird noch dadurch verstärkt, daß innerhalb der einzelnen Sowjetrepubliken verschiedene Untergebilde und Nationalitäten eigene Souveränitäts-Erklärungen beschließen. Die UdSSR hat unterhalb der Ebene der 15 Sowjetrepubliken (SSR)

20 autonome Republiken (ASSR), 8 autonome Gebiete und 10 autonome Bezirke mit abgestuften Selbstverwaltungsrechten. Überwiegend liegen diese Gebilde auf dem Territorium der RSFSR.

Schon im Januar dieses Jahres wurden in dem zu Georgien gehörenden Südossetischen Autonomen Gebiet Forderungen laut, den Status einer ASSR zu erhalten und die Führung des Gebiets neu zu besetzen. Gruppen von Tausenden teilweise bewaffneter Georgier belagerten daraufhin die Hauptstadt des Gebiets. Georgische Nationalisten fordern ein Verbot der ossetischen Volksfront und die Auflösung des autonomen Gebiets. - Die Osseten, ein Volk von etwa 600.000 Menschen, sind verwaltungsmäßig gespalten. Die Nordosseten haben eine ASSR, die zu Rußland gehört.

Als erste autonome Republik deklarierte Anfang August die Karelische ASSR ihre "Souveränität" innerhalb der RSFSR und der UdSSR. Karelien will demnach künftig selbständig über seine internationalen Beziehungen und über Veränderungen seines staatsrechtlichen Status entscheiden. - Das Gebiet liegt nördlich von Leningrad und grenzt an Finnland. Nur etwa 11% der 800.000 Bewohner gehören dem finnischen Volk der Karelier an, 71% sind Russen.

Die Abchasische ASSR, die auf dem Territorium Georgiens liegt, erklärte sich Ende August mit äußerst knapper Mehrheit ihrer Parlamentarier für unabhängig von Georgien. Sie beansprucht jetzt den Status einer eigenen Sowjetrepublik innerhalb der UdSSR. - Die Abchasen bilden in der nach ihnen benannten ASSR nur noch 17% der Bevölkerung von etwa 600.000 Menschen. Im Frühjahr und Sommer 1989 war es zu blutigen Kämpfen zwischen Georgiern und Abchasen gekommen. Das georgische Parlament hat die abchasische Deklaration sehr scharf als verfassungswidrig und ungültig zurückgewiesen.

Ebenfalls Ende August erklärte sich die im Norden Rußlands gelegene ASSR der Komi für souverän. Es soll dort künftig eine eigene Staatsbürgerschaft geben, Komi soll neben Russisch gleichberechtigte Staatssprache werden. Die ASSR beansprucht die Verfügungsgewalt über die beträchtlichen Bodenschätze ihres Territoriums; unter anderem liegt dort das Kohlegebiet von Workuta. Die ASSR ist 415.000 qkm groß, was beispielsweise das Sechsfache der Fläche Litauens ist. Die mit den Finnen verwandte Urbevölkerung der Komi stellt nur noch 28% der rund 1,4 Millionen Einwohner. Über die Zugehörigkeit zur RSFSR und zur UdSSR soll später in einem Referendum entschieden werden.

Ebenso Ende August erklärte sich die an der Wolga auf dem Gebiet der RSFSR gelegene Tatarische ASSR durch einstimmigen Parlamentsbeschluß für souverän. Sie beansprucht jetzt selbständigen Republikstatus. Es leben dort knapp 4 Millionen Menschen. Die Tataren waren bisher mit 6,5 bis 7 Millionen Menschen die größte der sowjetischen Nationen, die keine eigene SSR haben. (Die nächstgrösseren sind die Deutschen und die Juden mit jeweils um die zwei Millionen Menschen.)

Ende September erklärte sich die Jakutische ASSR in Ostsibirien, bisher Teil der RSFSR, zur eigenständigen Sowjetrepublik und beansprucht das alleinige Verfügungsrecht über ihre Bodenschätze. Das Gebiet Jakutiens übertrifft an Ausdehnung die zweitgrößte Sowjetrepublik, Kasachstan, hat aber nur etwa 300.000 Einwohner, wovon etwa ein Drittel Jakuten und mehr als die Hälfte Russen sind. Die Region ist durch Vorkommen von Gold und Diamanten wirtschaftlich hochinteressant.

Im Oktober hat die Burjatische ASSR ihre Autonomie im Rahmen der UdSSR, also anscheinend den Status als eigene SSSR, erklärt. Das bisher zur RSFSR gehörende Gebiet grenzt an die Mongolei; nur etwa 23 % der über eine Million Bewohner gehören zum mongolischen Volk der Burjaten.

Eine Selbstaufwertung zur eigenständigen Sowjetrepublik scheint auch in der bisher Rußland unterstellten Tuwinischen ASSR bevorzustehen. In dem relativ großen, an die Mongolei grenzenden Gebiet wohnen nur 300.000 Menschen, von denen etwa 60% zum turko-mongolischen Volk der Tuwinen gehören. - Die ASSR war in den letzten Monaten Schauplatz blutiger nationalistischer Unruhen, bei denen es mindestens 90 Tote gab. Tausende von Russen haben deshalb fluchtartig das Gebiet verlassen.

Gleichfalls im Oktober wertete sich der fernöstliche Autonome Kreis der Korjaken zur Autonomen Republik auf; die Zugehörigkeit zur RSFSR wird jedoch nicht in Frage gestellt. Der Kreis liegt auf der Halbinsel Kamschatka und sieht sich um die Erträge der dort liegenden Industrie betrogen. - Auch der benachbarte Autonome Kreis der Tschuktschen will künftig Autonome Republik sein.

9. Ein besonderes Kapitel sind die Sezessionen von Volksgruppen, die bisher überhaupt keine eigene Verwaltungseinheit hatten, sowie der Autonomismus einiger Städte und Regionen. Auch hierzu eine - vermutlich unvollständige - Übersicht.

Abgeordnete des kleinen Volkes der Gagausen, das hauptsächlich im Südwesten der Moldawischen Republik lebt, riefen im August einseitig die Unabhängigkeit von Moldawien aus und gaben die Gründung einer eigenen Sowjetrepublik bekannt, die ausdrücklich Bestandteil der UdSSR sein soll. Am 28. Oktober sollten im gagausischen Gebiet Wahlen zu einem Parlament stattfinden. Die moldawische Regierung erklärte die Beschlüsse sämtlich für ungesetzlich und verfügte die Auflösung der dortigen Nationalbewegung. - Die Gagausen sind ein turksprachiges, aber christliches Volk, dessen größter Teil (knapp 160.000 Menschen) in Moldawien lebt. Sie hatten 1906 schon einmal die Unabhängigkeit von Rußland ausgerufen, die damals 15 Tage währte.

In der ostmoldawischen Stadt Tiraspol wurde Anfang September eine unabhängige Republik der russischsprachigen Bewohner Moldawiens proklamiert, die sich ausdrücklich zur UdSSR bekennt. Die Russen machen in Moldawien nur 12,8% der Bevölkerung aus, bilden aber im Osten der Republik zusammen mit anderen Russischsprachigen (vor allem "russifizierte" Ukrainer) die Mehrheit. Dies ist zugleich das Haupt-Industriegebiet Moldawiens. - In Tiraspol und einigen anderen Städten hatten schon im Januar Volksabstimmungen stattgefunden, die angeblich von der russisch-chauvinistischen "Vereinigung der Arbeiterkollektive" organisiert wurden. In allen übrigen vorwiegend russischen Gebieten Moldawiens soll nun bis zum 1. November über die Zugehörigkeit zu der neuen Republik abgestimmt werden. - Die moldawische Regierung hat all dies für völlig illegal erklärt, eine sogenannte Präsidialherrschaft mit diktatorischen Vollmachten verkündet und sich hilfesuchend an Gorbatschow gewandt.

In Ostlitauen fand Anfang Oktober ein Kongreß polnischer Parlamentarier und Kommunalräte statt, der im Gebiet östlich der Hauptstadt Wilna ein "Polnisches Nationales Autonomes Gebiet" proklamierte, das jedoch Bestandteil Litauens bleiben soll. Es leben dort 200.000 Menschen; das mehrheitlich polnische Gebiet wurde 1939 aufgrund der deutsch-sowjetischen Geheimabkommen von Litauen annektiert. Insgesamt gehören etwa 7% der Bewohner Litauens zur polnischen Minderheit. - Die Ausrufung des autonomen Gebiets wurde von der litauischen Regierung als "ungesetzlich" abgelehnt.

In Estland widersetzt sich der Stadtrat der mehrheitlich von Russen bewohnten Industriestadt Narwa, ebenso wie zwei kleinere Städte, der Lostrennung von der UdSSR. Die entsprechenden Beschlüsse des estnischen Parlaments werden als ungültig bezeichnet; die Ausführung von Anweisungen der estnischen Regierung, soweit sie im Kontext der Unabhängigkeit von der UdSSR stehen, wird abgelehnt.

Faktisch gespalten ist die Ukraine, die bevölkerungsmäßig zweitgrößte Sowjetrepublik. Das hängt insbesondere mit der unterschiedlichen Geschichte von Ost- und Westukraine zusammen. Jene ist relativ stark "russifiziert", der ukrainische Nationalismus ist dort entsprechend gedämpfter. Seine Hochburg hat er in der Westukraine, die bis zum Ersten Weltkrieg zu Österreich gehörte, danach bis zur Annexion durch die UdSSR 1939 polnisch wurde. Mehrere westukrainische Stadtverwaltungen, an erster Stelle die von Llow - das frühere galizische Lemberg -, machen eine von der Republikregierung unabhängige Politik, die von dieser als "ungesetzlich" abgelehnt wird, aber anscheinend schon nicht mehr verhindert werden kann. Bisher krassestes Beispiel: der Stadtrat der Stadt Ternopol hat Anfang September beschlossen, die Gebietsorganisationen der KPdSU und des Jugendverbands Komsomol zu enteignen.

Eine weitgehend eigenständige Politik machen u.a. auch die Stadträte und Behörden großer sowjetischer Städte wie Moskau und Leningrad, aber beispielsweise auch Kaliningrads im ehem. Ostpreußen, das größere Unabhängigkeit bei Anlehnung an die baltischen Republiken anstrebt.

10. Die Situation konkurrierender Machtverhältnisse in der UdSSR erinnert an den Verfall großer Reiche in Zeiten einer schwachen Zentralmacht. Vordergründig mag es der sowjetischen Regierung sogar willkommen sein, wenn Sowjetrepubliken, die selbst auf Lostrennung zusteuern, Probleme mit Teilen ihrer Bevölkerung kriegen, die eigene Separatismen dagegensetzen und die, sei es auch nur als trotzige Gegenreaktion, die Zugehörigkeit zur UdSSR betonen. In den Republiken, die mit solchen Problemen konfrontiert sind, ist man sich ohnehin einig, daß die widerspenstigen Bewegungen nationaler Minderheiten allesamt und total von der Zentralmacht manipuliert, wenn nicht gar gesteuert werden. Dies zu beweisen, dürfte schwerfallen, wurde

bisher wohl auch noch gar nicht versucht. Die Intoleranz, ja teilweise Aggressivität, mit der Georgier, Litauer oder Moldawier die bei ihnen lebenden Minderheiten behandeln, kontrastiert auffallend zu ihrem eigenem Drang nach nationaler Selbstverwirklichung.

Wenn die sowjetische Zentralmacht hier wirklich ihr Spiel mit dem Schüren nationaler Konflikte betreiben sollte, wäre dies wohl ein gefährliches Spiel. Letztlich stärkt auch die Destabilisierung aufmüpfiger Sowjetrepubliken nicht die Zentralmacht, sondern vermehrt die allgemeine Destabilisierung als Zustand der gesamten sowjetischen Gesellschaft. Dann würde es zwischen dem totalen Auseinanderfallen der Sowjetunion - mit vermutlich furchtbaren Folgen für die internationale Politik - und dem Versuch einer zentralistischen Diktatur, der jedoch leicht in einem neuen Bürgerkrieg stranden könnte, bald wirklich keine Alternative mehr geben.

Kt., Hamburg

22. Inkatha - Terror im Dienste der Apartheid

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:16

Bis hinein in die Reihen der bundesdeutschen Unterstützerinnen und Unterstützer des Anti-Apartheid-Kampfes in Südafrika macht sich seit einigen Wochen eine gewisse Rat- und Hoffnungslosigkeit bemerkbar. Droht die Entwicklung im Apartheid-Staat, die noch zu Beginn des Jahres mit der Freilassung von Nelson Mandela, der Legalisierung der breiten politischen Opposition und manch anderen erkämpften Freiheiten eine Wende zum Guten zu nehmen schien, jetzt in einen blutigen und undurchschaubaren Bürgerkrieg zu münden? Die mediale Vermittlung trägt, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, das ihre dazu bei, aktive Solidarität zu passivem Mitgefühl und Analyse wieder zum Vorurteil zurückzubilden. "Schwarze kämpfen gegen Schwarze, ANC gegen Inkatha, Nelson Mandela mit Gatsha Buthelezi um die Macht", so wird die Situation in Südafrika auf den falschen Nenner gebracht. Die rechten Deutschen höhnen dann rassistisch weiter, daß "die Schwarzen eben nicht fähig zur Demokratie" seien. Und die linken Deutschen bleiben skeptisch und distanziert, weil in Südafrika "ja alles so undurchschaubar" sei. Diese Einstellung führt unter anderem dazu, daß die im wesentlichen für den Terror verantwortliche Inkatha erhebliche finanzielle und politische Unterstützung von der Kohl-Regierung erhält, ohne daß es spürbare Proteste dagegen gibt.

Bis vor wenigen Monaten wurde Inkatha-Chef Gatsha Buthelezi in der bürgerlichen Presse hier als der gute, weil gewaltfreie und dialogbereite schwarze Politiker dargestellt, den man gern in einer starken Position im zukünftigen Südafrika gesehen hätte. Für Konzerne und Politiker war Buthelezi seit den siebziger Jahren der Mann, auf den man setzte und in den man investierte (u.a. durch die Konrad-Adenauer-Stiftung). Buthelezi versprach einen dritten Weg, zwar gegen die Apartheid, aber für die Marktwirtschaft sich einzusetzen. Insbesondere war er gut als willfähriger Kronzeuge gegen den ANC zu benutzen. Die Politik des ANC, mit der Durchsetzung internationaler Sanktionen und mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes das Apartheid-Regime in die Defensive zu bringen, wurde von Buthelezi stets kritisiert und damit erschwert. Natürlich mußte und durfte Buthelezi bei alledem das Apartheid-System heftig kritisieren, ohne dafür Probleme zu bekommen. Im Gegenteil förderte die Pretoria-Regierung ihn an allen Ecken und Enden. Dennoch blieb ihr Kalkül, Buthelezi zu dem allseits anerkannten schwarzen Führer und Verhandlungspartner zu machen, erfolglos.

Stattdessen hat sich, gestützt auf die Kämpfe der schwarzen Bevölkerung im letzten Jahr, der ANC als wesentliche Kraft im Land behauptet und mußte von dem de Klerk-Regime anerkannt werden. Buthelezi befand sich national und international im Abseits. Heute verhandeln die Konzerne direkt mit dem ANC als der zukünftigen regierenden Partei im Lande. Und weltweit wird Nelson Mandela selbst von solchen Politikern empfangen, die ihm noch kurz zuvor als Mitgründer einer "kleinen terroristischen Organisation" ein rasches Ende gewünscht haben. Von Buthelezi, dem angeblichen Sprecher von Millionen von "guten Schwarzen", sprach Anfang des Jahres kaum noch jemand, jedenfalls nicht auf der politischen Bühne im In- und Ausland. Auch an den weltweit beachteten Gesprächen zwischen ANC und weißer Regierung Anfang Mai und später war Buthelezi nicht beteiligt. Seine politische Karriere, gar seine Hoffnung auf eine Rolle als erster schwarzer Präsident Südafrikas sind wohl beendet.

Dennoch wird Buthelezi auf absehbare Zeit erheblichen Einfluß auf die innere Entwicklung Südafrikas nehmen können, und zwar solange, wie das Regime ihn braucht, als einflußreichen und nützlichen Vasallen im schmutzigen Krieg gegen die Befreiungsorganisationen. Buthelezis Inkatha könnte so für Südafrika das werden, was die Renamo für Mocambique oder die Unita für Angola bedeutet: eine international geförderte Terrororganisation mit dem alleinigen Ziel, den Aufbau einer unabhängigen Gesellschaft, auf die die imperialistischen Staaten nur begrenzte Zugriffsmöglichkeiten hätten, durch Terror und Sabotage zu verhindern. Bereits heute gibt es ernste Vermutungen, daß die Renamo in der von Buthelezi beherrschten Region KwaZulu/Natal logistische Stützpunkte unterhält. Es gibt den begründeten Verdacht, daß bei den September-Massakern in der Johannesburger Region Renamo-Kämpfer beteiligt waren.

Inkatha - eine nationale Befreiungsbewegung ?

Die direkten Attacken von Inkatha-Kämpfern begannen 1987 in den dichtbewohnten Siedlungen um die großen weißen Städte Pietermaritzburg und Durban in der Provinz Natal. In dieser Provinz verstreut liegen die vielen kleinen Teile des vom Apartheid-Regime konstruierten Home-Land KwaZulu. KwaZulu ist wie alle

anderen Anfang der siebziger Jahre gegründeten Homelands vollständig von der Regierung in Pretoria abhängig, kann und soll aber in dieser Abhängigkeit seine inneren Angelegenheiten selbst regeln. Als Regierungschef von Apartheids-Gnaden wurde Buthelezi eingesetzt und mit zahlreichen Privilegien ausgestattet. Dazu gehört auch das Kommando über die Polizeikräfte. Es muß ausdrücklich betont werden, daß Buthelezi von den Traditionen des Zulu-Volkes her zwar einer von vielen Chiefs ist, aber als Sprecher oder gar "Zulu-Führer" keinerlei Legitimation von der Bevölkerung hat. In dem Vielvölkerstaat Südafrika leben viele Angehörige des Zulu-Volkes zudem weit entfernt von KwaZulu, z.B. in der Goldminen-Region um Johannesburg. Etliche traditionelle Zulu-Chiefs haben sich, sogar unter Lebensgefahr, von Buthelezi distanziert. Der Zulu-König wurde von Buthelezi ausgebootet.

Buthelezi hat es allerdings verstanden, die ihm von Pretoria verliehene Macht als Chief-Minister über die ca. vier Millionen im Home-Land lebenden Menschen intelligent und zu seinem Vorteil so einzusetzen und auszubauen, daß er zu einem Machtfaktor für das ganze Land werden konnte. Sein wichtigstes Instrument dazu war und ist Inkatha. Schon in den zwanziger Jahren hatte es kurzfristig eine Organisation namens Inkatha gegeben, und zwar als Versuch schwarzer Unternehmer, zum eigenen ökonomischen Vorteil die nationalen Gefühle der Zulu-Bevölkerung zu mobilisieren. "Inkatha" ist in der Zulu-Sprache ursprünglich die Bezeichnung für den geflochtenen Ring, mit dessen Hilfe die Frauen schwere Lasten auf ihrem Kopf transportieren, und wurde dann auch verwendet für einen zeremoniellen Gegenstand des Zulu-Königtums. Inkatha wurde zum Symbol für die zentralistisch und hierarchisch organisierte Zulu-Nation.

Wie kam es zu Inkatha?

An diese Tradition knüpfte Buthelezi an, als er 1975 Inkatha als Massenorganisation neu gründete. Als Chief-Minister von KwaZulu hatte er die Macht, Inkatha zu einer Art Staatspartei zu machen, der sich kein Mensch in KwaZulu ungestraft entziehen kann. Wer bei einer Behörde Arbeit finden wollte, wer als Lehrer Arbeit suchte, wer überhaupt irgendwo in KwaZulu Arbeit finden wollte, mußte Inkatha- Mitglied sein. Über viele Jahre hatten sich sogar die allermeisten Chiefs Inkatha untergeordnet, obwohl dadurch ihre relative Unabhängigkeit bei der Regelung sozialer und juristischer Fragen in ihrem jeweiligen Machtbereich noch weiter eingeschränkt wurde. - Schon bei Kenntnis dieser Strukturen wirken bisweilen publizierte Behauptungen Buthelezis, er sei über die Brutalitäten der Inkatha-Basis nicht informiert, doch sehr verlogen.

Bis Anfang der achtziger Jahre trat der Zwangs- und Terror-Charakter von Inkatha noch wenig in Erscheinung. Ganz im Gegenteil überwog die Anti-Apartheid- Rethorik und der Versuch, für die Bevölkerung von KwaZulu, und das hieß vor allem für die Inkatha-Mitglieder, das Beste aus dem Apartheid-System herauszuholen. So gab es internationale Hilfsprojekte ebenso wie die bescheidene Ansiedlung von Industrie, die allerdings zu diesem Zweck manchmal aus benachbarten Regionen abgezogen wurde. Besonders bemühte sich Inkatha um die Aktivierung eines neuen nationalen Zulu-Selbstbewußtseins und mobilisierte zu diesem Zweck die Erinnerung an die kriegerischen Erfolge und den Militär-Staat des legendären Königs Shaka im 19. Jahrhundert. Die Betonung der besonderen ethnischen Identität des Zulu-Volkes nahm bewußt auch Elemente der Black-Consciousness-Bewegung auf, die in den siebziger Jahren in ganz Südafrika zu einem Aufschwung und einer Radikalisierung des Anti-Apartheid-Kampfes geführt hatte.

Bei Inkatha freilich blieb die Ablehnung der Apartheid reine Rhetorik. Stattdessen richtete sich die Inkatha-Perspektive der nationalen Selbstbestimmung für das Zulu-Volk zunehmend gegen die anderen schwarzen Völker in Südafrika und damit gegen den ANC, der ohne jede Einschränkung für einen Vielvölkerstaat Südafrika kämpft. Dezent streute und streut Buthelezi die - von weißen Rassisten gern aufgegriffene - Behauptung, daß der ANC von Xhosa-Menschen dominiert sei, z.B. in der Gestalt von Nelson Mandela. Und ebenso dezent wird unterschlagen, daß der langjährige und weltberühmte ANC-Präsident Albert Luthuli dem Zulu-Volk entstammte.

Neuerdings gibt es Anzeichen dafür, daß sich Buthelezi für das zukünftige Südafrika, in dem er nach Lage der Dinge eine untergeordnete Rolle spielen würde, einen dann tatsächlich eigenständigen Staat KwaZulu anstreben könnte. In diesem Punkt gibt es interessante Übereinstimmungen mit stärker werdenden Gruppen unter den weißen Rassisten, die das gleiche, nämlich einen eigenen Staat nur für ihresgleichen, anstreben. Weißer und schwarzer Nationalismus ergänzen sich dann auf eine bedrohliche Weise, denn sowohl in einem Inkatha- als auch in einem Buren-Staat würden Ausbeutung und Unterdrückung fortbestehen. Anders als bei den Buren dürfte die Idee der Herauslösung aus dem südafrikanischen Kontext bei der Zulu-Bevölkerung zur

Zeit aber nur wenig Resonanz finden. Aber genau in diesem Rückgang der Identifikation mit dem Inkatha-Zulu-Nationalismus liegt seit längerem Buthelezis Problem. Was tut ein Herrscher, wenn die Beherrschten nicht mehr so wollen, wie er es wünscht? Er greift zur direkten Gewalt.

Worauf zielt der Inkatha-Terror?

Für Inkatha kam dieser Zeitpunkt 1987, als UDF, die vereinigte demokratische Oppositionsfront, und COSATU, der neugegründete Gewerkschaftsdachverband, auch im traditionellen Inkatha-Bereich in KwaZulu und Natal zunehmend an Einfluß gewannen. Mit Mord- und Brandanschlägen wurden diejenigen "bestraft", die sich nicht oder nicht mehr der Inkatha- Allmacht unterordnen wollten. Mehr als 4000 Menschen sind seitdem ermordet worden, mehr als 50.000 vertrieben aus ihren Häusern, viele Häuser wurden durch Brandanschläge zerstört. Die meisten der Opfer sind nach übereinstimmenden Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen Anhänger von COSATU und UDF. Ebenso grausam werden aber auch Jugendliche, Frauen und Männer ermordet, die nichts anderes versuchen, als sich rauszuhalten. Zahlreich sind die Beweise dafür, daß Polizei, Justiz und Militär - von Ausnahmen abgesehen - in der Regel nicht nur nichts gegen den Inkatha-Terror unternehmen, sondern ihn bisweilen noch fördern. Außerdem ist klar, daß im Homeland KwaZulu selbst Polizei und Inkatha eng verwoben sind.

Nachdem hauptsächlich junge Comrades, also ANC-Anhänger, von den politisch weiterentwickelten Townships aus eine Gegenwehr aufbauten und - in der Regel gezielt und erfolgreich - auch Mordanschläge auf bekannte Inkatha- Warlords unternahmen, ist es tatsächlich zu bürgerkriegsnahen Situationen in Natal gekommen. Wenn dann noch kriminelle Banden und Kriegsgewinnler mitmischen, wenn vorhandene soziale Spannungen zwischen den ganz armen und den weniger armen Siedlungen geschürt werden, wenn also die "Frontlinien" nicht immer und klar erkennbar sind, nützt das dem mitleidsvollen weißen Vorurteil vom "schwarzen Bruderkampf" und vom "Klima der Gewalt unter den Schwarzen". Dabei hat der Inkatha-Impi mit dem COSATU-Arbeiter soviel Bruderschaft wie der SA-Schläger mit dem SPD-Gewerkschafter oder der Contra-Söldner mit der Sandinistin ...

Die Behauptung von der ungezügelten und irrationalen Gewalt wird durch die tatsächlichen Vorgänge widerlegt. Der erste massive und gut vorbereitete Angriff in diesem Jahr erfolgte am 27. März durch mehr als 10.000 Inkatha-Impis auf UDF- orientierte Siedlungen bei Pietermaritzburg, nachdem kurz zuvor Nelson Mandela bei seiner ersten Kundgebung in Natal erheblich mehr Menschen mobilisieren und begeistern konnte als der selbsternannte Natal-Führer Buthelezi. Als im August zum ersten Mal Inkatha-Trupps in Soweto und anderen Großstädten ihre mörderischen Überfälle starteten, hatte Buthelezi kurz zuvor seine regionale Zulu-Bewegung Inkatha zu einer nationalen und für alle ethnischen Gruppen offenen Partei aufgeblasen. Dennoch war er mit seinem wiederholten Versuch, vom ANC und Nelson Mandela als gleichberechtigter nationaler Führer anerkannt zu werden, abgewiesen worden. Ob während der vergangenen Jahre in Natal, oder seit einigen Wochen in den Townships im südafrikanischen Machtzentrum, stets versucht Buthelezi mit seiner Inkatha mit Terror und Gewalt das zurückzuholen, was er an politischem Einfluß in der Bevölkerung (nach Umfragen gerade noch 2%) oder auch in der internationalen Politik verloren hat. Der Inkatha-Terror war und ist zielgerichtet, niemals wurden Einrichtungen oder Exponenten des Apartheid-Systems von den Buthelezi- Trupps angegriffen.

Die Strategie der de Klerk-Clique ist klug angelegt. Natürlich hätte sie längst von sich aus Buthelezi mit an den Verhandlungstisch holen und ihm damit einen wesentlichen Grund für seine Terror-Züge nehmen können. Ganz abgesehen von der Möglichkeit, Inkatha zu entwaffnen. Viel effektiver ist es für De Klerk aber, wenn sich der ehrgeizige Buthelezi selbst zum nationalen Verhandlungstisch "durchmorden" muß. Das schwächt nicht nur den Verhandlungsfeind ANC und die allzu klassenbewußten Gewerkschaften, sondern läßt den obersten Rassisten selbst in einem friedlichen Licht erscheinen.

Für den Befreiungskampf und seinen Hauptträger, den ANC, ist diese Doppelstrategie des Minderheiten-Regimes brisant. Entsprechend unklar und widersprüchlich erscheint seine Taktik gegenüber Inkatha. So werden einerseits Versöhnungsgespräche mit Buthelezi und Inkatha angeboten und gefordert, andererseits eine Begegnung zwischen Buthelezi und Mandela abgelehnt. Heute wird ein Eingreifen des Staates verlangt, morgen wird eben dieses Eingreifen verurteilt. Erkennbar war und ist der ANC auf diese Ausweitung des Inkatha-Terrors nicht vorbereitet. Soll er den bewaffneten Kampf wieder aufnehmen, wie es von vielen Menschen, die unter den Inkatha-Attacken leiden, gefordert und von manchen hiesigen

Kommentatoren aufgegriffen wird? Wohl kann vom ANC die unmittelbare Selbstverteidigung in den Townships unterstützt und organisiert werden. Ein militärischer Kampf allerdings, wie er - bis zu einem gewissen Grad - von Buthelezi und De Klerk riskiert, wenn nicht sogar favorisiert wird, wäre für den ANC nicht durchführbar. Es wäre sogar verantwortungslos, wenn der ANC sich auf einen Zweifrontenkrieg einlassen würde, wie ihn nicht einmal die an der Macht befindlichen Befreiungsorganisationen in Angola und Mocambique bestehen konnten. Zudem stünde der ANC, anders als früher die MPLA und die FRELIMO, ohne die Unterstützung der UDSSR in diesem Kampf. Eine nennenswerte internationalistische Bewegung ist ebensowenig in Sicht.

So bleibt dem ANC nichts anderes, als den politischen Kampf zu beschleunigen, das heißt vor allem, seine organisatorische Basis zu vergrößern, und mit den Mitteln von Streik, Boykott, Selbstverteidigung und Demonstrationen den Kampf gegen das Rassistenregime weiterzuführen. In diesem Kampf kann Buthelezi weiter isoliert werden, bis zu dem Punkt hin, wo er keine Freiwilligen für seine Inkatha mehr findet und diese klar dann als das erscheint, was sie in ihrem Wesen inzwischen schon ist, eine bezahlte Söldner-Truppe.

Ulli Kize

"Inkatha: Daten-Fakten-Hintergründe"

verspricht der Titel einer gerade erschienen Broschüre, der auch viele Informationen für diesen Artikel entnommen sind. Das 20seitige Heft löst das Versprechen ein und wird vorbehaltlos empfohlen. Für DM 4,- (incl. Porto) kann es bestellt werden bei der AAB (Anti-Apartheid-Bewegung), Blücherstr. 14 in 5300 Bonn 1.

Rechte Waffenbrüder in Hamburg!

Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (DSAG) hat in den vergangenen fünfzehn Jahren faktisch als PR-Abteilung des Apartheid-Regimes in der BRD fungiert. Als Sammelbecken mehr oder weniger ordinärer Rassisten und Farmbesitzer lädt die DSAG immer wieder mal zu Informationsabenden über "das schöne Südafrika" ein. Am Freitag, den 19. Oktober, soll es zwei besonders interessante Referenten geben. Inkatha-Vertreter geben sich die Ehre, gegen ANC, Kommunismus etc. zu informieren. Mensch sieht: Auch weiße Apartheid-Fans sind lernfähig. Man überwindet sogar "Rassengrenzen", wenn's nötig wird zur Verteidigung der Klassen-Grenzen. Rechts und Rechts gesellt sich gern zum mörderischen Bündnis. Im liberalen Hamburg ist das möglich.

Menschen aus der Anti-Apartheid-Bewegung werden protestieren, ab 18.30 Uhr vor dem Hotel Zur Oper, Drehbahn 15.

23. Sri Lanka: Ein Land im Ausnahmezustand

Rubrik: Sri Lanka · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:07

Im März dieses Jahres verließen die letzten indischen Besatzungstruppen den Norden Sri Lankas, nachdem sie einen zweieinhalbjährigen zermürbenden Krieg gegen die "Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) nicht gewinnen konnten. Ihr Platz wurde von der sinhalesischen Armee wiedereingenommen und es dauerte nur drei relativ friedliche Monate bis am 11. Juni 1990 die militärischen Auseinandersetzungen zwischen LTTE und den Streitkräften wieder aufflammten. Gleichzeitig kämpfen im Süden der Insel Regierungsstreitkräfte und regierungsnahe Todesschwadrone gegen die Anhänger der sinhalesischen "Volksbefreiungsfront" (JVP). Der folgende Artikel beschreibt die aktuelle Situation. Wer sich für die historischen Hintergründe des sinhalesisch-tamilischen Konfliktes interessiert sei auf AK 254, 255 und 279 verwiesen.

Etwa viertausend Menschen sollen seit Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen LTTE und Streitkräften umgekommen sein. Seit Juni 1990 läßt die srilankische Regierung den Norden und Osten der Insel bombardieren. Schwerpunkt der Bombardements bildet die Halbinsel Jaffna und dort das Gebiet um das alte portugiesische Jaffna Fort. Das dreihundert Jahre alte Fort wird derzeit von ca. 200 Soldaten der Regierungsstreitkräfte gehalten, die von einem dichten Belagerungsring der LTTE eingeschlossen sind und nur gelegentlich aus der Luft versorgt werden können. Überhaupt wird der Kampf der Regierungsstreitkräfte in diesem Gebiet fast ausschließlich aus der Luft geführt, mit täglichen Flugzeugangriffen und Hubschrauberattacken. Seit der Bombardierung des Kraftwerkes ist die Halbinsel ohne Stromversorgung. Weitere Ziele waren der Bahnhof von Jaffna, das Jaffna Memorial Krankenhaus aber auch zahlreiche Privat- und Geschäftshäuser. Noch gefährlicher für die tamilische Bevölkerung sind jedoch die Hubschrauberattacken. Wenn der Warnschrei "heli, heli" auf den Straßen ertönt, nimmt jeder die Beine in die Hand, um einen sicheren Unterschlupf zu finden. Denn bevorzugtes Angriffsziel der Helikopter ist alles was sich auf den Straßen bewegt, das fahrradfahrende Kind, Fußgänger oder Autofahrer, die wie die Hasen gejagt werden. Ein Brigadeführer der Regierungsstreitkräfte wird mit den Worten zitiert:" Wir erwarten von der Bevölkerung, daß sie zu Hause bleibt ... Wir gehen deshalb von der Grundannahme aus, daß alle Menschen die sich auf den Straßen bewegen, besonders solche mit Fahrzeugen, LTTE-Mitglieder sind." (1) Folglich werden auch Objekte wie etwa ein friedlicher Wochenmarkt mit Hubschraubern angegriffen, so geschehen am 28. August in der Ortschaft Neliady einige Kilometer von Jaffna entfernt. Neun Tote und dreißig Verletzte kostete dieser Angriff auf die Zivilbevölkerung.

Die tamilische Bevölkerung nimmt diesen Krieg zunehmend als Genocid wahr. Das Gefühl von der eigenen srilankischen Regierung ausgerottet bzw. vertrieben zu werden greift um sich.

600.000 Menschen befinden sich derzeit auf der Flucht innerhalb Sri Lankas, weitere 100.000 sind nach Indien geflohen.

Was die Zentralregierung von der tamilischen Bevölkerungsminderheit im Nordosten hält, wird auch durch die "shit-bomb"-Attacken auf Jaffna - Stadt deutlich. Dabei wurden vor ca. 6 Wochen eine Woche lang Fässer mit Fäkalien aus Flugzeugen auf die Stadt abgeworfen. Außer einem bestialischen Gestank richteten die Fässer keinen weiteren Schaden an. Sie führten allerdings zu Panikreaktionen der Bevölkerung von Jaffna, die befürchtete, Objekt einer neuen biologischen Kriegsführung zu werden.

Bislang ist es den Regierungsstreitkräften nicht gelungen, die LTTE aus Jaffna zu vertreiben. Größere Erfolge erzielte sie jedoch in den östlichen Provinzen, aus denen die LTTE sich teilweise zurückziehen mußte.

Die indische Intervention und ihre Folgen

Glaubt man der indischen und tamilischen Presse, so unterstützt die tamilische Bevölkerungsminderheit des Nordostens der Insel mittlerweile in der überwiegenden Mehrheit die LTTE und ihre Politik für ein unabhängiges Tamil Eelam. Andere mit der LTTE konkurrierende Organisationen, etwa die Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front (EPRLF) sollen heute ohne Einfluss im Nordosten sein. Die gewachsene Unterstützung für die LTTE steht in direktem Zusammenhang mit der indischen Intervention im Juli 1987. Ein kleiner Rückblick auf zweieinhalb Jahre indische Besatzung soll dies verdeutlichen.

Die militärische Situation stellt sich heute ähnlich dar wie vor der indischen Intervention 1987. Im Januar 1987 verhängte die Regierung von Colombo eine Wirtschaftsblockade gegen die Jaffna-Halbinsel und intensivierte gleichzeitig ihre militärischen Operationen in dem Gebiet, die sich im Mai 1987 zu einer militärischen Großoffensive gegen die bewaffneten tamilischen Gruppen ausweiteten.

Die indische Bundesregierung reagierte darauf mit der Entsendung von Hilfsgütern für die Bevölkerung Jaffnas und verletzte dabei die Lufthoheit Sri Lankas. Es kam zu erheblichen Spannungen zwischen beiden Regierungen. Hintergrund der indischen Hilfeleistungen waren massive Streiks und Demonstrationen im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, dessen mehr als 50 Millionen umfassende tamilische Bevölkerung das Schicksal der Sri Lanka-Tamilen mit wachsender Unruhe verfolgte.

Die Spannungen wurden dann im Juli 1987 durch die Unterzeichnung eines Abkommens beider Staaten vorübergehend beigelegt, welches vorsah, den Konflikt im Nordosten der Insel durch die Entsendung indischer "Friedenstruppen" zu beenden. Die Stationierung indischer Streitkräfte ist anfänglich von der tamilischen Bevölkerung nachhaltig begrüßt worden und wurde auch von allen bewaffneten tamilischen Organisationen einschließlich der LTTE akzeptiert, die teilweise ihre Waffen an die indischen Streitkräfte übergaben. Dies änderte sich aber im Oktober 1987 als srilankische Sicherheitskräfte unter den Augen der indischen "Friedenstruppe" elf LTTE-Kader gefangen nahmen, um sie nach Colombo zu überführen und abzuurteilen. Die elf Verhafteten entzogen sich ihrer Verurteilung durch Selbstmord. Die LTTE kündigt im Anschluß daran ihre Zustimmung zur indischen Truppenpräsenz auf, während die anderen bewaffneten Organisationen weiterhin mit den indischen Streitkräften zusammenarbeiteten. Die Inder starteten daraufhin eine groß angelegte Offensive gegen die LTTE, bei der es auch zu heftigen Gefechten im Zentrum der Stadt Jaffna und vielen Toten unter der Zivilbevölkerung kam. Im Laufe der Auseinandersetzungen gebärdeten sich die indischen Streitkräfte mehr und mehr wie eine Besatzungsmacht. Zahlreiche Strafaktionen und Repressalien gegen die Zivilbevölkerung, Plünderungen und Vergewaltigungen ließen die anfängliche Sympathie der tamilischen Bevölkerung in offene Ablehnung der indischen Präsenz umschlagen. Ein trauriger Höhepunkt der indischen Besatzungszeit ist sicherlich das Massaker von Velvettiturai vom 2. August 1989. Dort töteten indische Soldaten in einer Art Amoklauf 52 tamilische Zivilisten und verwüsteten 150 Häuser und Geschäfte, aus Vergeltung für einen Hinterhalt der LTTE, bei dem sechs indische Soldaten getötet worden waren.

Mit Beginn der Kämpfe zwischen LTTE und den indischen Besatzungstruppen wurden auch die mit den Indern verbündeten tamilischen Organisationen zum direkten militärischen Gegner der LTTE. Die EPRLF wurde als politische Partei anerkannt und beteiligte sich an der durch die LTTE boykottierten Wahlen zu dem Nord-Ost-Provinzrat und wurde dort Regierungspartei. Mit Hilfe der indischen Streitkräfte baute die EPRLF dort eine "Tamil National Army" (TNA) auf, um ein militärisches Gegengewicht zur LTTE zu schaffen. Die Kasernen der TNA wurden dann auch in der Folgezeit militärisches Angriffsziel der LTTE.

Insgesamt werden der LTTE mehrere hundert politische Morde an Angehörigen konkurrierender tamilischer Organisationen nachgesagt. Wobei der Vollständigkeit halber erwähnt werden muß, daß auch zahlreiche LTTE-Mitglieder Opfer von Anschlägen und Entführungen durch andere tamilische Organisationen wurden und diese Art der Konfliktaustragung eine lange und traurige Tradition innerhalb der tamilischen Linken hat.

Mit dem Abzug der indischen Truppen zwischen Dezember 1989 und März 1990 schwand endgültig der Einfluss, der nach der LTTE zweitstärksten Gruppierung, der EPRLF, die sich noch vor Beendigung des Abzuges mit insgesamt 2.000 Kadern nach Südindien absetzte.

Wenn Erzfeinde verhandeln

Nach indischen Angaben sind innerhalb der zweijährigen Besatzungszeit 1155 Soldaten und 2200 LTTE-Kämpfer gefallen. Die LTTE spricht ihrerseits von 683 Opfern. Die Opfer der Zivilbevölkerung sind ungezählt. Daß es den zeitweise bis zu 100.000 indischen Soldaten nicht gelang die etwa 10.000 Kämpfer umfassende LTTE zu besiegen, wird allgemein als Blamage für die regionale Hegemonialmacht Indien bewertet.

Von Anfang an war die indische Truppenpräsenz in der sinhalesischen Bevölkerungsmehrheit stark umstritten. Die regierende "United National Party" (UNP) drängte seit Anfang 1989 auf den Abzug der indischen Truppen. Die UNP stand unter starkem Druck der aus dem Untergrund agierenden sinhalesisch-nationalistischen Janatha Vimuhkti Peramuna (JVP) Partei. Der JVP war es gelungen einen Streik der Transportarbeiter für

einen gesetzlichen Mindestlohn in einen Generalstreik gegen den "indischen Expansionismus" zu wenden. Im Juni 1989 entfachte sie eine Boykottkampagne gegen indische Waren. Die regierende UNP, im Norden und Süden des Landes durch hier LTTE, dort JVP gleichermaßen unter Druck gesetzt, bot beiden Parteien Verhandlungen an. Auf dieses Angebot ging allein die LTTE ein, die mit der regierenden UNP einen zeitlich begrenzten Friedenspakt einging, der bis Juni dieses Jahres gehalten hat.

De facto kontrollierte die LTTE nach dem Abzug der indischen Truppen den gesamten Nordosten der Insel. Die LTTE übte quasi die staatliche Macht in den Gebieten aus. Die srilankischen Armee- und Polizeikräfte verließen auf Anweisung der LTTE nicht die Kasernen, direkte und indirekte Steuern wurden durch die LTTE eingezogen. Der Waffenstillstand zwischen LTTE und den srilankischen Streitkräften mußte zeitlich begrenzt bleiben. Die laufenden Verhandlungen zwischen LTTE und Regierung wurden von einer massiven Aufrüstung der Streitkräfte begleitet und auch die LTTE soll seit März diesen Jahres ihre Streitmacht auf 15.000 Kämpfer erhöht haben. Die Bereitschaft der srilankischen Regierung, das "Tigerproblem" endgültig militärisch zu lösen wird durch die Tatsache verstärkt worden sein, daß sie sich im Süden des Landes der mächtigen sinhalesischen JVP auf blutige Weise entledigen konnte.

Die Liquidierung der JVP

Die JVP ist Ende der 60'er Jahre aus einer kleinen maoistischen Gruppierung hervorgegangen. Sie organisierte 1971 einen dilettantisch geplanten Jugendaufstand mit dem Ziel die damalige Regierung von Ministerpräsidentin Fr. Banderaneike zu stürzen. Mehr als 90 Polizeistationen im Süden der Insel wurden mit spärlicher Bewaffnung überfallen, konnten aber nur kurze Zeit gegen die anrückenden Streitkräfte gehalten werden. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen, ca. 10.000, vorwiegend Jugendliche, wurden dabei durch Polizei und Streitkräfte getötet, die Führung um den Studenten Rohanna Wijeweera landete im Gefängnis. Die meisten Teilnehmer der Jugendrevolte wurden 1977 im Rahmen einer Amnestie aus dem Gefängnis entlassen, die JVP konnte sich wieder als legale Partei formieren. 1983 wurde die JVP zusammen mit zwei weiteren Parteien von der konservativen Regierungspartei UNP für die anti-tamilischen Pogrome verantwortlich gemacht und verboten. Das Verbot dieser drei linken Parteien diente im wesentlichen dazu, die Verantwortung von Teilen der Regierungspartei und des Staatsapparates für die Organisierung der Pogrome zu vertuschen. Die JVP arbeitete daraufhin illegal weiter und konnte innerhalb der Universitäten und später in den ländlichen Gebieten des Südens eine beachtliche Massenbasis aufbauen. Nach 1983 entwickelte die JVP aus dem Untergrund heraus zunehmend sinhalesisch-nationalistische Positionen. Die Separationsbestrebungen der tamilischen Rebellengruppen wurden von der JVP als Teil eines indischen Expansionsdranges gedeutet. Die JVP lehnte dabei jede Form von Zugeständnissen an die tamilische Bevölkerungsgruppe, wie etwa eine regionale Autonomie, ab.

Diese Politik verstärkte sich mit dem indisch-srilankischen Abkommen, das die JVP als Ausverkauf der nationalen Souveränität Sri Lankas an Indien kritisierte. Zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele setzte die JVP auf Massenstreiks, Sabotageakte, Überfälle auf Polizeistationen und die Ermordung Andersdenkender. Ihre paramilitärische Frontorganisation "Patriotische Front" wird für mehrere tausend politische Morde verantwortlich gemacht. Im Zentrum der Anschläge standen dabei auch Mitglieder und Kandidaten anderer linker Parteien, sei es, weil sie das indisch-srilankische Abkommen unterstützten, sei es, daß sie sich an den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Dezember 1988 und Februar 1989 beteiligten, die von der JVP boykottiert wurden. Die Massenstreiks wurden z.T. ebenfalls mit Gewalt durchgesetzt. Bei dem oben erwähnten Streik der Transportarbeiter tötete die JVP z.B. mehr als 150 streikunwillige Beschäftigte der staatlichen Busgesellschaft SLTB.

Die Aktionen der JVP wurden von einem immer brutaleren Vorgehen der Regierungsseite begleitet, die Jagd auf vermeintliche oder tatsächliche JVP-Anhänger machten. Bis zu einhundert Leichen täglich wurden und werden bis heute aus Flüssen gefischt oder man findet sie brennend auf Scheiterhaufen aus Autoreifen am Straßenrand wieder. Diese Greueltaten werden von offiziellen Polizei- und Streitkräften aber auch Todesschwadronen begangen, deren Mitglieder sich ebenfalls aus Polizisten und Soldaten rekrutieren. Im November 1989 gelang es einer Spezialeinheit der Armee, den Führer der JVP, Rohanna Wijeweera sowie weitere Mitglieder des ZKs der Partei gefangenzunehmen. Wijeweera soll sich nach Angaben des Verteidigungsministers "freiwillig" bereiterklärt haben, eine Erklärung auf Video aufzeichnen zu lassen, in der er die Jugend Sri Lankas sowie seine Parteimitglieder aufforderte der Gewalt abzuschwören. Diese Ansprache ist dann mehrfach über das staatliche Fernsehen ausgestrahlt worden. Im Anschluß sei Wijeweera sowie ein

weiteres ZK-Mitglied bei einem Handgemenge erschossen worden. Andere ZK-Mitglieder wurden "auf der Flucht erschossen", alle Leichen unmittelbar und ohne gerichtliche Untersuchung eingeäschert.

Kampagne gegen staatlichen Terror in Sri Lanka

Der Krieg der srilankanischen Armee im Nordosten sowie das brutale Vorgehen gegen die Mitglieder und Sympathisanten der JVP im Süden, haben die ehemals "paradiesische" Insel in ein großes Schlachthaus verwandelt. Dagegen regt sich mittlerweile auch in der BRD Widerstand. Ich hatte Gelegenheit mit den Initiatoren einer "Kampagne gegen staatlichen Terror" in Bremen zu sprechen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik dahingehend zu beeinflussen, daß keine weitere Entwicklungshilfe von Seiten der westlichen Regierungen an Sri Lanka fließt. Nicht zufälligerweise umfasste der Militärhaushalt Sri Lankas, mit dem der Bürgerkrieg im Norden und Süden der Insel finanziert wird, 1989 genau 1,2 Milliarden DM, dieselbe Summe die Sri Lanka letztes Jahr von den westeuropäischen Staaten als Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt wurde. Bemerkenswert an der Bremer Initiative ist, daß dort sowohl Exiltamilen wie Sinhalesen sowie einige BundesbürgerInnen zusammenarbeiten, die durch Urlaubsreisen nach Sri Lanka auf die dortigen Verhältnisse aufmerksam wurden.

Die Initiative vertreibt einen kleinen Rundbrief mit Namen "Briefe aus Sri Lanka", welcher sich an BundesbürgerInnen wendet und über das "Dritte Welthaus, Buchtstr. 14, 2800 Bremen 1", bezogen werden kann.

Für Mitte November plant die Initiative in allen bundesdeutschen Großstädten eine Veranstaltungsreihe zur Situation in Sri Lanka, die von einer Fotoausstellung begleitet wird. Dort werden VertreterInnen von Menschenrechtsgruppen und Anwälte über die aktuelle Situation auf der Insel berichten. Wer sich für die Veranstaltungen interessiert oder vielleicht bei der Vorbereitung mitarbeiten möchte, mag sich ebenfalls an obige Adresse wenden.

mas

Anmerkung:

1) zitiert nach der Wochenzeitung "Sunday", Calcutta, 23.-29.9.90

24. Keine Kriminalisierung des Infos Erklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:04

Nachfolgend drucken wir eine Erklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD ab. In dieser Erklärung geht es um die Kriminalisierung des von ihnen 14-tägig herausgegebenen ANGEHÖRIGEN-INFO. Die Existenz des bis jetzt offen erscheinenden Infos ist durch die drohende Kriminalisierung in Frage gestellt. Eine Möglichkeit zur Solidarität mit dem ANGEHÖRIGEN-INFO ist, es zu abonnieren. Das ist unter folgender Adresse möglich: GNN Verlag, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, der Kriminalisierung der Angehörigenarbeit ein Ende zu machen. Das schaffen wir nicht allein - ohne Solidarität, ohne praktische Unterstützung. Es muß Schluß mit den Prozessen und Verfahren gegen uns gemacht werden, wenn wir Isolationsfolter und Mord in den Gefängnissen der BRD beim Namen nennen. Darüber auf Veranstaltungen zu reden, in unserem Angehörigen-Info zu schreiben, durch Aktionen aufmerksam zu machen, um die Gefangenen zu schützen und eine Veränderung ihrer Bedingungen zu erreichen, ist der Kern unserer Arbeit, die wir seit 20 Jahren machen. Dabei unterstützen wir Angehörigen die Forderungen der Gefangenen, für die sie zuletzt 1989 mit einem kollektiven Hungerstreik gekämpft haben:

- Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Zusammenlegung aller Gefangenen, die dafür kämpfen.

- Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist.

- Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner, (und jetzt auch) Ali Jansen.

- Freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen.

- Freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

In der aktuellen politischen Situation jetzt steht unsere Arbeit im Widerspruch zur Entwicklung des BRD-Staates zur Großmacht Deutschland, wenn dieser Staat neben seiner politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit auch seine moralische Überlegenheit wie in der Frage der Menschenrechte nach Innen und Außen demonstrieren will. Da soll Öffentlichkeit über die Isolationsfolter verhindert werden - da sollen wir nicht mehr sagen können, daß politische Gefangene 1977 in der BRD ermordet wurden, weil sich gerade daran die Kontinuität faschistischer Machtstrukturen im BRD-Staat zeigt.

In der letzten Zeit liefen mehrere Prozesse gegen uns, bzw. es stehen auch noch einige an: einmal wegen der Besetzung des Justizministeriums in Stuttgart am 13.1.1989 und wegen einer Erklärung von uns, die im Angehörigen-Info Nr. 30 veröffentlicht war.

Die Besetzung des Justizministeriums im Januar letzten Jahres hatten wir gemacht, weil Günter Sonnenberg im Dezember 1988 wieder einen epileptischen Anfall hatte.

Zu zehnt waren wir damals zum zuständigen Justizminister Eyrich gegangen mit der Forderung, daß er für die Freilassung von Günter Sonnenberg sorgt. Der erste Prozeß wegen Hausfriedensbruch gegen drei von uns fand im Juli 90 statt. Alle drei wurden verurteilt. Die Richterin Petermann vom Amtsgericht Stuttgart fegte alle Beweisanträge und Erklärungen von uns, in denen wir Sinn und Ziel unserer Aktion erklärten, vom Tisch. In dem Prozeß hatten die drei Angehörigen in ihrem Schlußwort erklärt, daß sie nicht bereit seien, die Strafe zu zahlen. Wir legten Rechtsmittel gegen das Urteil ein, die Staatsanwaltschaft ging zuungunsten von uns in Berufung mit dem Zusatz: "Nach dem in der Hauptverhandlung erkennbaren Verhalten der Angeklagten erscheint die Verhängung einer Geldstrafe zur Einwirkung auf die Täter nicht ausreichend. Staatsanwalt Krombacher."

Ein weiterer Prozeß findet am 17.10.90 vor dem Amtsgericht Köln statt. § 90a StGB (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) wegen unserer Erklärung im Angehörigen-Info Nr. 30 nach der Aktion der RAF

gegen Alfred Herrhausen, in der wir gesagt haben, daß Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Ingrid Schubert ermordet wurden und versucht wurde, Irmgard Möller zu ermorden.

Auf was beziehen wir uns, wenn wir Mord sagen?

Auf die Tatsachen.

Nach dem als Selbstmord ausgegebenen Mord an Ulrike Meinhof hatten die Gefangenen in Stammheim und viele andere Gefangene aus der RAF ihren Angehörigen oder Anwälten gegenüber geäußert, daß sie niemals Selbstmord begehen würden, weil sie leben und für das Leben kämpfen wollten.

Eine Woche vor der Mordnacht in Stammheim, am 10.10.77, hatte Andreas Baader in einem Schreiben an das Oberlandesgericht Stuttgart erklärt, daß keiner der vier Gefangenen in Stammheim die Absicht habe, sich umzubringen; wenn sie "tot aufgefunden" würden, seien sie getötet worden.

Irmgard Möller, die die Nacht schwerverletzt überlebte, hat noch in der Klinik vor einem Staatsanwalt und ebenso später vor dem Untersuchungsausschuß des baden-württembergischen Landtags erklärt, sie habe keinen Selbstmord versucht, und es habe unter den vier Gefangenen in Stammheim auch keine Verabredung zu einem gemeinsamen Selbstmord gegeben.

Wir sind überzeugt, daß das, was die Gefangenen, unsere Angehörigen, gesagt haben, richtig ist, weil wir aus jahrelanger Erfahrung mit ihnen wissen, daß sie uns in einer so zentralen, existenziellen Frage niemals belogen hätten oder belügen würden; das wäre mit ihrer Politik unvereinbar.

Und es gibt eine Reihe weiterer Tatsachen, die für Mord sprechen: In mehreren Veröffentlichungen ist nachgewiesen worden, daß die offizielle Darstellung des Geschehens in der Nacht vom 17. zum 18.10.77 derart voller unerklärbarer und sich ausschließender Widersprüche steckt, daß die Selbstmordversion gar nicht stimmen kann. Auf Einzelheiten wollen wir hier nicht eingehen (siehe dazu Pieter Bakker Schut: Stammheim - Politische Verteidigung in Strafsachen, Neuer Malik Verlag Kiel 1988; Der Tod Ulrike Meinhofs - Bericht der Internationalen Untersuchungskommission, Commune-Rhizom-Verlag, Berlin/149 Stuttgart 1985; Karl-Heinz Weidenhammer, Stammheim - Mord oder Selbstmord; Neuer Malik Verlag). Hinzu kommt, daß in den Wochen vor dem 18.10.77 in öffentlichen Äußerungen von Politikern und in den Medien offen oder verdeckt propagiert wurde, die Gefangenen, die befreit werden sollten, zu töten. Schließlich wurden von Anfang an sämtliche offiziellen Ermittlungen nur in Richtung Selbstmord geführt.

Wenn aber ein Selbstmord der Gefangenen aus subjektiven und objektiven Gründen ausgeschlossen ist und eine andere - nicht gewaltsame - Todesursache ebenso, bleibt nur, daß die Gefangenen von Vertretern der Institution, in deren Gewalt sie sich befanden, also des Staates, getötet worden sind, und das nennen wir Mord.

Warum ist das wichtig für uns, zu sagen, daß es Mord war?

Vor allem,

- weil sich daran der grenzenlose Wille des BRD-Staates, die politischen Gefangenen zu vernichten, offenbart, dem nur Grenzen gesetzt werden durch die Kämpfe der Gefangenen und die Solidarität mit ihrem Kampf. Davon muß jede Solidarität mit den politischen Gefangenen ausgehen;

- weil wir verhindern wollen, daß je wieder politische Gefangene in der BRD ermordet werden, deshalb erinnern wir öffentlich an die Morde an politischen Gefangenen hier.

Mit den Angriffen des Staatsschutzes auf uns sind wir bisher weitgehend allein konfrontiert. Und dies in einer Situation, in der die Bedingungen für die politischen Gefangenen unübersehbar und einschneidend verschärft werden:

- die Ermittlungsverfahren gegen die Gefangenen wegen eines behaupteten illegalen Info-Systems, die begleitet sind von ständigen Zellenrazzien durch den Staatsschutz, also BKA und LKA, und einer massiven Hetzkampagne in den Medien.

Wie zuletzt in "Die Welt" vom 7.8.90, die sich auf Äußerungen des Generalbundesanwaltes von Stahl bezieht. Von Stahl spricht von "großer Wahrscheinlichkeit", daß Aktionen der RAF "auch aus den Gefängnissen heraus

gesteuert würden". Bei den Razzien wären "Belege" für illegalen Austausch zwischen drinnen und draußen gefunden worden.

Dabei läuft jede Korrespondenz der politischen Gefangenen über die Zensur, jeder Besuch wird überwacht.

- Sie drohen - erstmals seit 1977 - die "Kontaktsperre unbegrenzt", gegen die politischen Gefangenen, so der CSU-Innenexperte (Bild am Sonntag, 29.7.1990), an. Die Kontaktsperre war 1977 unerläßliche Bedingung für die Ermordung der Gefangenen, weil sie dem Staat den totalen Raum und die Möglichkeit gibt, unkontrollierbar alles zu machen.

Kontaktsperre heißt: keine Besuche, keine Anwälte des Vertrauens, kein Radio, keine Zeitung, keine Verbindung zur Außenwelt.

- Brigitte Mohnhaupt wurde von Aichach nach Stammheim verlegt, nachdem sie ihr schon vorher die sechs Stunden in der Woche, die sie dort einige Male entweder mit Claudia Wannersdorfer oder mit Manuela Happe zusammensein konnte, wieder gestrichen hatten.

- Anstatt die haftunfähigen Gefangenen Claudia Wannersdorfer, Günter Sonnenberg, Bernd Rössner und Ali Jansen freizulassen, werden ihre Bedingungen verschärft.

Bernd wurde für eine Woche in den Bunker gesperrt (wie in letzter Zeit häufiger); Claudia, die im Gefängnis aufgrund der Bedingungen dort an Epilepsie erkrankte, wurden die wenigen Kontaktmöglichkeiten zu Manuela Happe und Brigitte Mohnhaupt genommen.

Ali Jansen, der schwer asthmakrank ist, wurde aus Butzbach nach Schwalmstadt verlegt. In Butzbach war er täglich mit seinen beiden Genossen, mit denen er zusammen Prozeß hatte, zwei Stunden zusammen.

Der BRD-Staat hat in diesen langen Jahren ein ganzes Arsenal von Terror gegen uns, die Angehörigen der politischen Gefangenen, aufgefahren: Festnahmen, Mißhandlungen, Ermittlungsverfahren wegen § 129a, Hausdurchsuchungen, Terror-Observationen, Besuchsverbote, Drohungen, auch Morddrohungen, Veranstaltungsverbote und und und. In den letzten Jahren, schon vor dem letzten Hungerstreik, haben wir etwas mehr Luft gehabt für unsere Arbeit. Ein Beispiel ist das Angehörigen-Info. Wir mußten es früher mehr oder weniger verdeckt herstellen und verteilen. Das war ein enormer Arbeitsaufwand. Das Info erschien deshalb nur unregelmäßig, war weniger aktuell, weil es mehr ein Sammelband an zusammengefaßten Informationen war und die Gefangenen wegen des spärlichen Erscheinens über das Info nur wenig zu Wort kommen konnten. Als wir uns im Hungerstreik 89 entschlossen haben, regelmäßig ein Info zum Hungerstreik herauszugeben, waren wir uns schon sicher, daß das Info öffentlich erscheinen sollte. So viele wie möglich sollten Zugang zu aktuellen Informationen über den Verlauf des Streiks bekommen und lesen können, was die Gefangenen selbst zu ihrem Hungerstreik sagten. Nach dem Streik war es keine Frage für uns, daß das Info weiter herauskommen sollte, weil der Kampf um die Forderungen der Gefangenen weitergeht, mit dem Info die Möglichkeit da ist, an die aktuellen Informationen zur Situation der politischen Gefangenen heranzukommen, durch die Veröffentlichung von solidarischen Initiativen uns und andere zu eigenen Ideen und Handeln anzustoßen, mit den Veröffentlichungen von Briefen und Erklärungen der politischen Gefangenen sie selbst zu Wort kommen zu lassen. Beiträge im Info werden draußen und mit den Gefangenen diskutiert.

Wir hatten eine Zeitlang den Eindruck, daß das öffentliche Erscheinen des Infos zwar nicht für immer, aber doch für die nächste Zeit durchgesetzt sei. Es war aber ein Fehler zu denken, daß der Schutz, den die Mobilisierung im Hungerstreik 89 auch für uns, unsere Arbeit bedeutete, schon dauerhaft sei. Inzwischen wissen wir, daß sie uns die Luft wieder abdrehen wollen. Das schließen wir aus dem Ergebnis des Prozesses wegen der Angehörigenaktion zu Günter, aus der Tatsache, daß weitere Ermittlungsverfahren gegen das Info laufen bzw. Prozesse anstehen, aus den jüngsten Angriffen gegen die Gefangenen und aus den direkten Angriffen auf das Angehörigen-Info, wie zuletzt Generalbundesanwalt von Stahl, der in einem Atemzug mit seinen Lügen über die Zellensteuerung, illegalen Austausch zwischen drinnen und draußen und Kassibern von Verwandtenrundbriefen redet.

Daß die Maschine gegen uns wieder ins Rollen kommt, passiert aber jetzt, wo wir uns gar nicht mehr vorstellen können, daß es das Angehörigen-Info nicht mehr geben sollte, wo wir im Gegenteil immer wieder nach Möglichkeiten suchen, es noch umfangreicher zu machen, es inhaltlich zu verbessern. Da werden wir jetzt

nicht einfach auf die Bremse treten oder sogar den Rückwärtsgang einlegen, uns wieder auf die reduzierten Möglichkeiten eines Infos, das heimlich hergestellt und verbreitet wird, zurückziehen.

Ob wir da durchkommen, hängt nicht allein von unserer Kraft ab. Wie steht Ihr dazu? Welche Bedeutung hat das Angehörigen-Info für Euch? Was würde Euch fehlen, wenn es nicht mehr bzw. nur noch selten erscheinen würde? Wenn das Info, d.h. die Veröffentlichung von Tatsachen über Isolationsfolter und Morde an den politischen Gefangenen nur noch für wenige zugänglich ist? Wenn den Gefangenen eine der wenigen Möglichkeiten genommen wird, wo sie zu Wort kommen? Wenn der Staatsschutz es schaffen sollte, das Info zu verhindern?

Wir fragen alle die, die - und das kann aus den unterschiedlichsten Gründen sein - nicht wollen, daß das Angehörigen-Info wieder in der Versenkung verschwindet.

Sagt und schreibt uns, was Ihr dazu überlegt und diskutiert, ob und welche Initiativen Ihr Euch vorstellen könnt oder schon in die Hand genommen habt, damit es weiter erscheinen kann.

Jede Initiative hat Gewicht.

Die Zeitungsverlage bitten wir, diesen Brief abzudrucken. Wenn sie in mehr Zeitungen erscheint, hat der Staatsschutz es schwerer damit, uns zu kriminalisieren.

Wir bitten um Eure Antwort:

Postlagerkarte 050 205, 7500 Karlsruhe 1.

Wenn Ihr Euch persönlich mit uns in Verbindung setzen wollt, schreibt uns Eure Telefon-Nummer.

25. Bundesanwaltschaft plädiert gegen Luitgard Hornstein

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:35

"Ein derart unjuristisches Plädoyer habe ich noch nie gehört", empört sich der erfahrene und vieles gewohnte Strafverteidiger Reiner Köhnke. Am 23. und am 24. Verhandlungstag gegen Luitgard Hornstein fabulierte die Bundesanwaltschaft (BAW) und forderte wegen "Mitgliedschaft in der RAF" und "Anschlagsbeteiligung Dornier" 12 Jahre Haft. Diese Forderung, "die Höhe ergibt sich aus der Schwere des Verbrechens, für das der gesetzlich vorgesehene Strafrahmen nicht ausreicht", kaschiert vielleicht, verdeckt aber nicht den Rückzug und die völlige Pleite der Anklagebehörde in diesem Verfahren, die im Verdacht steht, über Jahre hinweg, die Gerichtsakten gefälscht zu haben.

Kontakte: schuldig

Ob Luitgard Hornstein unmittelbar an dem Anschlag auf den Rüstungsbetrieb Dornier beteiligt war oder nicht, ist nach Auffassung des Oberstaatsanwalts Kouril gleichgültig. Entscheidend sei allein, daß sie als "vollwertiges Mitglied in die Tätergruppe integriert" gewesen sei und Planung und Durchführung der Aktion "psychisch mitgetragen" habe. Die BAW konnte aber nicht überzeugend darlegen, was diese angebliche "Tätergruppe", Andrea Sievering, Rico Prauss, Christian Kluth, Luitgard Hornstein, "und möglicherweise Andere" (BAW) mit dem Anschlag praktisch zu tun haben könnte, der am 25.7.86 einen Sachschaden von rund 500.000,- DM verursachte.

Buchstabenscharlatan: unsäglich

Die BAW griff auf "Indizien" zurück, deren Sachhaltigkeit auch das erkennende Gericht, der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart unter dem Vorsitzenden Richter Berroth, inzwischen bezweifelt. Andrea Sievering sei am 24.7.86 morgens um 9 Uhr in der Bodenseegegend gesehen worden, vertritt die BAW, obwohl der Senat nach Überzeugung der beiden Verteidiger als wahr unterstellt, daß sie am gleichen Tag zwischen 10 und 13 Uhr in Düsseldorf Geldbeträge von ihren Konten abgehoben hat und demnach nicht gleichzeitig am Bodensee gewesen sein kann. Andrea Sievering, so die BAW weiter, habe drei Briefumschläge handschriftlich adressiert, in denen die Bekennerschreiben zu Dornier an Presseorgane verschickt worden waren. Zur Begründung zitiert Oberstaatsanwalt Kouril lang und breit aus dem Gutachten des bekannten Buchstabenscharlatans Ockelmann, der dem Ausschluß aus seinem Berufsverband der Schriftsachverständigen gerade noch durch den Austritt zuvorkam. Den Namen Ockelmanns zu erwähnen vermieden die Ankläger sorgsam. Den tatsächlichen Verhandlungsverlauf ignorierten sie auch an diesem Punkt. Das Gericht hatte zwischenzeitlich durchblicken lassen, daß es die Schrifturheberschaft durch Andrea Sievering für nicht beweisbar ansieht.

Besuchsprotokolle: vergessen?

Die BAW hat sich zurückgezogen und setzt allein auf den Verurteilungswillen des Gerichts. Die von ihr selbst präparierten und seit Herbst 1989 zur Anklageschrift nachgereichten Besuchsprotokolle, wonach Andrea Sievering und Rico Prauss sowohl "Mitgliedschaft in der RAF" ("Wo ich in der RAF gekämpft habe,...") wie auch "Anschlagsbeteiligung Dornier" ("Weil ich für Dornier verantwortlich bin,...") eingestanden haben sollen, erwähnen die Bundesanwälte mit keinem Ton. Weder stützen sie ihre eigenartige Anklage durch diese "Geständnisse" ab, noch verzichten sie ausdrücklich auf ihre Verwertung. Sie können und müssen gleichwohl vom Gericht "gewürdigt" werden, insofern sie Gegenstand der Verhandlung waren. Auch in diesem Punkt gibt das Plädoyer der BAW Rätsel auf: Aufgrund welchen Motivs verzichtet die Anklagebehörde auf die Ausschlachtung des von ihr ins Verfahren eingeführten Belastungsmaterials? Befürchtet sie, daß die Verteidigung entsprechende Äußerungen im BAW-Plädoyer zum Anlaß weiterer peinlicher Beweisanträge nehmen könnte, die das Zustandekommen dieser "Geständnisse" betreffen? Einer der Besuchsüberwacher hatte zugeben müssen, er habe auf Bestellung der BAW über einige Besuchsprotokolle "Vermerke" angefertigt, um diese Protokolle "gerichtsverwertbar" zu machen. Oberstaatsanwalt Kouril bestritt einige Verhandlungstage nach dieser Aussage, daß die "Vermerke" auf dieses Weise entstanden sind. Für die "neutralste Behörde der Welt" ist das Fischen in trüben Gewässern die aussichtsreichere Methode.

Karopapier: starkes Indiz

Ein Beispiel für die niveaulosen Spekulationen der BAW: Christian Kluth war am 17.7.86 morgens um 2 Uhr "zufällig" von einer Zivilstreife kontrolliert worden. Er befand sich auf dem Heimweg von der Düsseldorfer Kiefernstraße in seine einige hundert Meter entfernt liegende Wohnung. Außer einem Diskussionspapier fand die Schmiere bei ihm ein kariertes Blatt, auf das Rico Prauss eine Parole geschrieben hatte. Daß die bei Dornier am 27.7.86 gefundenen Warnhinweise, das Betriebsgelände wegen der kurz bevorstehenden Explosion schnell zu verlassen, ebenfalls auf kariertem Papier gegeben worden seien, zeuge von einem Zusammenhang zwischen beiden Vorgängen. Ach so.

Zeugen: gute

Was haben wir sonst noch? Die BAW gibt sich davon überzeugt, daß Luiti einige Tage nach dem Anschlag im Bodenseegebiet unterwegs war, um beim Dornierwerk eine Schadensbegutachtung vorzunehmen. Eine Verkäuferin will sie in ihrem Lebensmittelladen gesehen haben. Auch in diesem Punkt bezieht sich die BAW nicht auf den tatsächlichen Verhandlungsverlauf. Der früherer Vorsitzende des 5. Strafsenats, der für die Urteile gegen Chris, Rico und Andrea verantwortlich zeichnet, sagte im Zeugenstand aus, daß er dieser Begegnung im Lebensmittelladen auch dann keine Bedeutung beigemessen hätte, wenn sie stattgefunden hätte. Schließlich hätte sie sich nach dem Anschlag ereignet. Das jetzt verhandelnde Gericht hat die Glaubwürdigkeit der Wiedererkennenszeugin zwar nicht bezweifelt, aber die Identifizierung Luitgard Hornsteins steht aus Sicht des Gerichts dennoch in Frage, weil die Ermittler der damaligen "Sonderkommission Dornier" bei Lichtbildvorlagen und Befragungen der Zeugin nicht sorgfältig gearbeitet haben.

Verhandlung: überflüssig

Das Kalkül der BAW ist der Struktur ihres Plädoyers zu entnehmen. Den Rettungsanker hatte der Bundesgerichtshof schon vor Verhandlungsbeginn für BAW und fürs Gericht ausgeworfen. Luitgard Hornstein hat bereits vier Jahre Knast wegen angeblicher "Mitgliedschaft in der RAF" abgesessen. Ihre Verurteilung stützte sich auf ihre antistaatliche und antikapitalistische Haltung, auf ihre Biographie, z.B. ihre Teilnahme an einer militanten Demonstration 1983, auf den Besitz und das Studium linksradikaler Schriften, auf die gemeinsame Verhaftung mit Eva Haule, auf - das Wort prägte der Bundesgerichtshof in seiner Revisionsentscheidung vom November 1989 - einen "Lebenssachverhalt". Dieser könne als Tatbeitrag zum Anschlag auf Dornier gewertet werden. Prompt zählt die BAW unter der Überschrift "Der Anschlag auf Dornier" alles dies auf, was als "Lebenssachverhalt" im ersten Urteil zu ihrer Verurteilung wegen "Mitgliedschaft in der RAF" herangezogen worden war. Mit der "Mitgliedschaft" war eigentlich immer schon auch die "Anschlagsbeteiligung" bewiesen. Eigentlich war also die ganze bisherige Hauptverhandlung so überflüssig wie die Mitwirkung der BAW und ihr Plädoyer in diesem Schauspiel. Diese Botschaft transportierte jedenfalls das Plädoyer.

Akten: gefälscht?

Nach der fulminanten Leistung der Oberankläger stieg das Gericht erneut in die Beweisaufnahme ein. Die Anwälte Martin Heiming und Reiner Köhnke stellten an diesem Tag nur noch einen Antrag. Kouril und zwei LKA-Beamte würden als Zeugen aussagen, daß sich in den Ermittlungsakten bereits seit langem Entlastendes befände, das dem Gericht und der Verteidigung von der Bundesanwaltschaft vorenthalten würde. Der sichtlich erschrockene Vorsitzende Berroth wollte wissen, ob sich die Verteidigung der Schwere dieses Vorwurfs bewußt sei. Aktenunterdrückung ist in der Tat ein Fall für den Staatsanwalt. Kouril fragte recht kleinlaut nach, was denn genau gemeint sei. Nein, ein Schriftgutachten, in dem die erwähnten Briefumschläge untersucht würden, habe er nicht unterdrückt. Was denn anderes, Herr Oberstaatsanwalt?

Am 9.10., dem 25. Verhandlungstag, kam heraus, daß sich bei den Ermittlungsakten des Landeskriminalamtes Baden- Württemberg ein Vermerk des Schriftgutachters Nissen befindet, in dem sich dieser kritisch mit den Ockelmannschen Methoden auseinandersetzt. Nissen wurde bekannt durch ein Gutachten, das für Rolf Hartung die Freilassung inklusive Haftentschädigung bedeutete. Die BAW hatte ihn mit Hilfe eines Ockelmann-Gutachtens für neun Monate hinter U-Haft-Gitter gebracht. Er habe 100%ig jene Warnhinweise auf Karopapier geschrieben, von denen oben die Rede war. So Ockelmann. Die Warnung war in Runenschrift handgemalt worden und Nissen befand, daß aus ein paar Strichen ein Schrifturheber gar nicht herauszulesen sei.

Dieser Nissen also war als Prozeßbesucher Zeuge der vor Gericht ausgetragenen Diskussion zwischen einer Graphologin des Bundeskriminalamtes, Frau Wagner, und eben jenem Ockelmann geworden. Dieser Gutachterstreit fand während des ersten Verfahrens gegen Chris, Luiti und Eva zwischen April und Juni 1988 statt. Wenn der genannte, Ockelmann gegenüber kritische Vermerk aus dieser Zeit vor der Verhandlung gegen Andrea und Rico stammt und seine Weitergabe zu den Gerichtsakten durch LKA oder BAW verhindert wurde, dann müßten diverse Staatsschutzsenate am OLG Stuttgart über so viel ihnen durch die Ermittler entgegengebrachtes Mißtrauen aufheulen. Die BAW als Aktenfälscher? Die unabhängigen Gerichte als Marionetten der höchst interessiert operierenden "neutralsten Behörde der Welt"? Wir sind gespannt, ob es der Verteidigung noch gelingt, den verheimlichten Vermerk des Herrn Nissen den Gerichtsakten zuzuführen. Was im Rechtsstaat angeblich für Angeklagte gilt, kann der Staat für sich selbst nicht reklamieren. Solange er Zweifel an der Rechtmäßigkeit behördlichen Handelns nicht ausräumt, hat er als "schuldig" zu gelten. Denn Staaten ist bekanntlich und erfahrungsgemäß alles zuzutrauen. Bis jetzt scheint das Gericht die Angelegenheit unter der Decke lassen zu wollen.

Plädoyers der Verteidigung vielleicht schon am Donnerstag, 18.10.90, Stammheim. - Es reicht!

26. Dokumentation: Stammheim - Es reicht!

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:37

Am Morgen des 18.10.77 wurden Jan- Carl-Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader tot in ihren Zellen aufgefunden. In den Wochen vorher war in der Öffentlichkeit gezielt gegen die Gefangenen gehetzt worden. Der anläßlich der Schleyer-Entführung eingesetzte Krisenstab diskutierte darüber, ob die Gefangenen als Geiseln zu benutzen und zweckmäßigerweise zu erschießen seien. Es wurde die völlige Kontaktsperre über die Gefangenen verhängt. Noch vor der Obduktion der Leichen stand das amtliche Ergebnis fest: "Selbstmord". Diese Version ist nicht bewiesen und wurde in mehreren Publikationen fundiert hinterfragt: Sie enthält viele unauflösliche Widersprüche. Von Mord zu sprechen, ist gleichwohl verboten. Das Info der Angehörigen der politischen Gefangenen wird in diesem Zusammenhang strafrechtlich verfolgt.

Derzeit mehren sich die Anzeichen, eines neuen 77 an den Gefangenen. Das Bundeskriminalamt lanciert Meldungen über die angebliche Steuerung von Aktionen der RAF aus den Gefängniszellen - wie 1977. Und die Haftbedingungen einzelner Gefangener z.B. von Brigitte Mohnhaupt werden zusehends verschärft - wie 1977. Eva Haule schreibt in einem von der taz am 1.10.90 veröffentlichten Brief:"Es sieht so aus, daß der Staat die Auseinandersetzung um unsere Situation und Politik wieder zurückkatapultieren will auf die Linie der Eskalation der 70er Jahre, die 77 im Tod von 4 Gefangenen kulminierte." Unser Gedächtnisschwund wäre die Voraussetzung für die Wiederholung der Ereignisse, wie überhaupt der Gedächtnisschwund der Beherrschten das Lebensmittel der Herrschaft ist. Wir werden am 18.10.90 über den 18.10.77 sprechen - zum Schutz der Gefangenen.

In den Gefängnissen der DDR und der BRD gärt es. Gefangene wollen nicht die gegebenen Haftbedingungen und Gefangene wollen natürlich raus. Auch in Stammheim forderten kürzlich viele in einer Protestaktion ihre Amnestierung. Es ist denkbar, daß ein Staat, der gerade sein Gebiet und die Zahl seiner Untergebenen um ein Fünftel ausdehnen konnte, zum Zeichen seiner Souveränität Gefangene in die Freiheit entläßt. Aber: Deutschland bleibt BRD bleibt Deutschland. Gegen 78 an der Aktion in Stammheim Beteiligte wird nun wegen "Verdacht der Gefangenenmeuterei" ermittelt. Einzelne werden in Bunkerzellen isoliert. Wir wollen mit der Kundgebung am 18.10. die Forderung der Gefangenen unterstützen. Außerdem fordern wir, daß die Revoltierenden nicht bestraft werden.

Der 4. Strafsenat des OLG Stuttgart verhandelt gegen Luiti gewöhnlich an den Dienstagen und Donnerstagen. Der 18.10.90 fällt auf einen Sitzungstag und wir wollen an diesem Tag nicht verfahrensborniert zur Tages- bzw. Sitzungsordnung übergehen. Auch deshalb machen wir in der Mittagspause diese Kundgebung.

Kein neues 77 an den Gefangenen!

Keine Bestrafung von Beteiligten

an der Häftlingsrevolte!

Luiti muß raus!

Stammheim - Es reicht!

(Die Kundgebung findet auf jeden Fall statt, auch wenn nicht verhandelt wird. Sie beginnt dann um 12.30 Uhr.)

Prozeßgruppe

Spendenkonto:

Bunte Hilfe Stuttgart, Postgiroamt Stgt.

BLZ 600 100 70, Kto.-Nr.: 372 42-702

Prozeßtermine: 16.10., die weiteren bitte

tel. erfragen: 0711/649 1629 Mo.-Mi. 18-20 Uhr.

27. Widerstand = "Legale RAF"? = Anschlagsbeteiligung?

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:36

Seine Brisanz gewinnt das Verfahren gegen Luitgard Hornstein, gewinnen die hohen Urteile gegen Chris, Andrea und Rico aus dem Umstand, daß am Anfang die gemeinsame Verhaftung von Legalen und einer Illegalen stand. Luitgard Hornstein und Christian Kluth, beide aus der Düsseldorfer antiimperialistischen Szene, diskutierten mit Eva Haule, einer erklärten Angehörigen der RAF, als sie am 2.8.86 in einem Rüsselsheimer Eiscafe verhaftet wurden. Hier liegt der Grund für ihre Verurteilung. Sie zielt auf Friedhofsruhe.

Der nachgeschobene Vorwurf "Anschlagsbeteiligung Dornier" ist eine reine Staatsschutzshow. Dies ist spätestens durch die Veröffentlichung in der Frankfurter Rundschau am 10.9.90 einer größeren Öffentlichkeit vor Augen geführt worden. Rolf-Peter Henkel, Stuttgarter Vorstand der humanistischen Union und FR-Redakteur, belegt die Unhaltbarkeit des Vorwurfs mit vielen Einzelheiten. Das Plädoyer der BAW verdeutlicht nochmals die Pleite. Das Manöver richtete sich gegen die Kiefernstraße, gegen die zwischen 86 und 88 in ähnlicher Weise vorgegangen wurde wie gegenwärtig gegen die Hafenstraße. Zweitens sollte es "Täter" dingfest machen und die Effizienz der Fahndungsapparatur beweisen. Drittens sollte es allen, die solche Anschläge durchführen, zeigen, daß auf jeden Fall Leute und zwar immer "die Richtigen" in die Kiste kommen. Viertens aber soll die unverkrampfte Diskussion über die richtige und falsche Anwendung von Gewalt unmöglich werden. Außer religiöser Distanzierung wird alles schwer bestraft.

Auf der Tagesordnung steht die Diskussion in der antikapitalistischen Linken über die Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre. Diese kann nicht stattfinden ohne die Illegalen und selbstverständlich nicht ohne die politischen Gefangenen, deren Zusammenlegung als Voraussetzung für die "Teilnahme der Gefangenengruppe an der gesamten politischen Diskussion" (Eva Haule) zu begreifen ist. Die gemeinsame Diskussion ist von Seiten der RAF, der Gefangenen, der (früheren) Antiimps gewollt. Und sie ist als gemeinsame möglich. Dafür sprechen die Erklärung von Helmut Pohl, dafür spricht der Brief von Eva Haule, dafür sprechen selbstkritische Kommentare von Teilnehmern an der "Offensive 86" in der neuesten Ausgabe von "Zusammen kämpfen".

Helmut Pohl: "mein schwalmstädter privatwitz ist schon, ob es nicht wir, die gefangenen, jetzt sein werden, die diese ‚gewaltdebatte' faktisch thematisieren werden - und ganz genau in dem einfachen sinn, wie in der ersten hälfte der 80er, als die ‚experten' die raf zerfallen gesehen haben, die ‚abschwör'- und ‚amnestie' -propagandisten gern gehabt hätten: nämlich, daß ‚kein mensch' gewalt liebt". (zitiert nach clockwork Nr. 19). Wir sind gegen Gewalt. Wie also sie bekämpfen. Wie sie beseitigen?

Chris und Luiti hatten sich mit Eva Haule zur Diskussion getroffen. Wir brauchen die Diskussion über antikapitalistische Strategien. Wir können es uns nicht leisten, daß schon diese Diskussion wie selbstverständlich kriminalisiert wird. Diese Klarstellung steckt hinter unserer Forderung "Luiti muß raus".

Prozeßgruppe

28. Es rappelt in den bundesdeutschen Knästen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:23

Es rappelt in den bundesdeutschen Knästen. Am Montag, den 01.10. weigerten sich ca. 200 Gefangene der Anstalt 8 in Santa Fu, nach dem Aufschluß wieder in ihre Zellen zu gehen. Bei der folgenden Prügelorgie durch Wachpersonal und Bullen, wahrscheinlich MEK, gab es Verletzte. Es gelang aber auch zehn Gefangenen, ein Anstaltsdach zu besteigen. Die Nacht hatte nur wenige Grade über Null, das Dach war mörderisch schräg und glatt und ohne die Möglichkeit, entspannt zu sitzen oder zu liegen, und wir waren erleichtert, als die Leute am 02.10. nachmittags wieder heil herunter kamen. Seitdem gibt's keine Infos aus der Anstalt, alle sind unter Einschluß. Wahrscheinlich wurden wieder Gefangene ins UG verschleppt.

Justizsenator Curilla bagatellisierte, wie immer. Natürlich gäbe es keinen Grund für einen Aufstand, und natürlich sei die Aktion nur eine Nachahmung der Unruhen in den Knästen der DDR. Sogenannte "soziale" Gefangene werden nicht ernst genommen. Die Verantwortung für ihr Handeln wird ihnen abgesprochen - eigentlich sind sie ja nur "arme" Verführte. Dafür müssen Rädelsführer her. Das ist jedenfalls die Taktik in HH, nach außen hin. Drinnen, in den Knästen, werden die Leute fertig gemacht. Den sogenannten "liberalen Strafvollzug" gibt es nicht. Seit der Mai-Revolte sind die Haftbedingungen in Santa Fu weiter verschärft.

Von den nach der Revolte Verschleppten (mindestens 23) befinden sich neun seit inzwischen über vier Monaten im Hochsicherheitstrakt und im Untersuchungsgefängnis in Isolationshaft. Ihr Zustand verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die anderen wurden in andere Bundesländer weiterverlegt, größtenteils auch auf Sondertrakte. Trotzdem, ausgerechnet Anstalt 8 gab 'ne Initialzündung, obwohl da doch "nur Kurzstrafler" sitzen - "die sitzen doch ihre drei Jahre auf der linken Backe ab". Vielleicht gab's auch mehrere Zündungen gleichzeitig, die Infos werden überall zurückgehalten.

Rheinbach, Willich, Köln-Ossendorf, Kaisheim, Freiburg, Darmstadt-Eberstadt, Mannheim, Bernau, Bayreuth ... Dachbesteigungen, Gitterklopfen, Sitzstreiks, Hungerstreiks. Hungerstreiks laufen weiterhin in Stammheim, Geldern, Köln-Ossendorf. Mit Sicherheit lief und läuft noch mehr - aber wie gesagt, runterspielen und totschweigen ist angesagt. Am Donnerstag, den 04.10. haben 15 Gefangene in Santa Fu, Anstalt II (dort war im Mai die Revolte) mit einem Hungerstreik begonnen. Ihre Forderungen: Abschaffung der §§66 (Sicherungsverwahrung), §§175 (homosexuelle Handlungen mit Minderjährigen), §§129a und §§218 StGB, eine Teilamnestie für alle und bessere Haftbedingungen sowieso - der Forderungskatalog besteht seit der Mai-Revolte. Die Justizbehörde: es handele sich nicht um einen politischen Hungerstreik, die Gefangenen wollten nur einfach nichts essen, sie hätten Angst, zu dick zu werden. Daraufhin brachte ein Radiosender ein Telefoninterview mit einem der hungerstreikenden Gefangenen, das keine weiteren Spekulationen über angebliche Diätkuren der Gefangenen zuläßt - sowieso ein Witz bei dem schlechten Essen. Die Justizbehörde schweigt seitdem.

Immer wieder taucht dies eine Wort als Forderung auf: Amnestie. Vor einigen Wochen begann in Fu, Anstalt II, die Diskussion darum. Die sich nach dem Mai-Aufstand gegründete unabhängige Gefangeneninitiative "apoFu 1258" arbeitete einen Forderungskatalog zur Amnestie aus und sammelte dafür in Anstalt II und VIII ca. 500 Unterschriften. Wir draußen mußten uns dazu verhalten, trotz unserer Probleme mit dem Thema. Die Auseinandersetzung lief und läuft intensiv, auch zwischen drinnen und draußen. Dieser Diskussionsprozeß, die Auseinandersetzung über die einzelnen Forderungen, über Knastkämpfe überhaupt, über die Widersprüche der Amnestie-Kampagne, ist für sich schon positiv und schafft die Grundlage für weitere Knastkämpfe.

Die Auseinandersetzung der Gefangenen bedeutet nicht, daß sie in der Annexion der DDR einen Grund zum Feiern sehen. Sie drückt einfach aus, daß die Leute raus wollen. Sie ist ein Strohhalm in einer beschissenen Situation, wirkt jetzt als Ventil für die schon lange erlebte Realität: es geht so nicht mehr!

Mit Hochsicherheitstrakten, Isotrakten und -folter, Fesselbetten, Betonspritzen werden schon lange alle "aufmüpfigen" Gefangenen bedacht. Die Sicherheitsverwahrung (SV) ist der Gipfel der Brutalität. In HH allein sitzen schon 15 Gefangene in SV, also ohne Aussicht auf Freiheit irgendwann mal. Der Älteste von ihnen ist inzwischen 71. Und die meisten sitzen wegen "Eigentumsdelikten". Der Sinn von Knast, Menschen zu zerstören, funktioniert (zu oft).

Für uns ist darum klar, daß jeder Anlaß gut ist, um die Knäste zu leeren. Vor allem aber ist klar, daß sich die Situation in den Knästen mit Revolten immer mehr zuspitzt, und auch die Repressionen zunehmen. Wenn dann ein sogenannter "sozialer" Gefangener in der Iso-Folter und irgendwann in der Knastpsychiatrie verschwindet, interessiert sich kein Mensch dafür, auch nicht die sogenannte "liberale Öffentlichkeit".

Es geht jetzt um sehr viel, und unterstützende Öffentlichkeit ist lebensnotwendig für die Gefangenen.

Wir fordern Euch auf: Klinkt Euch ein! Nehmt Kontakt auf mit Knastgruppen!

Für die Unterstützung der Hungerstreikenden in Fu brauchen wir dringend Leute, auch und gerade für kurzfristige Aktionen! Und wir brauchen Kohle.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Für ein menschenwürdiges Leben!

Santa Fu - Gruppe

Kontaktadresse:

Santa Fu-Gruppe

c/o Cafe und Buch

Holstenstraße 186

2000 Hamburg 50

Spendenkonto:

Nr. 1257/121 945, BLZ 20050550, Czenki, Stichwort "Sonderkonto Santa Fu"

Hamburger Sparkasse

29. Dokumentation: Stellungnahme von Insassen der Iso-Station B 1, Anstalt III; betr.: Verweigerung der Essenannahme

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:22

Seit 5 Tagen befinden wir uns in einem "unkonventionellen Hungerstreik" / Mahnfasten. Unkonventionell deshalb, weil keine konkreten Forderungen für eine Beendigung gestellt werden, jeder entscheidet für sich selbst über dessen Dauer (heutiger Stand: 12 von 17 Insassen der Station).

Wir wollen mit dieser Aktion auf friedliche Weise darauf aufmerksam machen, daß in Hamburg`s Gefängnissen immer noch große Frustration und Unsicherheit herrscht. Vor allem seit den letzten Unruhen in der Ex-DDR mit der darauf erfolgten Teilamnestie. Auch bei uns wäre ein solcher Schritt angebracht, denn in allen europäischen Demokratien (Belgien, Frankreich, Italien, Portugal, Spanien etc.) sind bei staatsverändernden Ereignissen Amnestien üblich. Ihr Umfang richtet sich nach der Tragweite / Bedeutung des Ereignisses für den Staat und / oder die Bevölkerung.

Wir wollen auch daran erinnern, daß mehrjährige Haftstrafen in der Regel eine Folge von Rückfällen sind. Wäre das vor 13 Jahren in Kraft getretene StVollzG vollständig realisiert worden, hätte ein Großteil der jetzt Einsitzenden eine reelle Chance der Wiedereingliederung gehabt. So aber wird ein lediger Gefangener mit 835,- DM entlassen und hat durchschnittlich 45.000,- DM Schulden. Die ursprünglich vorgesehene tarifnahe Entlohnung (um Schuldenregulierung und ähnliches zu ermöglichen) und Kranken-, Rentenversicherung der Gefangenen fanden nicht statt. Resozialisierende Maßnahmen kamen aufgrund von Personalmangel, Kosten- u. Sicherheitsgründen über das Planungsstadium meist nicht hinaus. Die überwiegende Zahl der Gefangenen hat entgegen den gesetzlichen Vorgaben nur den perspektivlosen Verwahrvollzug kennengelernt. Fehlentwicklungen gab es nicht nur in der Ex-DDR, auch wenn sie bei uns nicht so gravierend waren. Jahrelang wurde die Drogenproblematik lediglich mit Repressalien bekämpft statt Behandlungsmöglichkeiten zu schaffen.

Auf all dies wollen wir mit unserem Mahnfasten nachdrücklich hinweisen.

Hamburg, den 08. Oktober 1990

30. Dokumentation: Raf zum Hafen Wir wohnen nicht in der Hafenstraße

RAF-Erklärung zum Hafen

Rubrik: Autonome; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:05

so, jetzt liegen also angeblich unsere aktionspläne in der hafenstraße, mehr noch, wir hätten dort unsere "kommandozentrale";

- den aktenkoffer, den wir braunmühl abgenommen haben, den sollen wir mal schnell in der kiefernstraße abgestellt haben;

- auf einen wie kiechle hätten wir einen anschlag geplant;

- pläne für unsere aktionen kämen von unseren genossinnen und genossen, die im knast in der isolation gefoltert werden;

und und und - die liste dieser staatsschutzlügen ließe sich endlos fortsetzen.

in die neuen großdeutschen weltmachtpläne passen 20 jahre bewaffnete politik genausowenig wie die existenz selbstbestimmter lebensräume - um so weniger, als nach dieser langen zeit einfach klar ist, daß widerstand hier seine begründung in der gesellschaftlichen realität hat, daß es immer wieder und immer mehr menschen gibt, die mit diesem system, in dem geld und macht alles, dagegen die menschen, ihre würde und moral ein dreck sind, ein für allemal schluß machen wollen.

deswegen soll der hafen weg. und weil der hamburger senat das nicht schnell genug durchzieht, hat es die bundesanwaltschaft in die hand genommen und natürlich sollen da wieder einmal wir als begründung herhalten.

wir sagen gegen diese lüge: es gab und gibt keine pläne von uns in der hafenstraße, noch gibt es "legale" mitglieder der raf - weder im hafen, noch gibt es die überhaupt.

die raf ist eine bewaffnet kämpfende gruppe, die aus der illegalität operiert, also alle, die heute in der raf kämpfen sind illegal, und das war zu keiner zeit anders. diese tatsache ist den staatssicherheitsbehörden bekannt - auch wenn sie von sich sagen, daß sie nicht viel über uns wissen, was stimmt.

der hafen soll weg, weil er seit jahren dafür steht, daß die durchsetzung selbstbestimmter lebensräume hier möglich ist. der angriff gegen den hafen soll aber auch als "schlag gegen die raf" präsentiert werden, weil national wie international der druck auf den staatsschutzapparat wächst, endlich erfolge gegen uns vorzuweisen, nachdem sie seit der verhaftung von eva haule 1986 niemanden mehr von uns gekriegt haben.

nach diesem muster lief schon die verhaftung von ute hladki und holger deilke, die nach unserem angriff auf herrhausen als "fahndungserfolg" gegen uns verkauft worden ist, obwohl der staatsschutz von anfang an wußte, daß die beiden nicht in der raf waren. und um das auch mal klarzustellen: die beiden haben niemanden und nichts für uns ausgecheckt.

unsere aktionen planen und führen wir von anfang bis ende selbst durch. die staatsschutzkonstruktionen, nach denen wir unsere "knechte" für die "dreckarbeit" hätten, sollen zum einen die kriminalisierung von leuten aus dem widerstand, die legal leben, propagandistisch abstützen; und sie sollen suggerieren, daß es auch hier nicht anders läuft, als im system selbst, nämlich daß es chefs gibt und befehlsempfänger, daß das bedürfnis von vielen, daß menschen frei und selbstbestimmt zusammenleben, nirgends - auch im revolutionären kampf nicht zu realisieren sei.

jetzt im rahmen der hetze gegen den hafen kochen sie die wildesten konstruktionen zusammen, da sollen wir dann in jeder küche sitzen. da wo wir wirklich waren, halten sie diese tatsachen zurück, wenn es ins politische kalkül paßt. über die lange geplanten verhaftungen von ex-militanten in der ddr sollte wieder einmal der angebliche endsieg über uns gefeiert werden; da paßte es natürlich überhaupt nicht, daß wir einige tage vor der verhaftungswelle dort, die pfingsteinnahmen aus einem massa-markt bei duisburg enteignet hatten (der ganze ablauf war so, daß das bka sofort bescheid wußte).

karl-heinz gerum und corinna kammermeier sind nicht bei uns, weil sie das nicht wollen und wir wollen das auch nicht.

wir haben lange überlegt, ob wir überhaupt öffentlich darüber reden, weil es nicht unser bier ist, bka-fahndungslisten zu kommentieren. wir haben uns dafür entschieden zu einem ausschnitt was zu sagen, weil wir nicht wollen, daß über die falschen orientierungen, die seit langem in die szene gepusht werden, genossinnen und genossen für jahre im knast verschwinden. das kalkül der haargenauen öffentlichen beschreibungen der angeblichen organisationsmethoden in verbindung mit der raf-fahndung gegen die beiden ist, solche methoden als "unsere" in die diskussion zu bringen.

aber was da als möglichkeiten illegaler organisierung behauptet wird geht nicht!

- sich hier ein haus zu mieten unter falschem namen (es gibt die rasterfahndung seit den 70er jahren und rolf heissler sitzt deswegen seit über 10 jahren im knast);

- daß "zielfahnder des bka" einen der raf gesucht wird, nicht finden, obwohl der monatelang bei seinen eltern lebt.

das sind nur zwei von vielen beispielen. das niveau, das die geheimdienste heute haben, ist viel höher und die ganzen veröffentlichungen haben den zweck, diejenigen, die es noch nicht besser wissen, und die anfangen sich so zu organisieren, daß der apparat nichts mitkriegen soll, auf falsche kriterien zu bringen. die leute sollen an der langen leine des vs laufen, der die informationen über sie sammelt, um dann zuzuschlagen, wenn's politisch gebraucht wird.

gegen den sprung der westeuropäischen bestie unseren sprung im aufbau revolutionärer gegenmacht!

die tatsächlichen beziehungen zwischen menschen, die den revolutionären prozeß hier organisieren, haben mit dem ganzen dreck, den die staatsschutzlügen behaupten nichts zu tun.

natürlich haben wir kontakte zu leuten aus den unterschiedlichsten zusammenhängen, weil wir die diskussion mit vielen wollen und brauchen. denn alle, die den revolutionären prozeß hier weiterbringen wollen, müssen die situation und die prozesse in der linken und im widerstand überhaupt genau verstehen. und außerdem geht es für uns darum, mit genossen und genossinnen, die in anderen kämpfen drin stecken und deren zielvorstellungen sich mit unseren decken, darüber zu diskutieren, wie wir zusammen zu größerer kraft und stärke kommen können.

rote armee fraktion

24.9.1990

31. Dokumentation: Alte Ziele Alte Methoden Brief von Eva Haule v. 23.9.1990

Brief von Eva Haule vom 23.9.1990

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:03

An den Behauptungen, die jetzt vom Staatsschutz via "Stern" lanciert werden: "Entführung zur Freipressung von Gefangenen geplant", "Pohls Knastparole: Endsieg angesagt", "Neuer Hungerstreik" usw. stimmt nichts:

Zu den Lügen über die Hafenstraße haben die GenossInnen schon selbst das Richtige gesagt.

Diese ganze Kampagne ist wieder ein genaues Beispiel für die Staatsschutz- "Realität", die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Aus Helmuts Text, der in allem auf eine ganz andere politische Entwicklungsrichtung orientiert als die behauptete, reißen sie einzelne Worte raus, setzen sie neu zusammen und benutzen sie zu einer massiven Propaganda, die unsere Vernichtung vorbereiten soll.

Es sieht so aus, daß der Staat die Auseinandersetzung um unsere Situation und Politik wieder zurückkatapultieren will auf die Linie der Eskalation der 70er Jahre, die '77 im Tod von vier Gefangenen kulminierte.

Das alte Ziel, die alten Methoden.

Sie steuern auf eine Zuspitzung zu, um mit uns diesmal und rechtzeitig zum Start ins "neue Deutschland" endgültig Schluß zu machen; das ist der einzige Zweck dieser Propaganda, wie aller Maßnahmen systematisch seit einem Jahr und wie immer gezielt gegen einzelne von uns.

Alles wie gehabt, die "schlechte Unendlichkeit" im Vorgehen der Akteure des Apparates in der Auseinandersetzung mit der RAF und uns Gefangenen.

Wir wollen sie nicht. Sie ist jetzt irrational und enthält nichts Produktives mehr.

Für uns nicht, weil die Frage, ob es dem Staat gelingt, die Gefangenen zu zerstören und so die Politik der RAF zu ersticken, politisch entschieden ist und wir längst an einem anderen Punkt unserer Entwicklung sind. Das konnte jede/r sehen seit zwei Jahren. Und für den Staat nicht, weil er sein Ziel nicht erreichen wird. Sie sind vielleicht stark genug, einzelne von uns zu töten und über alles wegzugehen, was sich an Widerstand und Protest hier wie international entwickelt, aber sie können die Gefangenen und die RAF weder zur Kapitulation erpressen noch in eine sinnlose Eskalation zwingen.

Und eins muß doch klar sein:

Auch wenn es so ist, daß die jetzt 20jährige Kampfgeschichte und Erfahrung in der Metropole, nicht nur unsere, sondern die aller, und die veränderten globalen politisch-gesellschaftlichen Bedingungen eine strategische Neuorientierung verlangen und möglich machen - davon gehen wir aus, alles was wir seit zwei Jahren schreiben und tun sagt genau das und wenn es noch nicht begriffen wurde, zeigt das nur noch einmal deutlich die Notwendigkeit der Teilnahme der Gefangenengruppe an der gesamten politischen Diskussion - also auch wenn es so ist, bleibt aber die ungebrochene Vernichtungsstrategie gegen uns Gefangene objektiv eine Verpflichtung, den Kampf auch bewaffnet zu führen. Das ist überall auf der Welt so, wo es politische Gefangene und Guerillakampf gibt.

Und es geht dabei nicht allein um unser Leben, sondern um die Frage, welche politische Entwicklung hier möglich gemacht wird, in welche Richtung sich die ganze Auseinandersetzung hier jetzt bewegt.

Aber die Reaktionäre scheinen so zu kalkulieren: In Deutschland muß Friedhofsruhe herrschen und was bedeuten schon einige tote Gefangene für eine Macht, die weltweit alles unter ihren Stiefel kriegen will. Es wäre, wenn es so kommt, schließlich nur der ihren Zielen entsprechende Anfang; dann wüßte jede/r gleich, was das ist, "Deutschland". In Kontinuität.

Eva Haule, 23.9.1990

32. Der Herr Kronzeuge braucht Nachhilfe

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:43

Der seit fast einem Jahr laufende "größte Terroristenprozeß der BRD" ist immer gut für Pannen, Skandale und Schweinereien der Bundesanwaltschaft sowie des "Kurdensenats" beim Düsseldorfer Oberlandesgericht. Nachdem im Juni ans Tageslicht gekommen war, daß die Bundesanwaltschaft wichtiges (entlastendes) Beweismaterial unterschlagen hatte (s. ak 321) findet aktuell die Vernehmung eines der wichtigsten Zeugen der Anklage, Nusret Arslan, statt. Die Kurdenjäger des BRD-Staatsschutzes haben sich ihren Kronzeugen einiges kosten lassen: Seit über zwei Jahren befindet sich der Zeuge in vollständiger Obhut des BKA, welches für seine Unterkunft, Verpflegung, Kleidung, "Taschengeld" aufkommt und ihn rund um die Uhr "betreut".

Am 66. Tag der Hauptverhandlung war es dann so weit: "gegen 15.00 wird der Auftritt des zweiten Hauptbelastungszeugen erwartet ... die Augen aller Verfahrensbeteiligten sind auf die Eingangstür zum Sitzungssaal gerichtet, doch der Zeuge kommt, einer perfekten Inszenierung gleich, durch die der Bundesanwaltschaft vorbehaltene Eingangstür in den Sitzungssaal (1)... er betrat den Prozeßsaal als letztes Glied einer im Gänsemarsch einmarschierenden 4-köpfigen Sicherungstruppe. Sein steifer Oberkörper und die hochgezogenen Schultern lassen die Konturen der Panzerweste erkennen. Er nahm Platz im Schatten des erhöhten Sitzes der Bundesanwaltschaft. Die Sicherungsbeamten hinter ihm."

Der Einspruch der Verteidigung gegen die Anwesenheit der vier "Sicherungsbeamten", die den Zeugen während der gesamten Vernehmung flankieren, was neben der Beeinträchtigung der Vernehmungssituation auch eine (weitere) Vorverurteilung der Angeklagten bedeutet, wird vom Gericht abgelehnt.

Die bisherige Vernehmung von Nusret Arslan ist vor allem gekennzeichnet durch die Unfähigkeit des Zeugen: dieser ist offensichtlich "nicht einmal in der Lage, unter Verwendung zutreffender türkischer Begriffe einen Sachverhalt darzustellen. Ständig verwendet er das türkische Wort für "Dingsbums"... Immer wieder stocken die DolmetscherInnen - fünf an der Zahl beraten sich fieberhaft und erklären schließlich, daß der Zeuge nur Sätze ohne Sinn aneinanderreihe ... Hinzu kommt, daß der Zeuge häufig auf Fragen des Vorsitzenden Antworten gibt, die deutlich machen, daß er offensichtlich intellektuell nicht in der Lage ist, auch einfache Fragen und Vorhalte zu verstehen."

Für Verteidiger und Prozeßbeobachter ist nach der bisherigen Vernehmung des Zeugen völlig schleierhaft, wie es zu einer in deutscher Sprache verständlichen Niederschrift einer über zwei Stehordner gehenden Vernehmung durch das BKA gekommen ist. Dieser Sachverhalt ist möglicherweise so zu erklären, daß die Beamten des BKA in den Zeugen von ihnen gewünschte Sachverhalte hineingefragt haben und dies dann als Aussage des Zeugen protokolliert und von diesem unterschreiben haben lassen. Diese Methode setzt der Vorsitzende des 5. Strafsenats ... offensichtlich fort. Hierbei ist er bereits mehrfach von der Verteidigung "ertappt" worden. ... Dies wird durch ständige suggestive Fragen an den Zeugen deutlich."

Da die bisherige Aussage des Zeugen absolut ungeeignet ist, auch nur annährend die Behauptungen der Bundesanwaltschaft aus der Anklageschrift zu stützen, wird die "Nachhilfe", die das Gericht dem Zeugen angedeihen läßt, immer massiver: so, "wenn der Vorsitzende dem Zeugen zunächst erklärt, was er alles auf einem Foto sehen soll in der eindeutigen Absicht, daß der Zeuge anschließend bestätigt, was der Vorsitzende ihm zu sehen vorgegeben hat und dies, nachdem der Zeuge zuvor eindeutig erklärt hat, auf dem ihm vorgehaltenen Foto erkenne er nichts." Schließlich überläßt der Senat dem Zeugen, bzw. seinem Rechtsanwalt die zwei Bände Anklageschrift, die zwei Bände Verfahrensordner, die seine eigenen Aussagen beinhalten, sowie Kopien weiterer Schriftstücke, so daß er sich anhand seiner früheren Vernehmungsprotokolle auf die Vernehmung in der Hauptverhandlung vorbereiten kann! Fast überflüssig zu erwähnen, daß eine Beschwerde der Verteidigung bezüglich dieser Praxis, sowie ein Antrag auf Unterbrechung der Vernehmung bis zur Entscheidung über die Beschwerde ebenfalls abgelehnt wurde.

Jüngste Schweinerei: Entpflichtung der Wahlverteidiger beantragt.

Anfang Oktober startete die Bundesanwaltschaft nun eine weitere Attacke, indem sie beantragte, fünf der Wahlverteidiger (J. Bremer, E. Biskamp, B. Fresenius, W. Verleih und D. Schönian) zu entpflichten, da diese sich wiederholt "schweren Fehlverhaltens" vor Gericht schuldig gemacht hätten. Konkret erwähnt wird der Protest der Anwälte (durch Stehenbleiben) gegen die Trennscheibe während der ersten Prozeßphase, sowie

ihr ständiges, tapferes Bemühen, sich gegen die autoritäre Verhandlungsführung des Senats durchzusetzen. Nachdem das Gericht immer wieder Wortmeldungen von Angeklagten und Verteidigern übergeht, ja ihnen kurzerhand den Saft (am Mikro) abdreht und stattdessen bevorzugt der Bundesanwaltschaft das Wort erteilt, wird den Rechtsanwälten nun vorgeworfen, sie redeten "ständig dazwischen", würden "grundlos lautstark" und hätten gar den Vertreter der Bundesanwaltschaft "niedergeschrien". Einer der Angeklagten hätte den Zeugen Arslan als "Dummkopf" bezeichnet ...

Bei Redaktionsschluß lag eine Entscheidung über diesen Antrag noch nicht vor. Der Vorstoß der Bundesanwaltschaft läßt sich wohl nur als Versuch werten, die absehbare Blamage durch "ihren Zeugen" und Kritik der Öffentlichkeit an der Prozeßführung durch gesteigerte Aggressivität wettzumachen.

Die nächsten Prozesstermine:

Di. 16.10.; Di 23.10.; Mi. 24.10.; dann ab 25. November wieder wöchentlich jeweils Dienstag und Mittwoch

alle Termine 9.30 Uhr OLG-Tannenstraße

Nachstehend dokumentieren wir (gekürzt) eine Erklärung von RA Eberhard Schulze, in der er über ein Jahr Prozeßverlauf Bilanz zieht.

N.M.

Anmerkungen:

1) alle Zitate bezüglich des Zeugen Arslan sind aus Berichten der Rechtsanwälte und Prozessbeobachter in "Kurdenprozeß aktuell" Nr. 19 und 20

33. Leserbriefe bet. KB-Debatte, Aktion in Trier

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:34

Nichts ist unmöglich

Betr.: ak 322 VSP-Delegiertenkonferenz

Am Bericht von Lia über die Delegiertenkonferenz der VSP in Köln wurde deutlich, warum das Projekt Linke Liste so eine schwere Geburt war. Die unsensiblen Betonköpfe nach Art der DKP sind offensichtlich nicht nur im Raum Nordbayern zu finden.

Obwohl es sich inzwischen sicher bis in den hintersten Provinzwinkel rumgesprochen hat, daß die Linke Liste ein Personenbündnis ist, war der zentrale Tagesordnungspunkt in Köln am 8./9.9. die Frage der Beteiligung der VSP am Projekt Linke Liste/PDS. Das Resultat der Debatte war zwar die Einsicht in die Notwendigkeit eines Eingreifens der Linken in den Wahlkampf, aber daß die Linken das als Individuen tun, ohne die Erlaubnis der jeweiligen Fossilienkreise einzuholen, läßt die selben immer wieder wie die beleidigten Leberwürste reagieren.

Weil die LiLi ein Personenbündnis ist, kann es auch nicht sein, das die VSP oder die roten Tische dort in fast allen Bundesländern mitarbeiten und integriert sind, wie im Artikel behauptet, sondern einzelne Leute aus diesen Organisationen, und das ist doch ganz in Ordnung so, was regt Ihr Euch eigentlich immer so auf?

Daß einzelne Leute im LiLi-Projekt mitarbeiten, muß von niemandem heroisch erkämpft werden, weil von einer ablehnenden Haltung gegenüber dem linksradikalen Spektrum bei den InitiatorInnen niemals die Rede war, im Gegenteil haben diese meines Wissens immer wieder versucht, auch Leute aus der Radikalen Linken für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Es mag schon sein, daß auf irgendeiner Versammlung ein Teil der Anwesenden verprellt wurde, fragt sich bloß, wer von wem? Wenn ich an das Auftreten der Nürnberger DKP-Altfraktion denke, die bei der Kandidatenaufstellung für die LiLi-Bayern allen Ernstes ihren Oberbetonguru vorgeschlagen hat, dann waren da sicher auch Leute verprellt, aber leider die sensibleren. Wenn überwiegend grölende und kichernde Gruppen in so einer schwierigen Situation die Versammlung blockieren, finde ich es schon angebracht, mal höflich nachzufragen, was das soll.

Die im Artikel erwähnte Gruppe Kiel der VSP fühlt sich offenbar auch bloß in der Masse stark, denn warum sonst wollen sie denn um Himmelswillen ALLE in die Linke Liste eintreten, wo doch noch gar nicht sicher ist, wie das alles nach der Wahl weitergeht? Mir scheint, der Hang zum Parlamentarismus ist bei den Kielern größer als bei der LiLi, obwohl sie doch gerade ihr die unkritische Haltung dazu vorwerfen...

Also nochmal für alle zum Mitschreiben: es werden bei der LiLi nicht zahlreiche Linke von vornherein ausgegrenzt, sondern sie wehrt sich gegen die Versuche, das Konzept der breiten Mitarbeit von Linken aus allen Bereichen durch ein Organisationsbündnis der roten Tische zerstören zu lassen. Das heißt, die VSP als Organisation steht beim LiLi-Konzept selbstverständlich außen vor. Insofern ist es auch egal,ob die VSP auf das Projekt Linke Liste/PDS setzt oder nicht. Tatsächlich finde ich die Position von Angela Klein durchaus richtig, wenn sie feststellt, daß die Zeit der "Linienorganisationen" vorbei ist. Das hat nichts mit "politischer Beliebigkeit" zu tun, sondern mit der Freiheit des Individuums.

Nur wer sich ohne Gruppen- und Fraktionszwang zu einer Entscheidung durchringt, ist auch stark genug, allein die Konsequenzen zu tragen.

Eva, Nürnberg

An die AK-Redaktion

An die AK-Redaktion insgesamt, mit speziellem Helau an die wackere Minderheitenfraktion.

Nach fast zwanzigjähriger ak-Lektüre stechen (ernstgemeinte?) Sätze wie folgende unangenehm ins Auge: "... berieten ca. 30 GenossInnen der KB-Minderheit in Köln. Einhellige Zustimmung löste der Vorschlag aus, am Termin der Reichsgründungswahl eine Anti-Deutschland- Konferenz durchzuführen, d.h. sich demonstrativ an dieser Wahl nicht zu beteiligen." (ak 322, S.39)

Waren nicht ähnliche Schoten im Roten Morgen anno 1970 oder so zu lesen?

Daneben fällt auf, daß seitenlange PDS-Kritikartikel sich im wesentlichen darin erschöpfen, das unsägliche Modrowwort von "Deutschland- einig Vaterland" sowie unausgegorene PDS-Stellungnahmen zur Marktwirtschaft zum 25. Male salonmarxistisch zu verreißen. Hätten nicht 4-5 Male gereicht? Warum dieses gebetsmühlenartige Festklammern an tatsächlich kritikwürdigten Schwachstellen?

Wie wäre es denn, wenn die so großzügig verschleuderten Energien von den Menschewiki, pardon, Minderheitlern mal dahin umgelenkt würden, zu sagen, welche Vorstellungen sie vom Sozialismus überhaupt und - sagen wir mal - von sozialistischer Wirtschaftsorganisation haben? Aber bitte keine rundum kompatiblen Worthülsen dreschen, sondern unter Berücksichtigung der herrschenden Realität und unter Einbeziehung der jüngsten Erfahrungen den analytischen Geist sprühen lassen.

Eine andere Frage: woher nimmt eigentlich die Minderheit das Recht, den Internationalismus für sich zu reklamieren und die der PDS wohlwollend Gesinnten des Nationalismus' zu verdächtigen? Keine Frage: die Entwicklung der letzten Monate hat in vielen linken Köpfen nationale coming-outs hervorgerufen. Das war erschreckend genug, offenbarte aber auch, daß die "nationale Frage" in linken Kreisen alles andere als abgehakt ist. Antideutscher Internationalismus ist so eine Erscheinungsform dieser Misere, ist eine panische und verunglückte Kopfgeburt, ist auch billige Profilneurose, die Schuld, schlechtes Gewissen und Geschichtsbewußtsein zur Schau stellen soll, bestenfalls aber zur Selbstbefriedigung beiträgt.

Es gibt auch Internationalisten mit westdeutschem Paß, die Schuld, schlechtes Gewissen und Geschichtsbewußtsein haben, und trotzdem eine Perspektive in der PDS sehen. Die Perspektive nämlich, ein sozialistisches Projekt auf die Beine zu stellen, das sich deutschen Großmachtpläne in den Weg stellt.

Auch mich stört der von der PDS bekundete DDR-Stolz, vaterländischer Schnickschnack u.ä. Aber ich gehe mal davon aus, daß die GenossInnen der PDS auf Grund ihrer Geschichte ein von unserem völlig unterschiedliches Bewußtsein zu Staat und Nation entwickelt haben, mit dem wir uns argumentativ und nicht mit dem erhobenen Zeigefinger auseinander zu setzen haben. Ich finde es schlicht arrogant, quasi ausländische, in anderer Tradition sozialisierte GenossInnen schulmeistern zu wollen.

Das soll es gewesen sein. Nur noch dieses: ich habe mein Abo für vorerst sechs Monate verlängert, weil ich mir die Option offenlassen möchte, den ak kurzfristig abzusetzen. Dies würde dann der Fall sein, wenn die Minderheit über das soeben von mir beanstandete Niveau nicht hinauskäme und ihren flutartigen Defätismus weiterhin zelebriert.

Rot Front

Fritz P.

Werte Ak-Redaktion

Als grünes Basismitglied, das durchaus erhebliche Kritik gegenüber den Linkspositionen des ak hat, möchte ich dennoch nicht verhehlen, daß Ihr in der Frage der Kriegsvorbereitungen am Golf eindeutig und entschieden Stellung bezieht. Auch bin ich einverstanden, daß Ihr die Grünen im wohlverstandenen Sinne "attackiert", indem Ihr auf Seite 8 des ak vom 17. September die Frage stellt: "Wollen die Grünen mit marschieren?"

Ich glaube, daß sie noch nicht - mehrheitlich - selber mitmarschieren wollen. Allerdings sind sie aktiv oder passiv zu nicht geringen Teilen bereit, die UNO und NATO marschieren zu lassen.

Am 1. September-Antikriegstag fand in Trier eine kleine Demo gegen den Aufmarsch am Golf statt. Dabei zeigte sich, daß die Mobilisierungskraft der Grünen - und nicht nur der Grünen - derzeit und insbesondere in dieser Frage sehr gering ist.

Betroffen macht mich aber noch mehr, daß sich die Grünen als "Schönwetterpazifisten" entpuppen, d.h. daß sie dasPrinzip der Gewaltfreiheit nicht auch in zugespitzten Situationen durchhalten und statt dessen lieber wegtauchen. (...) (An dieser Stelle bezieht sich der Autor auf ein Flugblatt, das wir aber aus Platzgründen hier nicht abdrucken, daher die Kürzung in diesem Leserbrief; die ak-Redaktion)

Mit freundlichen Grüßen

Richard P.

34. Treffen ehemaliger Opfer der NS-Militärjustiz Gründung eines Interessensverbandes geplant

Rubrik: Friedensbewegung; Antifaschistischer Kampf; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:14

Vom 19. bis 21. Oktober 1990 findet in Bremen erstmalig ein bundesweites Treffen ehemaliger Opfer der NS-Militärjustiz und NS-Wehrmachtspsychiatrie statt. Hierzu gehören Kriegsdienstverweigerer, Deserteure, Militärstrafgefangene, Wehrkraftzersetzer, die große Zahl der Opfer der Militärpsychiatrie sowie auch die Angehörigen, vor allem Frauen, die ihre Männer oder Söhne zur Desertation ermutigt haben und dafür selbst oft verfolgt wurden.

Obwohl die NS-Militärrichter alleine mehr Terror- und Todesurteile gefällt haben, als der Volksgerichtshof und alle Sondergerichte zusammen, ist dieses blutige Kapitel im öffentlichen - auch linken - Bewußtsein kaum aufgearbeitet. Den Tausenden Opfern wird weitgehend Anerkennung und Entschädigung verwehrt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist es hierzulande das erste Mal, daß Deserteure, Wehrkraftzersetzer und andere "ungehorsame" Soldaten der Deutschen Wehrmacht zusammenkommen werden, um sich auszutauschen. Gleichzeitig ist geplant, im Rahmen der Veranstaltung die Gründung einer gemeinsamen, eigenständigen Interessenvertretung zu diskutieren und zu vollziehen.

"Wir wollen es nicht länger hinnehmen, daß alle, die dem Hitler-Regime und seinem verbrecherischen, völkermordenden Krieg gedient haben, weiter im Recht sind und wir Opfer weiterhin kein Recht auf Anerkennung und Entschädigung haben.

Damit dieses Unrecht sich nicht damit erledigt, indem die letzten Opfer weggestorben sind, haben wir uns entschlossen, unsere Sache in die eigenen Hände zu nehmen und eine Interessenvertretung der Opfer der NS-Militärjustiz zu gründen", schreibt Ludwig Baumann, Deserteur im 2. Weltkrieg, im Aufruf zur Gründung der "Interessenvertretung der Opfer der NS-Militärjustiz".

Vorbereitet wird die Veranstaltung außerdem von der Hamburger Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes und dem Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (DIZ) in Papenburg.

Einleitende Worte zu dem Treffen, an dem auch Betroffene aus der DDR, aus Luxemburg und Österreich teilnehmen wollen, werden Ludwig Baumann und der ehemalige Deserteur und derzeitige Präsident des P.E.N.-Zentrums der DDR, Heinz Knobloch sprechen. In einem einführenden Vortrag referiert Professor Manfred Messerschmidt, ehemaliger Leitender Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr in Freiburg, über die Rolle der Militärjustiz im Nationalsozialismus.

Günter Saathoff, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der Grünen, und Stefan Romey (Hamburg) berichten über den Stand der Diskussionen über Entschädigungszahlungen für Opfer der NS-Militärjustiz bzw. über die praktischen Regelungen in einzelnen Bundesländern.

Ehemalige Opfer der NS-Militärjustiz, die an dem Treffen teilnehmen möchten oder grundsätzliche Informationen wünschen, werden gebeten, sich mit dem DIZ Emslandlager, Postfach 1132, 2990 Papenburg (04961/4971) in Verbindung zu setzen.

Da die größte Zahl der Opfer dieser Gruppe aufgrund der gesellschaftlichen Nicht-Anerkennung bzw. Ächtung als "Drückeberger" bisher nicht bekannt und in Kontakt miteinander stehen, sind alle AK-Leser aufgefordert, ehemalige Deserteure, Psychiatrierte und andere Opfer der Wehrmachtsjustiz aus ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis auf dieses Treffen hinzuweisen!

Ort der Veranstaltung:

Jugendbildungsstätte Bremen

Lidice-Haus

Auf dem Hohen Ufer 118-124,

2820 Bremen 70

Beginn: 19.10. 17 Uhr bis 21.10 mittags

Kontakt s.o.

35. Doku: ein Jahr und noch keine Wende im PKK-Prozeß

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:13

Dokumentation:

Ein Jahr und noch keine Wende im PKK-Prozeß

Am 24. Oktober vor einem Jahr begann die Hauptverhandlung in dem "größten Terroristenprozeß in der Geschichte der Bundesrepublik". So wie es aussieht, werden weitere Jahrestage folgen. Der Massenprozeß der Superlative, was die Kosten, die Zahl der Angeklagten, Verteidiger und Dolmetscher, den Umfang der Akten und den Sicherheitsaufwand angeht, kann noch gut drei oder vier Jahre dauern. Zeit für eine Zwischenbilanz aus Sicht der Verteidigung. (...)

Das Gericht steht erst am Beginn der Beweisaufnahme, deren Ende nicht abzusehen ist - Nusrat Arslan ist der fünfte von mehr als 150 vorgesehenen Zeugen. Wenn es nach der Bundesanwaltschaft ginge, müßten am Ende mehrere der kurdischen Angeklagten zu "lebenslang" verurteilt werden, die meisten zu hohen Freiheitsstrafen als Mitglieder oder Unterstützer einer "terroristischen Organisation", die es innerhalb der kurdischen Arbeiterpartei PKK geben soll und die nach dem Eröffnungsbeschluß des 5. Strafsenats vom Generalsekretär der Partei, Abdullah Öcalan, über das Exekutiv- und Zentralkomitee im Nahen Osten, die europäische Zentrale bis hin zu den Gebietsverantwortlichen und "speziellen Arbeitsgruppen" reichen soll. Praktisch alle Funktionäre dieser Organisation sollen also als "Europas gefährlichste Terroristen" abgeurteilt werden, wie das erklärte Ziel der Bundesanwaltschaft schon vor Beginn der Hauptverhandlung formuliert wurde. Daneben geht es ihr insbesondere darum, den angeblichen Mißbrauch des "liberalen Ausländer- und Asylrechts" zu verhindern. Darüber hinaus werden die Verteidigerrechte weiter eingeschränkt, neue Gesetze bzw. -vorhaben erprobt und propagiert, wie insbesondere die erstmalige Anwendung der umstrittenen Kronzeugenregelung 1989 und das sogenannte Zeugenschutzprogramm des Bundeskriminalamts. Dahinter steht - offiziell immer wieder abgestritten - die Unterstützung des türkischen Regimes bei der Bekämpfung der PKK an der Spitze des politischen und militärischen Widerstandskampfes des kurdischen Volkes als "Staatsfeind Nr. 1".

Was hat die Bundesanwaltschaft bisher erreicht?

In ihrer Erklärung zu Prozeßbeginn hatte die Verteidigung betont, daß die juristisch haltlose und politisch gefährliche Anklagekonstruktion verbunden ist mit Verfahrensbedingungen, "die so willkürlich und mit rechtsstaatlichen Grundsätzen eines fairen Verfahrens in einer Weise unvereinbar sind, wie es dies bisher auch in der trüben Geschichte der ‚Terroristenprozesse` in der BRD und nach unserer Übersicht auch im internationalen Vergleich noch nicht gegeben hat." Neben den Haftbedingungen, die als Isolation gekennzeichnet werden müssen, fanden die Bedingungen im Verhandlungsbunker ihren Ausdruck in der Trennscheibe, dem "Kurden-Käfig", in den alle inhaftierten Angeklagten an jedem Prozeßtag gesperrt wurden, zwischen sich jeweils noch Justizwachtmeister und abgeschottet von allen anderen. Diese klinisch saubere westeuropäische Variante der Verfahrensbedingungen, wie sie in den Massenprozessen der türkischen Militärgerichte herrschen, wurde schnell bis in die liberalen Medien hinein, zum Symbol einer weiteren Steigerung der bundesdeutschen TE-Sonderjustiz. (...) Der 5. Strafsenat hat, gestützt von der Bundesanwaltschaft, Bundesjustizministerium und NRW-Justizministerium, über Monate gegen alle Anträge und Aktionen von Angeklagten und Verteidigern hartnäckig an der Trennscheibe festgehalten. Die Angeklagten nahmen Tag für Tag stehend aus Protest gegen die Scheibe an der Verhandlung teil, die Vertrauensverteidiger stellten immer wieder neue Anträge dagegen und standen mehrfach aus Protest - zuletzt unterstützt von den wichtigsten Anwaltsorganisationen - ebenfalls während der Verhandlung, obwohl sie sich schon deshalb von Gericht und Bundesanwaltschaft mit Standesverfahren oder gar Ausschluß als Pflichtverteidiger bedroht sahen. Und doch ist der "Kurden-Käfig" im Februar nach 30 Hauptverhandlungstagen schließlich gefallen, sind sieben Angeklagte aus der Haft entlassen und ein Verfahren eingestellt worden. Der Versuch, die Trennscheibe in §129a-Verfahren auch in der Hauptverhandlung einzuführen, ist damit vorläufig gescheitert, und mit ihr die Absicht, die Angeklagten als besonders gefährliche "Terroristen" einzustufen. (...) Die Bundesanwaltschaft hat offensichtlich den auf der

Basis von Ausländerfeindlichkeit und Schauergeschichten zu erzielenden Effekt überschätzt und den Umstand, daß - entgegen bisherigen §129a-Verfahren - sie diesmal mit ihrer Anklage in eine antikoloniale und Massenbewegung eingreift, die sich gerade auch 1989 und 1990 unter entscheidendem Einfluß der PKK stark entfaltet hat, unterschätzt. (...) Schon jetzt ist eine von der BAW sicher nicht beabsichtigte Nebenwirkung festzustellen: Zum ersten Mal konnten westdeutsche Durchschnittsleser und -fernseher etwas von dem wirtschaftlichen Elend der Kurden, ihrer Unterdrückung durch das türkische Militärregime und ihrem bewaffneten Widerstand erfahren.

Und doch hat die Bundesanwaltschaft ihre Ziele keineswegs aufgegeben. Im Windschatten der Lockerungsmaßnahmen vom Februar konnte es sich der 5. Strafsenat ohne größeres Aufsehen erlauben, in einem auf praktisch kein Argument der Verteidigung eingehenden Kurz-Beschluß die Einstellung des Verfahrens "vorläufig ablehnen", wurde die Besetzungsrüge wegen des Ausnahmegerichts-Charakters des Senats (Zuständigkeitsbereich: "Ausschließlich PKK") abgebügelt, wurden sämtliche Befangenheitsanträge ohne nähere Prüfung des Sachverhaltsvortrags abgelehnt. Noch in diesem Herbst soll die Hauptverhandlung in einem weiteren Verfahren gegen Kurden, diesmal beim Oberlandesgericht Celle, beginnen. In Düsseldorf gingen Gericht und Bundesanwaltschaft zugleich auf ihre Weise zur "Gegenoffensive" über: Gegen mehrere Verteidigerinnen und Verteidiger wurden Strafanzeigen wegen Beleidigung und Veröffentlichung von Akteninhalten und Anzeigen wegen standeswidrigen Verhaltens in der Hauptverhandlung mit einem ganzen Katalog von Unbotmäßigkeiten erstattet. (...)

Von "kugelsicheren" und anderen Kron-Zeugen

Von Februar bis April dieses Jahres mußte man den Eindruck gewinnen, der Düsseldorfer Prozeß werde von Berlin aus geführt: Dort fand der Mordprozeß gegen den Kurden Ali Cetiner statt, der als erster die umstrittene, maßgeblich auf Initiative des Generalbundesanwalts 1989 eingeführte "Kronzeugenregelung" in §129a-Verfahren in Anspruch genommen hat. Der Sachbearbeiter der BAW hatte diesem Kronzeugen im September 1989 persönlich zugesichert, er werde sich in dem Berliner Verfahren für eine erhebliche Strafmilderung einsetzen, vorausgesetzt, daß dieser "auch in der Hauptverhandlung vor dem OLG Düsseldorf durch seine Zeugenaussagen an der Aufklärung der von ihm bereits benannten Straftaten mitwirke." Denn erst seine Aussagen (im Jahr nach Erhebung der Anklage) hätten die Anklage "rundgemacht", die sich vorher lediglich auf eine "mutige Indizienkette" gestützt hätte. Ausgerechnet dieser Zeuge hat in Schweden 1988 vergeblich versucht, die PKK-Spur im Palme-Mord-Verfahren durch neue "Beweise" wieder aufzuwärmen; nach seinem Scheitern in Schweden - begleitet vom Rücktritt der auf ihn setzenden Justizministerin - wurde er Anfang 1989 auf Anforderung der BAW in die BRD ausgeliefert, wo ihm offenbar "mutige Bundesanwälte" eine neue, glänzende Karriere bereiten wollen.

Die Hoffnung, daß das Düsseldorfer Oberlandesgericht diesen Kronzeugen gegenüber angesichts der breiten Ablehnung der Kronzeugenregelung selbst in Richterkreisen, nun besonders kritisch gegenüber treten wird, haben wir nicht. Das zeigt die bisherige Behandlung der beiden anderen Hauptbelastungszeugen: Hasan Dogan, dessen umfängliche Aussagen den Ermittlungsbehörden 1988 zur Verhaftung von acht Angeklagten geführt hatte, berief sich unter Hinweis auf ein auch gegen ihn geführtes Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen §129a StGB auf ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht nach §55 StPO. Während die Bundesanwaltschaft in anderen §129a-Verfahren üblicherweise mit Zwangsmitteln bis zur Beugehaft gegen Personen reagiert, die vom ihrem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch machen wollen, machte sie hier das Gegenteil: Sie schwang sich zum Anwalt des Belastungszeugen auf und schlug ihm vor, im Hinblick auf sein eigenes Verfahren umfassend die Auskunft zu verweigern. Das Ermittlungsverfahren gegen den Zeugen ist nach einem Vermerk des Sachbearbeiters der BAW seit Sommer 1989 einstellungsreif. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß der plötzliche "Sinneswandel" der BAW zum Umfang des Auskunftsverweigerungsrechts verhindern soll, daß die Verteidigung durch Befragen dieses Belastungszeugen dessen Glaubwürdigkeit überprüfen kann. Da der Senat sich der interessengeleiteten Auslegung des §55 StPO angeschlossen hat, brauchte der Zeuge kein einziges Wort zu sagen; die Beweisaufnahme wird auf eine schlichte Reproduktion polizeilich zusammengestellter Akten reduziert, ohne ernsthafte Überprüfungsmöglichkeit durch die Verteidigung. Besonders bedenklich erscheint mir in dem Zusammenhang, daß der Antrag der Verteidigung, den Zeugen wenigstens zu bestimmten Themen, wie z.B. seiner Vernehmungssituation, befragen zu können, mit einem Beschluß abgelehnt wurde, der offensichtlich schon vor Beginn der Hauptverhandlung schriftlich abgefaßt war, wie sich aus durchgestrichenen Textstellen ergab, die

seit Beginn der Hauptverhandlung nicht mehr zutrafen. Überflüssig zu erwähnen, daß ein darauf gestützter Befangenheitsantrag abgelehnt wurde, ohne daß von den Richtern bestritten worden wäre, den Text bereits früher abgefaßt zu haben oder die näheren Umstände aufgeklärt worden wären.

BKA hält sich Zeugen

Die Vernehmung des zweiten Hauptbelastungszeugen Nusret Arslan hatte ein Vorspiel: Acht Hauptverhandlungstage lang wurde hierzu ein Beamter vernommen, der Leiter der Abteilung Zeugenschutz beim BKA. Sie existiert seit Herbst 1987, also seitdem Landeskriminalämter und Polizei für das Ermittlungsverfahren im Kurden-Prozeß in Flugblättern Zeugen suchten, denen "Diskretion" zugesagt wurde. Die Aussagegenehmigung auch dieses polizeilichen Zeugen wurde derart beschränkt, daß die Zusammenarbeit der beteiligten Stellen und der Gang der Ermittlungen nicht mehr nachvollziehbar sind. Eine Taktik, der sich der Senat bisher widerspruchslos untergeordnet hat. Es konnte deswegen nur wenig konkretes in Erfahrung gebracht werden. Die Zeugenschutzstelle des BKA betreut und versorgt einzelne Hauptbelastungszeugen zum Teil seit mehr als zwei Jahren. So bezieht der für die Anklage wesentliche Zeuge Nusret Arslan seit Februar 1988 Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und Geld als "Schutzmaßnahme" vom BKA. Identität und Aufenthaltsort wurden offenbar immer wieder gewechselt, er soll der "bestgeschützte Zeuge" der BRD sein. Ob sich unter dem Deckmantel des Zeugenschutzes ein weiteres, groß angelegtes Projekt zur Manipulation von Beweismitteln verbirgt, konnte noch nicht aufgedeckt werden. Ergeben hat sich aber ein umfassendes Abhängigkeitsverhältnis und die völlige Abschirmung des Zeugen gegenüber Verfahrensbeteiligten und der Öffentlichkeit, während der ständige Zugriff der Ermittlungsbehörden auf den Zeugen gewährleistet ist.

Die vergangenen zwei Monate, in denen das Gericht den Zeugen vernahm, machen den Versuch, das vom BKA vorfabrizierte Ermittlungsergebnis zu reproduzieren und abzusichern, immer deutlicher. Nachdem der Zeuge wichtige Einzelheiten zu seiner angeblichen Entführung und zur Struktur der PKK anders darstellte, als in den Protokollen des BKA, lieferte er darauf angesprochen oft eine neue, dritte Version. Später flüchtete er sich in das Nichtverstehen der Frage oder der Übersetzung, bemühte nervliche Belastung, Schmerzen und Angst vor Beleidigungen durch die Angeklagten. Auf konkrete Fragen kommen Satzfetzen und zum Teil unzusammenhängendes Gestammel, die Schwierigkeiten des Zeugen werden offensichtlich, jedenfalls ein eklatanter Widerspruch zur flüssigen Darstellung in den Protokollen des BKA. Und prompt greift der Vorsitzende immer häufiger zu Suggestivfragen ("Wovor hatten Sie denn nun Angst? Vor Kritik, Schlägen oder dem Tod?"), legt Fotos mit BKA- Kennzeichnungen und Bemerkungen darauf vor oder meint ganz offen: "Erkennen Sie das Foto, wenn nicht erkläre ich es Ihnen"! Trotz Widerspruchs der Verteidigung häufen sich unzulässige Vorhalte aus den Akten, insbesondere zu konkreten Sachfragen, über die der Zeuge in der Hauptverhandlung aus eigener Erinnerung noch gar nichts berichtet hatte, weil er nicht konkret danach befragt wurde. Es stellt sich zum Beispiel heraus, daß der Zeuge nicht einmal die Abkürzungen für wichtige Organisationen der PKK richtig wiedergeben kann - übrigens von Sachbearbeitern des Bundesamtes in Asylverfahren regelmäßig als sicheres Indiz dafür gewertet, daß der Betreffende in Wahrheit nicht viel mit der Organisation zu tun gehabt haben kann ... Kein Wunder also, daß der Vorsitzende dazu überging, dem Zeugen seine Aussagen beim BKA Abschnitt vorzulesen und von ihm bestätigen zu lassen, obwohl dies zum großen Teil unzulässig war, wie die Verteidigung ausführlich dargelegt hat.

In dieses Bild paßt die ständige Auseinandersetzung um die Vollständigkeit der Ermittlungsakten, den die Verteidigung gegen die Bundesanwaltschaft und Gericht führen muß. (...) Auf einen Beweisantrag der Verteidigung mußte die BAW nunmehr einräumen, daß beides tatsächlich erfolgt war und der Zeuge die als Täter angeklagten Personen nicht identifiziert hatte, in einem Fall sogar ausdrücklich erklärt habe, die entsprechende Person sei ihm völlig unbekannt. (s. ausführlich im ak 321 - Anm.d.Red.) (...) Der skandalöse Vorfall der Unterdrückung belastenden Beweismaterials, verbunden mit dem Angriff gegen die Verteidigung, der sich kurze Zeit später als Unwahrheit entpuppte, wurde vom Gericht als bedauerlicher Fall einer fehlerhaften Rechtsansicht abgetan ...

Über die Chancen der Verteidigung

Daß die Möglichkeiten der Verteidigung in diesem Prozeß äußerst gering sind, zeigt auch, wie mühsam kleine Verbesserungen erkämpft werden mußten, die eigentlich selbstverständlich sind: Die vollständige Übersetzung in der Hauptverhandlung auch von Erklärungen der Angeklagten und Antragsbegründungen der

VerteidigerInnen, das Recht der Angeklagten, Erklärungen auch in der kurdischen Muttersprache abgeben zu können; eine konsekutive (nachfolgende) Übersetzung über die Saallautsprecher (im Gegensatz zu der ursprünglich geplanten Simultanübersetzung über Kopfhörer, wodurch eine Kontrolle und Korrektur falscher Übersetzungen nicht möglich gewesen wäre, die sich immer wieder als notwendig erwiesen hat); geringfügige Erleichterungen der Haftbedingungen wie das Recht auch auf die Publikationen der PKK zu beziehen, Verlängerung der Besuchszeit bzw. der Bewegungsmöglichkeiten. Dazu gehört auch die Lockerung der Verfahrensbedingungen. Dies alles wäre sicher nicht ohne die kritische Öffentlichkeit und die Öffentlichkeitsarbeit von Angeklagten und Verteidigung möglich gewesen.

Die Kritik der politischen Hintergründe

Seitdem sich die Angeklagten am ersten Verhandlungstag bei der Feststellung der Anwesenheit mit den Worten meldeten: "Ich lehne die türkische Staatsangehörigkeit ab, ich bin Anhänger der nationalen Befreiungsfront Kurdistans", seitdem mehrere von ihnen den politischen Hintergrund des Verfahrens, vor allem die Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Türkei dargestellt und umfangreiche politische Erklärungen zur Anklage vorgetragen haben, ist der politische Charakter dieses Prozesses allgegenwärtig. Tausende von Kurdinnen und Kurden aus der gesamten BRD haben durch Demonstrationen (vor Prozeßbeginn allein zehntausend in Düsseldorf, einen Sternmarsch gegen den Prozeß und mehrere weitere Demonstrationen) und Herstellung der Öffentlichkeit im Prozeßbunker, fast täglich bis auf den letzten Platz immer wieder klar gemacht, daß nicht - wie bei manchen anderen § 129a-Verfahren - nach den üblichen Anfangs-"Tumulten" zur Tagesordnung übergegangen werden kann. Eine internationale Prozeßbeobachtung mit prominenten Delegationen aus Griechenland, Zypern und Syrien sowie Schweden, hat Anklage und Verhandlungsbedingungen kritisiert, ebenso Richter aus Frankreich, französische Menschenrechtsorganisationen, ausländische AnwältInnen usw. sowie zahlreiche Besucher aus der Bundesrepublik. Die Protestschreiben an das Gericht füllen inzwischen zwei Leitzordner. Darunter Resolutionen vom Republikanischen AnwältInnenverein (RAV), der Humanistischen Union (HU), der IG Medien Hessen-Süd und anderen Gewerkschaften und Betriebsräte, der Jusos Hamburg, der Roten Hilfe e.V., mehrerer StrafverteidigerInnen-Vereinigungen, (...) daneben von linken politischen Organisationen (...) sowie zahlreicher "Prominenter"; in Kreisen anderer kurdischer Exilgruppen wachsen Anteilnahme und Protest, ebenso in "Dritte-Welt"-Solidaritätsgruppen. Insgesamt ist jedoch die bundesdeutsche Unterstützung noch dürftig. (...)

Ein maßgeblicher Faktor: Die Entwicklung in Türkei-Kurdistan

Der Kurden-Prozeß ist und bleibt eine massive Unterstützungsaktion der BRD- Justiz zur Zerschlagung des kurdischen Befreiungskampfes. (...) Im August hat das türkische Militärregime offiziell die Menschenrechte in den kurdischen Provinzen bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg für suspendiert erklärt. Man wolle freie Hand bei der Evakuierung und Zwangsumsiedlung der Kurden haben. Mit der offiziellen Einführung des Kriegsrechts ist nicht nur die bisherige Politik des Staatsterrors unter dem Deckmantel der "Wiedereinführung der Demokratie" gescheitert. Damit wird der unbedingte Wille deutlich, daß Kurdenproblem im Schatten des Golf- Krieges, den Ministerpräsident Özal eifrig propagiert und praktisch vorbereitet, endlich und endgültig militärisch mit allen Mitteln zu lösen - einschließlich der Option auf einen Genozid mit Hilfe von Giftgas, wie viele Kurden fürchten und die bisherige Nichtbeachtung des humanitären Kriegsvölkerrechts durch die türkischen Militärs in der Tat nahelegt. Die Verteidigung hat in der Hauptverhandlung bereits in einem Fall den Beweis für den direkten Zusammenhang zwischen den Ermittlungen in diesem Verfahren und dem Foltermord an einem kurdischen Gastarbeiter aus Celle vorgelegt, inzwischen ist durch die Gerichtsverhandlung gegen einen türkischen "Sozialarbeiter" in Hamburg bewiesen, daß der berüchtigte türkische Geheimdienst MIT seine Agenten gezielt auf die Angeklagten dieses Verfahrens noch in den Haftanstalten der BRD ansetzt.

Wer sich an diesem schmutzigen Krieg gegen die Kurden nicht mitschuldig machen will, muß über das Eintreten für Menschenrechte in der Türkei hinausgehen, wie das Europäische Parlament in einer Resolution vom Juni 1990, in dem beide Bürgerkriegsparteien zu Verhandlungen aufgerufen wurden - er muß nicht nur für das Selbstbestimmungsrecht auch der Kurden eintreten, er muß darüberhinaus auch zur Beendigung des Düsseldorfer Kurden-Prozesses beitragen, wie es die Landesdelegiertenkonferenz der Hamburger Jusos im März forderte:

- "Den sofortigen Abzug aller Militär-und Bundesgrenzschutz-Berater;

- sofortige Einstellung jeder Form von Militärhilfe;

- sowie vor der UNO eine Verurteilung des türkischen Kolonialkrieges und Anerkennung der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) als legitime Vertretung des kurdischen Volkes,

- sofortige Einstellung des völkerrechtswidrigen Düsseldorfer Kurden-Prozesses."

RA Eberhard Schultz, 01.10.1990

36. Wer andere kolonisiert, kolonisiert sich selbst - Gespräch mit B. Rommelspacher

Gespräch mit Birgit Rommelspacher

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:42

ak: Was wir an deinem Artikel am wichtigsten fanden, ist die Überlegung, daß Rassismus ein kulturelles und kein soziales Phänomen ist. Das ist ein Ansatz, der in der Szene zwar immer mal wieder vorkam, um den aber nicht explizit gestritten wird.

Birgit Rommelspacher: Es gibt verschiedene Ansätze, wobei der dominierende der ökonomische ist, daß eben Armut Rassismus hervorbringt. Natürlich spielen die ökonomischen Gründe auch eine Rolle, aber wenn der Ansatz auf diese platte Ebene reduziert wird, dann wird die Frage, welche Auswirkungen die Ökonomie auf die Art und Weise hat, wie wir miteinander umgehen, völlig ausgeblendet. Wie setzt sich die kapitalistische Ökonomie um in Denkweisen, in Psyche, in Umgangsformen, in Entscheidungen darüber, welche Lebensziele wir uns setzen, was uns wichtig ist usw.? Der ökonomische Ansatz ist insofern ein sehr verkürzter Ansatz.

Du gehst Leggewie, Heitmeyer und Funke ziemlich scharf an. Das sind ja nun keine Rechten. Welche Motive vermutest du in ihrer Forschungstätigkeit?

Ich finde das einen klaren Fall von Selbstentlastung. Ihre Frage ist nicht, wie unser Gesellschaftssystem mit Rassismus durchsetzt ist und sie selbst und die Wissenschaft, oder wie die Soziologie zur Aufdeckung dieser Rassismen beitragen kann, sondern sie betreiben eine Projektion auf ein, zwei Figuren. Ich finde das verantwortungslos, weil sie sich dabei noch fortschrittlich vorkommen. Daß sie z.B. der Frage nach der Geschlechtsspezifik nicht weiter nachgehen, zeigt doch, daß sie so eingebunden sind in das Dominanzsystem, daß sie an die Frage, wie rechtsextremes Wahlverhalten mit dem patriarchalischen Herrschaftssystem zusammenhängt, nicht heranwollen. Die Wissenschaft könnte sich ja bemühen aufzuklären, wie wir über Medien, Erziehung, Sozialisation usw. Rassismus in uns einsaugen, aber zu diesem Thema gibt es kaum Veröffentlichungen. Die Bibliotheken sind leer.

Du sprichst in deinem Artikel mehrfach von der Verunsicherung der eigenen Identität durch Fremde. Ich finde den Begriff "Identität" überhaupt recht fragwürdig. Zudem wird in unserer Gesellschaft die Ausbildung einer eigenen Persönlichkeit von Kindheit an behindert und jede/r vom Staat auf Unterordnung und Akzeptanz der kapitalistischen Ordnung und deren Ideologeme getrimmt. Von daher finde ich auch die sog. "Verunsicherung durch Fremde", die von vielen als natürlich angesehen wird, überhaupt nichts Natürliches oder Angeborenes. Über die Abgrenzung nach außen und die Zuschreibung von negativen oder positiven Merkmalen wird doch erst dieses künstliche Gebilde, der Zusammenhang Nation geschaffen und damit erst der Begriff "fremde Nation".

"Ich kann meine Identität nicht abstreifen"

Es kommt sehr darauf an, was man unter Identität versteht. Ich meine, die Art und Weise, wie man aufgewachsen ist, was man alles an Erfahrungen speichert, macht die Identität aus. Die ist natürlich höchst widersprüchlich, trotzdem gibt es ein Gefühl von Kontinuität: das bin ich. Es gibt anscheinend eine Notwendigkeit, über Gemeinsamkeiten Identität herzustellen, auch um Grenzen zu erkennen und zu sehen: was definiert mich selbst. Damit meine ich nicht eine "nationale" Identität, sondern einfach die Tatsache, daß ich jemand anderes bin, weil ich hier aufgewachsen bin, als wenn ich in Frankreich oder Uganda aufgewachsen wäre. Ich kann nicht einfach meine deutsche Identität abstreifen und sagen, ich hätte keine, sondern muß mich damit auseinandersetzen. Die zweite Frage ist dann die nach der Funktion von Identität, die hat u.a. die Funktion, Sicherheit zu vermitteln oder Orientierungshilfen - daß man die Zukunft besser kalkulieren kann, weil man die Umgangsweisen kennt. Und die Verunsicherung dieser Identität, die Infragestellung von Selbstverständlichkeiten passiert durch Fremde mit anderen Umgangsweisen.

Es fällt mir schwer zu glauben, daß es die Notwendigkeit zur Abgrenzung gibt, daß Abgrenzungsnot ein allgemein menschliches Phänomen ist. Die Neuen Rechten haben diesen Ansatz ja biologisiert, daß das "Ursprungsvertrauen" in der eigenen Nation also angeboren wäre. Und Cohn-Bendit sagt, daß Fremdenangst

ganz natürlich wäre. Ich halte diese Angst immer noch für produziert, darüber, daß bestimmte Merkmale Nationalitäten zugeordnet und negativ besetzt werden. Das fängt bei der Erziehung an ("streun' nicht 'rum wie ein Zigeuner", "hier sieht's aus wie bei den Hottentotten", "geizig wie ein Jude") und läßt sich jeden Tag in der Presse nachlesen.

Die negative Abgrenzungsfunktion ist natürlich Produkt unserer Dominanzkultur. Daß es aber überhaupt so etwas gibt wie Fremdheits- und Vertrautheitsgefühl, scheint mir unbestreitbar. Die spannendere Frage finde ich, ob es andere Möglichkeiten des Umgangs mit einem solchen Gefühl gibt als Unterwerfung.

Das ganze wird noch schärfer dadurch, daß nationalistische und nationale Bewegungen ganz oft emanzipatorischen Charakter haben, das zeigt doch die gesamte Geschichte, auch die Geschichte der Revolutionen. Der Punkt ist meiner Ansicht nach nicht das Nationalgefühl als solches, sondern die Macht: wenn diese Bewegungen an die Macht kommen, wird aus dem Zugehörigkeitsgefühl Herrschaft, wogegen es vorher zur Emanzipation führte. Überall auf der Welt gibt es doch Nationalitätenkonflikte ... die Energien, die dieses Zugehörigkeitsgefühl freisetzt, sind doch unglaublich, und die reale politische Relevanz, die dieses Gefühl hat, kann man nicht leugnen. Die Frage ist nicht, ob es das gibt, sondern wann es emanzipatorisch ist und wann Herrschaftsinstrument.

Disziplinierung der Gesellschaft durch rassistische Ausgrenzung

Noch einmal zurück zur "Verunsicherung durch Fremde": wie kann denn eine Verunsicherung in Bezug auf die eigene Zukunft bei Menschen stattfinden, die selbst gar keinen direkten Kontakt zu "Fremden" haben? Die meisten Deutschen haben doch so wenig Kontakt, daß sie sich nicht damit auseinandersetzen, ob und warum sich diese anders verhalten als sie selbst. Sie sehen doch nur jemanden auf der Straße, der anders aussieht?

Ja, unser realer Kontakt ist minimal, und die Auseinandersetzung läuft hauptsächlich über die Projektion, was wir glauben, was sie seien. Wenn man sich in der unterlegenen Position befindet, muß man sich ja tatsächlich mit den anderen auseinandersetzen, wir in der Dominanzkultur müssen das nicht. Da gibt es eher eine Auseinandersetzung mit den Feindbildern, wie man am Beispiel des Antisemitismus sehen kann, als real mit "Fremden".

Da kommen wir zu der Funktion, die Antisemitismus oder Rassismus - was ich nicht gleichsetzen würde - für die Formierung einer Gesellschaft hat, eben eine Ab- und Ausgrenzung zur inneren Disziplinierung.

Genau. Zur Entstehungszeit des deutschen Nationalismus im 19. Jh. galt all das als deutsch, was als nicht-jüdisch galt. Alles, was nicht in das Selbstbild der Deutschen paßte, wurde als jüdisch bezeichnet. Und es geht hier um die Ausgrenzung von etwas Innerem.

Was ist denn die Perspektive für uns Mitglieder der Dominanzkultur? Ist die von Dir so formulierte "Anerkennung des Anderen in der Gegenseitigkeit" nicht eine Zukunftsprojektion?

Es gibt die Möglichkeit der Auseinandersetzung. Die Perspektive ist eigentlich nur, die Fremden so zu ermächtigen, daß sie tatsächlich in eine gleichberechtigte Auseinandersetzung treten können. Die Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft dagegen ist nicht Harmonie, sondern sicherlich weiterhin Kampf und Widersprüche.

Was ist jetzt mit "ermächtigen" gemeint, doch nicht der rein juristische Akt? Ein großer Teil der antirassistischen Öffentlichkeit verfolgt heute zuallererst das Ziel der Gleichberechtigung auf juristischer Ebene, um überhaupt die Voraussetzung für Partizipation zu schaffen. Dabei wird davon ausgegangen, daß eine juristische Gleichberechtigung die Akzeptanz der Bevölkerung erhöht. Das ist ein Ansatz, der dem Einfluß der Dominanzkultur widerspricht. Daran schließt sich die Frage an, wie wir als Mitglieder der Dominanzkultur jemanden ermächtigen können, der von ihr unterdrückt wird?

Ja, das ist ein Widerspruch. Sicherlich sind diese politischen Fragen auch ganz wichtig, aber es muß auch um die Veränderung unseres Bewußtseins auf allen Ebenen gehen, daß die Minderheiten auf allen gesellschaftlichen Ebenen ihre Position einnehmen. Die weißen Deutschen können hier nur Koalitionspartner sein. Die Minderheiten müssen ihre Rechte selbst erkämpfen, aber ohne Koalitionspartner können sie auch nichts durchsetzen.

Vielleicht ist ein Ansatz für so eine Koalition, mit dem weitverbreiteten Unsinn aufzuräumen, man müsse die Defizite der Nicht-Deutschen aufspüren und beschulen.

Ich finde auch sehr wichtig dabei die Untersuchung der Frage, was die Schäden dieser Dominanzattitüde für uns sind, oder welches die Folgeschäden für die Nachgeborenen der Tätergeneration des Nationalsozialismus sind. Also daß wir auf uns gucken, wie es uns deformiert.

Meinst du damit, wie die Teilhabe an der Herrschaft deformiert?

Ja. Irgendwo muß doch unser Interesse liegen, die Herrschaftsverhältnisse aufzuheben, sonst könnten wir einfach so weitermachen. Und wo dieses Interesse liegt, wie mich das kaputtmacht, daß ich in diesen Herrschaftsverhältnissen lebe und daran teilhabe, ist für mich eine zentrale Frage dabei. Eindeutig sind die Privilegien, die ich davon habe, materiell usw., aber welches sind die Kosten?

Sind das im wesentlichen psychologische Elemente?

Ich denke da zunächst an die Verdrängung des Nationalsozialismus, daß es in den meisten Biographien ein Loch gibt, eine Leerstelle, die dann mit Nationalismus gefüllt wird oder damit, gar nicht Deutsche/r sein zu wollen. Daß die meisten beklommen sind, wenn sie Juden treffen. Es heißt ja, wer andere kolonisiert, kolonisiert sich selbst. Ich denke, je mehr ich mich von etwas abschotte, desto mehr schotte ich mich von etwas in mir selbst ab, desto wenige lasse ich Prozesse in mir selbst zu, desto toter und erstarrter bin ich. Wir kommen offensichtlich um die Psychologie nicht herum.

Gemeinsame deutsche Verdrängung

Ich möchte die Frage der kulturellen oder nationalen Identität noch mal etwas genauer bestimmen. Würdest du sagen, daß der Rassismus oder der Nationalismus in der BRD und der DDR gleich im Sinne von "typisch deutsch" sind?

Ich bezweifle stark, ob wir Deutschen uns nun gerade im Rassismus treffen und ob der sich so sehr von anderem Rassismus unterscheidet. Worin liegen denn die Gemeinsamkeiten mit der DDR? Es gibt eine gemeinsame Geschichte bis vor 40 Jahren. Es gibt auch eine Gemeinsamkeit in der Verdrängung des Nationalsozialismus, die selbstverständlich unterschiedliche Erscheinungsformen hat, aber eine Gemeinsamkeit in der Gebrochenheit mit der Geschichte produziert. In der DDR ist die gesamte Gesellschaft zusammengebrochen, und das hat eine Phase totaler Orientierungslosigkeit zur Folge gehabt, wie denn nun die Zukunft aussehen wird. Ich würde das eher so sehen, daß sie in dieser Situation einen Rückgriff in die Geschichte getan haben und das Deutschsein herausgezerrt haben, als Anker, um überhaupt eine Perspektive zu entwickeln. In dieser Identitätsdiffusion, wo ja auch so viel Selbstentwertung zugehört, hat der Nationalismus eine gewisse Orientierungsfunktion. Je mehr sie selbst zerstört werden in ihrer eigenen Geschichte, ihrer Identität, desto mehr klammern sie sich an Leitfiguren, die Sicherheit versprechen, sei es nun die D-Mark oder Kohl oder sonstwas. Dagegen kommt bei uns der Nationalismus genau aus dieser Dominanzgeschichte heraus, der fetten Selbstgerechtigkeit, daß unser Weg der richtige war usw., und der erfährt jetzt sogar noch einen Dominanzschub. Ich würde also sagen, daß der Nationalismus hier und in der DDR jeweils eine ganz unterschiedliche Quelle hat.

Du sprichst davon, daß eine kulturelle Identität notwendig wäre, um mit anderen Kulturen tolerant umgehen zu können, und daß die Deutschen keine durchgearbeitete Identität hätten, in der die Verantwortung für die Geschichte übernommen würde. Das wäre dann eine antifaschistische Identität, die zunächst politisch bestimmt ist und nicht kulturell. Was sollen wir uns denn unter kultureller Identität vorstellen?

Ich würde kulturell hier sehr breit fassen, also die ganzen Normen und Selbstverständlichkeiten, wie wir miteinander umgehen, Leitfiguren unseres sozialen Lebens. Ich meine, daß bestimmte Verhaltensweisen auch Traditionen werden können, also daß die Leute nicht hingeguckt haben, als die Juden abgeführt wurden, wird weitergeführt darin, daß wir jetzt auch nicht hingucken, wenn rassistische Übergriffe passieren. Es scheint auch eine Tradierung von Zivilcourage oder eben keiner zu geben und eine Tradierung des Umgangs mit Autoritäten ... und da gibt es nicht so einen wahnsinnigen Sprung von unseren Eltern und Großeltern zu uns. Wieso sollten wir völlig anders sein?

Christentum, Arbeitsmoral und Selbstunterdrückung

Ich finde auch den Zusammenhang von Christentum und Rassismus untersuchenswert, da ergeben sich ja auch wieder Zusammenhänge mit der Entstehung des Kapitalismus und der Nationenbildung.

Das Christentum macht einen wesentlichen Bestandteil unserer Gesellschaft aus. Allein wenn man sich das Verhältnis zum Islam anguckt, daß noch nicht mal so primitive Forderungen wie Religionsfreiheit erfüllt werden... daran zeigt sich ja bis heute, daß die Christen nicht schluk- ken können, daß es andere Religionen gibt als ihre, daß sie sich nicht durchgesetzt haben. Und das haben sie auch den Juden nie verziehen, da sind sie unerbittlich. Und daß wir in dieser christlichen Kultur aufgewachsen sind, hat natürlich auch in uns Elemente davon hinterlassen, ob wir uns davon distanzieren oder nicht.

Das trifft vielleicht noch stärker auf die kapitalistischen Werte, Arbeit und Effektivität und Produktivität usw. zu.

Alles dreht sich um diesen Arbeitsbegriff, der in unserer Gesellschaft einen unglaublich hohen Stellenwert hat. Es ist doch anscheinend so, daß meine Identität, von morgens bis abends zu rackern und fleißig zu sein, so eng mit mir verwoben ist, daß mich das aufregt oder zumindest irritiert, wenn das irgendwo anders läuft. Das ist auch eine zentrale Quelle von Fremdenhaß, wenn es heißt, die Leute arbeiten nicht oder betteln - obwohl das natürlich ein Widerspruch ist, weil Flüchtlinge ja einem Arbeitsverbot unterliegen. Da kommt wieder die ganze Selbstunterdrückung, die Selbstkolonisierung zum Vorschein, der eigene Wille zur Faulheit, den du ständig unterdrückst und disziplinierst. Die Aggressionen, die daraus erwachsen, richtest du dann gegen Menschen, die für dich diesen ausgegrenzten, disziplinierten Teil deiner selbst verkörpern. Die Aktualisierung der Selbstkolonisierung richtet sich nach unten, nicht nach oben.

Die christlich-humanistische Ausländerfreundlichkeit nach dem Motto "Ein Herz für Ausländer" ist ja ein Ausdruck der Dominanzkultur. Das Verhältnis zu "Ausländern" als angeblich Schwächeren, denen man aus Mitleid auch mal etwas abgeben kann, stabilisiert das eigene Überlegenheitsgefühl. Es gibt hier kaum eine antirassistische Tradition oder Forschung, und wenn man ernstnimmt, was wir diskutiert haben, konfrontiert sich diese Position mit 95% der Bevölkerung.

Diese Fürsorge- und Almosenmentalität ist sicher eine christliche Tradition, die ja auch eine Tradition der Verlogenheit und Heuchelei ist. Solange mein eigener Rassismus, meine eigene Dominanzverwobenheit nicht thematisiert werden, ist ein solches Engagement immer verlogen. Ich bestätige dann nur meine eigenes Selbstbild, daß ich so großzügig bin und auch was abgebe. Die selbstkritische Aufarbeitung der eigenen Position muß Teil des Antirassismus sein.

Das Gespräch für den ak führten Ro., In. und N.M.

37. Rassismus als Resultat der Dominanzkultur

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:41

Mit dem Erstarken rechtsextremer Gruppen in den letzten Jahren und der Zunahme rassistischer Gewalttaten ist auch ein ganzes Sortiment neuer Bücher auf dem Markt gelandet. Die gängigen Untersuchungen zu Rechtsextremismus und Republikanern von Heitmeyer, Funke und Leggewie (alle 1989) transportieren weiterhin das Klischee, daß Verarmungs- und Deklassierungsängste der Grund für wachsenden Rassismus seien.

Birgit Rommelspacher, Professorin an der FHS für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Westberlin, widerspricht energisch diesem Erklärungsmuster, das den Rassismus auf klar eingrenzbare Gruppen beschränkt und in der Analyse gleich die Gründe zu ihrer Entschuldigung mitliefert. Der Rassismus der BRD-Gesellschaft bleibt unangetastet.

Ihr Artikel "Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften", den wir im folgenden als Zusammenfassung wiedergeben, war für uns Anlaß für ein Gespräch mit Birgit Rommelspacher.(*)

Obwohl die empirischen Erhebungen die Unhaltbarkeit der sogenannten "Defizitthese" erweisen, derzufolge die von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen oder Bedrohten das Gros der Republikaner-Wählerschaft bildeten, machen Heitmeyer, Funke und Leggewie weiterhin ökonomische Ängste als Motivation für rechtsextremes Wahlverhalten verantwortlich.

"So spricht etwa Hajo Funke in seiner Analyse der Potentiale von Rechtsextremen als vom 'Aufstand der Modernisierungsopfer' (S.116, 1989). Sein ganzes Buch ist durchzogen von Hinweisen auf soziale Mißstände und politische Versäumnisse, auf die desolate Situation der Zukurzgekommenen. Lediglich an einer Stelle erwähnt er, daß ein Motiv deutscher Facharbeiter, Republikaner zu wählen, wohl darin liege, daß sie ihre Privilegien absichern wollten. (...) Auch bei den deutschen Beamten fällt es ihm sichtlich schwer, sie in die These der Deklassierten zu pressen. So wird flugs das Problem der Steuer- und Gesundheitsreform aus der Tasche gezaubert. Bei den Bauern muß die Bedrohung durch die Europäische Gemeinschaft herhalten."

Auch die beiden anderen zur Erklärung herangezogenen Motivationen, der "Verlust sozialer Bindungen" und die "Verunsicherung aufgrund der ökologischen Katastrophe", sind für Birgit Rommelspacher nicht überzeugend. Sie stellt diese Kategorien grundsätzlich in Frage: "Wieviele Frauen werten die Zunahme der Scheidungsziffern nicht nur als Indiz für Zerfallsprozesse, sondern mindestens ebenso als Indiz für eine gewachsene Selbstbestimmung der Frau (...). Wieviele Jugendliche, aber auch alte Menschen, suchen sich eine eigene Wohnung, weil sie die soziale Kontrolle und auch Gewalt in ihren Familien nicht mehr aushalten?" und "In der Klage um die Globalität der Risiken geht das Ausbeutungsverhältnis der reichen gegenüber den armen Ländern unter." Außerdem lassen sich auch diese Erklärungsansätze empirisch nicht stützen.

"So muß Heitmeyer, wie er selbst sagt, 'irritiert' feststellen, daß Jugendliche mit autoritär-nationalistischen Orientierungen sich überwiegend in für sie befriedigenden Interaktionskontexten befinden und sich sozial integriert fühlen. (...) Die von Heitmeyer befragten Jugendlichen (...) fühlen sich relativ sicher und schauen auch optimistisch in die Zukunft."

Den signifikantesten Schnitzer leisten sich die Autoren, indem sie die Geschlechtsspezifik bei rechtsextremem Wahlverhalten (Frauen wählen wesentlich seltener Republikaner, obwohl ihre Zukunftsaussichten subjektiv wie objektiv schlechter sind als die von Männern) nur mit einem feststellenden Satz streifen, aber nicht weiter behandeln.

Hier liegt Rommelspachers Ansatzpunkt: offensichtlich liegt den Autoren viel daran, ihre Thesen aufrechtzuerhalten und Rechtsextremismus bei klar eingrenzbaren, von Angst und Unsicherheit gebeutelten Problemgruppen zu verorten. Zwar fehlt nicht der Hinweis, daß die Ideologie der Ungleichwertigkeit und Gewaltakzeptanz in "zentralen politischen und sozialen Bereichen der Gesellschaft" entstehe, jede Verbindung mit realen Machtverhältnissen wird jedoch vermieden.

"Eine Analyse, die sich auf die ideologische Ebene beschränkt, verfehlt die Verankerung des Problems im gesellschaftlichen Privilegierungssystem. Sie übersieht die Funktion der Ideologie in der Verteidigung von Individual- und Gruppeninteressen. (...) Ungleichheit wird allein als Vorurteil identifiziert, als ein bedauernswerter 'Mentalitätsbestand' beklagt. Wohingegen die reale Ungleichheit, etwa die zwischen den verschiedenen Ethnien in unserer Gesellschaft, die Ungleichheit zwischen Deutschen und den sog. Ausländern, die Unterschiede zwischen armen und reichen Ländern ebenso wie die zwischen Frauen und Männern kein Thema sind."

Geprägt durch Patriarchat, Kapitalismus und Christentum

Birgit Rommelspacher entwirft dagegen die These des Rechtsextremismus und Rassismus als Erscheinungsform einer Dominanzkultur.

"In einer Gesellschaft unseres Zuschnitts werden die Menschen im Konfliktfall ständig zu expansiven Bemächtigungstendenzen ermuntert. Dabei unterstützen sich gegenseitig kulturelle Traditionen, ein expansives Wirtschaftssystem und das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen. Sie legen es nahe, der Verunsicherung durch Fremde qua Hierarchisierung aus dem Weg zu gehen, sie unterstützen expansive Bemächtigung, um die eigenen Privilegien abzusichern und die eigene Position als die einzig rechtmäßige, vernünftige und normale zu behaupten."

Wesentlicher Teil dieser Dominanzkultur ist das patriarchalische Herrschaftsverhältnis. Jungen und Mädchen lernen von Kindheit an, daß es Unterschiede gibt, die die eigene Position in einer hierarchischen Rangordnung bestimmen. Die Existenz von Hierarchien wird internalisiert und führt zu hierarchischem Umgang mit anderen, zu Dominanzverhalten gegenüber Schwächeren und "Fremden".

Als zweite tragende Säule bestimmt die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Werten des materiellen Reichtums, des Wachstums und der Expansion die Dominanzkultur. Wie schon die Empirie zeigte, ist keineswegs reale Verarmung die Ursache des Rechtsextremismus - Rep-Wähler sind überdurchschnittlich oft Hausbesitzer. Auch ist eine Absicherung von Arbeitsplatz und Wohnung (auf Kosten anderer) keine Garantie gegen Rechtsextremismus; es geht eher um die befürchtete Behinderung der Bereicherung. Was in dieser Gesellschaft als zum Leben unbedingt notwendig erachtet wird, bewegt sich auf einer nach oben offenen Skala.

"Besitz weckt immer neue Begehrlichkeiten. Macht gebiert immer neue Machtansprüche, zumindest in einer Gesellschaft, die auf Expansion ausgerichtet ist (ökonomisches Motto: Wachstum oder Untergang). Das Streben nach immer mehr, nach immer mehr Reichtum und immer mehr Absicherung für die Zukunft kann so als Ausdruck einer Dominanzkultur gewertet werden, die nicht die Menschen dazu animiert, sich mit dem zu begnügen, was ist. Vielmehr entspricht das rastlose Streben nach Gewinn dem Prototyp des kapitalistischen Menschen (...). In einer solchen Kultur bedarf es erheblicher Distanzierungsleistungen, um sich selbst zu beschränken."

Bewußte Entlastung der Gesellschaft und der Täter

Zur Dominanzkultur gehört aber nicht nur die Absicherung von Privilegien, sondern auch ein Selbstbild, das Dominanz rechtfertigt. Rommelspacher erklärt die aggressive Abwehr alles "Fremden" mit der Infragestellung des Selbstbildes durch die Begegnung mit anderem. Als Beispiele nennt sie das Tragen von Kopftüchern islamischer Frauen, das deutlich vor Augen führt, daß das Christentum nicht die einzige Religion ist, Flüchtlinge, die allein durch ihre Existenz den Mythos zerstören, daß "unser" Reichtum auf unserer Hände Arbeit beruhe, oder Juden und Jüdinnen, die die Illusion stören, daß "alles nicht so schlimm gewesen" sei und daß man einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen könne (Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz).

Auf diesem Hintergrund wird die Funktion und Popularität der Defizitthese verständlicher. Sie entlastet zunächst die Gesellschaft, die Sozialwissenschaftler, die Politiker, in einem zweiten Schritt entlastet sie auch die "Täter", da diese als derart von Problemen bedrückt erscheinen, daß sie letztlich den "Opfern" gleichgestellt werden.

(*) Der hier zusammengefasste Artikel von B.Rommelspacher, dessen ungekürzte Lektüre dringend empfohlen wird, erscheint in der nächsten Ausgabe der "1999".

38. Kein Konsens gegen den Rassismus

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:15

Die Schändung des jüdischen Friedhofs in Carpentras im Mai dieses Jahres, die für ein enormes Aufsehen gesorgt hatte, rückte im Nachbarland westlich des Rheins für einige Tage Rassismus und Antisemitismus in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. In Paris demonstrierten Hunderttausende, darunter die Vorsitzenden aller Parteien (außer den Faschisten unter Le Pen), Oberhäupter der Kirchen und gesellschaftliche Gruppen. Das Boulevardblatt "France Soir" rief das Wort von der "heiligen Union", der "union sacrée" ins Leben. Doch der schöne Schein hielt nur wenige Tage. Der zur Schau getragene Anti-Rassismus der französischen Parteien setzte sich - wie nicht anders zu erwarten - nicht in reale anti-rassistische Politik um.

Daß jedoch ausgerechnet die Ereignisse im Zusammenhang mit "Carpentras" zu einem rassistischen Schub in der Regierungspolitik der Sozialisten führten, gehört zur bitteren Ironie der Geschichte. Bezeichnend sind die Ergebnisse einer SOFRES-Umfrage, die in "Le Monde" am 6. Oktober veröffentlicht wurden. 31% der BürgerInnen teilen danach die Position des "Front National"-Chefs Le Pen über "die Einwanderer", doch von diesen 31% halten nur 10% "die Ausländerpolitik Frankreichs" - also die derzeitige Regierungspolitik - für stark kritikwürdig. Inzwischen sind Rassismus und Antisemitismus nahezu keine öffentlichen Diskussionsthemen mehr und fast aus den Medien verschwunden. Frankreich kehrt zum Alltag zurück, der Rassismus gehört dazu.

Anhand der Debatten um ein "Antirassismus-Gesetz" und einen antirassistischen "Runden Tisch" sollen diese Entwicklungen im folgenden belegt werden.

Das Anti-Rassismus-Gesetz

Das am 1.7.1990 verabschiedete Anti-Rassismus-Gesetz knüpft an ein bereits existierendes Gesetz aus dem Jahre 1972 an. Nach dem bis dahin gültigen Gesetz konnten rassistische, ausländerfeindliche, frauenfeindlich-sexistische Äußerungen und in diesem Sinne diskriminierende Verhaltensweisen mit Geld- und Haftstrafen geahndet werden, weil "der Rassismus nicht eine Meinung, sondern eine kriminelle Handlung ist". U.a. aufgrund unzureichender Ausführungsbestimmungen wurde dieses Gesetz jedoch niemals wirklich angewandt. Von der Möglichkeit, Haftstrafen zu verhängen, wurde nicht ein einziges Mal Gebrauch gemacht. Rassistische Äußerungen und Handlungen wurden gewöhnlich mit einer symbolischen Geldbuße in Höhe von einem Franc "bestraft".

Der KPF-Gesetzesvorschlag, der dem am 1.7. verabschiedeten Gesetz zugrundelag, formulierte als Zielsetzung, künftig "jeden rassistischen, antisemitischen oder ausländerfeindlichen Akt unter Strafe zu stellen". Zu diesem Zweck wurden die einschlägigen Bestimmungen verschärft, zusätzliche Strafen eingeführt und der Katalog der gesetzlich zu ahndenden Straftatbestände erweitert. Im Einzelnen bedeutet das: 1.) Dem wegen Aufstachelung zum rassistischen Haß oder Anstiftung zu rassistisch motivierter Gewalttätigkeit Verurteilten droht künftig neben Geld- und Haftstrafen als Zusatzstrafe der Entzug des passiven Wahlrechts und des Rechts auf Bekleidung öffentlicher Ämter für fünf Jahre. Dies bedeutet den Verlust der Wählbarkeit und die Entfernung aus öffentlichen Ämtern, aus dem Staatsdienst und der Verwaltung. (Der Entwurf der KPF sah noch die Aberkennung des aktiven Wahlrechts vor, d.h. den Ausschluß von der Teilnahme an Wahlen. Für die Zustimmung der Sozialisten mußte das Gesetz jedoch an diesem Punkt entschärft werden.) 2.) Primitive Formen des historischen "Revisionismus", also die Leugnung der Judenvernichtung und der Existenz der Gaskammern ("Auschwitz-Lüge"), werden künftig zum Straftatbestand. Diesbezügliche Äußerungen können mit Geldstrafen bis zu 300.000 Francs geahndet werden. Nicht getroffen werden jedoch die raffinierteren, pseudo-"wissenschaftlichen" Formen der Leugnung des Holocaust, die beispielsweise an der Universität Lyon III eine Hochburg besitzen. 3.) Personengruppen , die "aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, einer Nation, einer Rasse oder einer bestimmten Religion" von rassistischen Äußerungen und Darstellungen "betroffen" sind, sowie Anti-Rassismus-Gruppen, Vereinigungen gegen Antisemitismus und Organisationen ehemaliger Widerstands-(Résistance-)kämpfer erhalten automatisch ein Recht auf Gegendarstellung, wenn in Medien diskriminierend berichtet oder gehetzt wird. Dazu dient eine Änderung des Pressegesetzes von 1981, das die Pressefreiheit schützt und "Meinungsdelikte" weitgehend der Ahndung entzieht. Im Übrigen können die oben genannten Personengruppen künftig in Strafprozessen als Zivilkläger auftreten.

Als die Vorlage Anfang Mai in erster Lesung zur Abstimmung stand, stimmte die sozialistische Fraktion dem KPF-Gesetzesvorschlag zu. Die Gründe für die Zustimmung der Sozialisten sind allerdings weniger im Anti-Rassismus zu suchen, sondern sind vielmehr parteipolitisch-taktischer Natur. Kurz zuvor hatte die bürgerliche Opposition ein Mißtrauensvotum gegen den sozialistischen Premierminister Michel Rocard eingebracht. Angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, unter denen die sozialistische Regierung über keine absolute Mehrheit zwischen der KPF und der bürgerlichen Opposition verfügt, war der KPF ein parlamentarisches "Erpressungsmanöver" zugunsten des Anti-Rassismus-Gesetzes gelungen.

Zutreffend kommentierte die "Süddeutsche Zeitung" am 3.7.90: "Einer Reihe sozialistischer Abgeordneter war nicht wohl dabei, daß sie ihre Hand für eine Initiative haben mußten, die von den Kommunisten kam (...)". So wurde das Anti-Rassismus-Gesetz am Morgen des 3. Mai mit den Stimmen der Sozialisten und der KPF angenommen. Die bürgerliche Opposition stimmte geschlossen dagegen. Einem Antrag auf Nichtbefassung der einzigen "Front National"-Abgeordneten folgten vier Mitglieder der Nationalversammlung.

Die bürgerliche Opposition zeigte sich "irritiert" und "schockiert" über die Zustimmung der Sozialisten zur KPF-Gesetzesvorlage und bezeichnete das Anti-Rassismus-Gesetz als "politisches Manöver", durch das nur Le Pen zum "Märtyrer" hochstilisiert würde. Darüberhinaus witterte man Zensur und einen kommunistischen Versuch zur totalitären Unterdrückung der Meinungsfreiheit.

Äußerst heftig reagierte der "Front National"-Chef Le Pen auf die Annahme des Gesetzes. Ihm war völlig klar, daß sich das Anti-Rassismus-Gesetz in erster Linie gegen ihn richtet, gilt es doch als journalistischer Sport in den französischen Medien, Le Pen eine rassistische und antisemitische Bemerkung zu entlocken. Erst am 23. Mai verurteilte ein Gericht in Nanterre ihn zu besagtem symbolischen Franc wegen seiner Äußerung, die "Frage" der Existenz der Gaskammern sei nicht mehr als ein "Detail der Geschichte des Zweiten Weltkriegs". Der "Front National"-Boß drohte wegen des Anti-Rassismus-Gesetzes: "Man muß mit Reaktionen des Volkes rechnen", es bestünde eine "Pflicht zum Widerstand". Beim "Fest der Jeanne d'Arc" am 1. Mai rief Le Pen seine Anhänger zum "nationalen Widerstand" gegen den "maskierten Totalitarismus" auf. Öffentlich drohte er: "Unsere Aktivisten könnten zu gegebenem Anlaß Befehle ihrer Anführer erhalten."

Gegen das Anti-Rassismus-Gesetz liefen auch die privatkapitalistischen Zeitungsverleger Sturm. Sie sprachen von "Zensur" und wurden auch nicht dadurch beruhigt, daß das Gesetz ausdrücklich festschreibt, daß bloße Berichte über rassistische Vorfälle keinesfalls verurteilt werden können.

Noch gab es für die konservative Opposition jedoch eine Möglichkeit - zwar nicht zur Verhinderung, aber - zur Behinderung des Gesetzes. Nach der Annahme in der Nationalversammlung muß der Gesetzestext den Senat - eine Zweite Kammer, dem britischen Oberhaus vergleichbar - passieren, wo die bürgerlich-konservativen Kräfte die Mehrheit haben. Der Senat kann ein Gesetz dreimal verwerfen und die Verabschiedung aufschieben. Der Gesetzestext muß dann in der Nationalversammlung erneut beraten und gegebenenfalls verändert werden. Letztlich kann der Senat die Annahme durch die Nationalversammlung jedoch nicht verhindern.

Am 11.6. votierte der Senat mehrheitlich für Nichtbefassung und weigerte sich, Änderungsvorschläge anzubringen. Damit ging die bürgerliche Mehrheit im Senat den Weg, den die "Front National"-Abgeordnete Stirbois mit ihrem Nichtbefassungsantrag in der Nationalversammlung vorgegeben hatte, worauf der sozialistische Justizminister Arpaillange in der Senatsdebatte hinwies.

Für die Argumentation der Bürgerlichen gegen das Anti-Rassismus-Gesetz sollen hier einige ausgewählte Zitate stehen. Der Redner der gaullistischen RPR, Paul Masson warnte vor den Gefahren eines Gesetzes, das "eine neue Straftat des Revisionismus (Anm. AK "Auschwitz-Lüge") einführt, die an die politischen Systeme erinnert, die im Namen der Wahrheit des Staates die Freiheit verfolgt haben." Der bürgerliche Abgeordnete Seillier äußerte: "Der Rassismus ist nur eine besondere Form von Haß zwischen Menschengruppen. Man kann also verstehen, daß jene, die den Klassenkampf zur politischen Doktrin genommen haben, vor Krankheiten der gleichen Natur umfallen." Das Haupt-"argument" der Bürgerlichen war die Denunzierung der kommunistischen Herkunft der Gesetzesvorlage. Der RPR-Abgeordnete Simonin beschwor Stanley und Livingston, um gegen die Anklage des Kolonialismus als Quelle des Rassismus durch die kommunistischen Abgeordneten zu protestieren und fügte hinzu: "Nein, Frankreich ist nicht rassistisch. Wir haben auf dem Feld der Verteidigung der Freiheiten keine Lehren von der Kommunistischen Partei zu erhalten." KPF-Redner

Charles Ledermann erklärte betroffen, angesichts der letzten Äußerungen "habe ich mir Felix Germon, Jude von Carpentras, vorgestellt (Anm. AK: dessen Leiche geschändet wurde), und ich habe mich gefragt, wie die Welt ihm erscheinen würde."

Dreimal verwarf der Senat das Anti-Rassismus-Gesetz. Dann aber war es soweit: Noch vor dem parlamentarischen Sommerurlaub verabschiedete die Nationalversammlung am 1.7. das Gesetz, wiederum mit den Stimmen von KPF und Sozialisten gegen die geschlossene Ablehnung der bürgerlichen Opposition.

Anti-rassistische Gruppen wie z.B. "SOS Racisme" kritisierten allerdings die französische Linke wegen der Politik des Anti-Rassismus-Gesetzes. In dem Gesetz wird der Versuch gesehen, den offenen Rassismus vordergründig mundtot zu machen, während gleichzeitig rassistische Inhalte zunehmend in die "Ausländer"- und Asylpolitik der regierenden Sozialisten einflössen. Die Politik der französischen Sozialisten wird als Gesetzgebungsaktivismus angesehen, der nicht realen Anti-Rassismus widerspiegele, sondern Geschäftigkeit vortäusche und den anti-rassistischen Überbau über dem Unterbau einer rassistischen Staatspolitik der Sozialistischen Partei aufrichte. Die gesellschaftliche Situation der Opfer des Rassismus, der ImmigrantInnen und Asylsuchenden träfe der Gesetzgebungsaktionismus kaum bis gar nicht. Aufgrund der zunehmend rassistischen Politik der französischen Sozialisten in den Institutionen entfernen Anti-Rassismus-Gruppen , die früher zumeist der Basis des "Parti Socialiste" nahestanden, sich mehr und mehr vom PS.

Der "Runde Tisch": Positionen und Resultate

Im Rahmen ihrer Bemühungen, die bürgerliche Opposition in einen Konsens gegen den "Front National" einzubinden und die "republikanische Front" aus Sozialisten, Liberalen und Konservativen zu zimmern, lud die sozialistische Regierung alle in der Nationalversammlung vertretenden politischen Formationen (mit Ausnahme des "Front National") ein, um einen "Runden Tisch" über den Rassismus und die Immigration zu diskutieren. 24 Vertreter aus sieben Parteigruppierungen wurden durch die sozialistische Regierung unter Premierminister Michel Rocard angeschrieben und zum "Runden Tisch in Matignon", dem Amtssitz des Premierministers, geladen. Der erste "Runde Tisch", dem Thema Rassismus gewidmet, trat am 3. April zusammen. Der zweite "Runde Tisch" über die Immigration und Integration war für den 16.5. geplant. Doch diesmal wollten ihn zumindest größere Teile der bürgerlichen Oppositionsparteien boykottieren. Der Grund war die Zustimmung der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung zum Anti-Rassismus-Gesetz. Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Schändung des jüdischen Friedhofs in Carpentras änderten jedoch die Situation. Der Zusammentritt des "Runden Tisches" wurde aufgrund der aktuellen Ereignisse um knapp zwei Wochen auf den 29. Mai verschoben. Die konservative Opposition stand durch die massenhafte Mobilisierung gegen den Antisemitismus und Rassismus kurz nach "Carpentras" unter Druck. Die Bürgerlichen spürten, daß angesichts der durch "Carpentras" aufgewühlten Lage die "Politik des leeren Stuhls" nicht praktiziert werden konnte.

Die bürgerliche Opposition begann nun, dem sozialistischen Premierminister Rocard Vorabbedingungen für ihre Teilnahme am "Runden Tisch" zustellen. Treffen könne man sich, auf der Grundlage der Erfüllung der durch die "Generalstände der Opposition" in Villepinte am 30.3.-1.4. verkündeten Forderungen, als da wären:

1. die Aufgabe der Befürwortung des kommunalen Wahlrechts für ImmigrantInnen durch die Sozialisten,

2. die "Reform" des "code de la nationalité" (Staatsbürgerschaftsrecht) auf Kosten der ImmigrantInnen,

3. die Einführung von Beschränkungen der Sozialleistungen für ImmigrantInnen.

Premierminister Rocard setzte ganz auf den Konsens mit den Bürgerlichen. Er wünschte sich die Ausarbeitung einer "gemeinsame(n) Charta aller parlamentarischen Kräfte", wie er in einem Offenen Brief an alle zum "Runden Tisch" geladenen Personen kundtat, und machte sich damit von den konservativen Oppositionsparteien abhängig. Die Vorschläge der KPF am "Runden Tisch" hörte Rocard nicht an und weigerte sich, darüber zu diskutieren. Er glaubte, sich dem entziehen zu können, indem er an unterschiedlichen Punkten einen Rechtsruck der eigenen Politik vollzog, um den bürgerlichen Oppositionsparteien entgegenzukommen.

1.) Zum Wahlrecht der ImmigrantInnen: In diesem Punkt wurde vorab die Kapitulation vollzogen. Der sozialistische Staatspräsident Francois Mitterand hatte bereits kurz vor seiner Wiederwahl im Frühjahr 1988 in einem "Brief an alle Franzosen" verkündet, die feindliche Einstellung der großen Mehrheit der Franzosen

gegen das Wahlrecht für ImmigrantInnen erlaube dessen Einführung nicht (was er "persönlich" ja durchaus "bedaure"...). Wohl hat es seither Vorstöße aus den Reihen der Sozialistischen Partei zugunsten der Einführung des kommunalen Wahlrechts für ImmigrantInnen gegeben, u.a. von Pierre Mauroy (1. Sekretär des Parti Socialiste), doch wurden auch vom PS hohe juristische und institutionelle Schranken für das Wahlrecht für ImmigrantInnen errichtet. In der Partei erhoben sich offene Widersprüche gegen die seit 1973 vertretene Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für ImmigrantInnen, etwa von dem Kreis um Chevènement (rechtsgewendeter 68er, zweitweise PS-Verteidigungsminister), der darauf bestand, "die Bindung zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität beizubehalten". Das kommunale Wahlrecht für Eingewanderte "drohte" somit ohnehin nicht. Doch die Rechtsopposition verlangt vom PS die "definitive und feierliche Aufgabe" des kommunalen Wahlrechts für "Ausländer/innen". Nur die KPF äußerte sich positiv zum kommunalen Wahlrecht. Aber auch bei der KPF, wie bei den Sozialisten, ist vom Wahlrecht im überregionalen und nationalen Rahmen nicht die Rede. Der PS vollzog den geforderten Kniefall: am 16.5. beschloß das Exekutivbüro der Sozialisten mit nur einer Enthaltung die Kapitulation in der Frage des "Ausländer/innen"-Wahlrechts. Der bisherige Punkt in der PS-Programmatik, der die Gewährung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene für ImmigrantInnen nach fünf Jahren Aufenthaltsdauer vorsah, wurde ersatzlos gestrichen. Eine Mehrheit wollte das kommunale Wahlrecht für ImmigrantInnen allerdings weiterhin als langfristiges Ziel ansehen; nach PS-Sprachregelung ist das ImmigrantInnen-Wahlrecht seither "in Klammern gesetzt" (Pierre Mauroy). In einem Text für die vorgesehene Debatte in der Nationalversammlung am 22.5. über die Immigration sowie für den zweiten "Runden Tisch" am 29.5 wurde dazu die Formulierung aufgenommen: "(Der PS) ist sich (...) bewußt, daß diese Reform heute auf Hindernisse verfassungsrechtlicher, kultureller und psychologischer Natur stößt."

Daß er damit im gesellschaftlichen Trend liegt und ihn weiterhin bestätigt, zeigen die Ergebnisse einer Umfrage, derzufolge 53% der Befragten diese Entscheidung begrüßten; lediglich unter den AnhängerInnen der KPF findet sich eine Mehrheit, die diesen Schritt mißbilligt.

2.) Zur Asylpolitik: Zusammen mit der Einladung zum "Runden Tisch" über die Immigration ließ der sozialistische Premierminister Rocard an alle politischen Formationen (bis auf den "Front National") ein "dossier d'information" über die Immigrations- und Asylpolitik der sozialistischen Regierung verschicken, das am 16.5. veröffentlicht wurde. Darin werden auf ca. 50 Seiten die Maßnahmen der Regierung seit November 1989 zur Verschärfung insbesondere der Asylpolitik aufgelistet. Seitdem wird den staatlichen Asylbehörden OFPRA (office francais de protection des réfugiés et apatrides - französisches Amt zum Schutze der Flüchtlinge und Staatenlosen) und "commission de recours" (Zufluchtskommission) ein radikal verschärfter Kurs auferlegt. Die Zahl der Asylanträge nahm von 7.000 im November 1989 auf weniger als 4.500 im Durchschnitt der ersten Monate diesen Jahres ab. Parallel zum Tiefstand der Anträge entwickelte sich die Beschleunigung der Behandlung von Asylanträgen: statt (wie bisher) in Jahren, so die PS-Regierung, muß ein Asylantrag künftig in Monaten "erledigt" werden. Heute dauert die Behandlung eines Asylantrages in erster Instanz durchschnittlich weniger als einen Monat. Ein "Fall" muß dann künftig innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden. Z.Zt. hat man es bereits geschafft, die Bearbeitungsdauer für einen Asylantrag auf vier Monate herunterzudrücken. Asylgruppen klagen über die "Eilzug-Verfahren" - in der Mehrzahl der Fälle wird die Akte bearbeitet, ohne den Asylbewerber/in überhaupt anzuhören. Entsprechend stieg die Quote der Ablehnungen: 1982 lag sie noch bei 28%, 1988 dann bei 73% und Ende 1989 bei 90%. Zusätzlich soll der bisherige Dossierbestand rasant abgearbeitet werden. Die Asylbehörde OFPRA hat von Mai 1989 bis Mai 1990 ihre Kapazitäten verdreifacht, denn bis zum Ende des Jahres sollen "sämtliche laufenden Dossiers", d.h. rund 120.000 Asylanträge, "erledigt" werden. Die Anzahl der behandelten Asylanträge stieg von 2.200 im März 1989 auf 8.600 im März 1990 - 10.000 Dossiers monatlich. Bis Ende des Jahres wird "tabula rasa" gemacht.

Die OFPRA rief ihr Personal Anfang Januar 1990 zur "General-Mobilmachung" auf. Eine Prämie in Höhe von 883 Francs (rund 300 DM) pro Monat wurde jedem/r Angestellten versprochen, wenn bis zum 1.7.1990 80.000 (der rund 120.000) "Fälle" abgeschlossen würden.

Anti-Rassismus-Gruppen und Pro- Asylgruppen beklagen die Wirkung dieser "Leistungsprämien" bitter. Am 30.5. konstatierte "Le Monde", der Dossierbestand, der sich in den Schubladen der Behörde angesammelt habe, sei "sichtbar angeknabbert". Doch was passiert mit Tausenden abgelehnter AsylbewerberInnen?

Premierminister Rocard stellte am 16.5. klar: "Nach individueller Überprüfung jeder Akte und mit Ausnahme besonderer humanitärer Situationen wird die Abschiebung die Regel darstellen, wenn der Ausländer versuchte, irregulär in Frankreich zu bleiben" (Hervorh. AK). In der Praxis heißt das, daß bis Ende des Jahres

schätzungsweise mindestens 80.000 Menschen das Land zu verlassen haben werden (vorausgesetzt, daß die OFPRA ihr Arbeitstempo und ihre Ablehnungsquote beibehält; davon ist wohl auszugehen). In Straßburg "erledigte" die OFPRA bereits im Frühjahr in einer "Blitzaktion" sämtliche 760 Asylanträge. 60 der AntragstellerInnen (8%) wurden anerkannt. 700 Menschen und hunderte von Familien, z.T. seit mehreren Jahren in Frankreich lebend und arbeitend (dort gab es bis vor einem Jahr kein Arbeitsverbot für Asylsuchende wie in der BRD), erhielten einen Monat Zeit, um das Land zu verlassen - sonst drohte ihnen die Abschiebung mit Gewalt. Ein Beispiel schaffte übrigens schon 1987 der damalige bürgerliche Innenminister Pasqua, der über Nacht 101 afrikanische Asylbewerber aus Mali per Charterflug außer Landes schaffen ließ. Doch im Innenministerium rechnet man mit dem massenhaften Abtauchen abgelehnter, von Abschiebung bedrohter Asylsuchender in die Illegalität, was man nicht verhindern könne. Noch 1982, unter der damaligen PS/PCF-Koalition, wurde 132.000 illegal Abgetauchten eine Generalamnestie und eine Aufenthaltsgenehmigung gewährt. Heute bereitet man sich anders darauf vor: inzwischen muß jede/r Asylbewerber/in seine/ihre Fingerabdrücke abgeben, die im Innenministerium erfaßt und zur raschen Identifizierung benutzt werden können. Dieser Maßnahme hat im übrigen die "Nationale Datenschutz-Kommission" ihre Zustimmung erteilt. Um Asylsuchende nicht zurückschicken zu müssen, sondern sie gar nicht erst ins Land hereinzulassen, wurden durch die PS-Regierung Kontakte zu mehreren ausländischen Staaten, vor allem innerhalb der EG, aufgenommen, die von vielen der nach Frankreich kommenden Asylbewerbern passiert werden.

Die "Festung Europa" im Zeichen des Schengener Abkommens läßt grüßen. Bereits deutlich abgenommen hat inzwischen die Zahl insbesondere türkischer und kurdischer AsylbewerberInnen in Frankreich. In seinem persönlich verfaßten Vorschlag für eine gemeinsame Charta von Regierung und Opposition über die Einwanderung, den der sozialistische Premierminister dem "Runden Tisch" unterbreitete, heißt es zur Asylpolitik: "Stolz auf seine Traditionen, wird Frankreich fortfahren, denjenigen Asyl zu bieten, die aufgrund ihrer Betätigung im Namen der Freiheit verfolgt werden. Es (Frankreich) wird seine Bemühungen fortsetzen, damit dieses Asylrecht - streng definiert durch die Verfassung und die internationalen Abkommen - auf seine wahrhaftige Bestimmung beschränkt wird." Soll das Asylrecht wieder einmal beschützt werden vor seinem "Mißbrauch" durch Inanspruchnahme?

3.) Zur Immigrationspolitik: In dem oben erwähnten "dossier d'information" wird eine Zunahme der Aufgriffe illegaler Grenzüberquerer von 5.754 (1984) auf 10.665 (1989) konstatiert. Zwei Drittel davon wurden 1989 an der französisch-italienischen Grenze geschnappt. Davon betroffen sind vor allem, so das Dossier, TürkInnen, Maghrebiner/innen (Marokko, Algerien) und Schwarzafrikaner/innen (Zaire, Ghana). Konstatiert wir die erhöhte Wirksamkeit bei der Bekämpfung der "heimlichen Arbeit" von AusländerInnen. Die Zahl der Prozesse wegen Beschäftigung von "illegalen" AusländerInnen stieg von 1.213 (1986) auf 3.674 (1989).

In seinem Vorschlag für eine Charta zur Immigration macht Rocard folgende Vorschläge:

- Was das Betreten französischen Bodens betrifft, sollen "die durchgeführten Kontrollen in den Konsulaten (verstärkt werden)". "Um für peinlich genaue Beachtung der Bedingungen für die Ausstellung von Touristen-Visa zu sorgen", will man "systematischer ihre Gültigkeitsdauer begrenzen und strenger die Glaubwürdigkeit der Beantragung überprüfen."

- Zur "heimlichen Arbeit" (travail clandestin) illegal beschäftigter oder sich illegal in Frankreich aufhaltender AusländerInnen wird vorgeschlagen, mittels Arbeitsinspektionen durch die Polizei die Schwarzarbeit härter zu bekämpfen. Um die "Hintertürchen" für die "heimliche Arbeit" zu zerstören, bekräftigt das Dokument, daß "alle vorgesehenen Sanktionen auf die bezogen werden müssen, die die heimlichen Arbeiter anlocken und aus ihrer Misere Nutzen ziehen." Hier spricht man davon, diejenigen zu packen, die "illegale" AusländerInnen über die Grenze bringen, und davon, die Zahl der Abschiebungen illegal beschäftigter AusländerInnen zu erhöhen;"aber merkwürdigerweise", wundert sich das KPF-Organ "L'Humanité", "wird nichts darüber ausgesagt über die Bestrafung der Unternehmer", die illegal AusländerInnen unter miesesten Bedingungen in völlig ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigen.

4.) Beschränkung der Sozialleistungen für Asylsuchende: Der UDF-Vorsitzende und frühere Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing hatte sich für die Abschaffung des Regierungs-Rundschreibens vom 17.5.1985 ausgesprochen, das AsylbewerberInnen, anders als in der BRD, das Recht auf Arbeit und bestimmte Sozialleistungen gewährt. Michel Rocard sprach sich ebenfalls für die Abschaffung der Arbeitserlaubnis für

AsylbewerberInnen aus. Seit dem 19. Dezember 1989 ist sie aufgehoben. In den Vorschlägen für eine Charta über die Immigration, die am 25.5. publiziert wurden, befürwortet Rocard außerdem die "Neuüberprüfung des Sozialgesetzes für Asylbewerber", d.h. de facto die Abschaffung oder Einschränkung der Sozialleistungen für Asylsuchende. "Doch er unterläßt es", so die Tageszeitung "Libération", "zu präzisieren, in welcher Weise der Staat ihre Bedürfnisse während der Dauer des Asylverfahrens stillen wird."

Nicht aufgenommen in Rocards Vorschlag wurde die Forderung der konservativen Opposition nach Abänderung des Staatsbürgerschaftsrechts. In Frankreich gilt die Regelung, wonach jedes auf französischem Boden geborene Kind, gleichgültig welcher Abstammung, automatisch die französische Staatsbürgerschaft besitzt, anders als beispielsweise in der BRD mit ihrer völkisch-rassistischen Bindung der Staatsbürgerschaft an die "Blutszugehörigkeit" und Abstammung. Die konservative Opposition möchte dies im "code de la nationalité" geändert wissen.

Rocards Charta-Vorschläge

Das Dokument ist ein Zwei-Seiten-Text, der rund 20 Vorschläge enthält, z.T. unter Aufnahme der durch die Generalstände der konservativen Opposition in Villepinte beschlossenen Maßnahmen (siehe oben). Der bürgerliche Oppositionspolitiker Francois Léotard, Vorsitzender des Parti Républicain und früher Kulturminister, erklärte am 27.5. im TV, die durch Rocard vorgeschlagenen Maßnahmen gingen über weite Strecken auf die Vorschläge der "Generalstände" in Villepinte zurück und zeigten deutliche Parallelen zu dem Brief, den der UDF-Vorsitzende Valéry Giscard d'Estaing am 12.5. an den Premierminister geschrieben hatte. Der Schwerpunkt von Rocards Vorschlägen liegt klar auf den präventiven und repressiven Maßnahmen gegen ImmigrantInnen und Asylsuchende, während die Inhalte der Integrationspolitik sowie der Bekämpfung der Ursachen für Flucht und Einwanderung kaum oder nicht präzisiert werden.

Zur Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Immigration wird im Rocard-Dokument - ohne nähere Erläuterungen - davon gesprochen, "die Entwicklungshilfe noch zu erhöhen und v.a. anzupassen und zu diversifizieren und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Auswanderungsländern zu verstärken; das derzeitige System der Hilfe zur Wiedereingliederung in den Herkunftsländern neu einzuschätzen und anzupassen." In den Vorschlägen und Kritiken der KPF zum Rocard-Papier heißt es dazu: "Solange es keine Änderungen der internationalen Arbeitsteilung und keine neue Weltwirtschaftsordnung gibt, welche die Situation der Leute, die in ihren Ländern sterben, ändern würde, wird das Problem nicht gelöst werden. (...) Frankreich muß die gesamten Schulden dieser Länder annullieren und die Banken, die nicht aufhören, Profit aus der Ausbeutung ihrer natürlichen und menschlichen Ressourcen zu ziehen, bezahlen lassen. Es (Frankreich) muß aufhören, korrupte Regime zu unterstützen, die es oftmals selbst eingesetzt hat und zu denen es privilegierte Beziehungen unterhält. Es muß seine Truppen abziehen und seine Militärbasen schließen, um die Völker frei über ihre Zukunft entscheiden zu lassen."

Zur Bekämpfung der Ghettobildung in zahlreichen Städten veranschlagt Rocard 200 Mio. Francs (circa 70 Mio. DM) v.a. zur Wiederherstellung der Bausubstanz von alten Gebäuden und zur Instandsetzung von Wohnungen, um die "ghettoisierten" Stadtviertel wieder für breitere Bevölkerungsschichten attraktiv zu gestalten. Diese Summe würde, so KPF-Generalsekretär George Marchais, genügen, um 1.300 Wohngebäude instand zu setzen, während das Gutachten der parlamentarischen Untersuchungskommission das Erfordernis feststellte, 100.000 Wohngebäude zu renovieren.

Zur Bekämpfung des schulischen Mißerfolgs (échec scolaire) von "AusländerInnen"-Kindern aufgrund ihrer sprachlichen und sonstigen Benachteiligung sind im Rocard-Papier Maßnahmen vorgesehen, die insgesamt nur 400 der "ZEP" (zone d'éducation prioritaire - Zone bevorzugter Unterrichtung, eine Form von Förderunterricht für Kinder von "AusländerInnen") beträfen, während gleichzeitig für das in diesem Herbst beginnende Schuljahr die Schließung von Klassen vorgesehen ist. Die KPF spricht von der Notwendigkeit, die Zahl der "ZEP" zu "vervielfachen".

Zur Kritik der KPF

Die KPF unterbreitete ihrerseits Rocard am "Runden Tisch" Vorschläge für eine "linke Politik zur Einwanderung" als gemeinsame Politik von SPF und KPF. Ihre Vorschläge heben sich relativ positiv von denen der übrigen Parteien, auch der Sozialistischen Partei, ab. Die Rechtsgleichheit zählt dazu, das kommunale Wahlrecht für ImmigrantInnen sowie diverse sozialpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der

Situation der ImmigrantInnen, aber auch zur Bekämpfung der Ursachen des Rassismus in der französischen Gesellschaft.

Gleichwohl müssen auch die Positionen der KPF vom antirassistischen Standpunkt aus einer Kritik unterzogen werden. Problematisch ist insbesondere der platt ökonomistische Kern ihres Anti-Rassismus: die Verelendung der französischen Arbeiterklasse gilt ihr als Ursache des Rassismus (gemäß der "Sündenbock"-Theorie), zur Abhilfe dienen diverse sozialpolitische Maßnahmen.

Ökonomistisch verkürzt ist ebenso die Herangehensweise der orthodoxen französischen Kommunisten an das rassistische Potential in der französischen Gesellschaft. Rassismus wird durch (angebliche) soziale Ursachen entschuldigt. Den Trägern des Rassismus und Neofaschismus wird hinterhergelaufen. Sie gelten als "fehlgeleitete" Klassengenossen, denen nur falsche Schuldige für ihre soziale Situation angeboten worden wären und deren Feinseligkeit nur von den "AusländerInnen" auf die Ausbeuter gelenkt werden müsse. So schlägt die KPF vor, um die "verirrten" und "unaufgeklärten" Klassengenossen zu erreichen: "Das wichtigste (...) ist unserer Ansicht nach, Informationskampagnen zu beschließen, die erlauben, die Wahrheit gegen die rassistischen Thesen wiederherzustellen, die die eingewanderten Arbeiter als Verantwortliche für die Arbeitslosigkeit hinstellen. Nicht die eingewanderten Arbeiter sind der Grund für den Abbau von Millionen Arbeitsplätzen in den letzten 15 Jahren (...). Übrigens hat sich die Zahl der Immigranten, die einen Arbeitsplatz besitzen, seit 1973 um 30% verringert, und in der gleichen Zeit ist die Arbeitslosigkeit um über 200% gewachsen."

So wichtig und nützlich solche Informationen zweifellos sind, dies allein ist als Strategie zur Bekämpfung des Rassismus äußerst hilflos. Als Linke dem rassistischen Potential hinterherzulaufen und ihm auch noch anzubieten, es durch sozialpolitische Maßnahmen zu päppeln und zu "belohnen", kann es doch in seiner rassistischen "Herrenmenschen"-Attitüde nur bestärken, läßt es doch sich selbst nur noch wichtiger nehmen. Diese Strategie verkennt die tatsächlich privilegierte Stellung der Weißen gegenüber allen Nicht-Weißen und das rassistische - gar nicht "verirrte" - Bewußtsein, diese Stellung verteidigen zu wollen.

Die Position der KPF spiegelt sich auch in ihrem teilweise zu verspürenden Opportunismus gegenüber dem Rassismus wider, wenn sie ihre Positionen populistisch zu verkaufen sucht. So garniert sie ihre Vorschläge gegen den Rassismus mit der Passage: "Seit 1974 hat sich die KPF für den Stopp jeglicher Einwanderung ausgesprochen. Tatsächlich kann die Ankunft neuer Einwanderer in Frankreich nur die Zahl der Arbeitslosen erhöhen und die Schwierigkeiten beim Zusammenprall zwischen französischen und ausländischen Arbeitern erhöhen." Damit erscheint die Einwanderung dann doch wieder als Ursache des Rassismus.

Die Blockadepolitik der Bürgerlichen und das Scheitern des "Runden Tisches"

Wie oben anhand der Einzelpunkte gezeigt, konnte die konservativ-liberale Opposition durchaus zufrieden sein mit Rocards Vorschlägen. Charles Millon, Fraktionsvorsitzender der UDF in der Nationalversammlung, durfte denn auch feststellen: "Wir loben mit Zufriedenheit, daß der Premierminister ins Auge faßt, Maßnahmen zu verwirklichen, die von der Opposition empfohlen worden sind."

Dennoch konnte sich die Rechtsopposition nicht entschließen, überhaupt an dem innenpolitischen Gipfel über Rassismus und Immigration teilzunehmen. Ein Grund dafür ist sicher der Druck, dem die bürgerlichen Parteien durch den "Front National" ausgesetzt sind. Bruno Mégret, Sprecher des "Front National", sorgte für Stimmungsmache: "Die Entscheidung der parlamentarischen Rechten (Anm. ak: der "Front National" ist aufgrund des Mehrheitswahlrechts nicht mit einer Fraktion im Parlament vertreten), sich an den Runden Tisch in Matignon zu bewegen, beweist anschaulich, daß es jetzt einen Konsens des RPR, des PCF (=KPF), der UDF und des PS für die endgültige Installierung der Ausländer auf dem französischen Boden gibt". Innerhalb der bürgerlichen Opposition schlug die Kritik aus dieser Ecke in die eigenen Reihen durch. Bereits vor dem "1. Runden Tisch" hatten viele Abgeordnete aus RPR und UDF über den "verrückten Fehler" geklagt, "eine solche Einladung anzunehmen ohne die Anwesenheit des Vorsitzenden des ‚Front National'". Dieses Mal, am "2. Runden Tisch", beschwerte sich der konservative Oppositionspolitiker Yvon Briant lautstark. Er frage sich immer wieder, "warum der Front National nicht eingeladen worden ist." "Le Monde" kommentierte am 29. Mai: "Wird Le Pen, selbst nicht anwesend, also immer triumphieren?"

Zum von Rocard gewünschten Konsens über die Charta-Vorschläge kam es freilich nicht. Die Haltung der Opposition hatte der bürgerliche Politiker Francois Léotard zwei Tage zuvor, am 27.5. im TV beschrieben:

"Michel Rocard müßte wohl wissen, daß ein gemeinsames Regierungsprogramm zwischen der Opposition und der Mehrheit über die Immigration nicht (möglich ist). Wir haben seit nunmehr fast zehn Jahren zu viel an der Politik (...) auf diesem Gebiet gelitten, um heute einem PS zu Hilfe zu kommen, der in großer Verwirrung steckt. (...) Der Premierminister will die Opposition eine Art von Mitverantwortlichkeit bezahlen lassen für die moralische Not, welche die französische Gesellschaft heute erlebt. Wir wollen diese Steuer nicht bezahlen."

Michel Rocard versuchte krampfhaft, wenigstens noch ein Minimum an Konsens mit der konservativen Opposition zu erzielen. Er beschwor ein "möglichst breites Einverständnis unter den Verantwortlichen" und schlug vor, "die Elemente aufzuzählen, die uns gemeinsam sein könnten". Er bat, die Charta über die Immigration nicht zum "Spieleinsatz des (Parteien-)Konflikts" zu machen. Doch es half nichts. Die bürgerliche Opposition weigerte sich strikt, überhaupt über die Charta zu diskutieren. Die KPF unterbreitete Rocard ihre Vorschläge, doch der Premierminister weigerte sich seinerseits, darauf eine Antwort zu geben oder darüber zu diskutieren. Die bürgerliche Opposition zog sich nach 20 Minuten zur internen Beratung zurück. Der "Runde Tisch" endete mit der Feststellung des Nicht-Einverständnisses zwischen sozialistischer Regierung und konservativer Opposition. Damit war die "heilige Union" aus den Tagen nach Carpentras zerbrochen, der "republikanische" Konsens gegen den "Front National" war gescheitert.

Es bliebe nur noch hinzuzufügen, daß die bürgerliche Opposition im Senat inzwischen eine weitere Verschärfung auf Kosten der ImmigrantInnen im Alleingang beschlossen hat (Anm.: Der Senat besitzt Vorschlagsrecht für Gesetzesvorschläge, die Nationalversammlung muß anschließend darüber beraten): die umstrittene "Reform" des "code de la nationalité", des Staatsbürgerschaftsrechts. Die in Frankreich geborenen Kinder von ImmigrantInnen erhalten damit nicht mehr automatisch die französische StaatsbürgerInnenschaft, sondern müssen sie beantragen. Die Rechte hat damit die Defensive nach "Carpentras" verlassen, die geheuchelte antirassistische Gemeinsamkeit in den Maitagen gebrochen und ist wieder in die Offensive gegangen, nationalistisch und rassistisch. Die antirassistische, antifaschistische Mobilisierung nach "Carpentras" wurde nicht politisch zugespitzt, nicht gegen den Rassismus der Bürgerlichen und der Linken gewendet.

bernh./Radolfzell

Quellen:

Verschiedene Ausgaben von "L'Humanité", "Liberation" und "Le Monde" aus der Zeit von Juni bis Oktober 1990.

39. Antifabewegung: Neues vom Frankfurter "Leben und Lieben"

Neues aus der Antifabewegung

Rubrik: SPD; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:09

Nachdem der bisher letzte Versuch einer bundesweiten Vernetzung der Antifabewegung in ihrer gesamten Breite am Rechtsdrall der sozialdemokratischen Gruppen, vor allem aber ihrer Wortführer, gescheitert war, durfte mensch gespannt sein, wann und wie sich die Betreiber einer SPD-Antifa-"Bewegung" wieder der interessierten Öffentlichkeit präsentieren würden.

Jetzt sind sie also wieder da, die Fallers, Stadelmaiers, Klönnes und Konsorten: mit der Zeitschrift "Ideen - Für antifaschistische und antirassistische Arbeit" versuchen sie ein weiteres Mal, AntifaschistInnen für sich zu gewinnen. Diesmal journalistisch, denn mit der Bewegung hatte es ja nicht so recht geklappt. Aus gegebenem Anlaß hier zunächst ein Rückblick auf die Kampagne "Leben und Lieben - dem Haß keine Chance. Gemeinsam gegen Neofaschismus und Rassismus".

Der "Bremer Weg" zu Volker Hauff

Ende Januar 89 wurde vom ersten landesweiten antifaschistischen Bündnis, den "BremerInnen gegen Neofaschismus", eine Antifakonferenz durchgeführt, an der rund 500 Interessierte, überwiegend aus dem SPD-, VVN/DKP und GRÜNEN-Spektrum, teilnahmen. Dementsprechend politisch traurig und analytisch kurzatmig verliefen die Diskussionen: eine Rechtsentwicklung seit der "Wende" (gleichgesetzt mit dem Erstarken neofaschistischer Gruppen) wurde beklagt (und zuweilen auch noch "Faschisierung" genannt) und - dreifach wirr - die Neonazis sollten im Bündnis möglichst unter Einbeziehung der FDP und CDU bekämpft werden. Eine Abschlußresolution mit dem hübschen Titel "Leben und Lieben - dem Haß keine Chance" wurde von einem flugs installierten "Koordinierungsausschuß" durchgeprügelt. Das Motto für den von den Betreibern im folgenden "Bremer Weg" oder "modernes Antifaschismuskonzept" genannten Versuch der Instrumentalisierung der Antifabewegung als rosa-grüner Wahlkampfhelfer stand. Jede Menge Aktionen wurden öffentlichkeitswirksam beschlossen, daß sich zu deren Durchführung niemand hergab, darüber in der Folgezeit kein Wort.

Ein Jahr später lud der KA (inzwischen "bundesweiter Arbeitsausschuß" genannt) zur Folgekonferenz ins multikultimäßig vorbildhafte Frankfurt. Inzwischen hatten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der VVN/DKP im Zuge der Liquidierung der DDR zugespitzt. Kurt Faller, Vertreter der VVN im KA, hatte die DKP verlassen und konferierte bereits heimlich mit dem JUSO-Vertreter im KA, Stadelmaier, über die Möglichkeiten, die DKP aus dem KA zu werfen. Nun konnte es richtig losgehen: Schnoor, Innenminister/NRW, sollte aufs Podium; eine "Aktionsresolution Ausländerwahlrecht" gipfelte in dem beschämenden Vorschlag "symbolischer Wahlen" für ImmigrantInnen; die letzte KA-Sitzung vor der Konferenz schloß DKP und SDAJ unter Vorwänden aus. Die inhaltliche Begründung wurde nachgeschobenen und zeigte an, woher der Wind wehen sollte: deren stalinistische Politik sei mit Antifaschismus unvereinbar.

Von Schnoors Beteiligung wurde dann doch noch Abstand genommen, stattdessen sollte Volker Hauff mit einem feierlichen Festakt in der Paulskirche - Reminiszenz an Zeiten größerer Staatsgebiete und gleichzeitig zukunftsweisend - die Konferenz eröffnen. Durch eine Besetzung der Paulskirche konnte dies jedoch behindert werden.

Der Ausschlußversuch des DKP-Spektrums führte letztlich zum Auseinanderbrechen der Frankfurter Konferenz, als Vertreter von Jusos, IGM und Aktion Sühnezeichen auf eine mit großer Mehrheit beschlossene Gegenresolution mit Aufkündigung der Mitarbeit reagierten und das Podium verließen. Es waren eben die falsche Bewegung gekommen: Autonome, Antifa-Inis und andere radikale Linke.

Die Versammlung endete im Tumult. Der Versuch, durch pseudo-antistalinistische Ausgrenzungsstrategien das sog. "moderne Antifaschismuskonzept" der Veranstalter durchzusetzen, war gescheitert. Die "Operation Sozialdemokratisierung" wurde fürs erste auf Eis gelegt. (1)

Viel erlebt und nichts begriffen

Ex-Mitglieder des "Bundesweiten Arbeitsausschusses gegen Neofaschismus und Rassismus" haben sich nun, acht Monate nach dessen Selbstauflösung, mit einer ärgerlichen Zeitschrift in der Öffentlichkeit zurückgemeldet; acht Monate später treten die gleichen Leute, mit altbekannten Schuldzuweisungen, publizistisch an die größere Öffentlichkeit, um der Antifabewegung wieder einmal zu erklären, wie sie zu sein hat: antikommunistisch, vaterländisch und bis zur Selbstaufgabe offen nach rechts.

Einen großen Teil der ersten Ausgabe von "Ideen" (2) nimmt das vorzeitige Ende der Frankfurter Konferenz ein. Richtig im AK abgeschrieben nennen die ehemaligen Ausschuß-Mitglieder die drei Hauptkonfliktlinien: Antikapitalismus, Zweistaatlichkeit und sog. "Stalinismuskritik".

Ulla Gorges, Vertreterin der "Aktion Sühnezeichen", ist die Einzige, die über die Erkenntnis dieser Differenzen hinaus ansatzweise willens ist, die betriebene Ausgrenzungspolitik nach links zu problematisieren, indem sie zugibt, daß sie schon mit dem unsäglichen "Leben und Lieben"-Motto begonnen hatte. Suchen wir darüberhinaus und bei den anderen Protagonisten nach Spuren neuer Einsichten, so finden wir - keine.

Nochmal zurück zum Ausgangspunkt: Den Bruch vollzogen alte und frisch übergelaufene Sozialdemokraten, als sie erkannten, daß das Konzept, ihr Bündnisspektrum der SPD zum Geschenk zu machen, nicht aufging. Ihre Hetzkampagne, die mit Stalinismusaufarbeitung rein gar nichts zu tun hat, hatte einzig zum Ziel, einen nicht mehr nützlichen Bündnispartner dem Zeitgeist zu opfern - und hatte durch die unerwartete Solidarisierung (auch der ebenfalls unerwarteten radikalen Linken) einen Rückschlag erlitten. Jetzt soll angeblich der Dialog mit denen wieder gesucht werden, die diesen Schlag ausgeteilt haben - mit einer weiteren Steigerung der Hetze. So ist "SED-Unrechtsregime" jetzt Stadelmaiers Umschreibung für das unnennbare Staatsgebilde, das auch Jusos früher DDR genannt haben dürften. Dann bekennt er: "Die Frage der weiteren Mitarbeit der DKP und SDAJ als Organisationen ist auf der Konferenz - dies war ein Fehler auch von uns Jusos - nicht mit der notwendigen Breite diskutiert worden. Sie zu stellen war und ist meines Erachtens richtig." Der Fehler also: die jung-sozialdemokratische Basis nicht vorab auf Linie gebracht zu haben.

Es folgt Stadelmaiers Anfängerkursus in demagogischen Schuldzuweisungen: "Die Realitätsverweigerung all derjenigen, die sich dem Motto "Nie wieder Deutschland" sammelten, hat auch die Konferenz gespalten." Warum? Weil "die Mehrheit des Arbeitsausschusses, vor allem die Jusos eine Politik befürworteten, die sich auf Forderungen zur Ausgestaltung der - bereits im Januar unumgänglichen - Einheit konzentrierte." Bei der Exkommunizierung dieser Sorte Ewiggestriger fallen ihm besonders schöne Bilder ein: "Diese Optik vernebelt den Blick für historische Differenzen, führt zu einem Negativbrei, der gestaltendes Handeln ausschließt ..." usw. usf.

Das Editorial dieser sich antifaschistisch und antirassistisch nennenden Zeitschrift, von der Gesamtredaktion gezeichnet, provoziert die Frage, ob nun auch die Vertriebenenverbände in das breite Bündnis gelockt werden sollen: "Wir dürfen nicht die Augen verschließen (...) vor den (mit der kommenden Vereinigung, AK) unauflöslich (Hervorh. AK) verknüpften Chancen, die historisch aus dem Ende der Nachkriegszeit und dem Verlust jeder Illusion über die Perspektiven der realsozialistischen Länder entstehen können."

Wie sich diese Position noch in antifaschistisch und antirassistisch genannten Kampagnen umsetzen lassen könnte, entzieht sich unserer Vorstellungskraft. Offensichtlich auch der der Autoren: es werden weder Konferenzen noch Kampagnen initiiert, von "Arbeit", wie im Untertitel des Heftchens versprochen, kein Wort. Kein Grund zu Trauer.

Ansonsten dokumentiert die erste Ausgabe von "Ideen" - unter den Themenschwerpunkten "Rechtextremismus", "Antifaschismus" und "Vereinigung", "Rechtsextremismus in Rußland" und "SOS-Rassismus" weitgehend Texte, die das bis hier Gesagte unterstreichen oder aber in ihrer Allgemeinheit sterbenslangweilig sind. Frieder O. Wolf (Autorenangabe: "Philosoph, AL Berlin (!, AK), Mitarbeiter im Europaparlament") sinniert über die Frage, ob es ein positives "Gegenteil" zum Faschismus gibt. Hans Coppi, Mitglied im Vorstand des neugegründeten "antiFa- Bund der Antifaschisten (DDR)" wird interviewt, um ein neuerliches Mal das "moderne Antifaschismuskonzept" der Redaktion zu reproduzieren: "Es schließt nationale Komponenten mit ein und verlangt nach einem neuen Verhältnis zu Nation, Vaterland, Heimat, Deutschland und zum Internationalismus." Yilmaz Karahasan (IG Metall) läßt seinen Artikel gegen das Ausländergesetz mit einer grausam formulierten Entsolidarisierung enden: "Es geht nicht um die ‚offenen Grenzen` sondern darum, den Prozeß der Einwanderung (...) zu regulieren."

Und damit ist wohl alles gesagt.

reg., kla., Antifa-AG am/im KB HH

Anmerkungen:

1) Ausführlich nachzulesen in: AK 303, 315, 316 und Ak-extra zur Frankfurter Antifakonferenz: "Antifa ohne e.V., Sozialdemokratisierung der Antifabewegung oder antikapitalistischer Grundkonsens".

2) Alle folgenden Zitate aus: "Ideen - Für antifaschistische und antirassistische Arbeit", Ausgabe 1/90. Verleger: Martin Stadelmaier; Redaktionsanschrift: c/o Türkisches Volkshaus Frankfurt, Baseler Platz 6, 6000 Frankfurt/Main 1

40. Marxismus und Nationalismus Aktuelle Notizen zur Kontroverse Luxemburg - Lenin

Rubrik: Wiedervereinigung; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:10

"Der Nationalismus ist augenblicklich Trumpf. Von allen Seiten melden sich Nationen und Nationchen mit ihren Rechten auf Staatenbildung an. Vermoderte Leichen steigen aus hundertjährigen Gräbern, von neuem Lenztrieb erfüllt, und ‚geschichtslose Völker', die noch nie selbständige Staatswesen bildeten, verspüren einen heftigen Drang zur Staatenbildung. Polen, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Tschechen, Jugoslawen, zehn neue Nationen des Kaukasus". Diese letzten Äußerungen von Rosa Luxemburg zum Problem Nationalismus (1) sind heute erstaunlich aktuell: Im Zuge des Zerfalls des Sowjetblocks verwandelt sich Osteuropa in einen nationalistischen Hexenkessel, gleichzeitig melden auch deutsche Minderheiten in dieser Region mit zunehmender Lautstärke nationale Ansprüche an. Umso verwunderlicher, daß die BRD-Linke bei der Debatte der "Krise des Marxismus" dieses Thema bislang weitgehend ausgespart hat - was sich als Hilflosigkeit und Rechtsopportunismus in der "nationalen Frage" bitter gerächt hat. Während die desolate Linke keine Gelegenheit ausläßt, leninistisches Denken als veraltet abzutun und durch sozialdemokratisches zu ersetzen, wird eine Problematisierung Leninscher Prämissen von links her peinlichst vermieden. Genau das macht den Wert der Debatte Lenin-Luxemburg heute aus, wo im Kampf gegen den Nationalismus die Rekonstruktion revolutionärer Politik eine wichtige Bewährungsprobe durchläuft.

Zunächst muß betont werden, daß Lenin und Luxemburg in der Hauptfrage jener Epoche an einem Strang zogen: der bedingungslosen Ablehnung des Nationalismus und der "Vaterlandsverteidigung" in den imperialistischen Hauptländern. An dieser Frage ging die sozialdemokratische II. Internationale zugrunde, und aus den antiimperialistischen Minderheitsströmungen formierten sich überall die kommunistischen Parteien.

Die Kontroverse setzt da ein, wo Lenin neben dem abzulehnenden Nationalismus der unterdrückenden Völker einen im Prinzip unterstützenswerten Nationalismus der unterdrückten Völker ausmacht. Seine Sichtweise ist nachvollziehbar: Sein Hauptfeind, der Zarismus, hält in seinem "Völkergefängnis" (Lenin) dutzende Nationen unter der Knute, denen die "Freiheit der Lostrennung" nach der Revolution versprochen wird und die so bei der Destabilisierung des Riesenreiches eine wichtige Rolle spielen sollen. Später verallgemeinert Lenin: "Denn zu glauben, daß die soziale Revolution denkbar ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums mit allen seinen Vorurteilen (...) - das zu glauben heißt der Revolution entsagen." (2)

Rosa Luxemburg ihrerseits kommt aus einem dieser unterdrückten Völker, nämlich dem polnischen, dessen Staat damals zwischen Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn völlig aufgeteilt war. Sie lehnt die positive Bezugnahme auf die Rechte von Nationen in jedem nur denkbaren Fall ab, "weil sie die fundamentale Theorie des neuzeitlichen Sozialismus - die Theorie der Klassengesellschaft - völlig ignoriert." (3) Aus diesem Grund "leitet sich die Verpflichtung zum Protest und zur Bekämpfung der nationalen Unterdrückung für die Klassenpartei des Proletariats durchaus nicht von einem besonderen ‚Recht der Nationen' her (...), die Verpflichtung kann nur abgeleitet werden aus dem allgemeinen Gegensatz zum Klassensystem, zu jeglicher Form von gesellschaftlicher Ungleichheit und Herrschaft, mit einem Wort, aus dem grundsätzlichen Standpunkt des Sozialismus." (4) Statt für das Recht der Polen auf einen eigenen Staat - Lenins Position - einzutreten, plädiert sie dafür, daß die polnische Arbeiterbewegung Seite an Seite mit den russischen Proletariern für den Sturz des Zaren kämpft (5). Das Zurückdrängen des Nationalismus auch der unterdrückten Polen ist ihr dabei so wichtig, daß sie jede Annäherung "ihrer" Partei SDKPiL an die ebenfalls sozialdemokratische, aber pro-nationalistische PPS entschieden bekämpft. Sie faßt zusammen: "Die nächste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluß der nationalistischen Ideologie äußert. Die nationalen Sektionen haben ihre Agitation in den Parlamenten wie in der Presse dahin zu richten, die überlieferte Phraseologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren. Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus. Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muß, ist die sozialistische Internationale." (6)

Selbstbestimmungsrecht" und Internationalismus

Der griffigste Punkt des Konflikts Lenin- Luxemburg liegt in dem von den Bolschewiki proklamierten "Recht auf Lostrennung" unterdrückter Völker, d.h. des Rechtes auf einen eigenen Staat. Dabei versucht Lenin einen Spagat: Er unterstützt einerseits das "Recht auf Selbstbestimmung" prinzipiell, macht aber die faktische Unterstützung der Ausnützung dieses Rechtes vom Einzelfall abhängig, d.h. von der politischen Nützlichkeit des jeweiligen Nationalismus' für die Revolution. Er grenzt ab: "Die einzelnen Forderungen der Demokratie, darunter das Selbstbestimmungsrecht, sind nichts Absolutes, sondern ein Teilchen der allgemein-demokratischen (jetzt: allgemein- sozialistischen) Weltbewegung. Es ist möglich, daß in einzelnen konkreten Fällen der Teil dem Ganzen widerspricht, dann muß man den Teil verwerfen ..." (7)

In der konkreten Situation nach dem Oktober 1917 soll diese Doppelstrategie dadurch gewährleistet werden, daß die Kommunisten in den unterdrückten Völkerschaften propagieren, das von der zentralen Sowjetmacht zugestandene "Recht auf Lostrennung" nicht wahrzunehmen.

Schon bald ist für Rosa Luxemburg klar, daß das Konzept der Bolschewiki nicht aufgeht: "Während Lenin und Genossen offenbar erwarteten, daß sie als Verfechter der nationalen Freiheit ‚bis zur staatlichen Absonderung' Finnland, die Ukraine, Polen, Litauen, die Baltenländer, die Kaukasier usw. zu ebenso vielen treuen Verbündeten der russischen Revolution machen würden, erlebten wir das umgekehrte Schauspiel: Eine nach der anderen von diesen ‚Nationen' benutzte die frisch geschenkte Freiheit dazu, sich als Todfeindin der russischen Revolution gegen sie mit dem deutschen Imperialismus zu verbünden", resümiert sie (8).

Rosa Luxemburg lehnt die Proklamierung des "Rechtes auf Selbstbestimmung" ab: "Entweder sagt diese Formel gar nichts aus, ist eine leere und zu nichts verpflichtende Phrase, oder sie meint eine bedingungslose Verpflichtung der Sozialisten zur Unterstützung aller nationalen Bestrebungen - und dann ist sie ganz einfach falsch." (9) Sie beruft sich dabei auf Marx und Engels, die nationale Bestrebungen völlig beliebig begrüßten oder verwarfen, je nachdem, ob sie der "Außenpolitik" des internationalen Proletariats, die damals im wesentlichen an der Schwächung der internationalen Ordnungsmacht Rußland interessiert war, nützte oder nicht. Eine Methode, so betont Luxemburg gegen Lenin, "die sich nach keinerlei abstrakten Formeln richtet, sondern einzig und allein nach den realen Verhältnissen eines jeden einzelnen Falles." (10)

Lenin verteidigt seine Doppelstrategie mit der Analogie zum Scheidungsrecht. Auch in diesem Fall bedeute ja das grundsätzliche Eintreten für dieses Recht noch lange nicht, daß für jeden einzelnen Fall die Scheidung propagiert werde. Ein prinzipielles Recht schließe eine konkrete Einzelfallentscheidung nicht aus, sondern ermögliche sie erst. Fragwürdig erscheint bei dieser Analogie, daß Lenin die Entscheidungskategorie "Mensch/Individuum" (Lostrennung durch Scheidung) umstandslos gleichsetzt mit der Entscheidungskategorie "Volk/Nation" (Lostrennung durch Staatsbildung). Für Rosa Luxemburg ist diese Auffassung von der Nation - "als ein Ganzes, als eine geschlossene soziale und politische Einheit" - "eine derjenigen Kategorien der bürgerlichen Ideologie, die von der marxistischen Theorie radikal revidiert wurden (...) In einer Klassengesellschaft gibt es die Nation nicht als ein einheitliches gesellschaftlich-politisches Ganzes; es existieren hingegen in jeder Nation Klassen mit antagonistischen Interessen und ‚Rechten'." (11)

Daher ist es für Luxemburg logisch, daß eine "Selbstbestimmung der Nationen" im Kapitalismus nur eine Maske für das sich durchsetzende Klasseninteresse der Bourgeoisie ist, die dann die neu entstandenen Staaten beherrscht, ohne daß sich für das Proletariat etwas ändert. Im Gegensatz zu Lenin sieht sie als "Voraussetzung" für eine wirkliche Selbstbestimmung der Nation "die sozialistische Revolution, d.h. die politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung der arbeitenden Klassen als der eigentlichen Masse in jeder Nation". (12)

Außerdem sei zu befürchten, daß der Nationalismus in den neugeschaffenen Staaten, "obwohl im Kern nur Ausdruck für einen ganz jungen, erst keimartigen Kapitalismus, zugleich doch schon in der allgemeinen Atmosphäre der imperialistischen Entwicklung selbst mit deutlichen imperialistischen Tendenzen gefärbt" ist (13).

Diese Differenzen betreffen auch den antiimperialistischen Kampf. Rosa Luxemburgs Diktum: "In der Ära des entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben" (14), findet Lenins schärfsten Widerspruch, umgekehrt setzen seine linken KritikerInnen dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker" das "Selbstbestimmungsrecht der Werktätigen" (Bucharin) als Orientierung für die abhängigen Länder entgegen. Für den Antiimperialismus in den Metropolen genüge die Losung "Fort aus den Kolonien" (15).

Die Durchsetzung der Leninschen Gedanken symbolisiert die von der Komintern 1920 vorgenommene Ergänzung des Schlußsatzes aus dem Kommunistischen Manifest: dem "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" wurden die "unterdrückten Völker" hinzugefügt. Die Frage eines Bündnisses der Proletarier mit der jeweiligen nationalen Bourgeoisie gegen ausländische Imperialisten durchzieht seitdem die Debatten der kommunistischen Weltbewegung.

War es für die "neue Linke" der 70er-Jahre selbstverständlich, sich auf die Erfolge nationaler Befreiungsbewegungen zu beziehen und hier den Bogen zu schlagen von der Gründung der VR China über den Befreiungskrieg Algeriens bis hin zu den unmittelbar mitzuerlebenden Siegen in Vietnam, Angola und Mocambique, so sind wir heute, angesichts der Verbürgerlichung dieser Staaten, zu einer sehr viel kritischeren Aufarbeitung des national-revolutionären Ansatzes gezwungen, die seine "weißen Flecken" und "dunklen Punkte" fokussiert. Die katastrophalen Einbrüche dieser Strategie seien hier nur angerissen. Sie liegen zwar außerhalb Lenins direkter Verantwortung, gleichwohl müßte untersucht werden, ob sein theoretischer Ausgangspunkt dafür mitverantwortlich ist: Der von der Sowjetunion unterstützte Atatürk schlachtete die türkischen, der von Stalin unterstützte und sogar in die Komintern gehievte Tschangkai-Check die chinesischen KommunistInnen ab.

Ein weiteres Beispiel für nationalistische Deformation linker Politik findet sich in Elementen des Krieges der Anti- Hitler-Koalition gegen Nazi-Deutschland. Das vereinte Zurückschlagen und Niederringen des Nationalsozialismus war eine epochale Leistung; aber wurde der emanzipatorische Gehalt dieses Kampfes nicht dadurch gemindert, daß den Kommunisten Antifaschismus und Humanismus als Begründung dieser Politik nicht ausreichten, sondern daß sie zusätzlich den Nationalismus bemühten? Hat nicht die Phrase vom "Großen Vaterländischen Krieg" den Boden dafür geebnet, daß der Befreiung der osteuropäischen Völker vom deutschen Faschismus ein großrussischer Chauvinismus folgte, zwar viel weniger blutig, aber für uns Anhänger einer herrschaftslosen Gesellschaft dennoch völlig unakzeptabel? Hat der aufopferungsvolle Kampf der KPF gegen Hitler nicht unter der Bezugnahme auf die "Grande Nation" gelitten, und hat das nicht zu der nationalistischen Schlagseite geführt, die die Partei im Algerienkrieg und als Anwalt der ImmigrantInnen so diskreditiert hat?

Mit eingehen in eine kritische Bilanzierung der kommunistischen Geschichte müßten die Veränderungen des Imperialismus. War zu Lenins Zeiten nahezu der gesamte Erdball unter den Großmächten aufgeteilt und der Verlust von Kolonien für diese schmerzhaft, so bereitet heute die politische Unabhängigkeit von Ländern des Trikonts kaum Probleme. Unter dem Druck des Weltmarktes fallen die Dominosteine längst wieder in die andere Richtung. Mensch könnte sogar fragen, ob nicht die weitere Zersplitterung der Peripherie unter der Fahne des nationalen Selbstbestimmungsrechtes (Sowjetunion, Jugoslawien ...) diese umso sicherer zur Beute der transnationalen Konzerne macht. Jedenfalls ist der für Lenin so plausible Zusammenhang zwischen nationaler Selbstbestimmung und kommunistischem Antiimperialismus heute nicht zu erkennen. Rosa Luxemburg hat ihn schon für die damalige Epoche bestritten (s. nächstes Kapitel und Kasten).

Nation und Demokratie

Lenins gesamte Revolutionstheorie beruht auf einer engen Verknüpfung mit dem demokratischen Kampf: "... Wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten." (16) Der entscheidende Unterschied zu Rosa Luxemburg besteht keineswegs in der Geringschätzung der Demokratie, wie von Sozialdemokraten immer unterstellt wird, sondern in der Verbindung der nationalen mit den demokratischen Aufgaben; beide seien - so Lenin - in der bürgerlichen Revolution angepackt, aber in der Regel nicht gelöst worden. In Ländern wie Rußland oder in den Kolonien, wo die bürgerliche Revolution noch nicht stattgefunden habe, könnten ihre demokratisch-nationalen Ziele mit den sozialistischen verbunden werden. Im Unterschied dazu vertritt Rosa Luxemburg, eine progressive Lösung der nationalen Frage sei gar nicht mehr möglich, und zwar weltweit, unabhängig vom jeweiligen Entwicklungsstand: "Das nationale Programm hatte nur als Ausdruck der aufstrebenden, nach der Macht im Staate zielenden Bourgeoisie eine geschichtliche Rolle gespielt (...) Seitdem hat der Imperialismus das alte bürgerlich-demokratische Programm vollends zu Grabe getragen, indem er die Expansion über nationale Grenzen hinaus und ohne jede Rücksicht auf nationale Zusammenhänge zum Programm der Bourgeoisie aller Länder ((sic!)) erhoben hat." (17) Rosa Luxemburg hält es deswegen für "völlig verfehlt, eine Analogie herzustellen zwischen allen demokratischen Postulaten, wie dem ‚Recht' auf Rede-, Presse-,

Vereinigungs-und Versammlungsfreiheit und dem ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen'". Im letzteren sieht Rosa lediglich ein Passpartout für die herrschende Klasse und keinen Nutzen für das Proletariat: "Das ‚Volk' soll das ‚Recht' auf Selbstbestimmung haben. Aber wer ist denn das ‚Volk', wer ist der Mächtige, wer hat das ‚Recht', der berufene Vertreter des ‚Volkes' und seines Willen zu sein? (...) Mit dem ‚echten' Willen des Volkes geht es wohl ähnlich, wie mit dem echten Ring der Parabel in Lessings ‚Nathan, der Weise': er verschwand und es scheint fast unmöglich, ihn wiederzufinden und von Fälschungen und Nachahmungen zu unterscheiden." (18)

In der russischen Revolution sieht Rosa Luxemburg eine Bestätigung ihrer Ansichten. Sie kritisiert die Bolschewiki: "Während sie gegenüber der Konstituierenden Versammlung, dem allgemeinen Wahlrecht, der Presse- und Versammlungsfreiheit, kurz, dem gesamten Apparat der demokratischen Grundfreiheiten der Volksmassen, die alle zusammen das ‚Selbstbestimmungsrecht' in Rußland selbst bildeten, eine sehr kühle Geringschätzung an den Tag legten, behandelten sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als ein Kleinod der demokratischen Politik ..." (19)

Nationalismus in Deutschland

Lenin hält berechtigte nationale Kriege nicht nur in den Kolonien, sondern prinzipiell auch in Europa für möglich. Zwar treffe das keinesfalls auf den imperialistischen Weltkrieg zu. Aber wenn hinterher ein von Deutschland annektiertes Belgien einen nationalen Befreiungskrieg unternehme, so sei er unterstützenswert, auch wenn es dort eine Bourgeoisie gebe, die ihrerseits andere Völker in den Kolonien unterjoche (20).

Besonders bedenklich wird diese Haltung nach Abschluß des Versailler Vertrages, als Lenin auf ein Bündnis mit Deutschland orientierte, weil es zu den Völkern gehöre, denen "ein Häuflein Staaten (...) die Kehle zuschnürt". Er führt aus: "Die deutsche bürgerliche Regierung hegt einen wütenden Haß gegen die Bolschewiki, aber die internationale Lage drängt sie gegen ihren eigenen Willen zum Frieden mit Sowjetrußland. Das, Genossen, ist der zweite Eckpfeiler unserer internationalen Außenpolitik: den Völkern, die sich der kapitalistischen Unterjochung bewußt werden, zu beweisen, daß es für sie keine andere Rettung gibt als die Sowjetunion." Keine Frage: Wenn ein ausgehungertes und zerstörtes Land wie die junge Sowjetunion Handelsverträge mit einem Staat wie Deutschland abschließt, dann werden nur Doktrinäre der reinen Lehre darin etwas Schlimmes finden. Etwas völlig anderes ist es aber, wenn Lenin diesen notwendigen Pragmatismus theoretisch verklärt: "Unsere Politik schart die kapitalistischen Länder, denen der Imperialismus die Kehle zuschnürt, um die Sowjetunion." Das mit den Deutschen abzuschließenden Handelsabkommen "wird ein Bündnis sein, das den Bund gegen den Weltimperialismus festigt" (21). Wurde nicht durch solche Äußerungen der Weg gebahnt für die (allerdings erst nach Lenins Tod) in Angriff genommene gemeinsame Waffenentwicklung der Sowjetunion mit dem ach so unterdrückten Deutschland? Und: War das nicht eine frühe Fassung der chinesischen "3-Welten-Theorie", die ebenfalls ein Koalition mit angeblich (!) minder gefährlichen imperialistischen Staaten ("2. Welt") gegen die großen Supermächte ("1. Welt") vorsah?

Alarmierend auch der unkritisch von Lenin eingestreute Hinweis auf die "Durchbrechung der politischen Schranken" in Deutschland, "so daß sich die deutschen Schwarzhunderter in ihrer Sympathie für die russischen Bolschewiki mit den Spartakusleuten trafen" (21). Von der Komintern-Führung um Radek wurde diese gemeinsame Ablehnung des Versailler "Schandfriedens" durch Faschisten ("Schwarzhunderter") und Kommunisten anläßlich der französischen Besetzung des Ruhrgebietes (1923) ausgebaut zum sogenannten "Schlageter-Kurs". (Schlageter war ein Nazi, den die Franzosen getötet hatten). Radek führt dazu aus: "Wenn die Kreise der Faschisten, die ehrlich dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn der Geschicke Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen (...). Will Deutschland imstande sein, zu kämpfen, so müssen die Kopfarbeiter sich mit den Handarbeitern vereinigen zu einer eisernen Phalanx." (22)

Wer denkt da nicht an die düstere Prophezeiung Rosa Luxemburgs nach dem Brester Frieden: "Und nun droht den Bolschewiki als Endstation ihres Dornenweges das Schrecklichste: Wie ein unheimliches Gespenst nähert sich - ein Bündnis der Bolschewiki mit Deutschland! (...) Mit der grotesken "Paarung" zwischen Lenin und Hindenburg wäre die moralische Lichtquelle im Osten verlöscht." Gleichzeitig betont Rosa Luxemburg immer, daß die Verantwortung für diese Entwicklung nicht bei den russischen Genossen liegt: "Die Schuld an den Fehlern der Bolschewiki trägt in letzter Linie das internationale Proletariat und vor allem die beispiellose

beharrliche Niedertracht der deutschen Sozialdemokratie (...) Es gibt nur eine Lösung der Tragödie, in die Rußland verstrickt ist: den Aufstand im Rücken des deutschen Imperialismus." (23)

Mit dem Ausspielen der "nationalen Karte" hat Lenin den deutschen KommunistInnen leider ein schlechtes Beispiel gegeben. Die Geschichte des Nationalbolschewismus ist lang, aus aktuellem Anlaß möchte ich nur kurz auf seine fatalen Nachwirkungen in der DDR eingehen. Dem deutschen Imperialismus einen Teil seines Territoriums zu entreißen, um dort einen antifaschistischen Staat aufzubauen - das war der SED zu wenig. Krampfhaft wurde in den ersten Jahren versucht, das "nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" als Druckmittel gegen die Kalte-Krieg-Politik der Westalliierten zu nutzen, wurde Antifaschismus mit Deutschnationalismus kombiniert, um ein neutrales Gesamtdeutschland zu erreichen. Als diese Politik nach dem Mauerbau nicht mehr zu halten war, probierte man eine andere Variante: die "sozialistische deutsche Nation" wurde entdeckt, und dafür scheute man auch vor Anleihen in der Geschichte des ultra-militaristischen Preußen nicht zurück. Niemand sollte sich wundern, daß unter diesem Vorzeichen der Nationalismus in der DDR heute so stark ist! Offensichtlich hat er hier nicht, wie Lenin sich das wünschte, als Hilfsmotor für die Abtrennung befreiter Gebiete vom Imperialismus gewirkt, sondern gerade diese Abtrennung unterhöhlt. Umgekehrt wurde eine große Chance verschenkt, einen Staat aufzubauen, der mit der bürgerlichen Begründung seiner Existenz, der Nation, radikal bricht.

Nationalismus im Proletariat

Eine Wurzel der Fehler, aber paradoxerweise auch der Leistungen von Lenin könnte in seiner Erklärung der nationalistischen Einflüsse in der Arbeiterbewegung liegen. Er bezeichnet die entsprechende Haltung als "Sozialchauvinismus" (Sozialismus in der Theorie, Chauvinismus in der Praxis) und wirft die Frage auf: "Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Imperialismus und jenem ungeheuerlich widerwärtigen Sieg, den der Opportunismus (in Gestalt des Sozialchauvinismus) über die Arbeiterbewegung in Europa davongetragen hat?" (24) Die Bejahung dieser Frage leitet er aus dem monopolistischen Charakter des Imperialismus ab: "Weil durch ein Monopol Extraprofit erzielt wird, d.h. ein Profitüberschuß über den in der ganzen Welt üblichen, normalen kapitalistischen Profit. Von diesem Extraprofit können die Kapitalisten einen Teil (...) verwenden, um ihre Arbeiter zu bestechen, um eine Art Bündnis der Arbeiter der betreffenden Nationen mit ihren Kapitalisten gegen die übrigen Länder zu schaffen." (24)

Diese Herleitung unterscheidet sich krass vom auch heutzutage noch weit verbreiteten Vulgärmarxismus, daß Arbeiter "an sich" revolutionär seien und kein Interesse am Nationalismus hätten. Damals ermöglicht sie Lenin, einen scharfen Abgrenzungskurs zum reformistischen Teil der Arbeiterbewegung zu fahren und eine schnelle Lostrennung der revolutionären Linken zu betreiben. Andererseits ist seine Herleitung des Sozialchauvinismus aus der Bestechung mit Extraprofiten verkürzt; sie bleibt da stumm, wo Nationalismus sich aus anderen Ursachen speist. Mehr noch: Sie läßt Nationalismus in den abhängigen Ländern positiv erscheinen, weil er angeblich dem Sozialchauvinismus in den Metropolen die Wurzeln - die Extraprofite - abschneidet: "Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß die kleinen Nationen, die als ein selbständiger Faktor im Kampf gegen den Imperialismus machtlos sind, die Rolle eines der Fermente, eines der Bazillen spielen, die dem wahren Gegenspieler des Imperialismus, dem sozialistischen Proletariat, auf den Plan zu treten helfen." (25)

Rosa Luxemburgs Ablehnung des Nationalismus ist, wie schon gezeigt, umfassender und weitgehender als die Lenins. Sie verzichtet aber auf jede Ursachenforschung des nationalistischen Einflusses, und selbst die Beteiligung der Unterklassen an den antisemitischen Pogromen in Osteuropa veranlaßt sie nicht zu irgendwelchen Reflexionen (was umso verwunderlicher ist, da sie selbst jüdischer Herkunft ist). An Stelle des ökonomistischen Erklärungsansatzes von Lenin setzt sie eine noch weit schwächere Kategorie, die des "Verrats" der sozialdemokratischen Führer (26). Nur folgerichtig, daß sie vor diesem Hintergrund an die organisatorische Spaltung der SPD sehr zögerlich herangeht; die KPD wird schließlich erst nach Kriegsende, zum Jahreswechsel 1918/19, gegründet.

Selbst vor einem nationalistischen Ausrutscher während des 1. Weltkrieges ist sie nicht gefeit. Sie bekennt: "Ja, die Sozialdemokraten sind verpflichtet, ihr Land in einer großen historischen Krise zu verteidigen" (26) und stellt Gedankenspiele an, unter welchen Voraussetzungen aus dem imperialistischen Krieg ein berechtigter nationaler Krieg werden könnte (sie findet drei: die allgemeine Volksbewaffnung in Milizform, die Übertragung der Entscheidung über Krieg und Frieden an die gesamte Bevölkerung, und die Beseitigung aller politischen Entrechtung). Lenin kritisiert das als "eine Art Plan, die Geschichte zu überlisten, die Philister zu überlisten.

Gegen die beste Verteidigung des wahren Vaterlandes könne doch niemand sein: das wahre Vaterland aber ist die großdeutsche Republik, die beste Verteidigung ist die Miliz, das Parlament in Permanenz usw. Einmal angenommen, würde ein solches Programm ganz von selbst zum nächsten Stadium führen: zur sozialistischen Revolution. Wahrscheinlich haben solche Erwägungen bewußt oder unbewußt Junius' Taktik bestimmt. Unnötig zu sagen, daß sie irrig sind." (27).

Insgesamt ist die Linie Rosa Luxemburgs im Antikriegskampf weniger polarisierend als die Lenins. Zwar tritt auch sie gegen einen Burgfrieden mit dem Kapital ein und fordert eine Intensivierung des Klassenkampfes. Gleichzeitig lehnt sie jedoch die Leninsche Parole der "Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg" und die Orientierung auf eine Niederlage der "eigenen" Bourgeoisie ("revolutionärer Defaitismus") ab. Stattdessen formuliert sie unverbindlich-pazifistisch: "Die Frage Sieg oder Niederlage kommt unter diesen Umständen für die europäische Arbeiterklasse in politischer genau wie in ökonomischer Beziehung auf die hoffnungslose Wahl zwischen zwei Trachten Prügel hinaus." (28)

Kommunistische Utopie und Nationalstaat

Lenin macht eine interessante Andeutung über die "Ähnlichkeit zwischen dem, wie die Menschheit zur Abschaffung der Klassen und zur Verschmelzung der Nationen kommen muß" (29). Aber er konkretisiert das Prinzip der "Diktatur des Proletariats" - die institutionalisierte und "mit Gewalt gepanzerte Hegemonie" (Gramsci) der vorher unterdrückten Klasse - nicht für die Aufhebung nationaler Unterdrückung, etwa durch Vorschläge für eine Institutionalisierung der "Ungleichheit" zugunsten der bislang unterdrückten Völker. Stattdessen propagiert er die "Freiheit der Lostrennung" und verläßt damit den Boden der von ihm selbst eingeführten Analogie: Würde man an die Abschaffung der Klassenunterdrückung genauso herangehen, müßte man für die Absonderung der arbeitenden Klassen (in Form von Kommunen, Landkooperativen usw.) eintreten, anstatt für den Klassenkampf um gesellschaftliche Hegemonie - ein offenkundig absurder Vorschlag.

Lenin will den unterdrückten Völkern die Möglichkeit nationaler Selbstbestimmung einräumen, wendet sich jedoch strikt gegen national-autonome Sektionen innerhalb der Partei und befürwortet einen strengen Zentralismus (was Stalin später für seine Russifizierungspolitik ausnutzte). Rosa Luxemburg geht den umgekehrten Weg: Sie lehnt das "Recht auf Lostrennung" ab, streitet aber immer für die Selbständigkeit der polnischen Revolutionäre von der russischen Mutterpartei. Statt eines eigenen Staates sollen die unterdrückten Völker einen Autonomiestatus innerhalb eines nachrevolutionären Rußland erhalten. Und auch hierbei differenziert sie noch: Als Kriterium für die Gewährung einer Autonomie führt sie, ganz im Sinne ihrer Ablehnung des Nationalismus', in einem Brief an einen Genossen an, "daß wir Selbstverwaltung nicht nur durch nationale Kulturinteressen begründen können. Wir müssen auch hier an erster Stelle Rücksichten - nicht auf 'ökonomische Besonderheiten, wie Du Dich ungenau ausdrückst - sondern auf den Klassenkampf und seinen immer 'lokaleren' Charakter (Dezentralisierung des Kapitals) nehmen." (30) Ein sozialistischer Umsturz wird sich immer einem politischen Gefälle zwischen den revolutionären Zentren und den rückständigen Provinzen gegenübersehen. Lenin wollte den darin angelegten Widerspruch durch eine liberale Nationalitätenpolitik lösen, während es m.E. eher ein Problem der unterschiedlichen Entwicklung der Klassenwidersprüche war, worin die nationale Unterdrückung nur ein Teilelement bildete und beispielsweise der Stadt/Land-Widerspruch eine größere Rolle spielte. Das Leninsche "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" verurteilte das Proletariat dieser Nationen, da in der Minderheit, zum Anhängsel der bürgerlich-bäuerlichen Mehrheiten; Rosa Luxemburgs Ansätze eines föderativen Staats- und Parteiaufbaus wären eine andere Möglichkeit gewesen, das Problem der "ungleichen Entwicklung" zu lösen.

Mensch kann Lenin eine fehlerhafte theoretische Verarbeitung des Nationalismus vorwerfen; seine Sensibilität für die konkreten Auswirkungen des Nationalismus war aber sehr hoch entwickelt. In der Auseinandersetzung mit dem großrussischen Chauvinismus Stalins schreibt er: "Wir Angehörige einer großen Nation (haben) uns in der geschichtlichen Praxis fast immer einer Unzahl von Gewalttaten schuldig gemacht, ja mehr als das, unmerklich für uns selbst fügen wir den anderen eine Unzahl von Gewalttaten und Beleidigungen zu - ich brauche mir nur meine Wolgazeit ins Gedächtnis zurückzurufen und mich daran zu erinnern, wie man bei uns die Nichtrussen behandelt, wie man einen Polen nicht anders denn ‚Polacken' nennt, jeden Tataren als ‚Fürsten' verspottet, den Ukrainer nur beim Spitznamen ‚Chochol' ruft, alle Georgier und die Angehörigen anderer kaukasischer Stämme als ‚Kapkaser' verhöhnt. Deshalb muß der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder sogenannten ‚großen' Nation (...) darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der

Nationen zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt." (31)

Diese Forderung nach einer Privilegierung der unterdrückten Minderheiten haben ihren Wert bis heute und profilieren die Linke deutlich gegenüber den karitativen Sonntagsreden des Bürgertums. Von einer kohärenten Theorie und Praxis im Einwandererland BRD sind wir damit freilich noch weit entfernt.

Drei Thesen als Fazit

1. Lenins Stärke liegt in der "konkreten Analyse einer konkreten Situation", in diesem Fall in einer zugespitzten Politik gegen den Nationalismus der imperialistischen Hauptmächte. Auch mit dem (Sozial)Chauvinismus im Proletariat und im nachrevolutionären Rußland sucht er die Konfrontation. Seine Verallgemeinerungen sind jedoch fragwürdig, insbesondere seine Hinweise auf den positiven Nationalismus der unterdrückten Völker. Hier besteht für diejenigen, die weiter für den Kommunismus eintreten wollen, ein dringender Untersuchungsbedarf.

2. Rosa Luxemburg analysiert umfassend die Unvereinbarkeit des Marxismus mit jeder Form von Nationalismus. Ihr leidenschaftliches Eintreten für die Demokratie ist verknüpft mit unerbittlichem Kampf gegen die nationale Phrase. (Diese Dialektik haben die "Novemberrevolutionäre" in der DDR, die sich ansonsten immer sehr stark auf Rosa berufen haben, offensichtlich ausgeblendet.) Andererseits unterschätzt sie den Einfluß des Nationalismus in der Arbeiterbewegung und fällt in der konkreten Auseinandersetzung mit ihm hinter Lenin zurück.

3. Die Entwicklung des Imperialismus in den letzten 70 Jahren wäre unter dem Aspekt zu untersuchen, ob sie nicht - unabhängig von der Beurteilung der historischen Kontroverse - zumindest nachträglich die Realitäten an die Luxemburgische Analyse angepaßt hat: Nach der Durchsetzung des Imperialismus als Weltsystem haben national-demokratische Bewegungen, die im - global ungleichzeitigen - Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus eine progressive Rolle spielten, keinen Nutzen mehr für die proletarische Weltrevolution.

Jürgen, Stuttgart

Anmerkungen

1) Rosa Luxemburg, Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution

2) W.I. Lenin, Die Ergebnisse der Diskussion über Selbstbestimmung, LW 22

3) Rosa Luxemburg, Nationalitätenfrage und Autonomie

4) ebenda

5) n. Jürgen Hentze, Nationalismus und Internationalismus bei Rosa Luxemburg

6) Rosa Luxemburg, Entwurf zu den Junius-Thesen

7) s. (2)

8) Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution

9) s. (3)

10) s. (3)

11) s. (3)

12) Rosa Luxemburg, Brennende Zeitfragen

13) s. (1)

14) s. (6)

15) zitiert bei(2)

16) W.I. Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

17) Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie (Junius-Broschüre)

18) s. (3)

19) s. (8)

20) s. (2)

21) W.I. Lenin, Referat über Konzessionen (1920), LW 31

22) Karl Radek zum Tode Schlageters, in: Theo Pirker, Utopie und Mythos der Weltrevolution, dtv

23) Rosa Luxemburg, Die russische Tragödie

24) W.I. Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus, LW 23

25) s. (2)

26) s. (17)

27) W.I. Lenin, Über die Junius-Broschüre, LW 22

28) s. (17)

29) W.I. Lenin, Notiz zu den Thesen: Die soziale Revolution und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, LW Erg.Bd.I

30) Rosa Luxemburg in einem Brief an Leo Jogiches 1906, z.n. Hentze, Nationalismus und Internat. bei Rosa Luxemburg

31) W.I. Lenin, Zur Frage der Nationalitäten und der "Autonomisierung", LAW 3

Weiterführende Literatur:

Jürgen Hentze, Nationalismus und Internationalismus bei Rosa Luxemburg, Herbert-Lang- Verlag

Nairn u.a., Nationalismus und Marxismus, Rotbuch

Ronaldo Munck, The Difficult Dialogue - Marxism and Nationalism, Zed Books

Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands, Die Gegensätze zwischen Luxemburg und Lenin, in: Dies., Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung u.a., Rowohlt

Peter Nettl, Rosa Luxemburg, Anhang zur nationalen Frage, Kiepenheuer & Witsch

Angelika Prömm, Marxismus und Nationalismus (erscheint 1991 im isp-Verlag)

Marxistische Aufbauorganisation, Die Krise der kommunistischen Parteien, trikont/Politladen Erlangen 1973

Internationale Kommunistische Strömung, Nation oder Klasse, Broschüre 1986

Originalton Lenin

"Eine unbedingte Forderung der marxistischen Theorie bei der Untersuchung jeder wie immer gearteten sozialen Frage ist, sie in einen bestimmten

historischen Rahmen zu stellen und ferner, wenn es sich um ein Land handelt (zum Beispiel um das nationale Programm für ein bestimmtes Land), die konkreten Besonderheiten zu berücksichtigen, die dieses Land innerhalb ein und derselben historischen Epoche von anderen Ländern unterscheiden.

Was bedeutet diese unbedingte Forderung des Marxismus in Anwendung auf unsere Frage?

Vor allem bedeutet sie die Notwendigkeit, zwei unter dem Gesichtspunkt der nationalen Bewegungen grundverschiedene Epochen des Kapitalismus streng zu unterscheiden. Zunächst ist das die Epoche des Zusammenbruchs des Feudalismus und Absolutismus, die Epoche der Herausbildung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und des bürgerlich-demokratischen Staates, die Epoche, in der die nationalen Bewegungen zum erstenmal zu Massenbewegungen werden und so oder anders alle Klassen der

Bevölkerung durch die Presse, durch die Teilnahme an den Vertretungskörperschaften usw. in die Politik hineinziehen. Dann aber haben wir es zu tun mit der Epoche der völlig herausgebildeten kapitalistischen Staaten mit einer seit langem eingebürgerten konstitutionellen Ordnung, mit stark entwickeltem Antagonismus von Proletariat und Bourgeoisie - einer Epoche, die man als den Vorabend des Zusammenbruchs des Kapitalismus bezeichnen kann.

Für die erste Epoche ist typisch, daß die nationalen Bewegungen erwachen und die Bauernschaft als die zahlreichste und am schwersten in Bewegung zu bringende Bevölkerungsschicht im Zusammenhang mit dem Kampf für politische Freiheit im allgemeinen und für die Rechte der Nationalität im besonderen in diese nationalen Bewegungen hineingezogen wird. Für die zweite Epoche ist typisch, daß bürgerlich-demokratische Massenbewegungen fehlen, während der entwickelte Kapitalismus, der die schon völlig in den Handelsverkehr einbezogenen Nationen einander immer näher bringt und immer mehr vermischt, den Antagonismus zwischen dem international verfilzten Kapital und der internationalen Arbeiterbewegung in den Vordergrund rückt.

Gewiß ist die eine Epoche von der anderen nicht durch eine Mauer getrennt, sondern sie sind durch zahlreiche Zwischenglieder miteinander verbunden, wobei die einzelnen Länder sich noch in dem Tempo der nationalen Entwicklung, in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung, ihrer Verteilung usw. usf. unterscheiden. Es kann keine Rede davon sein, daß die Marxisten eines bestimmten Landes an die Aufstellung ihres nationalen Programms schreiten, ohne alle diese allgemeinen historischen und konkreten staatlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

Und hier eben stoßen wir auf die schwächste Stelle in den Betrachtungen Rosa Luxemburgs. (...)

Kein Sterbenswörtchen läßt Rosa Luxemburg darüber verlauten! Keine Spur einer Analyse, wie die nationale Frage in Rußland in der gegebenen historischen Epoche gestellt ist und welche Besonderheiten Rußland in dieser Beziehung aufzuweisen hat, ist bei ihr zu finden!"

(aus: Lenin, Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen)

Originalton Luxemburg

"(...) Die Formel vom ‚Recht der Nationen' reicht nicht aus, um die Haltung der Sozialisten in Nationalitätsfragen zu begründen, nicht allein deshalb, weil sie nicht alle die ungleichartigen historischen Bedingungen (des Ortes und der Zeit) in jedem gegebenen Fall berücksichtigt und nicht die allgemeine Entwicklungsrichtung der weltweiten Verhältnisse einbezieht, sondern auch deshalb, weil sie die fundamentale Theorie des neuzeitlichen Sozialismus - die Theorie der Klassengesellschaft - völlig ignoriert.

Wenn wir vom ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen' reden, verstehen wir den Begriff ‚Nation' als ein Ganzes, als eine homogene gesellschaftliche und politische Einheit. Jedoch ist ein solcher Begriff von ‚Nation' eigentlich eine jener Kategorien der bürgerlichen Ideologie, welche die Marxsche Theorie einer radikalen Revision unterwarf, indem sie zeigte, daß unter einem solch nebelhaften Schleier wie unter den Begriffen von ‚bürgerlicher Freiheit', von ‚Gleichheit vor dem Gesetz' usw. sich jedesmal ein genau bestimmter historischer Inhalt verbirgt.

In der Klassengesellschaft gibt es eine Nation als homogenes gesellschaftspolitisches Ganzes nicht, dagegen bestehen in jeder Nation Klassen mit antagonistischen Interessen und ‚Rechten'. (...)

In einer auf diese Weise zusammengesetzten Gesellschaft kann von einem kollektiven und einheitlichen Willen, von Selbstbestimmung der ‚Nation' keine Rede sein. Wenn wir in der Geschichte der neuzeitlichen Gesellschaften ‚National'bewegungen und Kämpfe um ‚Nationalinteressen' antreffen, so sind das normalerweise Klassenbewegungen der herrschenden bürgerlichen Schicht, die im gegebenen Fall bis zu einem gewissen Grad die Interessen auch anderer Volksschichten repräsentieren kann, und zwar in dem Maße, in dem sie in Gestalt von ‚Nationalinteressen' fortschrittliche Formen der historischen Entwicklung schützt, und insofern sich die arbeitende Klasse noch nicht aus der Masse des von der Bourgeoisie geleiteten ‚Volkes' zu einer selbständigen bewußten politischen Klasse herauskristallisiert hat. Die französische Bourgeoisie hatte in diesem Sinne das Recht, während der Großen Revolution im Namen des französischen ‚Volkes' als dritter Stand aufzutreten, und sogar die deutsche Bourgeoisie konnte sich bis zu einem gewisse Grade im Jahre 1848 als Repräsentant des deutschen ‚Volkes' verstehen, wenngleich das ‚Kommunistische Manifest' und teilweise ‚Die Neue Rheinische Zeitung' schon Vorposten einer eigenen Klassenpolitik des

Proletariats in Deutschland waren. In beiden Fällen bedeutete dies nichts anderes, als daß die revolutionäre Sache der bürgerlichen Klasse im damaligen Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung mit derjenigen des gesamten Volkes zusammenfiel, da dieses mit der Bourgeoisie noch eine politisch einheitliche Masse gegen den herrschenden Feudalismus bildete.

Schon dieser Umstand zeigt, daß mit den ‚Rechten der Nationen' zu operieren für den Standpunkt einer sozialistischen Partei in der Nationalitätenfrage nicht maßgeblich sein kann. Die Existenz einer solchen Partei selbst ist gerade der Beweis, daß die Bourgeoisie aufgehört hat, Vertreter der gesamten Volksmasse zu sein, daß die Klasse des Proletariats sich nicht mehr unter dem Schutzmantel der Bourgeoisie versteckt, sondern sich von ihm abgelöst hat, als selbständige Klasse mit eigenen gesellschaftlichen und politischen Zielen. (...)"

(aus: Rosa Luxemburg, Nationalitätenfragen und Autonomie)

41. Reichstagswahlen - Ohne uns! Keine Stimme für Deutschland!

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:29

Die Wahl des 2. Dezember ist keine wie jede andere. Schon ihre Festsetzung als Reichstagwahl war ein Bestandteil der ökonomischen und diplomatischen Blitzkrieg-Strategie für den Griff zur Weltmacht. Mit ihrer Durchführung soll und wird die Bevölkerung die Auslieferung der DDR an Alt-Nazis, Spätgeburtler, NATO-Stäbe und die Deutsche Bank nachträglich legitimieren.

Das Wiedererstehen der souveränen Großmacht Deutschland markiert für andere Länder und die Linke in Ost und Welt keine Chance, sondern eine Drohung, die zur Katastrophe werden kann. Zentrale Elemente des deutschen Imperialismus, die zu zwei Weltkriegen geführt haben, erleben derzeit ihre Wiedergeburt: Ein neudeutscher Nationalstolz, der sich aus Überheblichkeit, Rassismus und Intoleranz speist; die Verhöhnung der Opfer vergangener deutscher Großmachtpolitik, deren Forderungen nach Entschädigungen beiseite gewischt wird; die neuen militärischen und politischen Weltmachtambitionen, wie sie aktuell im Kontext der Golfkrise zum Ausdruck kommen.

Zur Auslöschung der DDR und Neuordnung des internationalen Machtgefüges hat die herrschende Klasse in Bonn von allen ökonomisch und politisch denkbaren Möglichkeiten die brutalste und zugleich waghalsigste Variante gewählt und auch damit Kontinuität demonstriert. Mit einem gezielten Zerstörungsangriff auf das Rückgrat der DDR-Ökonomie wurde binnen Wochen aus der ehemals zehnstärksten Industrienation der Erde ein um wohlfahrtsstaatliche Hilfe bettelndes Kollektiv gemacht: Was zum Schrott erklärt wurde, ward Schrott. Mit der Unterwerfung der DDR-Geldpolitik unter das Kommando der Bundesbank und der Abschaffung aller Subventionen für das soziale Existenzminium (sogenannte Preisreform) wurde der DDR schon frühzeitig der Fangschuß gesetzt und ein Serie politischer, sozialer und ökonomischer Umschichtungen ausgelöst, der sich kein Beteiligter mehr entziehen konnte.

Hiergegen hat sich in den letzten Monaten keine nennenswerte parlamentarische oder außerparlamentarische Opposition entwickelt. Stattdessen wird bis weit in die Linke hinein wohlwollend akzeptiert, wenn heute eine Großmacht Deutschland alle positiven, im Zusammenhang mit dem verlorenen Krieg auferlegten Diskriminierungen abstreift, um ein Höchstmaß an Souveränität zurückzuerlangen. Die Erinnerung an die Geschichte des Deutschen Reiches, dessen herrschende Eliten, Wirtschaftsführer und Armeen - von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt - beispiellose Verbrechen begangen haben, scheint den meisten Menschen nichts mehr zu bedeuten: Der Nationalsozialismus ist Vergangenheit und der von ihm entfesselte Krieg im nachhinein gewonnen. Von Leuten, die lange Jahre in außerparlamentarischen Bewegungen aktiv waren, wird sogar vertreten, es gebe heute das geläuterte Deutschland, in das wir alle uns einreihen können.

Wir haben mit der Demonstration "Nie wieder Deutschland" am 12. Mai in Frankfurt versucht, für gegenteilige Konsequenzen und Ziele zu mobilisieren und haben damit bei Deutschen Haß und Ärger provoziert. In einer Zeit, in der sich opportunistische Anpassung an den nationalen Zeitgeist als nüchterne Realpolitik darstellt, in der behauptet wird, Schlimmeres durch Schlimmes verhindern zu können und in der Ressentiment auch bei denen durchbricht, die es bisher zu beherrschen wußten, halten wir es für notwendig, von "Massenfreundlichkeit" als dem zentralen Politik-Kriterium Abschied zu nehmen. Wir betrachten es im Gegenteil als unsere Aufgabe, klar und kompromißlos gegen den Nationalismus auch in der Bevölkerung Front zu machen.

Unser Unvermögen, in die aktuellen Entwicklungen wirkungsvoller einzugreifen hat objektive Ursachen: Selbst der Unterprivilegierte ist hier und heute Bürger einer Nation, die gegenüber dem Warschauer-Pakt und gegenüber der innerimperialistischen Konkurrenz als der Sieger hervorgegangen ist und somit noch die relativ günstigsten konsumptiven Möglichkeiten anbieten kann. Es kommt hinzu, daß sich eine äußerst antiemanzipatorische und damit abschreckende Verfasstheit des Realen Sozialismus historisch hat durchsetzen können.

Die Schwäche radikal linker Politik hat zugleich aber auch mit eigenen krassen Unsicherheiten, zögerlichem Herangehen und unklarer Analyse zu tun. Bis weit in die nichtreformistische Linke hinein wird beispielsweise das "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" anerkannt. Statt für eine prinzipielle Gegnerschaft zur

deutschen Wiedervereinigung einzustehen und die spezifische Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus zu thematisieren, hielten es viele für richtiger, die DDR-Annexion allein unter dem Aspekt der sozialen Folgen für sich und ihre Landsleute zu kritisieren. Auch der drohende Kriegseinsatz der Bundesmarine im Golfkonflikt hat hierzulande keinen spontanen Protest entfachen können - stattdessen haben grüne Ideologen mit linker Vergangenheit dafür geworben, daß die "Weltmacht Deutschland" keine "Appeasementpolitik" betreiben dürfe und zur Not auch das Recht haben müsse, militärisch zuzuschlagen. Das ganze Ausmaß der Desorientierung wird deutlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß bis weit in die Linke hinein die Sicherung "unserer" Ölquellen so selbstverständlich geworden ist, daß in der Verhängung des härtesten Wirtschaftsboykotts die einzige Alternative zur offenen Kriegseröffnung gesehen wird.

Aus alledem ergibt sich, daß wir in den nächsten Monaten eine intensive Auseinandersetzung führen müssen, damit sich eine radikale Linke der BRD und der DDR in neuen Zusammenhängen formieren kann. Diese Auseinandersetzung kann nicht alleine an Schreib- und Konferenztischen entwickelt werden. Sie muß eingreifen in die aktuellen politischen Entwicklungen und sichtbar machen, daß die "Nie wieder Deutschland"-Orientierung durch Wiedervereinigung und Wahlen nicht "veraltet" sondern dringlicher geworden ist: Internationalistisch handeln und denken heißt im heutigen Deutschland antinational handeln und denken.

Den Zustimmungswahlen für die Weltmacht Deutschland messen wir insofern eine herausragende Rolle zu: Nicht weil es Wahlen sind, sondern weil es diese Wahlen sind. Da mit der Entstehung des neuen deutschen Reichs die Niederlage des Faschismus revidiert werden soll, wird auch jede kritisch gemeinte Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen als Zustimmung zur "Stunde Null" und damit zur endgültigen Verdrängung vom deutschen Massenmord und Nazi-Krieg verwertet werden.

Wir erklären deshalb, daß wir uns als Deutschland-GegnerInnen an der Reichstagswahl nicht beteiligen werden und rufen dazu auf, diese Wahlen für eine antinationalistische Intervention zu nutzen.

Wir haben weitere Gründe für diesen Aufruf, die wir nicht vereinheitlichen wollen, weil jeder dieser Gründe gut genug ist, sich an dieser Wahl nicht zu beteiligen und die Auseinandersetzung um linke Politik voranzutreiben:

- Keine der Parteien, die zur Wahl stehen, auch nicht die PDS und die Grünen, sprechen sich gegen die Wiedervereinigung aus. Im Gegenteil. Die PDS hatte sich vom nationalen Sog der DDR-Bevölkerung nicht nur mitreißen lassen, sondern ihm mit dem Modrowschen "Deutschland einig Vaterland" Schubkraft in die Linke hinein verliehen. Bis hin zur Selbstverleugnung ihrer eigenen kurzen Geschichte beteuern heute Repräsentanten dieser Partei, von Anfang an für die Deutsche Einheit gewesen zu sein. In der Tat hat die PDS zu keinem Zeitpunkt "Nein zu Deutschland" gesagt. Stattdessen wird auch in Stellungnahmen aus der PDS "ein positives Verhältnis zur Vereinigung beider deutscher Staaten, zu Deutschland, zur deutschen Heimat, zum deutschen Vaterland" gefordert und jene Haltung abgegrenzt vom "nationalen Nihilismus und linksradikalen Negativpositionen in der Vereinigungsfrage". (PDS-Pressedienst vom 24.8.90)

Auch bei den GRÜNEN gibt es ein positives Bekenntnis zur neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht und Überlegungen, wie diese Funktion auch militärisch auszufüllen sei.

Statt die Gefahren der Restauration Deutschlands in aller Schärfe herauszuarbeiten, haben die "oppositionellen" Parteien selber nationale Positionen übernommen und die Entwicklung teilweise forciert. Im übrigen begnügen sie sich mit Korrekturen im Einzelnen, fordern einen "sozialverträglicheren" Anschluß und mehr Selbstbeteiligung der BürgerInnen an der Restauration, z.B. durch einen Volksentscheid. Diese Haltung, auch bei der aggressivsten Expansion noch mitmachen zu wollen, "konstruktive Opposition" um jeden Preis zu sein, um einzelne Härten auszugleichen, halten wir für unverantwortlich. (Daß sie außerdem den realen Ablauf imperialistischer Politik nicht zu beeinflussen vermag, haben die letzten Monate eindrücklich gezeigt.)

- Schon in der Vergangenheit wurde viel zu wenig bedacht, daß aus dem preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht ein deutsches "Zwei-Rassen-Wahlrecht" gezimmert wurde: Nur wer von den Herrschenden als Deutsche oder Deutscher definiert wird, darf die bürgerlichen Grundrechte in Anspruch nehmen. Etwa fünf Millionen Ausländer, die seit vielen oder wenigen Jahren hier leben und die Folgen des neuen deutschen Nationalismus sehr viel schärfer als wir zu spüren bekommen, haben nicht einmal das Wahlrecht. Wir verzichten auf die Wahrnehmung eines rassistisch definiert Privilegs und solidarisieren uns mit den Hauptopfern der neudeutschen Rassen- und Klassenpolitik. Die bisherige Ausgrenzung der ImmigrantInnen wird durch die annexionsbedingte Produktion einer neuen industriellen Reservearmee potenziert: Allein die 175.000

AusländerInnen in der DDR sind als Folge der Wiedervereinigung akut von Ausweisung bedroht. Auch in der Bundesrepublik entlädt sich der nationalistische Taumel zunehmend gegen die ImmigrantInnen und Flüchtlinge, denen mit Bürgerwehren, tätlichen Angriffe und Beschimpfungen durch die Medien das Leben zur Hölle gemacht wird.

- Die Erfahrungen, die viele von uns mit den Grünen gemacht haben, die das Spielbein der außerparlamentarischen Opposition im Parlament sein wollten und die mittlerweile allen, die radikale Politik außerhalb des Bundestages und der Landtage machen, einen Tritt verpassen, wenn sie ihnen in die Quere kommt, haben dazu geführt, daß wir die Wahlbeteiligung und parlamentarische Vertretung als Mittel linker Politik heute sehr viel kritischer bewerten. Für uns steht die Frage, wie sehr parlamentarische Präsenz (und erst Recht Regierungsbeteiligung) zur nationalen Identifikation vieler Linker beigetragen hat. Die Rekonstruktion linker Politik kann nicht gelingen, solange der Weg der Grünen nicht aufgearbeitet, die Integrationsmechanismen des Imperialismus nicht analysiert und die klare Distanz zu der Methodenvielfalt bürgerlicher Herrschaftsausübung nicht wiederhergestellt ist. Wir sehen heute angesichts des Niedergangs der außerparlamentarischen Politik und der Schwäche der Linken in der Suche nach parlamentarischer Repräsentanz jedenfalls keinen Sinn.

Unsere erklärte Nichtbeteiligung an der Reichstagswahl ist kein Boykott im herkömmlichen Sinne: Wir wissen, daß wir keine WählerInnenschar davon abhalten können, den Parteien ihre Stimmen zu schenken. Der Parlamentarismus befindet sich innerhalb der Linken weniger denn je in einer Legitimationskrise - umgekehrt scheint er hier für viele zur letzten Hoffnung geworden zu sein. Uns geht es darum, der nationaldeutschen Politik aller kandidierenden Parteien eine Absage zu erteilen und deutlich zu machen, daß wir nicht mitmachen. Wir wollen zugleich möglichst viele davon überzeugen, daß dieses Deutschland nicht mitgestaltet, sondern bekämpft gehört.

Weil unsere Wahlintervention zur Neufundierung einer außerparlamentarischen Opposition beitragen soll, laden wir Euch ein, am Wahlwochenende des 1./2. Dezember die eigene Stimme besser zu nutzen: Wir wollen uns zur Konferenz "Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" versammeln.(1) Dabei soll keine Bestandsaufnahme der Großmachtpolitik der Regierung Kohl vorgenommen werden. Wir wollen die Diskussion über die linke Haltung dazu organisieren. Uns interessiert, wie es zu diesem dramatischen Niedergang der gesamten Linken kommen konnte und welche Perspektiven wir uns erarbeiten können. Wir wollen unsere falschen Traditionen und Voraussetzungen analysieren und Schlußfolgerungen für unsere künftige Praxis ziehen. Es soll dabei u.a. um die folgenden Fragen gehen: Wie stehen wir zum "Volk"? Wieso entschuldigen Linke falsches Verhalten so schnell durch Benennung "sozialer Ursachen"? Wieso reagiert die Linke kaum auf die im Zuge der Wiedervereinigung dramatische Verschärfung des Fremdenhasses, und wie läßt sich eine nichtsozialarbeiterische Opposition gegen die Fronde von aufgebrachten BürgerInnen, rassistischen PolitikerInnen und gewalttätigen Skinheads entwickeln? Welche Bedeutung haben die nationalen Parolen der Friedensbewegung für die ideologische Misere der Linken, und wie können wir heute die notwendige Antikriegsarbeit machen?

ErstunterzeichnerInnen:

Autonome LUPUS-Gruppe Rhein/Main, Regula Bott, Theresia Degener (aktiv im bundesweiten Forum von Behinderteninitiativen und Krüppelgruppen), Thomas Ebermann, Maren Psyk (Radikale Linke), max. & sab. (AK-Redaktion), Heiner Möller (KB), Alain Piermont, Radikale Linke (2), Karl-Heinz Roth, Oliver Tolmein (konkret-Redaktion), Rainer Trampert, Detlef zum Winkel (KB).

1) Zur Debatte stehen zur Zeit Köln, Nürnberg und Hamburg. Eine Entscheidung über den Ort fällt auf dem 2. bundesweiten Koordinierungstreffen am 27.10.

2) Eine Minderheit in der Radikalen Linken präferiert andere Optionen zur Reichstagswahl und unterstützt nur die Konferenz, nicht den Aufruf.

42. Kasten: Konferenzvorschlag Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:30

am 1. und 2.Dezember 1990

Vorabend (30.11.)

Podiumsveranstaltung:

"Die Linke und der Nationalismus - Warum wir nicht wählen"

Auseinandersetzungsveranstaltung verschiedener Nicht-Wahl-Begründungen mit verschiedenen Wahlbegründungen (Linksgrüne, LL/PDS).

Samstag, 1. Dezember

Plenum: Vorstellung der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen (Ganztägig, falls vormittags keine Demo stattfindet. Eventuell in zwei Blocks mit Wiederholung, so daß jedeR an 2 AGs teilnehmen kann; die AGs sind nach dem Prinzip aufgebaut, bisherige schlechte Praxen zu denunzieren und Elemente künftiger radikal linker Politik zu umreißen)

AG 1: Über nationalistische Ansätze in der Friedensbewegung und die Notwendigkeit eines neuen Antimilitarismus

* Kritik an der Friedensbewegung

* Das Versagen der "deutschen" Linken im Golfkrieg als Konsequenz aus (Links)nationalismus und Staatsanpassung

* Ist es noch richtig, "Raus aus der NATO" zu fordern?

AG 2: Zur neuen Aktualität des Anti-Faschismus

* Verkürzte Faschismusanalysen in der Linken (z.B. in Auseinandersetzung mit einer rein ökonomischen Herleitung des Holocaust)

* Totalitarismusthesen in der Linken: Stalinismus = Faschismus, Stasi = GestaPo

* Diskussion der Fülberth-Thesen

* Linker Antisemitismus

* Was macht den Faschismus aus? Neue Ansatzpunkte/Beispiele: Kampf gegen NeoEugenik und Antisemitismus

AG 3: Nationalismus und Antinationalismus in der Linken

* Der Nationalismus in der Geschichte der kommunistischen Bewegung bis hin zu Positionen der PDS.

* Der Nationalismus bei den Grünen

* Nationale Selbstbestimmung für Deutschland?

AG 4: Antirassismus oder Multikultur?

(in Trägerschaft linker ImmigrantInnen-Gruppen?)

* Kritik des Konzepts der "multikulturellen Gesellschaft"?

* Alter und neuer Rassismus in der ehemaligen DDR

* ImmigrantInnen und (west)deutsche Linke, Schwierigkeiten und Perspektiven der Zusammenarbeit

* Die Offensive der Rassisten im "einig Vaterland" auf der Straße und in den Köpfen, Gegenaktivitäten

AG 5: Eigenständige Klassenpolitik und/oder Nationalismus

* Warum entschuldigen Linke völkische/nationalistische Artikulationen sozialer Interessen?

* Der Nationalismus in der Arbeiterklasse und die Konsequenzen für eine eigenständige Klassenpolitik

AG 6: Internationalismus: Nationale oder soziale Befreiung?

* Die Debatte Lenin/Luxemburg um den Stellenwert des Nationalismus der unterdrückten Völker

* (weitere Aspekte wären in Zusammenarbeit mit Soli-Gruppen zu entwickeln.)

Sonntag, 2.Dezember

9.30-11.00: Plenumsveranstaltung: Berichte aus den Arbeitsgruppen

11.00-14.00: Plenumsveranstaltung/Abschluß:

Die Aufgaben der APO gegen Deutschland: Wie werden wir zum Sand im Getriebe?

43. Stuttgart: 700 gegen Deutschland

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/69.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:69

Was zuviel ist, ist zuviel: Dem einen wird von Arbeitskollegen mit Prügeln gedroht,

weil er bei der Trauerminute für die "Opfer der Mauer" demonstrativ einen Walkman aufsetzt. Die andere bekommt auf dem Schulfest den Mund verboten und darf nicht über ihre Schülerarbeitsgruppe zum Thema REPs informieren. In der Fußgängerzone wird der dritte von schart-rot-gold-Besoffenen angerempelt. Auf dem Cannstatter Wasen gröhlen 50 Skins das Deutschland-Lied inklusive Hitler-Gruß, und die Festzeltwirtin läßt das noch musikalisch durch die Blaskapelle untermalen...

Viele dieser kleinen facts mögen es gewesen sein, die vor dem 3. Oktober die Wut bei linken Menschen so angestachelt haben, daß am 3. 10 selbst einfach jedeR irgendwie dagegenhalten wollte.

Der Vormittag war bereits ein guter Auftakt, als ca. 50 vorwiegend Autonome die feierliche Einpflanzung eines "Deutschen Freiheitsbaums" durch Stadtoffizielle wirkungsvoll störten. Das Ding wurde kurzfristig wieder ausgebuddelt, den Feiernden hüpften ein paar Knallfrösche um die Festtagsgarderobe, das kalte Büfett wurde etwas durcheinandergebracht. Die Bullerei kam viel zu spät, der Abmarsch war geschlossen. Das machte Laune auf mehr.

Und es gab mehr: Nachmittags versammelten sich 6-700 Leute zu einem Demozug durch die Innenstadt, um zu den fetzigen Klängen von Slime ("Deutschland muß sterben, damit wir leben können") und den Oldies der Scherben ("Die rote Front und die schwarze Front sind wir") lauthals mitsingend zu zeigen, was sie von diesem Staat und der nationalen Scheiße halten.

Die Vorgeschichte dieser Demo war typisch für die derzeitigen Schwierigkeiten, aber auch für die Chancen radikal-linker Politik: 2 Wochen zuvor tagte die Initiative "Nie wieder Deutschland" und beriet über eine Veranstaltung zum 3. Oktober. Rein zufällig bekamen wir davon Wind, daß im Nebenzimmer eine anarchistische Jugendgruppe mit ähnlichen Themen herumkämpfte. Spontan wurden die Sitzungen zusammengelegt (10 NWDs, 20 Anarchos/as) und sich auf ein Vorbereitungstreffen für Störaktivitäten geeinigt. Zupaß kam, daß die "Bunde Jugend", eine antifaschistische Jugendinitiative mit losen Kontakten zu den Anarchos, für den 3. Oktober schon eine Kundgebung angemeldet hatte.

Mit Mund-zu-Mund-Propaganda über den autonomen "Infoladen" bzw. mit einem Hinweis auf unserem Veranstaltungsflugblatt wurde dann etwa die eine Hälfte der Demo-TeilnehmerInnen mobilisiert, die "Bunde Jugend" verteilte an den Schulen ein Flugblatt und brachte so die andere Hälfte zusammen. Formell also ein äußert labiles Bündnis, das aber durch die Wut auf den Nationalismus der Gegenseite zusammengehalten wurde. Schließlich sangen die Slime- und Scherben-Songs auch diejenigen mit, die sich zuvor noch an "Nie wieder Deutschland"-Transparenten gestört hatten. Ein paar Böller gegen die Bullen und ein paar verwirrende Sprinteinlagen taten ein übriges, um das Feeling einer "schwarz-roten Front" zu untermauern.

An alldem könnte mensch noch eine Menge rumkritteln, und Feeling ist auch keine Basis für Politik. Daß aber doch ein bißchen mehr als Spaß und action dran ist, zeigte sich am Abend des 3. Oktober. Unsere Veranstaltung: "Gegen das Feiern - gegen das Vergessen - Widerstand gegen Deutschland" zog nämlich mit 200- 250 Leuten genau das Spektrum an, das auch auf der Demo gewesen war. Bemerkenswert war der relativ hohe Anteil von SchülerInnen und Leuten aus der Anarchoszene, während Autonome und ML- bzw. PDS-Linke fast vollständig fehlten. Über 100 Leute hielten noch bis 23.15 Uhr aus und diskutierten über die politische Motivation einer Kampagne gegen die Reichstagswahl (primär Deutschland-Kritik oder primär Parlamentarismuskritik?) und darüber, ob der Hinweis auf die deutsch-faschistische Vergangenheit die deutsch-nationale Gegenwart richtig charakterisiert oder fälschlich entlastet. Referate von Dorothee Piermont und Rainer Trampert, sowie ein empfehlenswertes Video über die "Vereinigung der Neonazis" hatten den Abend eingeleitet.

Daß wir mit dem Veranstaltungsmotto eher auf ein radikal linkes Publikum orientiert hatten, hat sich meines Erachtens ausgezahlt. Die Veranstaltung war nicht nur besser, sondern auch von mehr "neuen Gesichtern" besucht, als ähnliche Veranstaltungen in der Vergangenheit, die wir eher politisch "softer" angelegt hatten. Auch die Demo hat gezeigt, daß Radikalität nicht unbedingt isoliert, sondern tatsächlich auch neue Kreise (v.a.

Jugendliche) ansprechen kann. Die Behauptung von AK-Redakteur Kt., die KB-Minderheit werde mit ihrer radikal-linken Orientierung "ziemlich einsam" dastehen, läßt sich für Stuttgart jedenfalls nicht nachvollziehen. Tramperts Appell, am 2. Dezember nicht wählen zu gehen, fand Beifall auf offener Szene...

Jürgen/Stuttgart

44. "Etwas besseres als den Tod finden wir allemal" (Bremer Stadtmusikanten)

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:53

Vielerorts wird Polemik und Kritik gegen die Linke Liste/PDS geäußert. Seltener schon werden Distanz und Vorbehalte mit einer Begründung versehen, die sich an den Realitäten der Linken Liste und der PDS orientiert.

Gaby Gottwald, Spitzenkandidatin der GAL-Grünen in Hamburg zur Bundestagswahl und allseits anerkannte Linke hat in AK 322 ihre Kritik und in einem Streitgespräch der Hamburger TAZ vom 5.10.90 eine Polemik aus linksgrüner Sicht vorgetragen. Sie kritisiert das Projekt Linke Liste/PDS als Kopfgeburt und Bluff, dessen absehbarem Scheitern nur ein weiterer Katzenjammer der Linken folgen werde. Das Programm komme von den Grünen, die ohnehin den Vorteil hätten, über mehr Geschichte und einen 10jährigen Erfahrungsvorsprung des "authentisch gewachsenen Zusammenhangs als Teil der bundesdeutschen Linken" zu verfügen. Außerdem seien bei den Grünen ein "höherer Organisationsgrad" und "ausgedehntere Aktivitäten" anzutreffen. Die Linke Liste/PDS sei nur entstanden, weil es die Wahl und die PDS gebe und werde mit zuviel "Sinngebung" überfrachtet. Schließlich werde mit der Parlamentsfixierung entscheidend zum Verfall der politischen Kultur beigetragen.

Die Kritik soll nicht ohne Antwort bleiben, zumal in Abgrenzung zur Linken Liste/PDS mit einer Legendenbildung zugunsten der Grünen gearbeitet wird, andererseits eine Verständigung zwischen Linken angesichts des Zustands von Grünen und PDS notwendig ist.

Natürlich braucht niemand Gaby Gottwald darüber aufzuklären, daß gerade die Grünen sich mit selbstgewählter "Sinngebung" in den letzten Jahren erfolgreich bemüht haben, insbesondere linke Kräfte aus der Partei rauszudrängen. Die Diskussion zwischen verschiedenen Strömungen der Linken wieder in Gang zu bringen, war nie selbstgestecktes Ziel der Grünen Partei, im Gegensatz zu Gaby Gottwald übrigens. Dies unterscheidet sie grundlegend von anderen bekannten RepräsentantInnen ihrer Partei, die bis vor kurzem nur Häme dafür übrig hatten, wenn Linke die Grünen verlassen haben oder mit einem Fußtritt hinausbefördert wurden. Das zwiespältige Bedauern, das seit einigen Wochen immerhin vom Bundesvorstand der Grünen signalisiert wird, wenn sich Leute wie Jürgen Reents oder Christian Schmidt von den Grünen ab- und der Linken Liste/PDS zuwenden, sagt etwas darüber aus, daß die Linke Liste /PDS vom Bundesvorstand der Grünen als Konkurrenz ernst genommen wird. An sich also eher ein Grund zur innerparteilichen Freude für die linke Grüne Gaby Gottwald, wenn linke Konkurrenz das Geschäft belebt und die Bundespartei reagiert. Die Grünen werden sich überlegen müssen, wie sie auf den Auszug einzelner, aber interessanter Leute, reagieren, die sich vornehmlich wegen der Rechtsentwicklung der Grünen zurückziehen und nicht, weil die Linke Liste/PDS für diese Kräfte so attraktiv wäre oder sie mit lukrativen Angeboten umschmeichelte. Während Antje Vollmer die Abwanderung begrüßt und Gaby Gottwald dies eher bedauern müßte, macht es sich letztere mit diesem Phänomen erstaunlicherweise recht leicht, indem sie es schlicht nicht zur Kenntnis nimmt.

Nicht anders nämlich ist ihr Einwurf zu verstehen, daß das Programm der Linken Liste/PDS keinerlei Beachtung wert sei: "Als ich darin las, dachte ich, die Schreibe kenn ich doch, das hab' ich doch alles schon mal gelesen. Natürlich sind das unsere Leute, die das Programm geschrieben haben" (TAZ). Genau das ist falsch. Es sind nicht (mehr) ihre Leute, es waren ihre Leute, die sich an der Programmdiskussion beteiligt haben.

Ähnlich ungenau und gleichzeitig mit einem Hang, die Verhältnisse innerhalb der Grünen bei allen eigenen Bauchschmerzen und politischen Differenzen zu beschönigen, argumentiert Gaby Gottwald mit dem Vorwurf der Parlamentsfixierung gegen die Linke Liste/PDS. Natürlich steht die Linke Liste/PDS in der anhaltenden Gefahr, sich mit der Beteiligung an der Wahl im Dezember eine Parlamentsfraktion einzuhandeln, die staatsmännischem Gestus huldigt und genau dort ihre politische Arbeit aufnimmt, wo die Grünen schon gelandet sind; nämlich sich als bessere Verwalter der Katastrophen und Begehrlichkeiten des Imperialismus zu präsentieren, was mit alternativen Müllkonzepten und Krötentunneln anfängt und mit Überlegungen zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr vorläufig seinen Höhepunkt gefunden hat.

Der Nachweis einer unabdingbaren Zwangsläufigkeit von solchen Anpassungsmechanismen im bürgerlichen Parlament steht freilich noch aus, solange nicht mehr Erfahrungen linker Parlamentsarbeit aufgearbeitet sind,

als die historisch bescheidene 10jährige Geschichte der Grünen Partei in der BRD. Soweit von anderen KritikerInnen der Linken Liste/PDS so getan wird, als sei eine Beteiligung an Wahlen im bürgerlichen Staat nur akzeptabel, wenn damit unmittelbar und sofort revolutionäre Perspektiven für Linke eröffnet werden, dann verstärkt dies nur das Bewußtsein, als Linksradikale/r marginalisiert die Kraft der Negation hochzuhalten und sonst gar nichts. Die Geschichte von Klassenkämpfen wird in der Tat, um an Gaby Gottwalds Einschätzung anzuknüpfen, anders geschrieben, als sich entweder auf Parlamentsbänken den Hintern breit zu sitzen oder eben mit dem erklärten Verzicht auf politische Intervention auf's Volk zu schimpfen.

Ebenso natürlich existiert die Linke Liste/PDS "nur", weil es die PDS und die nächsten Wahlen gibt. Doch was will uns dieser Vorwurf sagen? Warum sollte auch irgend jemand ernsthaft auf den Gedanken gekommen sein, ohne PDS und Wahlen, eine linke Wahlpartei zu initiieren.

Gleichzeitig durch das Projekt mit Teilen der Linken aus der DDR ins Gespräch gekommen zu sein, verschafft selbstredend nicht unmittelbar eine Perspektive für die hiesige Linke. Der Vorwurf von Gaby Gottwald zu diesem Punkt ist da mangels Alternative recht wohlfeil. Aber die gemeinsame Diskussion eröffnet Auseinandersetzungen, in denen die BRD- Linke mit ihrer Geschichte gefordert ist, ihre alten Essentials linker Politik gegen Anfragen von DDR-Linken darzulegen. Das kann der eigenen Verständigung der versprengten BRD-Linken nur nützen. Zugegebenermaßen alles Ansätze und Überlegungen, die kein großer Wurf sind und die auch Gaby Gottwald nicht überzeugen müssen oder für ihre Arbeit in den Grünen eine Gefahr darstellen würden. Trotzdem betreibt sie gegenüber diesem Ansatz der Linken Liste/PDS eine beschämende Beschönigung außerparlamentarischer Aktivitäten der Grünen.

Auf den Hinweis etwa, daß die außerparlamentarische Arbeit der Hamburger GAL rapide zurückgegangen ist, seit ihr die Bürgerschaftsfraktion abhandengekommen ist, verweist Gaby Gottwald auf den hohen Stand der Aktivitäten und den Organisationsgrad des ehemaligen links- grünen Flaggschiffs Hamburger GAL. Kein Wort davon, daß sich die GAL seit dem Sommer in alle vier Himmelsrichtungen atomisiert. Sinnvoll wäre, die Erfahrungen des real-existierenden Zerfalls der GAL den AnhängerInnen der Linken Liste/PDS vorsorglich unter die Nase zu halten, damit dort gar nicht erst die Illusion aufkommt, Mitarbeit im nächsten Bundestag treibe per se auch nur einen Menschen zum Protest auf die Straße oder könne eine revolutionäre Perspektive bieten.

Gaby Gottwald betont bei ihrer Abgrenzung gegenüber der Linken Liste/PDS gern ihr eigenes, kritisches Verhältnis zu den Grünen. Ihre politische Praxis in der Partei beweist anerkanntermaßen diese Haltung. Aber der Satz: "Die (Grünen) sind nicht erledigt, wenn sie aus dem Parlament rausfliegen", verkennt die materiellen und personellen Bedingungen unter denen heute in der Grünen Partei oder in der GAL und der Westberliner AL Politik gemacht wird.

Gaby Gottwald begreift die Linke Liste/PDS nicht nur als Konkurrenz für die Grünen, sondern auch für die eigene politische Arbeit inner- und außerhalb ihrer Partei. Letzteres ist unnötig und verhindert die Verständigung zwischen Linken wie ihr und aus denen der Linken Liste. Gerade diese Verständigung ist aber nötig, sieht mensch sich die Möchtegernminister in beiden Parteien an. Der Kampf gegen diese Realpolitiker aus West und Ost lohnt sich ebenso, wie die beginnende, offene Diskussion zwischen West- und Ost-Linken.

Zu guter Letzt erhebt Gaby Gottwald in der TAZ noch den Vorwurf, die Linke Liste arbeite mit "historischen Lügen", wenn sie die PDS als Opfer der DDR-Geschichte hinstelle und dabei die Stasigeschichten nicht bedenke.

Nun kann mensch darüber streiten, ob die Erneuerungsbemühungen der PDS bereits mit hinreichender Vehemenz und erforderlichem Tiefgang angegangen werden. Aber zu behaupten, die Linke Liste stelle die PDS oder diese sich selbst "als Opfer der DDR-Geschichte" hin, negiert nicht nur vollständig die Existenz dieser Bemühungen oder bestreitet ihre Ernsthaftigkeit, ist nicht nur selbst eine - wenn auch nicht gleich historische - Lüge, da eine solche Behauptung tatsächlich bislang nicht aufgestellt worden ist, sondern weist darüberhinaus dieselbe perfide SED-MfS-PDS-Analyse auf, die die laufende (Medien-)Kampagne gegen die PDS bestimmt.

mar., Hamburg

45. Befreiungsschlag oder Todesstoß? Hamburger GAL unter Druck

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:56

Die mit dem Abgang der Frauenfraktion schon arg gebeutelte GAL wird nun nochmal mächtig ins Rotieren gebracht: Zwei GAL-Mitglieder haben mit ihren Überlegungen zur notwendigen Öffnung der GAL so ziemlich fast alles, was (noch) Rang und Namen hat in der GAL, gegen sich aufgebracht. Ihr Vorschlag: Die GAL solle im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen im Mai 1991 den Dialog mit "Menschen und Gruppen aus dem Spektrum von KB, Grünem Forum (= grüne Abspaltung aus der GAL, d.V.), Radikaler Linker, PDS, Frauenfraktion und Sozialistischem Forum bzw. aus dem entsprechenden Feld von Bewegungen und Initiativen" suchen. Die Situation in der GAL sei gekennzeichnet durch Konzeptverlust, geringe Mobilisierungsfähigkeit und durch die Unfähigkeit, trotz ihrer eigenen Heterogenität den verschiedenen Strömungen der Linken ein gemeinsames Dach zu bieten. Die GAL müsse folglich ihren Alleinvertretungsanspruch zur Disposition stellen und als Teil des linken, grünen und alternativen Spektrums an Runden Tischen über die künftige Politik in Hamburg diskutieren.

Hoffnungsvoll geben sich die beiden Autoren allerdings nicht, daß es gelingen werde, alle Ansätze des linken und grünen Spektrums zu bündeln und zusammenzufassen und die Prügel, die sie jetzt einstecken müssen, geben ihnen Recht - in jeder Hinsicht.

Das Wort von der "Umgruppierung der Linken" aufgrund der umfassenden Umwälzung der politischen Konstellationen im Zuge des Anschlusses ist wohl in aller Munde - doch die nüchterne Analyse veränderter Bedingungen, die eine Neudefinition der eigenen Politik nach sich zieht, ist die eine Sache und das subjektive Empfinden, ob es sich um eine Chance oder Bedrohung der eigenen Position handelt, ist eine andere. So widerfahren dem Vorstoß der beiden Autoren, die immerhin zum harten Kern der GAL gehören, böse Beschimpfungen und Häme von allen Seiten:

Die rechten Abspaltungen Grünes Forum und Frauenfraktion, die zur Zeit um das Copyright für "grün" gegen die GAL fighten, beurteilen das ganze als weitere Fortentwicklung weg von den originär grünen Positionen als Bündnisprojekt zur Linken Liste/PDS und sehen sich so in ihrer Separatistenlinie bestätigt.

Die Linken in der GAL verfallen in Panik. Vor 4 Wochen war bereits mehrheitlich beschlossen worden, "nicht mit der PDS zusammen zu arbeiten". Auf diesem Ticket reist es sich heute so: Die Autoren des Öffnungsvorschlages stünden "außerhalb des pluralistischen Meinungsspektrums der GAL" und müßten gehen. Ganz schön harter Tobak aus den Mündern derjenigen, die sich bislang noch glaubwürdig als übriggebliebener linker Landesverband der Grünen darstellen mochten. Und diejenigen, die mit der Linken Liste/PDS weniger Probleme haben, sehen nur die Rechtsöffnung in dem Vorschlag und sind schockiert ob des offenen Zugehens auf Grünes Forum und Frauenfraktion.

Das alles läßt eher die Desolatheit der GAL erkennen und den krampfhaften Versuch, mit derselben Ausgrenzungspolitik, deren Opfer die jetzt agierenden Linken selbst lange gewesen sind, die eigene Existenz zu retten. Aber die Existenz der Linken hängt nicht an der GAL, sondern an ihrer Fähigkeit, in dem nun notwendig anlaufenden Prozeß der Diskussion um Opposition in Staat und Stadt, des Lernens aus dem alten Projekt und dem Herübernehmen von wertvollen Erfahrungen, bewußt und offen sich den veränderten Bedingungen anzunähern und den eigenen Willen zur Veränderung unter Beweis zu stellen.

Es steht dabei gar nicht in Frage, daß die Dynamik durch die Neuformierung einer weiteren Oppositionskraft neben den Grünen, die Linke Liste/PDS, in Gang gekommen ist. Die Widersprüche und Differenzen um die Aufgaben linker Politik sind aber in ähnlicher Weise in den unterschiedlichen Organisationen, auch über die genannten hinaus, vorhanden, wie die Autoren des Öffnungsvorschlags richtig feststellen. Ihre Absicht, diese Debatten bei Wahrung der inhaltlichen Schärfe aus den zu eng gewordenen Organisationsrahmen zu holen, ihnen unter der Bedingung des Interesses an einem "offenen, aber ergebnisorientierten Dialog" Raum zu verschaffen, kann von Linken nur begrüßt werden.

Es scheint so, daß ein richtiger Vorstoß in eine Situation trifft, in der kaum jemand der Angesprochenen in der Lage ist, darauf angemessen einzugehen. Was bedauerlich wäre.

cl

46. Dokumentation der vier Anträge zur KB-Konferenz am 22.9.90

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/64.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:64

Am 22. September fand in Hamburg eine Arbeitskonferenz des KB zum Verhalten bei den kommenden Bundestagswahlen statt. Es nahmen 120 GenossInnen mit 150 delegierten Stimmen teil. Dies ist erheblich weniger als noch auf der Mitgliederversammlung im März diesen Jahres. Es standen zwei Richtungen in drei Anträgen zur Diskussion und Abstimmung. 1. Politische Unterstützung des Wahlbündnisses PDS/Linke Liste. (siehe Dok. 1) 2. Ein Antrag, an den Wahlen zum Reichstag weder aktiv noch passiv teilzunehmen (siehe Dok. 2) 3. Der Antrag, weder zur Wahl der Linken Liste/PDS noch zur Wahl der Grünen aufzurufen (siehe Dok. 3) Ein weiterer Antrag, der den KB in organisatorischer Hinsicht von dem Wahlprojekt abgrenzen sollte (Dok. 4), wurde mit einer relativen Mehrheit der Ja-Stimmen abgelehnt. Dieser Antrag war allerdings in seiner Formulierung nicht strittig, sondern diejenigen GenossInnen, die innerhalb des Wahlbündnisses arbeiten, befürchteten, daß ihnen damit Fesseln angelegt werden sollten. Im Ergebnis hat sich fast ein Patt entwickelt: Der Vorschlag, das Wahlbündnis PDS/Linke Liste zu unterstützen, konnte sich mit 54% zu 46% durchsetzen. Die Konferenz hat damit bestätigt, daß sich im KB zwei Politikansätze diametral gegenüberstehen. Im Bereich der praktischen Politik agieren heute beide Teile des KB unabhängig voneinander und arbeiten de facto gegeneinander. Wir veröffentlichen im folgenden die Anträge und zwei Stellungnahmen.

Antrag 1:

Für eine linke Opposition

1. Der "Anschluß" der DDR wird in eskalierendem Tempo und mit zunehmender Radikalität und Totalität vollstreckt. Was sich in offiziellen Äußerungen der BRD-Politik Ende 1989 noch als quasi gemütliches und gleichberechtigtes "Zusammenwachsen" zweier Staaten, Gesellschaften und Kulturen in einem Prozeß von fünf oder zehn Jahren darstellte, entpuppt sich als systematische Vernichtungs- und Auslöschungskampagne gegen 40 Jahre nicht-kapitalistischen Sonderweg auf deutschem Boden, die wahrhaft Orwellsche Ausmaße annimmt. Jede Erinnerung, daß es zum großen Deutschland vier Jahrzehnte lang eine praktische Alternative gab, die trotz ihres Scheiterns einiges geleistet und einige Vorzüge für sich gehabt hat, soll so spurlos wie möglich ausgetilgt werden. Die DDR sieht sich nicht nur einem "

Kapitalismus pur" konfrontiert, sondern einer verschärften

Form, die frühkapitalistische und neokolonialistische Züge trägt. Wie in einem eroberten und unterworfenen Land wird der staatliche, ökonomische und politische Apparat der DDR durch importierte Kader der Siegermacht BRD fest in die Hand genommen. Die DDR wird so zum Experimentierfeld für "moderne", scheinbar "softe" Formen imperialistischer Expansion und Annexion, wie sie auch bei der Neuverteilung Mittel- und Osteuropas noch eine Rolle spielen könnten.

2. Die Manipulationen um vorgezogene Vereinigungs- und Wahltermine zielen darauf ab, den Prozeß abzuschließen und sich für die nächsten vier Jahre eine "demokratische Legitimation" zu holen, bevor die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Prozesses sich noch weiter verschärfen und bevor in der DDR-Bevölkerung die Frage nach den Ursachen des totalen Zusammenbruchs neu gestellt und möglicherweise anders als nur mit der Schuldzuweisung an die SED beantwortet wird. Sie bezwecken ferner, durch die künstlich aufrechterhaltene Unklarheit über Termin und Wahlmodus sowie durch die daraus resultierende extrem kurze Vorbereitungszeit die Chancen der DDR-eigenen Parteien (PDS und andere Linke, Bürgerbewegungen) noch weiter zu verschlechtern.

3. Die PDS in erster Linie ist die Partei, auf die sich die etablierten Kräfte der BRD (und die pro-kapitalistischen Kräfte der DDR) mit einer ungeheuren Hetz- und Lügenkampagne als Hauptfeind einschießen. Die Zielsetzung, die PDS aus dem nächsten Bundestag herauszuhalten, wird vor allem von der SPD offen als zentrales Anliegen vorgetragen, dem Manipulationen des Wahlrechts, Neuaufteilung von Stimmbezirken mit hohem PDS-Anteil u.a.m. dienen sollen. Die PDS soll, wenn schon nicht verboten, so doch vollständig ausgegrenzt und ihrer Finanzmittel beraubt werden. Abgesehen vom speziellen Interesse der SPD, eine konkurrierende Partei loszuwerden, soll in der PDS auch die Hauptträgerin einer noch vorhandenen

DDR-Identität und eine antikapitalistische Massenpartei getroffen werden, wie es sie in der BRD bisher nicht gab und die man ins größere Deutschland am liebsten gar nicht erst hineinlassen würde.

4. Wir halten es für ein wichtiges und wertvolles Moment, wenn die PDS im neu zu wählenden Bundestag vertreten wäre und unterstützen dies Anliegen nach Kräften. Wir lassen uns dabei von folgenden Überlegungen leiten:

a) Den Bonner "Anschluß"-Parteien den Triumph über die von ihr als Hauptfeind bekämpfte Partei (und deren noch nicht zur Selbstaufgabe bereite Massenbasis) nicht zu gönnen, sollte eigentlich für keine/n Gegner/in dieser Parteien und ihres Großdeutschland-Projekts noch einer Begründung bedürfen.

b) Die DDR-Opposition soll mit eigener Stimme im Bundestag vertreten sein und agieren können. Aufgrund der DDR-Geschichte gibt es zwei oppositionelle Formationen. Die Bürgerbewegungen, die als Opposition zur Staatspartei entstanden sind, werden unter dem Anschluß-Druck zerrieben und im wesentlichen von den Grünen geschluckt werden, linke Kräfte werden herausgedrängt. Die PDS ist eine zentrale Kraft der linken Opposition. Die Absicht der Herrschenden, diese Partei, die von einem Siebtel der DDR-WählerInnen und beispielsweise von jeder/jedem Dritten in Ostberlin gewählt wurde, einfach aus der politischen Landschaft zu radieren, muß durchkreuzt werden.

c) Eine Präsenz im nächsten Bundestag wird die PDS selbstverständlich nicht per se aus ihrer kritischen Situation befreien. Anderenfalls jedoch, d.h. bei Scheitern an der 5%-Hürde, würde die PDS auf die Rolle einer ausschließlich ostdeutschen Regionalpartei reduziert, und die Erscheinungen von Resignation, opportunistischer Anpassung und Auseinanderfallen ihrer Mitgliedschaft würden vermutlich stark gefördert. Im Bundestag als politische Kraft vertreten zu sein, könnte für die PDS eine Existenzfrage sein.

5. Uns ist keineswegs gleichgültig, ob die PDS als Organisation, als Arbeits- und Lebenszusammenhang eines beträchtlichen Teils der DDR-Gesellschaft erhalten bleibt oder ob es ihren Feinden gelingt, sie "zur Strecke zu bringen" und damit den letzten wesentlichen Sammelpunkt für eigenständiges Bewußtsein in der DDR auszuschalten. Eine Auslöschung der PDS würde auch für die radikale Linke, aber selbst für Grüne und demokratische Bewegungen in BRD und DDR die Bedingungen erheblich verschlechtern. Die "Erledigung" der PDS würde einen Sieg des Großkapitals und der etablierten Parteien darstellen, von dessen organisatorischen und psychologischen Folgen sich die Linke insgesamt nur schwer erholen könnte.

6. Die Unterstützung der PDS zur Bundestagswahl ist aus den vorstehenden Überlegungen nicht davon abhängig, ob und wieweit sie Politik in unserem Sinn macht. Entsprechend vielgestaltig und kontrovers sind die Überlegungen, aus denen heraus der KB die PDS im Wahlkampf unterstützen und mit ihr zusammenarbeiten wird. Diese Überlegungen reichen von einer äußerst kritischen Distanz, die der PDS nur die Rolle des "kleineren Übels" zuordnet, bis zu dem Bemühen, mit der PDS in eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zu kommen und das Wahlbündnis auch im Kontext einer Neuformierung der west- und ostdeutschen Linken zu begreifen.

A, as, cl, HH, he, Kt.

47. Na Servus! - Kommentar zur KB-Lage

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:48

War's das? Ganz Deutschland im Vereinigungstaumel, bloß der KB hält standhaft gegen und spaltet sich lieber. So wäre wenigstens im ganz Kleinen eine Konsequenz aus dem Lehrsatz eines unserer größten Dichter und Denker gezogen: daß nämlich eine zu große Ansammlung von Deutschen einfach unerträglich ist. Und da kann man vielleicht die Grenze zur "kritischen Masse" - das hat weder mit Massen noch mit Kritik etwas zu tun, sondern mit Atombomben - gar nicht niedrig genug ansetzen. Mehr als 100 KBlerInnen auf einem Haufen zu erleben, kann bereits weit jenseits der Schmerzgrenze liegen. Manche fühlen sich zu viert oder fünft viel wohler. Das ist letztlich eine Frage des persönlichen Geschmacks.

Nein, nicht zu früh aufgeschrien oder gejubelt: noch hat der KB sich ja nicht gespalten. Es hat lediglich am 22. September eine Mitgliederversammlung stattgefunden, die noch deprimierender war als die vorausgegangene am 17. und 18. März. Die zunehmende Unlust, sich solchen Veranstaltungen überhaupt noch auszusetzen, drückte sich in einer gegenüber März stark gesunkenen TeilnehmerInnen-Zahl aus. Man konnte seine Stimme "delegieren" und machte von dieser Möglichkeit zahlreich Gebrauch. Im Laufe der über sechsstündigen Versammlung wanderten weitere unter Zurücklassung ihrer Stimmkarte ab. Dafür waren dann bei den Schlußabstimmungen Leute zu sehen, die ein halbes Skatblatt beidhändig in die Höhe recken mußten. Trotzdem lag die Gesamtzahl der Stimmen deutlich unter der vom März.

Einziger Punkt der Tagesordnung war das Verhalten zur Bundestagswahl, manche sagen auch lieber Reichstagswahl, obwohl ihnen die Herrschenden leider nicht den Gefallen tun wollen, das Ding selbst so zu nennen. Praktisch war die Sache schon lange vor der Mitgliederversammlung entschieden: die Mehrheit des KB unterstützt aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Erwartungen das Wahlbündnis Linke Liste/PDS. Die Minderheit sieht darin nationalistisches Teufelswerk und Sozialdemokratismus, ist sich jedoch nicht einig, ob sie deshalb zum Wahlboykott aufrufen soll oder ob sie ihre antideutsche Standhaftigkeit lieber auf eine etwas weniger konsequente Art zum Ausdruck bringen soll.

Schon bei der Mitgliederversammlung im März war festzustellen, daß die zwei Hälften des KB nicht mehr miteinander diskutieren. Damals gab es das Kuriosum, daß eine der zwei konkurrierenden Resolutionsvorlagen - die der Minderheit - erst einige Zeit nach Beginn der Diskussion über eben diese Vorlagen überhaupt in den Saal gebracht und verteilt wurde. Es machte auch wirklich nichts aus. Ja, man hätte ebenso gut einfach nur die Namen der Autoren beider Entwürfe bekanntgeben und dann ganz ohne Debatte abstimmen lassen können. Immerhin hatte die Versammlung damals keine Bedenken, ganz schnell mit großer Mehrheit die "Unterstützung" der Frankfurter Demonstration vom 12. Mai zu beschließen, ohne daß die völlig kontroversen Vorstellungen zur inhaltlichen Stoßrichtung auch nur "andiskutiert", geschweige denn hinreichend geklärt worden wären.

Wenigstens ging es auf der Mitgliederversammlung im März noch punktuell heiß her. Es gab sogar einige rhetorische Highlights und sehenswerte Gefühlsausbrüche. Das Treffen im September wurde von vornherein nur noch als lästiges Ritual begriffen. Das Ergebnis stand schon zu Beginn ungefähr fest, nur die ganz exakten Zahlen hob man sich als Überraschung für die Schlußabstimmungen am Abend auf.

Aber vorher mußte, weil KB-Tradition und mitteleuropäische Sitte es so wollen, noch ein paar Stunden diskutiert werden. Also unterzog man sich diszipliniert und leidenschaftslos den Pflichten des Redens und des Zuhörens, sofern man nicht lieber "delegierte" und sich verdrückte. Ja, es wollte tatsächlich nicht einmal Aggressivität oder Aufgeregtheit aufkommen. Vielleicht deshalb, weil sie sich nur dort einstellen können, wo man noch irgendetwas voneinander erwartet oder wo man das Gefühl hat, die umstrittene Sache sei des Streitens wert. Es ist aber nicht spannend, sich einen halben Tag um die Ohren zu schlagen, um dann am Ende festzustellen, was schon bekannt war: in der "Wahlfrage" haben wir ein Patt, sind also als Organisation nicht handlungsfähig. Wohl aber als Individuen oder Gruppen, was uns ebenfalls vor der MV schon klar war und wovon beide Seiten ohnehin kräftig Gebrauch machen.

Das "Kräfteverhältnis" im KB hat sich seit März zugunsten der Minderheit verschoben. Damals wurde ungefähr 65 zu 35% abgestimmt, diesmal nur noch 54 zu 46%. Nicht deshalb, weil die Minderheit neue AnhängerInnen gewonnen hätte, sondern weil die Zahl derer, die angenervt und angewidert auf Distanz zur "Organisation"

gehen, auf Seiten der Mehrheit größer ist als bei der Minderheit. Da die Mitgliederversammlung im September nicht geeignet war, diesen Trend zu brechen, könnte sich die Minderheit fast sicher sein, schon in wenigen Monaten, auf dem anstehenden nächsten KB-Kongreß Anfang 1991, Mehrheit zu werden.

Fragt sich aber, ob es dazu überhaupt noch kommt und welche Bedeutung das dann noch hätte. Gewiß, der "Arbeiterkampf" besteht noch als gemeinsame Arbeitsaufgabe, und gelegentlich werden auch Verabredungen zu einer Demonstration oder einem Flugblatt getroffen. Aber die zwei Hälften des KB haben es aufgegeben, sich in den umstrittenen Grundsatzfragen überzeugen zu wollen. Sie leben desinteressiert nebeneinander her, und dies zumeist sogar mit Höflichkeit und Anstand, was nicht selbstverständlich ist und was wir bei früheren Spaltungen auch schon ganz anders erlebt haben. Der starke Widerwille und völlige Verzicht auf beiden Seiten, noch über eine gemeinsame politische Strategie für die Zukunft zu reden, läßt darauf schließen, daß man sich schon beiderseits auf die Zeit nach dem KB eingestellt hat. Allerdings, und das scheint eine der wenigen verbliebenen Gemeinsamkeiten zu sein, fehlt es bisher wohl auf beiden Seiten an praktischen Vorstellungen, was nach einer Spaltung an Politik sinnvoll und machbar wäre.

Der KB hat sich 1971 bewußt mit dem Selbstverständnis und dem Anspruch gegründet, eine sowohl nicht-opportunistische wie nicht-sektiererische Politik entwickeln und erproben zu wollen. So war der KB einerseits Teil des linksradikal dominierten Spektrums jenseits von Jusos, SB und DKP, stand aber andererseits in diesem linksradikalen Spektrum ziemlich einzigartig und meist isoliert da. Wir haben der DKP Anfang der 70er Jahre - völlig vergeblich - Angebote zu Zusammenarbeit und Debatte gemacht, als man sich damit nur den lärmigen Vorwurf einhandeln konnte, vor den Revisionisten und Sozialfaschisten zu kriechen.

Wir haben 1972 die Demonstrationen zur Unterstützung der sozialliberalen "neuen Ostpolitik" gegen die Hetze der CDU/CSU begrüßt und bei den Neuwahlen sogar die SPD unterstützt. Darüber kann und muß man heute selbstverständlich kritisch nachdenken, aber es veranschaulicht unsere spezifische Herangehensweise an die Politik, die jedenfalls nie davor zurückschreckte, sich von ML-Seite als "sozialdemokratisch" angiften zu lassen. Wir unterstützten schon ab 1977 die Herausbildung einer grünen oder - dies wäre uns lieber gewesen, aber darauf nahm die Realität leider keine Rücksicht - einer bunt-alternativen Partei, als uns das von einigen künftigen Realos noch als Scheißparlamentarismus und kleinbürgerlicher Opportunismus übelgenommen wurde. Umgekehrt erlaubten wir uns aber auch scharfe Kritik an den Grünen, als einige heutige Linksradikale, denen jetzt die PDS viel zu sozialdemokratisch ist, gerade die grün-rote Koalition erfanden.

Wir hatten keine Scheu, uns, wenn für nötig gehalten, auch "gegen den Strom" zu bewegen und Isolation zu riskieren. Aber nicht, um uns mit 100 oder 1000 Leuten selbstzufrieden als die einzigen Aufrechten unter Millionen Spießern und Idioten zu feiern, sondern mit dem Anspruch, Zugänge und Vermittlungsebenen zu finden, durch die sich Verhältnisse verändern lassen. Anderenfalls wäre auf die Dauer auch schwer einzusehen, warum man überhaupt Politik zu machen versucht.

Wie es scheint, können wir gemeinsam mit der Minderheit Politik in dem eben skizzierten Sinn nicht mehr fortsetzen, sondern uns nur noch gegenseitig blockieren und den Ansatz des jeweils anderen Flügels unglaubwürdig machen. Gemeinsam geht es also nicht mehr. Aber wie soll es getrennt gehen? Wir werden viel zu beraten haben. Jede Seite für sich. Ausschließlich für sich?

Kt., Hamburg

48. Der KB verabschiedet sich Abschied vom KB?

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:49

Die KB-Arbeitskonferenz Ende September kreißte und gebar eine Maus. Nur wenige Tage nach dem mehrheitlichen Beschluß "Für eine linke Opposition" konnte dessen Anliegen nach menschlichem Ermessen (die letzte Entscheidung fällt am Wahltag) als erfüllt angesehen werden: die PDS wird im nächsten Reichs-Bundestag vertreten sein.

Die PDS müsse in den Reichstag, so die KB-Mehrheit,

- um den Bonner "'Anschluß'-Parteien den Triumph über die von ihr als Hauptfeind bekämpfte Partei (...) nicht zu gönnen";

- um die Absicht der Herrschenden, sie an Wahlmanipulationen scheitern zu lassen, zu "durchkreuzen";

- um ihr durch parlamentarische Vertretung zunächst die "Existenz zu sichern".

"Die 'Erledigung' der PDS würde einen Sieg des Großkapitals (...) darstellen." Noch bevor der KB zum Schlag gegen dasselbe ausholen konnte, um der PDS über die Hürden zu helfen, kam ihm das Bundesverfassungsgericht mit der Forderung nach zwei Wahlgebieten zuvor. Es bereitete dem Großkapital und seinen Parteien eine Niederlage, durchkreuzte seine Absichten und sicherte voraussichtlich die parlamentarische Existenz der PDS - oder?

Nichts ist geklärt

Aufatmen in der KB-Mehrheit, die sich jetzt nicht mehr um die "organisatorischen und psychologischen Folgen" für die Linke sorgen muß, von denen sie sich im Falle einer PDS-Niederlage "insgesamt nur schwer erholen" könnte? Entspannung im Gesamt-KB, der sich an der Wahlfrage weiter auseinanderentwickelt hat?

Nachdem wesentliche Begründungen für die Wahlaussage der KB-Mehrheit entfallen sind, könnte man dies annehmen. Doch wäre diese Sichtweise so vordergründig, wie die (nebenstehende) Mehrheitsresolution inhaltlich dünn, strategisch kurz gegriffen und den eigenen politischen Ansatz - ein zentraler Gegenstand des KB-Streits - verschleiernd ist. Nicht um eine Wahlaussage ging oder geht es, sondern um die künftige Richtung der Politik des KB: um Anpassung und Mitmachen des KB im Rahmen einer systemintegrierten Oppositionsarbeit im neuen Deutschland oder die Rekonstruktion radikaler, nichtreformistischer Opposition; um die Akzeptanz des Parlamentarismus als dominante Form linker "Einflußnahme" oder einen grundlegenden Neuansatz außerparlamentarischer Politik. Während die Minderheit im KB hierzu ihre Positionen formuliert und zur Diskussion stellt, verweigert sich die Mehrheit und hat Wichtigeres zu tun, sie muß Partei gründen. Parteigründung, Mitarbeit in der PDS (Druck auf die PDS können auch nichtparlamentarische linke Aktivitäten entwickeln), letztlich die Überführung des KB in bzw. die Selbstaufgabe für ein solches Parteiprojekt, ist die Konsequenz, mehrfach u.a. in dieser Zeitung formuliert, dennoch von großen Teilen des KB ignoriert, sonst hätten sie sich eine solche flache, die Bedeutung dieser Wahlen für die Herausbildung und innere Legitimation des neuen Deutschland mißachtende Resolution der Gremienmehrheit nicht bieten lassen dürfen.

Ihre "Mehrheit" konnte die KB-Mehrheit nur deshalb erreichen, weil die Antragsteller ihre politische Option nicht zur Abstimmung gestellt haben. Abstimmen ließ sie allein über die Wahlaussage, die keine realpolitische Bedeutung hat. Ausdrücklich hat die KB-Mehrheit versucht, alle Mitgliederstimmen zu sammeln, die das Spektrum von "einer äußerst kritischen Distanz, die der PDS nur die Rolle des 'kleineren Übels' zuordnet" bis hin zu jenen, die die Zusammenarbeit im Wahlbündnis als Teil der "Neuformierung der west- und ostdeutschen Linken begreifen", umfaßt. Bedauerlich ist es, daß in einer kommunistischen Organisation nicht der ernsthafte inhaltliche Meinungsstreit ausgefochten wird, sondern Mehrheiten mit taktischen Tricks gesucht werden. Blamabel für jene, die solche Anträge stellen, ebenso wie für jene, die dies mitmachen. Man mußte nicht die Positionen der KB-Minderheit teilen, um dieses Vorgehen abzulehnen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird man die kleine Schar KBlerInnen, die die PDS-Option mit mehrheitlicher Duldung (nur deswegen können sie sich überhaupt "Mehrheit" nennen) betreiben, noch in diesem Monat schnurstracks in die PDS oder ein ihr entsprechendes Parteikonstrukt wechseln sehen. Aus der Notlagenargumentation, der PDS gegen den Triumph der Herrschenden das parlamentarische Überleben zu sichern, wird in kürzester Zeit das Argument werden, ihr mit bundesrepublikanischen Zählstimmen so viel wie

möglich Parlamentssitze zu verschaffen. Aus der Option, der DDR-Opposition Sitz und Stimme im Reichstag zu verschaffen, den "Sammelpunkt für eigenständiges Bewußtsein in der DDR" (was immer das bloß sein soll!) vor dem Knockout zu bewahren, wird die schnelle Flucht unter die Fittiche "einer antikapitalistischen Massenpartei" (eine Behauptung der KB-Mehrheit, die PDS selber hat sich bislang so nicht verstanden). Parlamentssitze und Parteiposten werden angestrebt. Eine andere handlungsrelevante Konsequenz, als die organisatorische Beteiligung an der reformistischen Neuformierung der Linken, die ihre Vorbilder in der DKP-Massenpolitik der achtziger Jahre und vergleichbarer Wahlpolitik der "Friedensliste" hat, enthält diese weitgehende inhaltliche Nullösung nicht. Trägt die Mehrheit der KB-Mitglieder auch dies noch mit, bzw. duldet sie diesen Ansatz als zentral für die künftige Politik, dann ist es das Ende des KB.

Nebelwerfer

Georg Fülberth hat vermutlich recht, wenn er in der "Volkszeitung" feststellt, daß das Mitmachen den KB seine "Scharnierfunktion innerhalb der nichtetablierten Linken" kosten wird. Damit aber verlöre der KB die wichtigste Funktion, die er in der linken Politik der letzten Jahre noch hatte. Es liegt in der Logik des Versuchs der Gremienmehrheit im KB, die gesamten KB-Organisation auf die PDS zu orientieren, daß jede Option links davon zu bekämpfen, der bisherige Politikansatz des KB und des "Arbeiterkampf" zu entradikalisieren ist. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, daß der Aufruf für die Demonstration am 3. November im KB-Leitungsgremium keine Mehrheit erhielt, die Mehrzahl der Protagonisten der PDS-Option im LG sich nicht einmal zur Unterstützung des Demoaufrufs durchringen konnte. Mitarbeit in der PDS und "Denkanstöße und Kritik von Linksaußen (...), im besten Sinne rücksichtlose Kritik" könnten sich sinnvoll ergänzen, schreibt Kt. im letzten AK generös. Voraussetzung: die Kritik müsse im Rahmen dessen bleiben, was für die Mitarbeit in der PDS/dem Wahlbündnis erträglich ist. In dem Sinne waren bereits unsere Kritiken an der Sozialdemokratisierung, dem platten Reformismus und den Position der PDS zur Marktwirtschaft vom Mai und Juni den KB-PDSisten zu weitgehend. Was als vermeintlich gleichgewichtige Optionen im KB angeboten wird, ist das Gegenteil davon. Das taktische Primat der Mitarbeit soll den Inhalt der Kritik bestimmen und nicht umgekehrt der Inhalt der Kritik das Ausmaß an Mitarbeit (sonst könnte man womöglich auf eine Ablehnung dieser Arbeit gestoßen werden). Entsprechend wird von Mehrheitsseite die Marktwirtschaftsposition der PDS verniedlicht und uminterpretiert (Kt.), werden die realen Schwierigkeiten und Differenzen bei der Parteigründung beschönigt (Berichte über die LiLi-Gründung von he.) bzw. verschwiegen (der heftige Streit um die Wirtschaftspolitik).

Die KB-Minderheit erfüllt die geforderten Konditionen nicht, weil sie eine linke Politikvariante vertritt, die mit der PDS-Option kaum zu vereinbaren ist. Doch nicht die politische Differenz insbesondere in der Haltung zum neuen Deutschland, sondern die Denunzierung linkerer Positionen und ihrer Träger als "Bahamas-reif", "zynisch gewordene Altlinke", "Altersschwachsinn", "Desperatheit" (O-Ton Kt. über bis dato von dieser Zeitung geschätzte AK-Autoren) ersetzten die notwendige Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Entwicklungen im KB. Dieser Unsinn wird auch nicht dadurch überzeugender, daß der Autor darauf abhebt, sich "auf das Andersartige, Neue, das uns in der PDS entgegentritt" einzulassen, und bei Widerspruch "wenig geistige Bereitschaft und Beweglichkeit zu derartigen Experimenten" bei jenen konstatiert, die seiner Erkenntnis nicht hinterherlaufen.

Ganz in diesem Sinne betätigt sich Kt. bereits seit einiger Zeit - bis in die Diktion der Linksabgrenzung hinein - als der "Klaus Hartung des Arbeiterkampf". Es wird nicht die neue Standortbestimmung von KB-Politik nach rechts - und das ist die PDS-Politik - zu einem Ausgangspunkt der Differenzen gemacht. Im Gegenteil behaupten Mehrheitsvertreter die PDS-Option als in der Kontinuität von KB-Politik stehend. (Peinlich genug, daß man nach dem mehrfachen Scheitern eigener politischer Ansätze das Weiter-so-wie-gehabt für eine kommunistische Tugend hält.) Zielscheibe wird das "Abdriften" der Linken, die an Grundlagen radikal antiimperialistischer, antikapitalistischer und antinationaler Politik festhalten. Diesen Vorgang haben wir ähnlich schon einmal bei den Grünen erlebt, deren linke Protagonisten des ganz "Andersartigen und Neuen", das diese Partei darstelle, ihre neue Identität über scharfe Linksabgrenzung gegenüber "Traditionssozialisten", "Vertretern der reinen Lehre" etc. entwickelt haben. Das Medium hierfür war damals nicht der AK, sondern die TAZ.

Vernünftiger und sauberer (im Sinne von rational nachvollziehbar) für die unvermeidlich erscheinende Auseinanderentwicklung im KB ist das optimale Herausarbeiten der Fragen und politisch-strategischen Optionen, die uns real trennen. Ich halte angesichts der divergierenden Entwicklung der Linken überhaupt

nichts davon, daß man zusammenhält, was möglicherweise nicht mehr zusammengehört. Das schafft nur Nervereien. Daß es eine politische Konvergenz von DKP, "Erneuerern", SoSt und dem Stamm-Flügel des grünen "Linken Forums" gibt, ist inhaltlich nachvollziehbar (max. und ich nannten sie im AK die "'genuinen' PDS-Potentiale"), daß der KB dazugehören soll, ist das "Neue und Andersartige" am KB(-Mehrheit), das unbedingt der politischen Begründung bedarf. Diese wird seitens der KB-Mehrheit verweigert.

Ausgrenzungen

Zeiten der Neuformierung der Linken sind unvermeidlich auch Zeiten der inhaltlichen Positionsbestimmung, man kann es ruhig Abgrenzung nennen. Das ist nichts Schlimmes, wenn daraus nicht Ausgrenzung wird. Diese aber läuft in der Linken Liste/PDS, mit Duldung und Unterstützung aus der KB-Mehrheit (vgl. den Artikel von he. in AK 321, S. 26). Gegenüber der DKP, VSP und kleineren linken Gruppen spielt sich ein Teil der linken Kleingruppe KB als Saubermann und Ausgrenzer auf, Seite an Seite mit jenen geübten Ausgrenzern aus der Ex-DKP, die als "Erneuerer" angetreten waren, eine gänzlich neue politische Kultur zu pflegen, jetzt aber vorwiegend auf Altgelerntes zurückgreifen. Daß dabei KBlerInnen im Spiel sind ist nicht nur ärgerlich, sondern auch schlimm. Schließlich waren wir nicht nur selber oft genug "Opfer" solcher Politik (nicht zuletzt im Bildungsprozeß der Grünen). Wir hatten es uns auch zum Grundsatz gemacht, Zusammenarbeit und Trennung in Bündnissen entlang nachvollziehbarer inhaltlicher und nicht formaler Unvereinbarkeiten zu vollziehen. Gleiches gilt im übrigen für die in der Linken Liste eingeführte Formel, Mitglied der Linken Liste/PDS könne nicht sein, "wer die stalinistischen Verbrechen und das stalinistische System verteidigt, entschuldigt oder relativiert". Daß diese formal gegen die DKP gerichtete Formel dehnbar und willkürlich anwendbar ist, liegt in der Formulierung angelegt: was heißt "relativiert"? Bereits ein versuchter Erklärungsansatz des Stalinismus, der von den gängigen abweicht? Dies mitzutragen müßte beteiligten KBlern bereits die Schamesröte ins Gesicht treiben, angesichts unserer Perestroika-Debatten seit 1986. Und schließlich ist es ein ungerechtes Doppelspiel, so etwas DKPlern vorzuhalten, nicht aber auf die große Masse der PDS-Mitglieder in der DDR anzuwenden. Oder glaubt da jemand, daß diese besser und schneller aufgearbeitet haben, nur weil Gysi und sein Präsidium wesentliches vom realen Parteidenken unter der Oberfläche halten? Wie peinlich für KBlerInnen, angesichts des Verbots von Doppelmitgliedschaften (Gysi im "Neues Deutschland"), vom äußerst feinsinnigen Unterschied zu profitieren, daß dieses für Parteien, nicht aber für Bünde gelten soll...

Ich verhehle nicht, daß ich es das Beste fände, die PDS-Option im KB gäbe denselben auf und wechselte als irgendgearteter kleiner Flügel in die Linke Liste/PDS über. Der Fundus an Gemeinsamkeiten im KB ist nur noch sehr gering. Gemeinsam haben wir die Sicht einer gravierenden Krise linker Politik und einer umfassenden Perspektivlosigkeit. Gemeinsam habe ich mit Kt. beispielsweise seine im AK geäußerte Sicht, daß "die alte BRD-Linke am Ende" sei. Gemeinsam haben wir auch - wenngleich Kt. dies im letzten AK durch einschmeichelnde Worte gegenüber der VSP und der VL zum Teil wieder verschleiert hat - daß der linke Neuformierungsprozeß rund um die PDS und der der radikalen Linken unterschiedliche bis gegensätzliche Optionen sind. Das ist es aber auch schon, was heute noch gemeinsam ist. Noch auf dem letzten KB-Kongreß Anfang 1989 konnte man den Eindruck haben, daß wir gemeinsam von einer stärkeren "Linkswendung" des KB ausgehen wollten und uns auf den mühsamen Weg der Neuorientierung mit den nichtintegrierten linken Teilen aus den Grünen, mit Teilen der verbliebenen linken Organisationen sowie mit kommunistischen und sozialistischen Autonomen einlassen wollten. Mittlerweile hat die Umwälzung in der DDR und ihre Annexion durch die BRD den weiteren Niedergang der Linken beschleunigt und wirkt auch auf die Widersprüche im KB. Optionen, über die wir uns streiten, lassen sich in Zeiten unklarer Perspektive schwerlich verobjektivieren. Es handelt sich zu einem Teil auch um die bewußte Entscheidung, welchen Weg zur Rekonstruktion linker Politik man einschlagen will. In der BRD wie auch der DDR war der Nichtwiderstand der Linken gegen die deutsche Vereinigung m.E. die Deadline für das, was eine nichtintegrierte Linke ausmachen könnte. Im KB hat die mehrheitliche Anerkennung des imperialistischen "Selbstbestimmungsrechts der Deutschen" den weiteren Widerspruchsverlauf bestimmt. Der Versuch, die neue deutsche Nation zu akzeptieren, um auf dieser Grundlage integrierte Opposition zu spielen, hat den Antiimperialismus abgeschwächt und Linksnationalismus begünstigt. Die sich darin ausdrückende politische Kapitulation hat unter den sowieso ungünstigen Bedingungen den Widerstand in der DDR wie der BRD nicht nur ideologisch aufgeweicht, sondern vermutlich auf längere Zeit zurückgeworfen. Die Parlamentsfixierung als ausschließliche Option ist in gewisser Weise logische Folge aus diesem Versagen. Der äußeren Niederlage durch den DDR-Zusammenbruch und den BRD-Triumph ist die "innere" gefolgt: das fehlende Nein zu Deutschland hat nur Schwäche hervorgebracht.

Vor der Wahl

Anders als Georg Fülberth in der "Volkszeitung", sehe ich überhaupt nicht, daß die VSP an Stelle des KB dessen verlorengehende Scharnierfunktion übernehmen könnte. Betrachtet man die KB-Differenzen nicht überwiegend als Vereinsstreit (und schaffen wir es im KB, sie als unterschiedliches Wollen und nicht als "Verrätereien zu behandeln), sondern als Reflex auf die Niederlagen der Linken und die Suche nach neuen Orientierungen, dann kann man in allen "altlinken" Gruppierungen - DKP, VSP, BWK - ähnliche Entwicklungen konstatieren. Die VSP ist da nur etwas opportunistischer und einheitsduseliger als der KB, wird bald aber vor der gleichen Frage stehen, für welche politische Option im Prozeß linker Neuformierung sie sich denn nun entscheiden will. Bereits jetzt bereitet ihr der Spagat zwischen PDS und Radikaler Linker, ihr überall Dabeiseinwollen, mehr innere Schmerzen, als nach außen hin zugegeben wird. Insofern widerspreche ich auch Fülberths Verteidigungsrede für Grünen-und PDS-Kandidatur ("Qual der Wahl? So egal!", Kommentar in der SOZ) als unerheblich für die weitere Herausbildung radikaler linker Zusammenarbeit. Das Gegenteil wird der Fall sein. Der Mainstream linker Neuformierung wird bis zur Wahl rund um die Linke Liste/PDS erfolgen. Das im weitesten Sinne reformistische Potential aus linken Organisationen und Teilen von Grünen und Autonomen wird davon angezogen werden, weil es aus parlamentsorientierter Tradition oder aus Mangel an organisierter Alternative, aus der Angst, sich in das notwendige Abseits dieses Deutschland zu stellen, diesen PDS-Bildungsprozeß als einzige oder letzte Chance sieht. Erst nach der Wahl und dem ihr folgenden politischen Alltag wird es m.E. wieder mehr Luft für den radikal-linken Bildungsprozeß geben. Es ist allerdings in der Zwischenzeit erheblich, wie die radikale Linke sich zu diesem widerlichen Deutschland, zur gesamtdeutschen Nationalwahl und dem die Linke reformerisch integrierenden Parlamentarisierungsprozeß verhält. In dem Sinne geht es um mehr als ein Kreuzchen und taktische Wahlaussagen, geht es mit dem Verhalten zur Wahl um die Ausgangsbedingungen für ein linkes, außerparlamentarisches Projekt und die Potentiale, die dafür zur Verfügung stehen.

Der verbleibende KB könnte dabei eine Rolle spielen, wenn er die Bereitschaft besäße, sich im weiteren Prozeß selbst "aufzuheben" und nicht organisierten Zeiten der Vergangenheit nachzuweinen. Es geht um ein neues linkes Projekt und nicht um die Rekonstruktion des Vergangenen. Dafür hätten wir einiges an Potential und Know-how einzubringen.

Hr.

Anmerkung

Der Autor gehört der KB-Minderheit an. Er vertritt keine vereinheitlichte Position "der" Minderheit.

49. Rein in die Partei?

Rubrik: KB und AK; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:59

Jetzt ist also das geschehen, was manche geunkt, die meisten nicht gewollt hatten: Die Wahlbündnisfrage wird unmittelbar mit der Parteifrage verbunden. Aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils ist das Wahlbündnis PDS und Linke Liste/ PDS nicht mehr möglich. Um eine gemeinsame Kandidatur möglich zu machen, werden die Landesverbände der Linken Liste/PDS zu Landesverbänden der PDS und heißen jetzt PDS/Linke Liste. Vereinbarungen über weitgehende Autonomie sind getroffen, alle sprechen von einem vorläufigen Charakter, keinesfalls soll es eine Vorentscheidung sein. Die dazu gefaßten Beschlüsse sind in dieser Ausgabe dokumentiert. Aber mogeln gilt nicht. In diesem "Anschluß" drückt sich eine hohe Bereitschaft aus, sich eng an die PDS zu binden, woraus umgekehrt folgt, daß besondere Bedingungen eintreten müßten, um zu begründen, diesen Entschluß wieder rückgängig zu machen. Der Pragmatismus, der, zumindest scheinbar, den "Anschluß" bestimmt hat, wird nach dem 2. Dezember dafür sprechen, es zunächst auch in dieser Form weiter zu versuchen.

Was sprach nun für die verschiedenen Beteiligten für diese Konstruktion und welche Folgerungen wird sie voraussichtlich auf die Linke haben?

Politisch sprach für die Linke Liste/ PDS alles gegen diese Lösung. Es sollte ein Wahlbündnis sein, in dem die unterschiedlichen Teile ihre Vorstellungen einbringen würden. Alle Teile sollten autonom bleiben, weil durch organisatorische Trennung am besten gewährleistet werden kann, daß Widersprüche ausdiskutiert oder aber Kompromisse gefunden werden. Es sind ungleiche Partner, die dieses Wahlbündnis bilden. Unzweifelhaft ist die PDS der dominante Partner, sowohl gegenüber der Unabhängigen Linken in der DDR als auch der BRD-Linken. Dies ist nicht nur eine Frage der Größenordnung. Sowohl die Linke Liste/ PDS als auch die Unabhängige Linke der DDR hätten auf sich gestellt keine Chance, eine erfolgreiche Kandidatur zu starten. Dafür ist allein die PDS ein Garant. Andererseits hat sich in der bisherigen Zusammenarbeit herausgestellt, daß über die Teilnahme der Linken Liste/PDS der PDS eine neue Perspektive der politischen Arbeit im Gesamtdeutschland eröffnet wird. Dies machte ihr Gewicht im Bündnis aus. Dieses Gewicht droht bei der jetzt beschlossenen Konstruktion abzunehmen und kann nur bedingt durch die Vereinbarungen der Autonomie aufgefangen werden. Der Anschluß der Linken Liste/PDS an die PDS hat zunächst den pragmatischen Gesichtspunkt, die auf die Wahl hin begonnene Bündnisarbeit nicht aufzugeben und die Chance zu wahren, daß eine gemeinsame Parlamentsfraktion gebildet werden kann. Sie hat aber auch schon den Charakter, eine auf die Zeit nach der Wahl verschobene Diskussion über die zukünftigen Formen der Zusammenarbeit vorwegzunehmen. Es ist eine Entscheidung, nicht mehr als zwei unabhängige Partner in einem Bündnis zu operieren, sondern unter einem Parteidach die Partner zu vereinigen. Wer zu diesem Zeitpunkt definitiv die Bildung einer gemeinsamen Organisation ausgeschlossen hat, wurde zwangsläufig aus dem Projekt katapultiert.

Die unabhängige Linke der DDR hat mit dieser Entwicklung die größten Schwierigkeiten. Sie hat darauf gesetzt, und mußte darauf setzen, daß der PDS aus dem Westen ein gleichberechtigter Partner entgegengesetzt wird, um so ihren eigenen Spielraum zu erweitern. Die Angliederung der Westlinken an die PDS, schlechtestenfalls die Unterordnung, würde ihr Gewicht gegen Null bringen.

Das größte Interesse an der jetzt eingetretenen Lösung hat scheinbar die PDS. Kurzfristig ging es ihr um eine Option, bei den gesamtdeutschen Wahlen eine Chance zu haben, in den Bundestag einzuziehen. Hierfür hätte das Wahlbündnis ausgereicht. Langfristig mußte sie eine Option aufbauen, eine gesamtdeutsche Partei zu werden, um nicht als Regionalpartei einer immer mehr verschwindenden DDR ebenfalls unterzugehen. Hier jedoch scheiden sich auch die Geister in der PDS. Entscheidend für die Richtung der PDS ist die Wahl der Bündnispartner aus der bisherigen BRD. Der für sie einfachste Weg wäre gewesen, mit der noch bestehenden DKP zu gehen, deren bestehende Strukturen für die eigene Ausweitung zu nutzen. Dies ist eine in der PDS durchaus noch stark vertretene Auffassung. Der andere Weg ist, scheinbar risikoreicher, einen Neuanfang mit den Teilen der westdeutschen Linken zu gehen, die sich in der Linken Liste/PDS zusammengeschlossen haben. Dies ist für die PDS insofern riskoreich, als eine solche Zusammenarbeit Rückwirkungen auf ihren eigenen Zusammenhang haben wird. Dies sowohl in inhaltlicher Hinsicht, wo solche Fragen wie das Verhältnis zum Staat, zur Atomenergie, die Frauenfrage u.ä. zu nennen wären, als auch in Hinsicht auf

organisationspolitische Richtungen. Zwar wird in der PDS seit der Neukonstituierung über die Verbindung von Partei und Bewegung diskutiert, zwar wird praktisch eine Verbindung zwischen Parteimitgliedern und Nichtorganisierten gesucht (siehe in dieser Ausgabe die Beschreibung der Arbeitsgemeinschaften), aber konfrontiert mit dem Gedanken der Antipartei wie er im Zusammenhang mit der Bildung der GRÜNEN aufgekommen ist, und wie er dementsprechend auch in der Linken Liste/PDS vorhanden ist, muß ein großer Teil des Selbstverständnisses in Frage gestellt werden. Insofern ist die Aussage, die PDS habe das größte Interesse an der jetzt entstandenen Konstellation, dahingehend einzuschränken, daß diejenigen Teile der PDS, die die Organisationsdiskussion der westdeutschen Linken für die eigene Zukunftsentwicklung aufnehmen wollen, ein Interesse an dieser Art der auch organisiert abgesicherten Zusammenarbeit haben.

Der gegenwärtig ablaufende Prozeß ist eine beiderseitige Gratwanderung. Vielbeschworen wird die Gefahr, daß die Linke Liste/PDS, also der kleine Teil der Westlinken, der sich auf eine organisierte Zusammenarbeit mit der PDS einläßt, von dieser geschluckt wird. Dies steht hierzulande im Vordergrund. Aus Sicht der PDS besteht die Gefahr, daß durch das Einlassen auf diesen Teil der Westlinken die traditionell gewachsene Parteibasis zerstört wird, ohne daß zwangsläufig eine neue, tragfähige Basis geschaffen wird. Bei Abwägung der jeweiligen Interessen gibt es einen wesentlichen Unterschied: Die Westlinke kann, soweit sie sich denn auf diesen Prozeß einläßt, nur gewinnen, schlechtestenfalls steht sie am Ende wieder an der Ausgangsposition. Die PDS kann verlieren und gewinnen. Sie hätte, würde sie nur die reine Parteilogik anwenden, durchaus mit den übrig gebliebenen Teilen der DKP eine Chance, eine traditionelle sozialistische Partei nach Art der KPF am Leben zu halten. Dies ist nur für die Teile ein Verlust, die diesen Weg ausschließen. Gewinnen könnte sie, wenn es ihr gelänge, mit den dazu bereiten Teilen der Westlinken und der DDR-Linken eine neue Organisationsform zu finden. Das macht grob gesagt für den Erneuerungsteil der PDS die in der Linken Liste/PDS zusammengefundenen Teile der Westlinken interessant.

Die jetzt eingegangene Bindung in organisatorischer Hinsicht hat unzweifelhaft den Nachteil, daß ein Zwang zur Kooperation ohne vollständige Klärung der inhaltlichen Grundlage erzeugt worden ist. Daraus ergibt sich aber, man mag diese Art der Dialektik verzeihen, der Vorteil, daß die inhaltliche Auseinandersetzung erzwungen werden kann.

Für die PDS hätte sich nach dem 2. Dezember zwangsläufig die Frage gestellt, in welchen organisatorischen Rahmen sie zu einer Partei für das Gesamtdeutschland wird. Hält sie den jetzt eingeschlagenen Weg durch, ist es eine Entscheidung für ein Experiment, das keine Partei bisher so eingegangen ist.

Zurück zur Eingangsfrage. Nicht rein, sondern ran an diese Partei, die zu solchen Experimenten fähig ist.

he.

50. Das hat euch gerade noch gefehlt - zum Glück? - Die Wandlung der Landesverbände der Linken Liste/PDS zur PDS

Rubrik: PDS; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:58

So sehr das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Wahlmanipulation für die Bürgerbewegungen und Parteien der DDR zu begrüßen ist, so kompliziert gestaltet sich nun aber auch die Lage für die Linke Liste/PDS. Hatten sich doch beide Parteien entschlossen, den Weg der Listenverbindung zu gehen, d.h. getrennte Organisationen zu bleiben, aber die Stimmen linker Opposition zusammenzubringen. Das neue Wahlgesetz läßt dies nicht mehr zu. Zur Debatte standen daher seit zwei Wochen so Kleinigkeiten wie Ausdehnung der PDS, Eigenkandidatur, Verzicht auf die Kandidatur u.a.m.. Vorgezogen werden nun Fragestellungen, die eigentlich Thema nach dem 2.12. sein sollten und vor allem die BRD-Linke, aber nicht nur diese, in heftige Konflikte stürzt. Schon die Wahlprogrammdebatte hatte manchen Widerspruch nicht nur in seiner Existenz bewiesen, sondern auch zum Tanzen gebracht. Die jetzt zur Frage der "Parteiausdehnung" hinzugekommene, aber bereits wieder verworfene Idee einer Namensänderung der PDS, hat für weitere Verwirrung und Aufregung gesorgt.

So ein Hauch von Konsolidierung war gerade in das Bündnisprojekt eingezogen. Der letzte Etappenstein, der Wahlprogrammkongreß am 15./16. September in Berlin, saß noch manchen als Ausdruck doch erheblicher Widersprüche in den Knochen. Denn während des Kongresses - wir konnten im letzten AK nur über den Anfang der Diskussion berichten - im Ergebnis zwar wurde das gemeinsame Wahlprogramm verabschiedet, insgesamt setzte sich auch die Herangehensweise durch, um die sich das Projekt von Anfang an bemüht hatte: nämlich nicht Widersprüche zuzukleistern mit schwammigen Kompromißformulierungen, sondern sie als solche zu benennen, zu charakterisieren und den weiteren Diskussionen anheimzustellen.

Ein vernünftiger Weg zwar, der aber insbesondere beim wirtschaftspolitischen Teil des Programms zu einer Zuspitzung der Widersprüche geführt hatte. Dabei verlief die Scheidelinie nicht einmal so sehr zwischen Ost und West. Ein über Nacht ausgearbeiteter "Kompromißvorschlag" zur Festschreibung einer antikapitalistischen Position führte dazu, daß sich Teile der Westlinken, speziell die SOST (Sozialistischen Studiengruppen), die intensiv an der Ausarbeitung des wirtschaftspolitischen Programmteils gearbeitet hatten, offen ausgegrenzt fühlten. Nicht so offen, aber den Gesprächen auf den Fluren durchaus zu entnehmen, hatte auch eine nicht zu übersehende Anzahl von PDS-Delegierten manches Problem mit dem vermeintlichen Kompromiß und Diskussionsstil.

Gregor Gysi machte, nachdem der "Kompromiß" überraschend angenommen war, von den zwischen den am Bündnis beteiligten Kräften, vereinbarten Vetorecht Gebrauch. Und die Inanspruchnahme war auch nötig, denn die Debatte schien eben auch an den Vorstellungen der PDS-Delegierten vorbeizulaufen, die westlichen Teile, die sich ausgegrenzt fühlten, beteiligten sich - aus allerdings kaum nachvollziehbaren Gründen - nicht mehr.

In der Auszeit wurde vereinbart, die sich widersprechenden Positionen authentisch durch die beteiligten Personen formulieren zu lassen und auch als Widerspruch zu kennzeichnen. Ergebnis ist nun: "(...) Der nur durch massive Kämpfe der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung erreichte 'sozialstaatliche Kompromiß`, den Teile von uns kritisch zum Ausgangspunkt unserer Bemühungen sehen, ist ständig in Gefahr, abgebaut statt erweitert zu werden. Die Linke Liste/PDS stellt sich dem entgegen. Wir verstehen uns als antikapitalistische Bewegung mit sozialistischen Zielsetzungen (...)."

Bei den danach anstehenden heiklen Komplexen wie die Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomtechnologie, dem im Komplex Demokratisierung abgehandelten Verhältnis zum bürgerlichen Staat, wurde wohl nicht nur aus Zeitnot auf längere Ausführungen der kontroversen Positionen verzichtet. Die Frage des Ausstiegs aus der Atomtechnologie ist im Programm nun als Streit zwischen der Forderung nach sofortigem und demgegenüber stufenweisen Vollzug behandelt, obgleich zumindest in den Orten Greifswald und Stendal auch PDS-Mitglieder die Nutzung der Atomtechnologie befürworten.

Zurück blieb bei Gesprächen mit Mitgliedern der PDS noch Tage nach der Konferenz der Eindruck, daß hier nun wohl erstmalig die Widersprüche so zum Tanzen kamen, daß manche/r die Sinnhaftigkeit dieses schwierigen Bündnisses in Frage stellte. Allenthalben war von der Dominanz der Westlinken die Rede, auch davon, daß sich Westlinke besser in diesen harten Debatten artikulieren könnten, jeweils ihre Spezialthemen langatmig ausführen würden.

Demgegenüber stand der Eindruck auf Westseite, daß die Bereitschaft zum tatsächlichen Meinungsstreit innerhalb der PDS nur wenig ausgeprägt ist, derartige Konferenzen nach einem sehr traditionellen Muster verlaufen, obgleich die offene, öffentliche Benennung anderer Auffassungen Voraussetzung für eine gemeinsame Positionsfindung ist.

So weit so gut, Einigkeit herrschte mal wieder in der schon arg strapazierten Feststellung, daß Ost- und Westlinke eben aus verschiedenen Welten kommen und ein behutsamer Annäherungsprozeß nötig ist. Die Aufbauphase der Linken Liste/PDS in der BRD hatte kurz vor dem Kongreß ihren Abschluß gefunden, alle Landesverbände waren gegründet und mittlerweile sind überall KandidatInnenlisten aufgestellt. Die Listen spiegeln ganz deutlich das Spektrum der an dem Projekt beteiligten Linken wider, wobei in allen Bundesländern außer dem Saarland auch VertreterInnen der PDS auf den Listen stehen. KandidatInnen sind einige Betriebsräte, einige Menschen aus dem linksgrünen Spektrum, aus dem InitiatorInnenkreis des Projektes sowie auch Menschen aus der DKP, mit denen sich eine Zusammenarbeit im Sinne des offenen Personenbündnisses gut ergeben hat.

Der nächste Erdrutsch

Die eigentlich eher nebenbei eingereichte, ohne Erfolgsaussichten eingeschätzte Klage gegen das Wahlgesetz hat zu der nun bestehenden komplizierten Lage geführt, die ihrer Entscheidung harrt. Keine Listenverbindung - was nun?

Denn eine Aktivierung aller Stimmen im gesamtdeutschen Gebiet ist nunmehr nur durch eine ebensolche gesamtdeutsche Partei möglich.

Im Prinzip standen 4 Varianten zur Diskussion:

1. Die PDS kandidiert im Gebiet der ehemaligen DDR, schafft dort die 5%; die Linke Liste verzichtet auf eine Kandidatur.

2. Die PDS kandidiert im Gebiet der DDR, die Linke Liste in dem der BDR, auch wenn sie dort nicht die 5% erreicht, sozusagen unter Erzielung eines Achtungserfolgs, eine sog. Demonstrationskandidatur.

3. Beide Parteien steigen noch einmal in die Gründungsbütt und erwecken eine gemeinsame neue Wahlpartei zum Leben, die BRD-Landesverbände werden Landesverbände der neuen Partei, in der DDR werden Landesverbände der neuen Linken Liste/PDS gegründet.

4. Die Landesverbände der Linken Liste beantragen die Anerkennung als Landesverbände der PDS, die PDS nimmt sie auf nach dem Modell GAL oder AL bei den Grünen, die Partei in der BRD löst sich auf.

Klar, daß hier nicht rein pragmatische Debatten fällig sind. Immerhin sollte - so von Anfang an erklärt - die Frage, in welcher organisatorischen Form unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit traditionellen Parteimodellen linke Politik sich artikuliert, in ausführlichen Diskussionen erörtert werden. Die Vorstellungen der PDS, die mit dem Modell "Partei und Bewegung" umrissen werden, können zwar ein anfängliches Experiment sein, ersetzen aber keineswegs solche Diskussionen. Immerhin sollte auch gelegentlich eine Debatte um die derzeit nicht zu beantwortende Frage geführt werden, was denn eigentlich künftig Gegenstand und Inhalt linker, sozialistischer Politik sein könnte.

Gerechnet hatten alle damit, daß zumindest um die Frage eines möglichen Parteiaufbaus spätestens ab dem 3.12. heftig gestritten werden würde. Nun wird im Grunde genommen eine Entscheidung vorgezogen, die der vorausgehenden und nicht der nachgeschobenen Debatte bedarf.

Diese Bauchschmerzen mit vorgezogener "Parteibildung" wurden von ausnahmslos allen im Projekt beklagt. Vornehmlich der Entwicklungsstand gemeinsamer Diskussion zwischen PDS und BRD-Linken ließ die Listenverbindung geradezu liebgewinnen, ermöglichte sie doch den Ausbau eigener Strukturen in der BRD, die

kritische Distanz zur PDS, aber auch die Distanz der PDS den BRD-Linken gegenüber. Dennoch herrschte eine Überlegung schnell vor: das Begonnene völlig aufgeben wollte niemand, auch nicht mit der Argumentation, die PDS schaffe jetzt den Einzug, damit ist die Aufgabe der BRD-Linken erledigt. Das hat nicht zuletzt etwas mit der Dynamik zu tun, die die Linke Liste/PDS in der Linken, z.B. auch bei linken Grünen entwickelt hat.

Damit war die Variante 1) relativ schnell ad acta gelegt, auch wenn es im bisherigen UnterstützerInnenspektrum durchaus derartige Reaktionen gibt.

Variante 2) wurde von wenigen zumindest für den Fall, daß die Sperrklausel auf 2 oder 3% herabgesetzt wird, ernsthaft in Erwägung gezogen. Nur so könne auch die nötige Distanz zur PDS gewahrt werden, selbst ein Achtungserfolg könne eine Dynamik entwickeln, die förderlich sei für die künftige linke Debatte und Intervention, müsse also auch beim Nichtüberwinden der Klausel nicht zwangsläufig zu lähmender Depression führen.

Als politisch in dieser Situation günstigste Variante fand Nr. 3 größeren Zuspruch. Über ein gemeinsames Dachkonstrukt für diese Wahlen könne der Zweck erreicht werden, nämlich in allen 16 Bundesländern die Stimmen zu gewinnen, gleichzeitig müsse keiner der Partner im anderen aufgehen, sondern halte nach Möglichkeit die eigenen Strukturen aufrecht. Diese Variante war bereits ganz zu Beginn einmal angepeilt gewesen, scheiterte dann aber an der im Statut der PDS verbotenen Doppelmitgliedschaft und hätte demnach verlangt, daß Gregor und die erneuerungswilligen FreundInnen der Linken Liste aus der PDS aus- und in die Wahlpartei eintreten.

Die Gründung einer neuen Partei muß aber allein schon an den kurzen Fristen scheitern. Es müßten dann auch für die KandidatInnen in der ehemaligen DDR Tausende von Unterschriften gesammelt werden usw., ein Aufwand, der nicht mehr bewerkstelligt werden kann.

So entwickelte sich die Diskussion trotz der bei dieser Variante am stärksten vorhandenen Bauchschmerzen in Richtung Aufnahme der BRD-Landesverbände in die PDS.

Vorbehaltlich des Parteitags der PDS am 14.10.90 ist das Ergebnis zumindest der Debatten im InitiatorInnenkreis, mit den BRD-Landesverbänden und im Beirat, dem politischen Bindeglied zwischen PDS und Linker Liste/PDS, in einer Erklärung festgehalten, die im ND vom 9. Oktober veröffentlich ist. Danach haben alle beteiligten Partner beschlossen, "ihr gemeinsames Anliegen fortzusetzen und in diesem Sinne deshalb auch gemeinsam zu den gesamtdeutschen Wahlen als eine Partei anzutreten." Begründet wird dies zum einen damit, daß die Zusammenarbeit der letzten Monate bereits erwiesen habe, daß das Zusammenkommen linker Kräfte aus BRD und DDR notwendig und fruchtbar sei. Weiterhin soll nicht freiwillig auf die Oppositionsstimmen in der BRD verzichtet werden durch die Beschränkung einer Kandidatur der PDS auf das Gebiet der DDR. Schließlich werden aber die Probleme und Ansätze zu einem Umgang damit in einem dritten Begründungspunkt benannt:

"Unter den Bedingungen des neuen Wahlgesetzes empfiehlt der Beirat der Linken Liste/PDS nach ausführlicher und kontroverser Diskussion, daß die Landesverbände der Linken Liste/PDS zu Landesverbänden der PDS werden und die PDS diese als eigene Landesverbände anerkennt. Der Beirat ist sich bewußt, daß dieser uns durch das Wahlgesetz aufgezwungene Weg von unseren ursprünglichen Vorstellungen abweicht. Er stellt dem notwendigen inhaltlichen Diskussionsprozeß verschiedener linker Strömungen Parteistrukturen voran. Die gerade erst begonnenen Diskussionen berühren auch die Fragen "Bewegung und/oder Partei" wie auch den jetzt enger werdenden Bezug auf die PDS. Beides erscheint als Problem und muß deshalb Gegenstand von Auseinandersetzungen bleiben."

Eine Reihe von politischen Vereinbarungen soll gewährleisten, daß diese notwendigen Auseinandersetzungen tatsächlich stattfinden. Dazu gehört eine weitgehende Autonomie der BRD-Landesverbände, die Planung mindestens zweier Konferenzen zu den grundsätzlichen Fragen linker oppositioneller Politik als auch die Durchführung einer Entscheidungskonferenz über die Frage ob und in welchem organisatorischem Kontext das Bündnis längerfristig fortgesetzt wird.

Aufregung um Namensänderung

Im Zusammenhang mit den möglichen Vereinbarungen, die einem Verschlucktwerden der BRD-Linken, aber auch der am Bündnis beteiligten unabhängigen Linken der DDR wie der VL entgegenwirken sollen, wurde schließlich auch erörtert, inwieweit noch eine Änderung des Namens der PDS in Linke Liste/PDS möglich sein könne. Dies wurde insbesondere von der Vereinigten Linken als wichtiges und sinnvolles Signal verstanden, daß die PDS tatsächlich sich öffne, nicht nur im Hinblick auf KandidatInnenlisten, sondern auch durch die Hintanstellung ihres Namens zugunsten einer Linken Liste. Problematisiert wurde - und zwar seitens der PDS - ob nicht eine solche Änderung eher als Etikettenschwindel aufgefaßt werden könne. Da aber von einigen die Vorteile einer Namensänderung gegenüber möglichen Angriffen für gewichtiger eingeschätzt wurden, entschloß sich die PDS zur Einberufung des Parteitages am 14.10., um hierüber eine Entscheidung herbeizuführen.

Dieser Plan wurde einen Tag nach der Beiratssitzung im ND veröffentlicht. Sozusagen während der Auslieferung des ND kamen die kaum mißzuverstehenden Signale vom Bundeswahlleiter aus Wiesbaden, eine solche Namensumbenennung gefährde die rechtliche Wirksamkeit der Kandidatur. Alle Kandidaten müßten neu gewählt werden etc.

Parallel zu dieser Nachricht wiederum wurden offensichtlich zahlreiche Proteste aus der Mitgliedschaft der PDS laut. Nicht nur die Mißachtung basisdemokratischer Prinzipien, die es auch der Basis ermöglichen müsse, solch weitreichenden Schritte zu diskutieren, wurde bemängelt. Insgesamt werden an diesem Punkt offensichtlich auch Widersprüche innerhalb der PDS gegenüber diesem Projekt, wie sie beim Wahlprogrammkongreß anklangen, aber auch gegenüber dem Vorgehen der Parteiführung deutlich, die bislang eher unterschwellig nur in die öffentliche Diskussion kamen.

Einen Tag später - die Zeiten sind durchaus schnellebig - erscheint ein Interview mit Gregor Gysi im ND, der darauf hinweist, daß nun aus juristischen Gründen die Namensänderung ohnehin nicht möglich sei. Gleichzeitig betont er, daß solche Entscheidungen "basisdemokratisch erörtert werden" müssen. Auf dem Parteitag sollten nur unbedingt erforderliche Entscheidungen für einen möglichst wirksamen Antritt zur Wahl getroffen werden.

Aber nicht nur dieses Interview erscheint im ND vom 10.10.90. Auch Hans Modrow nimmt in einem Gespräch Stellung, allerdings zwischen den Zeilen. Unter der Überschrift "Alt und jung gehören in der Partei zusammen" plädiert er im Prinzip für einen behutsame(re)n Umgang mit den älteren Kräften in der Partei. "Bei allem unerläßlichen Meinungsstreit brauchen wir um so mehr gegenseitige Solidarität, menschliche Wärme und Vertrauen zueinander sowie Toleranz gegenüber Andersdenkenden."

Schließlich zur Vorbereitung des Parteitages ein Beitrag von Andre Brie, der einerseits die (berechtigten) Bedenken der Parteibasis aufgreift, den Werdegang der Idee zur Namensänderung erläutert, dann aber ein klares Plädoyer für die Fortsetzung des Projekts führt: "Aber es darf sich auch keiner Illusionen machen, daß mit der Beibehaltung des Namens PDS irgendeine inhaltliche Konsequenz der Entscheidung, gesamtdeutsch bei Aufnahme der westdeutschen Landesverbände von Linke Liste/PDS anzutreten, hinfällig wäre. Mit diesen Landesverbänden wird die PDS eine wesentlich größere Breite und Pluralität ihrer politischen Positionen erhalten und endgültig vor der großen Aufgabe stehen, diese Unterschiedlichkeit durch Solidarität, Toleranz, sachlichen Streit und zwischenmenschliche Wärme nicht nur auszuhalten, sondern als Chance für die Entwicklung einer modernen und wirksamen sozialistischen Politik zu begreifen."

A., Hamburg

51. DA DADADER DAWAR, IST DA DA ER DA - Ein Clonwspaar der DDR-Kulturgeschiche: Steffen Mensching und Hans-Eckardt Wenzel

Rubrik: DDR-Linke; Kultur; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:38

Am 7. Oktober, dem ausgefallenen 41. Jahrestag der DDR, hatte im Berliner Kino BABYLON der Film "Letztes aus der Da Da eR" Premiere. Die Vorstellung war brechend voll. Die keinen Platz fanden, saßen - früher undenkbar - auf der Erde in den Gängen. Allen, die gekommen waren, lag, ob trauernd oder wütend oder ironisch, nicht nur an dem Film, sondern auch an diesem Datum. Wohin mit sich an diesem Tag, da jedes Feierzeichen hätte ungewollt erinnern können an jenen absurden Staatsakt vor einem Jahr. Für einen Widerstandstag war dieses Datum noch zu jung ...

Hauptdarsteller und Autoren des Films waren zwei der auffälligsten Figuren der DDR-Kultur: Steffen Mensching (geb. 1958) und Hans-Eckardt Wenzel (geb. 1955).

Da spielen, tanzen, singen, hüpfen und hinken zwei Clowns eineinhalb Stunden lang über die Leinwand: ein großer Dünner und ein kleiner Dünner. Ausgestattet mit einer Mischung aus Zirkusclown- Outfit (Wenzel) und Chaplinscher trauriger Eleganz (Mensching), mit weißgeschminkten Gesichtern (kein Zentimeter privat), dokumentieren die beiden ihr eigenes langjähriges Bühnenprogramm Neues aus der DA DA ER (1983); Altes aus der DA DA ER (1988); Letztes aus der DA DA ER (1989/90).

Mit dem Film gelangte ein Bühnenstück auf die "Endgültigkeit" des Zelluloids, das vielleicht wie kein zweites durch die Jahre veränderbar bleiben und mithalten mußte mit der Entwicklung dieses Landes und der Biographie seiner Darsteller. In der DDR-Kulturszene waren die Da Da eR-Stücke von Mensching/ Wenzel ein Geheimtip; eine Einladung an alle Denkenden, die DDR-Verhältnisse lachend zu begreifen. Die Komik als Kehrseite der Tragik war für die beiden die Grundintention all ihrer Erfindungen und das Geheimnis ihres Erfolges.

Wie die Narren aller Zeiten waren sie suspekt, aber schwer zu fassen. Beargwöhnt wurden sie von beiden Polen der DDR-Kultur: wegen ihrer "penetranten" Messung der DDR-Verhältnisse an linken Utopien bei den SED-Kulturfunktionären - wegen ihres unverhüllten Bekenntnisses zu proletarisch-revolutionären Dichter-Traditionen mit unerträglich konsequenter Dialektik-Methode in der Untergrund-Szene als "Staatsdichter" verschrieen. An dem durch die Jahre stabil gebliebenen Lachen ihres festen Publikums aber kam keine(r) vorbei. Sie lachten und also hatten sie verstanden.

Der klaffende Widerspruch zwischen offizieller Widerspiegelung und Alltag; zwischen Utopie und DDR-Praxis; zwischen Weltverantwortung und provinzieller Enge war das unerschöpfliche Terrain für die komischen Erfindungen der Clowns.

Premiere 1983. Da saß Steffen Mensching im Haus der jungen Talente (Berlin; Hauptstadt) auf der leeren Bühne und zerfetzte einen Flugplan (engl.: world time table), der kaum praktischen, höchstens Sammlerwert hatte für die paßlosen DDR-Bürger. Da wurde schon gelacht, wenn Mensching zunächst lediglich Stadtnamen vorlas, welche den nicht erfahrbaren Teil der Welt bezeichneten: Stockholm, Casablanca, Miami, Jakarta (O, Erde, sage ich, paßlos wie ich bin, habe ich/keinen Flug nirgendwohin gebucht/ warte nicht im Transitraum auf die Auflösung/von Nebelfeldern, mein Name/ fehlt in den Passagierlisten, mein Koffer/ verstaubt im Wandschrank.) (1)

Da wurde der Alltagsbegriff Passfoto, welches die DDR-Bürger nur für ihren Personalausweis oder die nächsten Lieben benötigten, Anlaß zu einer Szene von dem braven Bürger (Wenzel), der den verrückt gewordenen Fotografen (Mensching) mit seinem Paßfotoauftrag zur Weißglut bringt. ("Ah, die Typen, die kenn ich alle, alle wolln nur Paßfotos, Paßfotos; aber die Tour, die vermassel ich ihnen!").

Oder da trafen die beiden Clowns mit einer Faust-Szene, die auch im Film zu sehen ist, (Faust: Wenzel; Mephisto: Mensching) einen Nerv der fehlgegangenen Revolution in der DDR: Mephisto als sich höflich erkundigendes Männlein, das Faust nicht vom Bau seiner Duschkabine abzubringen vermag. (Mephisto,

resigniert: "Das sind die Menschen, die ich nicht versteh - erst woll'n sie wissen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Dann sitzen sie mit Filzpantinen und bauen fiese Duschkabinen").

Geistiges Zentrum des ersten Da Da eR-Programms war die soziale Alltagserfahrung in der DDR (Liebe auch) und die fehlende Welterfahrung einer ganzen Generation. Der Grundton war ironisch, niemals bitter. Das Lachen des Da Da eR-Publikums der begonnenen 80er Jahre war ein höchst interessiertes und dankbares. Wie andere kulturelle Medien leistete "Da Da eR" all die Jahre auch Öffentlichkeitsarbeit. Das einfache Nennen von Phänomenen und Widersprüchen der DDR- Gesellschaft auf offener Bühne war schon wichtig; die gemeinsame Bewußtmachung der Verhältnisse ein politischer Akt.

Inhaltliche und thematische Schwerpunktverlagerungen ab 1986 waren auch der veränderten Lebenssituation der Akteure geschuldet. - Sie konnten fortan in Länder fahren, für die sie einen Paß brauchten (Wasser auf die Mühlen derer, die sie als Staatsdiener abtun wollten). Persönlich, das war nicht zu bestreiten, waren sie direkt in die Spaltung der DDR- Gesellschaft in Weltreisende und Dagebliebene geraten.

1988 entstand ein neues Programm: "Altes aus der Da Da eR". Der Widerspruch zwischen massenhaften Alltagserfahrungen und der verordneten Ruhe im Land ist (fast) unerträglich geworden. Daß er ertragen wird, wird den Clowns ungeheuerlich. Die Selbstironie der Da Da eR-Alltagsbewältiger ist der sarkastischen Analyse der Verhältnisse gewichen. Der Anachronismus der politischen Da Da eR ist für die Clowns Mensching/Wenzel zu einer Farce geworden. (Die Lethargie hat uns gefangen/im Winde klirr'n die Fahnenstangen!/Spieß voran, drauf und dran/Wer sich's noch gefall'n läßt, ist ein Arschkumpan/und wenn die Studienräte jammern und sich fest an Ceaucescu klammern/Spieß voran, drauf und dran/wer sich nicht zur Wehr setzt, ist ein Arschkumpan./Und schlagt, die ihrem Staatsmann winken und die Kaderakte zinken./Frau und Mann, viel zu lang/glaubten wir, die Sach ging ihren Gang./Vergeßt nicht die, die nichts vermissen/und alles immer besser wissen/fangen wir an, nicht irgendwann,/denn die letzte Chance ist bald vertan/die sich jetzt verhöhnen, schweigen/nur weil sich wieder Sprüche zeigen./Scheißt sie an, drauf und dran, wer sich nicht zur Wehr setzt, ist ein Arschkumpan.)

Die Aufführbarkeit dieses Liedes, unangetastet von der Zensur, die viele jetzt im nachhinein so gern als Behinderung ihrer Kreativität anführen, kennzeichnet die politische Stimmung der 88er Jahre. Eigentlich war alles schon sagbar, die linken Rufer in der Wüste ließen sie brüllen, die Verzweiflung hatte schon kein Zuhause mehr. Der Untergang war zwar auf keinem Parteitag beschlossen, aber auch nicht mehr aufzuhalten.

Mitten in der Sommerkrise 1989 entstand "Letztes aus der Da Da eR". Da singen sie ein Lied im Shanty-Stil all den Ausgereisten hinterher: "Johnny, wann gehts nach Caracas ..."

Wie vieles bricht im Oktober auch ihre Balance zwischen Zulassung und Verbot zusammen: Sie kommen wegen "Hausfriedensbruch" während der Feierlichkeiten zum 7. Oktober in den Knast und sind viele Stunden mit einem Sindermann-Bild (an der Wand) und einem Beamten allein.

Als sie wieder raus und auf die Bühne dürfen, trifft ihre letzte "Da Da eR"-Fassung überall, wo sie auftreten, den Nerv der sich überschlagenden politischen Vorgänge im Land.

Im November 89, bei einem Auftritt in der Berliner Akademie der Künste, wird die Aufführung zu einem politischen Manifest der Linken in der DDR.

Beim "Jonny-Lied" wurde auch geheult. Währenddessen formierten sich die politischen Kräfte im und am Lande, die sich an die Abschaffung der Da Da eR machten ...

Nach wie vor, das hat auch die Premiere des Films "Letztes aus der Da Da eR" gezeigt, binden die beiden eine linke Kulturszene, die auch ihre Freunde in der BRD hat und finden wird. Der Film, vom westlichen Alternativ-Verleih "Filmverlag der Autoren" auch schon in einigen westlichen Städten angeheuert, kann vielleicht in seiner gut transportablen Konserven-Eigenschaft das kulturelle Bündnis der Linken schließen helfen.

Das, was geschehen ist, ist wie eine Bestätigung auch der in den letzten Jahren immer dringlicher und sarkastischer gewordenen Warnungen der Clowns Men- sching und Wenzel.

Aber sie fühlen sich nicht bestätigt. Sie sind etwas traurig und haben schon wieder ein neues Programm gemacht; es heißt "Hundekomödie".

Das kenne ich noch nicht. Es hat am 9. 10. in Ostberlin Premiere.

an., berlin(Ost)

1. Gedicht von Steffen Mensching, erschienen im Band "Erinnerungen an eine Milchglasscheibe", 1984

Jonni, wann gehts denn nach Caracas
Läuft schwarz der Rum durch die Kehle
Was spricht dein Papagei Barabass
Liegst du vor Kapstadt auf Reede
Habt ihr in Rio den Puff gesehen
Bist du noch voll Matrose
Wie gerne würde ich bei euch stehn
Mit meiner Matrosenhose
Oh leh oh heee Seemannbraut is die See
Sind wie erst einmal an Bord
Treibt uns die Sehnsucht fort
Ulli wie gehts dir in Bielefeld
Klaus wie gehts dir in Essen
Fehlt euch die Zeit oder das Geld
Habt ihr uns schon vergessen?
Katia was treibst du in Paderborn
Lisa gefällts dir in Franken
Lebt ihr nun wirklich noch mal von vorn
Mit völlig neuen Gedanken
Oh leh oh heee Seemannbraut is die See
Maria warst du nun endlich in Rom
Ist Klaus im Atlantik geschwommen
Die bunte Karte vom Kölner Dom
Ist bei uns angekommen
Peter hat jetzt einen Antrag gestellt
Und Inge zog ihren zurück
Harri ist weg aus Bitterfeld
Und will nach Osnabrück
Oh leh oh heee Seemannbraut is die See
Keine Ahnung obs euch intressiert
Ihr habt ja so lang nicht geschrieben
Es ist hier nur wenig neues passiert
Sehr viel beim alten geblieben

Jonni wann gehts denn nach Caracas
Läuft schwarz der Rum durch die Kehle
Was spricht dein Papagei Barabass
Liegst du vor Karstadt auf Reede
Oh leh oh heee Seemannbraut is die See
Habt ihr in Rio den Puff gesehn
Bist du noch voll Matrose
Wie gerne würde ich bei euch stehn
Mit meiner Matrosenhose
Flug gebucht ins Niemandsland
nichts ist mehr geheuer
pack die Koffer, nichts wie weg
guter Rat wird teuer.
Die Regierung debattiert
und der Kanzler zeigt Erregung.
Der Computer registriert
jede Handbewegung.
Das Spiel geht weiter
total überreizt
die eine Welt verschweizt
die andre wird verheizt
was übrig bleibt verhungert
Und der Butterberg hält stand
Freikondome für Millionen
Yoga für die Hungersnot
in den Dürrezonen
Matterhorn und Harakiri
Massensport der reichen Rasse
Dritte Welt als fünftes Rad
am Wagen erster Klasse
Das Spiel geht weiter
total überreizt
die eine Welt verschweizt
die andre wird verheizt
was übrig bleibt verhungert
(aus: Die Prophetie der Dichter.

Der Text wurde 1988 geschrieben

und kann erst jetzt in voller

Gültigkeit gesungen werden.)

52. RAVE*O*LUTION! - 10 Jahre SPEX

Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak323/67.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:67

Eine Zeitschrift wird zehn Jahre alt, ein obskures Blatt über schräge Pop-Musik, mit seltsamen politischen Anteilen - und eine Institution. Tatsächlich ein Grund für einen Geburtstagsgruß?

Preisfrage an die LeserInnen des AK: wer kennt "SPEX"? Wenn hier jetzt ein Gewinn versprochen würde, gäb's bestimmt reichlich LeserInnenbriefe: "Ja! IchIchIch!!" Machen wir aber nicht, können wir uns nicht leisten, wollen wir auch nicht: eine kommunistische Zeitung ködert ihre LeserInnen nicht mit T-Shirts, Rucksäcken, Badelaken oder sonstigen Gimmicks. Deswegen mal ehrlich: seit September 1980 gibt es die Zeitschrift "SPEX - Musik zur Zeit": wer liest sie, wer hält sie für eine sinnvolle Zeitschrift, wer kann was anfangen mit der "Immunität des doppelt geklauten Groove" eines Diedrich Diederichsen, wer findet Rainald Goetz "Irre" und die Interviews und Plattenbesprechungen von Clara Drechsler, Jutta Koether, Michael Ruff (und all' den anderen) spannend - und das womöglich seit Jahren Monat für Monat? Nicht zu vergessen die Film- oder Buchkritiken, die politischen Essays...

Und: Wer hört diese Musik??

Nochmal von vorne: Wir haben es hier, um es mal "ordentlich" und dieser Zeitung "angemessen" zu formulieren, mit einer Monatszeitschrift zu tun, die sich schwerpunktmäßig mit populärer Musik in ihren fortgeschrittensten Formen beschäftigt, deren thematischer Ansatzpunkt also die Vorstellung und Kritik musikalischer Erzeugnisse ist, die vom kulturellen mainstream, von den Hitparaden und allen anderen den marktbeherrschenden Plattenfirmen verpflichteten Medien nicht wahrgenommen werden. Das Hauptaugenmerk - so das Selbstverständnis der Zeitschrift - liegt dabei auf der vorrangigen Beachtung musikalischer Kriterien, ohne jedoch die gesellschaftliche Bedingtheit einerseits der Musik (ihrer Produzenten, Produktions- und Distributionsformen, musikalisch-technischer Innovationen u.a.m.) und andererseits der Kritik zu vernachlässigen ... Schnarch.

"Die SPEX ist eine Erfindung von Menschen, die am liebsten Musik hörten, tranken und politisierten und die dieser Existenzform ein Medium schaffen wollten...". "'Musik zur Zeit'- klingt zehn Jahre später ein bißchen stieselig, war aber damals genau das Richtige, weil es nämlich bedeutete: die einzige zur Zeit überhaupt gültige Musik (alles andere ist Scheiß)." (Aus dem Rückblick im Jubiläumsheft.) Überhaupt versteht mensch SPEX am besten zuerst mit den Ohren, also beim Hören der Musik; vielleicht helfen Namen etwas weiter: Fehlfarben, Ideal, Johnny Rotten, Heaven 17, Neil Young, Frankie Goes To Hollywood, Prefab Sprout, Nick Cave, Public Enemy, The Smiths, Sugarcubes, De La Soul, Fugazi...(aus den Plattencharts im Rückblick).

Was macht - angesichts dieser Liste von "Stars", die wohl vielen von uns durchaus ein Begriff sind - das Besondere an SPEX nun eigentlich aus, so abgedreht klingt das doch alles gar nicht? Nun ja, es ist mir, um ehrlich zu sein, ziemlich unmöglich, die Auswahl der behandelten Musik mal eben so überblicksmäßig zu charakterisieren, das Gemeinsame deutlich zu machen undsoweiterundsofort - was nicht zuletzt mit der Schwierigkeit (und gegebenenfalls der Peinlichkeit) zusammenhängt, über Klänge zu reden. Als Ersatz soll ein Blick ins Inhaltsverzeichnis des 10-Jahres-Heftes dienen: "RAVE - das neue Ding aus England: Drogen nehmen, tanzen, Pop-Songs remixen, immer noch tanzen, noch mehr Drogen nehmen, Gatorade trinken, Mann klebt das! Designer-Food einwerfen, noch mehr schwitzen, in die Trillerpfeife blasen, abwinken. DEF AMERICAN - 10 Jahre Rick Rubin, der Erfinder der HipHop-New-School und des New-School- Metal. JELLO BIAFRA - Interview mit der beständigsten Hardcore-Figur der letzten 10 Jahre. (...) ALTE KAMERADEN - Über mehr als zehn Jahre Human League, zehn Jahre Spandau Ballet, vier Jahre Spike Lee und 142 Jahre Kommunis- mus. SLIME - zehn Jahre vor NWA schrieben sie das Drehbuch zur 'Fuck da Police'-Affäre, als ihre legendäre 'Bullenschweine'-Platte beschlagnahmt wurde; die dienstälteste, erfolgreichste politische Punk-Band Deutschlands heute; plus: Neues aus der Redaktion des 'Millerntor-Roar'. THE CHRYSANTHEMUMS und diverse Wirklichkeiten; Lost in Music; Im Labyrinth von Regalé Diedrich Diederichsen. (...) Und wie immer ca. 100 Plattenkritiken.(...)"

Oder noch besser: wem sagen folgende Bands etwas? The It, Yo La Tengo, Lard, Alan Vega, Loose Ends...- wahllos aus den Plattenkritiken rausgeschrieben ergibt sich vielleicht ein Eindruck davon, was SPEX interessiert.

Grooves und Wörter

Aber, aber, aber: SPEX ist mehr als ein Sammelsurium von Reportagen und Plattenkritiken,Filmbesprechungen und Bemerkungen zur Zeit, weil natürlich auch die Kölner Ober-SpezialistInnen nicht nur beim Hören ihr "Programm" im Kopf haben, die geneigten LeserInnen sollen's ja schließlich auch begreifen, der Weg vom Ohr über die Schrift in den Kopf erfordert einigen Aufwand und also hat sich ein SPEX-Stil entwickelt, entwickeln müssen, wenn es das Ziel ist, Musik bekannt zu machen, die die gewohnten Pfade durchbricht und neue herausbildet. D. Diederichsen (der gelegentlich als "Mastermind" von SPEX bezeichnet wird) dazu: "Seit Ausdifferenzierungen in Subszenen, nicht vereinbare Underground-Welten der Gang der Dinge ist, versucht SPEX eigentlich (mit unterschiedlichen Gewichtungen) diese zusammenzubringen, zu konfrontieren oder auf ihr objektiv Gemeinsames hinzuweisen. Das geht bis in die Sprache. In SPEX stehen weit mehr synthetische als analytische Urteile. Die berühmte 'SPEXsche Analogie' als euch allen sattsam bekanntes Mittel der Musikbeschreibung (verhält sich zu x wie y zu z) ist nur ein Beispiel dafür."

Weiteres Zitieren soll hier nun doch besser unterbleiben, im Vertrauen darauf, daß interessierte Menschen sich gelegentlich ein Heft kaufen (oder eine Kostprobe in KONKRET nehmen, wo D.D. die Kolumne 'Platte des Monats' schreibt).

Es bleibt nämlich und vor allem die Frage, was uns das alles soll. Vielleicht erinnert sich ja noch der eine oder die andere an den AK-Artikel "HipHop" von G. Jacobs, da war es nämlich angedeutet, was auch KommunistInnen an populärer, in dem Fall schwarzer, Musik interessieren könnte: eine ganz bestimmte musikalische Ausdrucksform, die mehr oder weniger direkt die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie entsteht, wiedergibt - und im Fall HipHop auch angreift; bei anderen Bands und Subkulturen mag das viel vermittelter sein. Ansonsten: Musik der einen oder anderen Form hören wir doch alle und mancheR mag auch Lust haben, sich über "Musik zur Zeit" auf dem Laufenden zu halten. Welchen Grund gibt es, immer nur auf das Bewährte zurückzugreifen?

Zum Schluß noch ein Tip: wer in Hamburg oder Köln wohnt, kann sich SPEX demnächst auch live antun: die Party zum Geburtstag heißt Rave O Lution und findet am 26.10. in Köln und am 27.10. in Hamburg statt, mit SPEX-Leuten am Plattenteller. Schließlich ist Musik was für gute Laune...

klaus klausen

53. Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD vom 16.12.

CD-Datei: daten/aksuche/ak323/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:17

AK 323, Art. 17

Titel:

o.k.

säzzer: autor

HÜ: Erklärungen von Angehörigen

Presseerklärung der Angehörigen

der politischen Gefangenen in der BRD, 16.12.

Wir sind in großer Sorge um unsere Angehörigen, die politischen Gefangenen in der BRD. Seit der Aktion gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, vom 30.11.89 ist materiell und propagandistisch ein von der Bundesanwaltschaft gesteuertes Projekt angelaufen, das darauf zielt, die Gefangenen für diese und künftige Aktionen der Guerilla verantwortlich zu machen. So wurden wenige Stunden nach der Aktion bei 26 Gefangenen aus RAF und Widerstand auf Veranlassung der BAW Zellenrazzien durchgeführt, die Gefangenen wurden sofort voneinander und von anderen Gefangenen isoliert, einige wurden in Bunkerzellen gebracht, geplante Besuche durften nicht stattfinden, Rolf Heißler wurde in den Hochsicherheitstrakt verlegt. Seine Rückverlegung wird davon abhängig gemacht, daß er sich von der Aktion distanziert.

Zur Begründung diente der BAW ein Brief des Gefangenen Helmut Pohl von Ende Oktober 89, der eine Einschätzung zu den Haftbedingungen und deren Veränderungen nach dem letzten Hungerstreik der Gefangenen enthält und der auf dem ganz normalen Postweg aus der Anstalt gelangte, d.h. über die Anstaltszensur.

Auch in den Medien wurde sofort und einheitlich behauptet, daß die Gefangenen für die Aktion verantwortlich seien: Schon eine Stunde nach der ersten Meldung dazu bringen sie Helmuts Brief damit in Zusammenhang; in dauernder Wiederholung zitieren Funk und Fernsehen aus dem Zusammenhang gerissene, sinnentstellte und verfälschte Passagen aus dem Brief; im TV wird dazu jeweils Helmuts Bild eingeblendet. Schon am 16.11.1989 hatte die Tageszeitung "Die Welt" Helmuts Brief auf gleiche Weise benutzt, um zu suggerieren, daß die politischen Gefangenen und die Guerilla draußen gemeinsam auf eine Aktion hinarbeiten würden.

An dieser propagandistischen Linie hat sich im wesentlichen auch nichts dadurch geändert, daß Teile des Sicherheitsapparats und der Medien inzwischen Helmuts Brief nicht mehr als "Auslöser" oder "Anweisung" für die Aktion interpretieren konnten, nachdem bekanntgeworden war, daß die Vorbereitungen dazu lange vor der Veröffentlichung des Briefs begonnen hatten. Inzwischen wird Günter Sonnenberg mittels eines angeblichen Zellenfundes als weiterer Mitwisser und Verantwortlicher für die Aktion aufgebaut. Abgesehen davon, daß Günter schon immer den besonderen Haß der BAW auf sich gezogen hat, hat dies seinen Grund sicher auch darin, daß seit Monaten eine Kampagne zu seiner Freilassung läuft.

Daß der Staat als Reaktion auf die Aktion gegen Herrhausen sofort gegen die Gefangenen losgeschlagen hat, zeigt, daß er sie nach wie vor im Geiselstatus hält. Diese Situation jetzt beunruhigt uns in hohem Maße. Denn wir wissen aus Erfahrung, daß das amtliche Konstrukt der "Zellensteuerung" und die in den Medien damit einhergehende Diffamierungskampagne gegen die Gefangenen in zugespitzten Situationen schon mehrfach dazu gedient haben, die Gefangenen massiv physisch anzugreifen bis hin zum Mord. Wir erinnern an den Mord an Ulrike Meinhof im Mai 76, dem eine jahrelange Hetzkampagne gegen sie vorausging. Und wir erinnern an den Mord an Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert und den Mordversuch an Irmgard Möller im Herbst '77, die vorbereitet wurden durch eine von der gesamten staatsloyalen Öffentlichkeit betriebene und getragene Kampagne, in der sie als Drahtzieher der damaligen Aktionen der RAF dargestellt und ihnen jedes Recht auf menschliche Existenz abgesprochen wurde. Wenn

heute der SPD-Vorsitzende Hans-Joachim Vogel, damals als Bundesjustizminister einer der Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung, nach der Aktion gegen Herrhausen sagt, die Situation sei wie 77, damals seien sie damit fertig geworden und heute würden sie es auch, meint er genau diese "Lösung" - sich an den Gefangenen zu rächen.

Aber es wird entscheidend von uns abhängen, wie der Staat jetzt weiter mit den Gefangenen umgeht. Aus diesem Grunde halten wir es in der aktuellen Situation für besonders wichtig, die Entwicklung in den Gefängnissen genau zu verfolgen und den Kampf für die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen verstärkt weiterzuführen. Denn nur so können wir den Gefangenen Schutz bieten und der Hetzkampagne entgegentreten. Genau damit sind wir als Angehörigen-Gruppe den Staatsapparaten ein Dorn im Auge. Besonders jetzt, nachdem der letzte Hungerstreik der Gefangenen eine Mobilisierung draußen erreicht hat, die es politisch inopportun gemacht hat, ihre Forderungen und die Unterstützung dafür zu kriminalisieren, und wir ein Forum für die Gefangenen, das Angehörigen-Info, schaffen konnten. Darin veröffentlichen wir Berichte über die Haftbedingungen, Briefe, Informationen aus der Solidaritätsbewegung. Diese Entwicklung wollen die Sicherheitsapparate jetzt wieder zurückdrehen. Sie nehmen die Tatsache, daß wir den Brief von Helmut in unserem Info veröffentlicht haben, zum Anlaß, uns und das Info zu kriminalisieren, indem wir als "Umfeld" oder Unterstützer der RAF hingestellt werden. So wollen sie uns die Möglichkeit nehmen, Gegenöffentlichkeit zur Situation der Gefangenen zu schaffen, um ihr Vernichtungsprojekt ungestört fortführen zu können. Sie können uns aber nicht einschüchtern! Gemeinsam werden wir die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen durchzusetzen!

54. Die Neuen in der PDS

Arbeitsgemeinschaften, Interessengemeinschaften, Plattformen

CD-Datei: daten/aksuche/ak323/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:19

Seit Dezember letzten Jahres bildeten sich neben den bisherigen regulären Parteistrukturen neue Arbeits- und Diskussionszusammenhänge innerhalb und "an" der PDS. Einige entstanden spontan im Zusammenhang mit der Aufbruch- und Erneuerungsstimmung in der Zeit von Dezember bis Februar, einige wurden und werden gezielt vom Parteivorstand bzw. seinen Kommissionen eingerichtet, um Aufarbeitung und Erneuerung zu befördern.

Einen genauen Überblick über Größe, Verbreitung und Aktivitäten der AGs und IGs gibt es derzeit selbst beim Parteivorstand der PDS nicht. Mitglieder einiger dieser Gruppen bereiten derzeit die Herausgabe einer Broschüre (geplanter Erscheinungstermin: Ende November) vor, in der sie sämtliche AGs/IGs/Plattformen vorstellen wollen.

Auf verschiedenen Ebenen wird in der PDS derzeit über den anzustrebenden Status der AGs und IGs diskutiert. Sollen sie den traditionellen Basisorganisationen (z.B. Wohngebietsgruppen) statuarisch gleichgestellt werden? Viele würden dies als Signal für den wirklichen Erneuerungswillen der Partei verstehen, andere befürchten das Entstehen einer Art "Parallel-Partei", in der sich alle neuen, diskussionswilligen und aktiven Mitglieder versammeln, während der "alte" Teil der Partei dann zu verkümmern drohe. Es gibt auch konservative Widerstände gegen eine Aufwertung dieser neuen Elemente.

Kontakte von Westlinken zu den AGs/IGs laufen bisher nur vereinzelt und punktuell. Es besteht aber von deren Seite großes Interesse an einer ernsthaften, qualifizierten und solidarischen Zusammenarbeit und Diskussion.

Folgende AGs, IGs und Plattformen sind uns bekannt:

- Linke sozialistische Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS (LISA)

- Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen

- Arbeitsgemeinschaft Schwule und Lesben

- Arbeitsgemeinschaft Menschen mit Behinderungen

- Arbeitsgemeinschaft ChristInnen bei der PDS

- Arbeitsgemeinschaft EntRüstung

- Arbeitsgemeinschaft Umwelt

- Arbeitsgemeinschaft Radikale Linke

- Kommunistische Plattform

- Interessengemeinschaft Betriebsarbeit

- Interessengemeinschaft Altes Erbe - Neues Denken

- Arbeitskreis Ausländerpolitik

- diverse Arbeitskreise bei Kommissionen, wie der Bildungs- Geschichts- und Grundsatzkommissionen, Kommission politisches System

In diesem AK stellen wir die LISA und die AG Junge GenossInnen in Interviews vor. Sie sind zu erreichen unter:

AG Junge GenossInnen

Oberwasserstr. 12, Berlin 1020

Zi. 217, Telefon 2023994/5

AG LISA

Kleine Alexanderstr. 28, Berlin 1020

Telefon 2029459

mi., Berlin

55. Beschluß des Parteitages der PDS vom 14.10.90 zur Bildung von Landesverbänden der PDS in den westlichen Bundesländern

CD-Datei: daten/aksuche/ak323/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:21

Dokumentation

Beschluß des Parteitages der PDS vom 14.10.90 zur Bildung von Landesverbänden der PDS in den westlichen Bundesländern

1. Der 1. Parteitag der PDS beschließt, daß die Landesverbände der Partei Linke Liste/PDS sich als Landesverbände der PDS konstituieren können. Es bleibt den Landesverbänden überlassen, sich ausschließlich als Landesverband der PDS oder als PDS/Linke Liste/Landesverband der PDS zu bezeichnen.

Voraussetzung ist, daß sich die Landesverbände der Partei Linke Liste/PDS auflösen.

Die Gremien und die entsprechenden Koordinationsausschüsse der bisherigen Partei Linke Liste/PDS werden gebeten, die Foren zu organisieren, in denen die Bildung der Landesverbände beraten und beschlossen wird.

Statut und Programm der PDS gelten. Die Delegierten des 1. Parteitages gehen von der Überarbeitung von Programm und Statut durch den 2. Parteitag aus.

Die bereits auf Landesmitgliederversammlungen gewählten KandidatInnen für den 12. Deutschen Bundestag können, sofern sie es wünschen, weiterhin auf den offenen Listen der neuen Landesverbände der PDS kandidieren. Ihre Nominierungen sowie die Zusammensetzung der Landesvorstände der bisherigen Partei Linke Liste/PDS bedürfen der erneuten Wahl durch die Landesmitgliederversammlungen.

2. Um dem Prozeß des Zusammenwachsens, wie er in der Erklärung des politischen Beirates vom 8. Oktober 1990 charakterisiert ist, gerecht zu werden, ergeben sich besondere Bedingungen:

* Der gemeinsame politische Bezugsrahmen ist das Wahlprogramm "Für eine starke linke Opposition".

* Die Landeslisten der PDS zu den Bundestagswahlen für den 12. Deutschen Bundestag sind für Nichtmitglieder offen.

* Bei allen Willensbildungsprozessen ist die Offenheit unserer Strukturen zu beachten.

* Bis zur Schaffung von Parteiunterstrukturen stehen den Landesverbänden zugleich die Rechte von Basisorganisationen auf der Grundlage des Statuts zu.

3. Um den besonderen Bedingungen der organisierten Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Teilen der Linken Rechnung zu tragen, empfiehlt der Parteitag, den Beirat als gemeinsame Klärungsinstanz beizubehalten.

4. Bis zur Wahl von Mitgliedern der westlichen Landesverbände in den Parteivorstand können delegierte Vertreter der Landesverbände an den Parteivorstandstagungen teilnehmen und sich aktiv an den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen.

5. Der im ersten Halbjahr 1991 geplante 2. Parteitag der PDS findet als gesamtdeutscher Parteitag statt. Er wird durch zwei gesamtdeutsche Kongresse sowie Landeskonferenzen vorbereitet.

Unverzüglich ist dafür Sorge zu tragen, daß Vertreter der westlichen Landesverbände in die Statutenkommission und in die Grundsatzkommission berufen werden.

6. Das Wahlprogramm der Linken Liste/PDS "Für eine starke linke Opposition" wird als Wahlprogramm der PDS mit offenen Landeslisten zu den Wahlen zum 12. Deutschen Bundestag mit der Maßgabe bestätigt, daß jeweils anstelle des Namens "Linke Liste/PDS" der Name "PDS" steht.

56. "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"

Infos zur Demo am 3.11.

CD-Datei: daten/aksuche/ak323/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:39

Diese zweite von der Radikalen Linken initiierte Demonstration hat, wie schon die Nie-Wieder-Deutschland-Demo am 12. Mai, nach schwerfälligen Start in den letzten Wochen erheblich an Dynamik gewonnen. Inzwischen haben über 140 Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen den Aufruf unterschrieben. Darüberhinaus wird die Demonstration von einer ganzen Reihe weiterer Organisationen ohne Aufrufunterschrift unterstützt.

Das Spektrum, das sich unter dem zentralen Aufruf "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. Gegen das Feiern - Gegen das Vergessen" versammelt hat, reicht von verschiedenen Asten, wie der TU und der FU Berlin, einer Vielzahl Antifaschistischer Initiativen, autonomen Gruppen, Plenen und Arbeitskreisen, christlichen Gruppen wie Pax Christi/Hamburg und den Christen für den Sozialismus/BRD u. Westberlin, über Ortsverbände und Gliederungen der DKP, Kreisverbände der GRÜNEN, Radikale Linke, SDAJ, VVN/Bund der Antifaschisten Göttingen, VSP, bis zu Einzelpersonen wie dem PDS-Präsidiumsmitglied Rainer Börner, wird aber nicht vom KB, sonder lediglich von dessen Minderheitsflügel unterstützt. Zur Unterstützung der Demonstration ohne Aufrufunterzeichnung rufen über die KB/Mehrheit hinaus auch das Auschwitz-Komitee/Hamburg, die VVN/Hamburg und die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg auf.

Mobilisierung

Auffällig ist das starke Interesse an der Demonstration in kleineren Städten und ländlichen Regionen. In vielen Orten in denen für eigenständige, lokale Aktivitäten zum 9. November die politische Basis und das Umfeld nicht mehr gegeben sind, wird die Demonstration oftmals zur einzigen Möglichkeit, das Bedürfnis nach politischer Artikulation zum 9. November doch noch auf die Straße tragen zu können. In Ostberlin und der DDR erfolgt eine eigenständige Mobilisierung.

Die ersten beiden Auflagen der Aufrufflugblätter von 25.000 Stück sind vergriffen. Nach der jetzigen 3. Auflage wird am 17. Oktober noch eine vierte Auflage in Druck gehen. Bis zum 16. Oktober können deshalb noch weitere Unterschriften angemeldet werden. (wo? siehe unten)

Demo- und Kundgebungsablauf

Auch die Demonstrationsroute stellt den Bezug zum 9. November 1938 her. Die Auftaktkundgebung beginnt um 12.00 Uhr am Sowjetischen Ehrenmal (Straße des 17. Juni). Von da aus bewegt sich die Demonstration durchs jüdische Viertel, vorbei an der jüdischen Synagoge, an Stätten des antifaschistischen Widerstands und des nationalsozialistischen Terrors.

Das endgültige Konzept für die Kundgebungen wird auf dem nächsten Bundesweiten Bündnistreffen am 20. 10. in Berlin (siehe unten) verabschiedet. Die Hälfte der Beiträge soll von ehemals Verfolgten und WiderstandskämpferInnen gehalten werden. Zugesagt haben bisher als RednerInnen:

* Thomas Kieseritzky/Detlef zum Winkel als Initiatoren der Demo-Idee.

* Der griechische Europa-Parlamentsabgeordnete Dessylas;

* Ernst Weizenbaum, Prof. am MIT/USA, engagiert in der Anti-Vietnam und Anti-Technologiebewegung;

* George Shire, Vertreter der Anti-Rassismus-Bewegung in Großbritannien.

Darüberhinaus wurden u.a. Stefan Heym und Steffi Spira für zwei Redebeiträge aus der DDR angefragt, wie auch u.a. ein Redebeitrag von Autonomer Seite, ein Beitrag der Angehörigen und einer der Gefangenen. Bemüht wird sich auch um eine RednerIn aus Polen zum Thema der Nicht-Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen.

Für die weitere Mobilisierung und Vorbereitung der Demonstration ist in Berlin ein zentrales Demo-Büro eingerichtet worden. Für die Mobilisierung kann hier der jeweils letzte Stand der Demovorbereitung erfragt werden.

Das nächste bundesweite Bündnistreffen für die Demonstration "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" in Berlin findet statt:

am 20. Oktober, 13.00 Uhr

in Westberlin, Mehringhof (Versammlungsraum)

4. November: Golf-Krieg-Meeting

Angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Situation am Golf wird für den Sonntag nach der Demonstration in Westberlin eine Beratung der Linken zum Golf- Krieg organisiert. Geplanter Beginn ist bisher 13 Uhr. Der Ort steht noch nicht fest, kann aber die nächsten Tage über das Demo-Büro erfragt werden.

Demo-Büro:

Beim Asta der TU, Marchstr. 6,

1000 Berlin 10.

Tel.: 030/31425683.

FAX-Nr.: 030/3121398.

Büro-Zeiten: Mo/Di/Do/Frei 17-20 Uhr, Mi 10 -12 Uhr u 17 - 20 Uhr.

Flugblätter und Plakate

Flugblätter sind über das Büro Siggi Friess, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 - 163538 zu bestellen (Preis: 0,15 DM pro Stck. plus Versand). Ein Plakat ist noch in der Erstellung und wird voraussichtlich bis zum 16. Oktober vorliegen. Es ist dann ebenfalls über das Büro Siggi Friess zu bestellen (Preis: 1,00 DM pro Stck. plus Versand).

Finanzen

Die Demonstration kostet Geld und - sie muß sich in der Deckung der Kosten selbst tragen. Das mag für viele neu sein. Deshalb nochmal zur Erinnerung mit der dringlichsten Aufforderung:

* bezahlt die Flugblätter und Plakate!

* Die Unterschrift des Aufrufs ist verbunden mit der Zahlung eines Unterstützungsbeitrags, für Einzelpersonen von mindestens 30 DM, für Gruppen und Initiativen von mindestens 50 DM. Von den die Demonstration unterstützenden größeren Organisationen wird ein darüberhinausgehender Beschluß über die finanzielle Beteiligung erwartet.

* Spendet! Spendet! Spendet!

Sonderkonto Siggi Friess

Stichwort: Novemberdemo

Kto.-Nr.: 272949-503

PostgiroAmt Köln

57. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak323/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:44

Gegen den Staatsschutzangriff auf die revolutionäre Antifa und den Widerstand

In ihrem Info 3 informiert die Antifa-Soligruppe Hamburg über laufende Verfahren gegen AntifaschistInnen und andere Menschen aus dem Widerstand. Es wird versucht, das Selbstverständnis von Solidaritätsarbeit zu reflektieren sowie die Bedeutung des §129a als Werkzeug gegen antifaschistische und revolutionäre Politik wird beleuchtet. Fast die Hälfte des Infos wird von einer Chronologie und Dokumentation zu Anschlägen aus der Zeit eingenommen. Die Dokumentation umfaßt hauptsächlich Bekennerschreiben bzw. politische Statements zu den Anschlägen, wegen deren zahlreiche AntifaschistInnen angeklagt sind.

Erhältlich ist das Info in allen guten Buchläden sowie unter folgender Anschrift: Antifa-Soligruppe Hamburg, c/o Schwarzmarkt Paulinenstr. 15, 2000 Hamburg 4.

Jugendliche auf dem Weg nach rechtsaußen

Das Bild rechtsradikaler Jugendlicher wird durch Halbwüchsige in Bomberjacken und Springerstiefeln geprägt. Schon durch ihr Auftreten erregen sie Aufmerksamkeit und versetzen andere in Angst. Wenig Beachtung findet dagegen die weite Verbreitung rechtsradikaler Einstellungen unter sozial angepaßten Jugendlichen. Der Arbeitskreis "Jugendarbeit und Rechtsextremismus" in Aachen hat dazu eine Broschüre mit zwei Aufsätzen als DISS-Texte Nr.11 herausgegeben. Zum einen wird über die Ergebnisse einer Befragung von MitarbeiterInnen offener Jugendfreizeiteinrichtungen in Aachen und Umgebung zum Thema "Rechtsextremismus in Jugendfreizeitheimen" berichtet. Der entsprechende Fragebogen ist mit abgedruckt. Der Aufsatz belegt, daß es sich nicht um ein auf "soziale Brennpunkte" begrenzbares und mit jugendpolitischen Methoden zu bewältigendes Problem handelt. Im zweiten Aufsatz werden "Kritische Anmerkungen zur Einschätzung rechtsextremistischer Orientierungen und Verhaltensweisen bei Jugendlichen" gemacht und der gegenwärtige Forschungsstand erörtert.

Bestelladresse: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e.V. (DISS), Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1, Tel.: 0203/20249. Die Broschüre hat 52 Seiten, kostet 5,50 DM (plus Porto).

58. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak323/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:50

Panama - 1 Jahr nach der US-Invasion

Veranstaltung mit VertreterInnen aus Panama über die aktuelle Lage. Raul Leis, Direktor des panamesischen Zentrums für Studien und Soziale Aktion (CEASPA), Margarita Munoz, Präsidentin der Nationalen Frauenkoordination CNM und Luis Gonzales vom Leitungsgremium des Gewerkschaftsverbandes CTRP berichten über die Menschenrechtslage, die wirtschaftliche Situation, die Volksorganisationen und ihre Aktivitäten, die Hintergründe der Invasion und die Strategie der USA. Veranstalter: Arbeitskreis Internationale Solidarität im DGB, Mittelamerikatreff Stuttgart, Nicaraguakomitee und VSP.

Am 19.10. in Heidelberg im Studihaus (oder päd-aktiv) um 20.00 Uhr

und am 25.10. in Stuttgart im DGB-Haus, W.-Bleicher-Str. um 19.00 Uhr

Feuer und Flamme

Diskussionsveranstaltung zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen mit Geronimo (Berlin).

Am 21.10. um 19.00 Uhr in Gelsenkirchen im Initiativenzentrum, Weberstr. 79

Entrüstet-Daimler-Demo am 17.11. in Stuttgart

Die Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" sucht noch Unterstützer für den Demoaufruf.

Kontakt: Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein (Tel. 06126/53118)

Europastrategien des deutschen Imperialismus in Geschichte und Gegenwart

Internationale Tagung der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts mit Workshops und Plenumsdiskussionen zu den Themen: Europastrategien und Okkupationspolitik in zwei Weltkriegen, Sozialimperialistische Aspekte der Europastrategien, Europastrategien der Intelligenz und der herrschenden Eliten, Von der Strategie zur Praxis: Sozialimperialismus-Okkupation-Annexion, Kollaboration und Widerstand, Europastrategien nach dem DDR-"Anschluß".

Am 24. und 25.11. ab 13.00 Uhr in Hamburg, Ort: Hochschule für Wirtschaft und Politik, von-Melle-Park (Campus)

Palästinawoche in Hamburg vom 26.11. bis 1.12.

Aus dem Programm: Eröffnungsabend mit der palästinensischen Schriftstellerin Sahar Khalifa ("Der Feigenkaktus", "Die Sonnenblume"); Vortrag von Felicia Langer (angefragt) über Menschenrechtsverletzungen im besetzten Palästina; Podiumsdiskussion mit palästinensischen und deutschen Journalisten zum Thema: Der Palästinakonflikt in den westlichen Medien; Burhan Karkutli erzählt Geschichten aus Palästina. Daneben Basar; Ausstellungen u.a. Bilder von Burhan Karkutli; Berichte, Dias und Videofilme über die Lage in den besetzten Gebieten; Kulturabend mit Liedern, Tänzen, Sketchen und Spezialitäten aus Palästina. Veranstalter: Deutsch-Palästinensischer Frauenverein, Sektion Hamburg, Palästinensischer Arbeiterverein, Palästinensischer Ärzteverein, Palästinensische Demokratische Jugend.

Informationen: Hoda Kadora (DPFV), Peterskampweg 15, 2000 Hamburg 76

Winterurlaubsschulung der Marx-Engels-Bildungsgesellschaft vom 26.12. bis 6.1.

mit vier Kursen zur Auswahl: 1. F. Engels: Anti-Dühring, Teil 1: Philosophie (Grundkurs); 2. K. Marx: Das Kapital, Bd.1 (Aufbaukurs); 3. K. Marx: Das Kapital, Bd.3 (Aufbaukurs); 4. Entwicklung der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution - Konzeptionen des sozialistischen Aufbaus (Grundkurs).

Informationen und Anmeldung (bis 31.10.): MEG, Postfach 101717, 4650 Gelsenkirchen

Veranstaltungsreihe zum 52. Jahrestag der "Reichspogromnacht" am 9. November in Hamburg

In der Woche vor dem 9. November richtet ein Bündnis etlicher Gruppen eine Reihe von Veranstaltungen aus. Hier der bisherige Stand:

1.11.: "Nationalismus und Flüchtlingspolitik". Diskussionsveranstaltung mit Eva Groepler (Frankfurt/M.), einer/eines Vertreterin/Vertreters von "Pro Roma" (NRW) und des AK Asyl (Hamburg). Veranstaltet von der Antifa-AG am/im KB-Hamburg. Haus für Alle, 19.30 Uhr

3.11.: wegen der Demonstration in Berlin freigehalten

5.11.: "Ich lieb dich, ich lieb dich nicht". Gastspiel des "

Jungen Theater Wilhelmshaven", Klecksтheater am Großneumarkt, 19.30 Uhr

6.11.: "Ausländergesetz und Flüchtlingspolitik". VVN/Hamburg, in der Ausländerinitiative St. Georg, 19 Uhr

7.11.: "Bleiberecht für Roma und Cinti". Film, Ausstellung und Diskussion der "Initiative Bleiberecht für Roma und Cinti", Haus für Alle, 19 Uhr

8.11.: "Gegen das Vergessen". Gedenkveranstaltung des Auschwitzkomitees/Hamburg mit Prof. Maurice Goldenstein (Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees), Peggy Parnass, Günter Schwarberg und einem Vertreter der Jugendgruppe des Auschwitz-Komitees. Hamburg-Haus, Doormannsweg, 19.30 Uhr

9.11.: Gedenkdemonstration. Beginn 16.30 Uhr vor dem ehem. Gestapo-Judenreferat (heute Degussa-Firmensitz), Rothenbaumchaussee 37. Bis zum Platz der Deportierten als Schweigemarsch, von dort als Demonstration am Kriegerdenkmal vorbei zur Ausländerbehörde am Hachmannplatz/Hbf., wo auch die Abschlußkundgebung stattfindet.

9.11.: Ökumenischer Gottesdienst in der Gnadenkirche. Pax Christi.

10.11.: Kundgebung des Antifa-AK der SchülerInnenkammer Hamburg für die Solidarität mit den hungerstreikenden spanischen politischen Gefangenen, vor dem spanischen Generalkonsulat.

10.11.: "Ch'hob g'hat a hejmele" - Einst hatte ich ein Zuhaus. Jüdischer Kulturabend mit Erwin Geschonnek (Schauspieler), Ester und Edna Bejerano und der Gruppe "Coincidence". Hochschule für Wirtschaft und Politik, 19.30 Uhr.

Weiter Auskünfte: Büro der VVN/Hamburg, Tel.: 040/31 42 54

59. Vom PDS-Parteitag

Kommentar

CD-Datei: daten/aksuche/ak323/pds.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:323:pds

In Fortsetzung des 1. Parteitages berieten am 14.10.90 485 Delegierte der PDS über die Art der Kandidatur zu den Bundestagswahlen sowie die Zusammenarbeit mit der Linken aus der ehemaligen BRD. Zur Beratung und Abstimmung standen eine politische Erklärung sowie ein Beschluß zur Bildung von Landesverbänden der PDS in den westlichen Bundesländern (siehe Dokumentation). Kern dieser Debatte war, daß sich die PDS aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils über das Wahlgesetz entscheiden mußte, ob sie nur in den fünf östlichen Bundesländern zur Wahl antreten soll, oder ob durch die Bildung einer gesamtdeutschen Partei im gesamten Bundesgebiet angetreten werden soll (siehe Artikel zu den Auswirkungen des Urteils in diesem AK). Es war damit gleichzeitig die erste Entscheidung der Gesamtpartei darüber, mit welchem Teil der westlichen Linken eine gemeinsame organisatorische Partnerschaft gesucht wird.

Der mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß wendet sich an die Linke Liste/ PDS und bietet dieser an, daß ihre Landesverbände sich (nach Auflösung) als Landesverbände der PDS konstituieren können. Diese Entscheidung war sowohl im Vorstand als auch auf dem Parteitag nicht unumstritten. Ein Teil der Delegierten votierte gegen die Festlegung auf die Linke Liste/PDS und forderte, eine erneuten offenen Bildungsprozeß der Landesverbände einzuleiten. Auch wenn diese Richtung in der Endabstimmung nur wenige Stimmen auf sich vereinigen konnte, fand sie stimmungsmäßig einen größeren Anklang.

Der Gefahr einer Vereinnahmung der Linken Liste/PDS durch die PDS soll damit entgegengewirkt werden, daß den Landesverbänden weitgehende Autonomierechte gewährt werden. Nach den Bundestagswahlen soll ein Diskussionsprozeß begonnen werden, in dem geklärt wird, welche organisatorischen Formen eine gemeinsame Partei haben müßte, ob der Parteicharakter beibehalten wird usw. Aus dem westdeutschen Initiatorenkreis war dafür eingetreten worden, die gemeinsamen Strukturen auf ein Minimum zu reduzieren, sich beispielsweise bis zu einer grundsätzlichen Klärung formell nicht an den Leitungsorganen (Parteivorstand, Präsidium) zu beteiligen, diese aber zur Meinungs- und Entscheidungsbildung zu nutzen. Die de facto bestehende Distanz soll nicht durch organisatorische und damit notwendigerweise formelle Schritte verdeckt werden. Deutlich sollte auch werden, daß sich der Westteil nicht einfach in die bestehenden Parteistrukturen eingliedert. Auch das stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung aus der PDS, wo auf den Fluren zu hören war, daß, wer sich nicht einordnen wolle, eben wegbleiben solle, zumal sich auch auf diesem Parteitag wieder PDS-Initiativen anboten, den Part der treuen Parteiaufbauer zu übernehmen ("Ich habe schon mein PDS-Parteibuch in der Tasche...").

Im ersten Halbjahr 1991 sollen zwei Konferenzen stattfinden, auf denen über die zentralen Inhalte linker Politik und über die Formen linker Organisationen/Parteien beraten werden soll. Auf einem danach stattfindenden Parteitag wird dann endgültig die Entscheidung fallen, wer mit wem und in welcher Form.

he.